

PROKLA 69

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



Hansgeorg Conert · »Umbau« der sowjetischen Gesellschaft

Maria Huber · Das »ungarische Modell« am Ende?

Thomas Voß · Polen: Reformrhetorik gegen Stagnation

Reimar Stuckenbrock/Michael Gumbert ·

Das Ende des Rüstungswettlaufs

David Harvey ·

»Post-Modernismus« in amerikanischen Städten

Roger Keil · Zur Stadttheorie David Harveys

Ursula Wolf · Brauchen wir eine ökologische Ethik?

Rotbuch Verlag



Probleme des Klassenkampfes
Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Redaktion: Elmar Altwater, Heiner Ganßmann, Michael Heinrich, Kurt Hübner, Birgit Mahnkopf (geschäftsführend).

Die Prokla erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr, Gesamumfang 640 Seiten jährlich. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 13,-, im Einzelverkauf 16,-. Abonnement über eine Buchhandlung oder über den Verlag. Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (52,- DM plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils sofort nach Erscheinen zugeschiedt.

Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Postdamer Str. 98, 1000 Berlin 30, Telefon 030 / 261 11 96 (den Verlag und Vertrieb für alle früheren Hefte; Prokla 1-21, hat der Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30 übernommen.)

Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10, Telefon 030 / 336 18 85

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Bitte Rückporto beilegen. Eine Haftung kann nicht übernommen werden.

Prokla

- erscheint einmal vierteljährlich
- wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt
- presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: Birgit Mahnkopf, Kurt Hübner

© 1987 Rotbuch Verlag Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Satz: Montania GmbH, Dortmund – Druck: CARO Druck, Frankfurt
ISBN 3 88022 569 9

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Rotbuch Verlages und des Kirschkern-Buchversandes bei.

PROKLA 69 ★

REFORMEN IN OSTEUROPA

Inhaltsverzeichnis

<i>Editorial</i>	2
<i>Hansgeorg Conert</i> , Perestrojka: Der mühsame Weg des »Umbaus der sowjetischen Gesellschaft	8
<i>Mária Huber</i> , Das »ungarische Modell«: Von den Reformen zur Rezession	35
<i>Thomas Voß</i> , Polen: Reformrhetorik gegen Konservatismus und Stagnation	52
<i>Walter Süß</i> , Mit gemischten Gefühlen: Zur Akzeptanz der sowjetischen Reform in den »Bruderländern«	70
<i>Reimar Stuckenbrock</i> , <i>Michael Gumbert</i> , Gorbatschows Abrüstungsvorschläge – das Ende des Rüstungswettlaufs?	91
<i>David Harvey</i> , Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Überlegungen zum »Post-Modernism« in den amerikanischen Städten	109
<i>Roger Keil</i> , David Harvey und das Projekt einer materialistischen Stadttheorie	132
<i>Ursula Wolf</i> , Brauchen wir eine ökologische Ethik?	148
<i>Autorenverzeichnis</i>	174

Editorial

Seit dem Amtsantritt von Michail Sergejewitsch Gorbatschow ist offensichtlich, daß die »sozialistischen Länder« in eine neue Reformperiode eingetreten sind, wenngleich diese Reformen zum Teil sehr viel weiter zurückreichen als bis zur Wahl des neuen sowjetischen Generalsekretärs. Zu welchen Resultaten diese neue Reformperiode führen wird, ist bislang schwer einzuschätzen, dennoch scheint es – um eines besseren Verständnisses der dort ablaufenden Prozesse willen – angebracht, wenigstens den Versuch zu unternehmen, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Doch soll zuvor an die erste Reformperiode in den 60er Jahren erinnert werden. Auch die damalige Entwicklung hatte in der bundesrepublikanischen und westeuropäischen Linken eine breite Debatte ausgelöst: Eine wenigstens kurze Vergegenwärtigung dieser Debatte kann helfen, eigene Lernprozesse bewußter zu machen und die Wiederholung alter Fehler zu vermeiden. Um den Preis grober Vereinfachung könnten die damaligen Beiträge zwei kontroversen Ansätzen zugeordnet werden: Der eine wählte das Regulationsmodell, der andere das Herrschaftssystem als Ausgangspunkt.

Ersterer Ansatz – wie auch die halboffizielle Reformdebatte in der Sowjetunion und in manchen osteuropäischen Staaten – konzentrierte sich auf das Verhältnis von »Plan« und »Markt«. Hierzulande geriet dieser Diskussionsstrang auf immer abstraktere Ebenen einer allgemeinen Ware-Geld-Debatte, die zum Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern (und des sozialen Gehalts dieser Kategorien bei Marx) nichts beizutragen vermochte. Auf der anderen Seite neigten die Theoretiker, die von den Herrschaftsverhältnissen ausgingen, dazu Abstraktionen (wie »Bürokratie« und »neue Bourgeoisie« oder »Arbeiterklasse« und »Massen«) einander gegenüber zu stellen – statt auf eine empirische Analyse der realen Verhältnisse sich einzulassen. Doch auch die Kombination beider Ansätze führte nicht immer zu erhellenden Ergebnissen: Unter dem Einfluß einer häufig recht verzerrten Wahrnehmung der chinesischen »Kulturrevolution« nahm sie die dort angeblich gelungene »Politisierung der Ökonomie« zum Maßstab, an dem gemessen die Verhältnisse in den Gesellschaften sowjetischen Typs als »Kapitalismus« bzw. »Staatskapitalismus« eingestuft wurden. Der Weg zu einem Verständnis der Konfliktlagen in diesen Ländern war damit versperrt.

Kurz nach der Niederwalzung des Prager Frühlings durch die Armeen der »Bruderparteien« im August 1968 haben Elmar Altvater und Christel Neuß, beide Gründungsmitglieder der PRO-KLA, in der »neuen kritik« (H. 51/52, Februar 1969) einen Aufsatz über »Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation« veröffentlicht. In diesem Text wurde versucht, die Intervention und den ihr vorangegangenen Emanzipationsprozeß in den breiteren Kontext der Reformprozesse in den 60er Jahren zu stellen. Ihre Kernthese war: Die Herrschaft der »Bürokratie« in den »Übergangsgesellschaften« ist Ergebnis sozioökonomischer Rückständigkeit.

Mit der Überwindung dieser Rückständigkeit wird sie »überflüssig« (das unterscheidet sie von der Bürokratie im Spätkapitalismus) und in ihrer zentralistischen Form zu einem Hemmnis für die Steigerung wirtschaftlicher Effizienz. Um die drohende »Stagnation« abzuwenden, nimmt sie einerseits Zuflucht zur Dezentralisierung bürokratischer Machtstrukturen über den Markt, andererseits versucht sie eine Aktivierung der »Massen« vermittels ökonomischer aber auch politischer Zugeständnisse. Die »Massen« jedoch strebten, wenn sie erst einmal in Bewegung geraten sind – wie der Prager Frühling gezeigt hat – danach, die vorgegebenen Grenzen bürokratischer Herrschaft zu überschreiten. Dagegen ist die »Bürokratie« erwiesenermaßen bereit, mit Gewalt vorzugehen. Eine Beseitigung der Funktionsschwächen des Planwirtschaftssystems aber ist, so Altwater/Neusüß, nur über eine Ausweitung der Partizipation der Werktätigen und eine Demokratisierung der Machtstrukturen zu erreichen. – Diese Analyse klingt – schon wegen der neuerlichen Reformperiode seit Anfang und besonders Mitte der 80er Jahre – erstaunlich aktuell. Aber war sie auch zutreffend? Gilt sie noch heute? Verglichen mit dem, was in den folgenden Jahren von den Zerfallsprodukten der Studentenbewegung über »Revisionismus«, »neue Bourgeoisie« etc. in die Welt gesetzt wurde, war sie präzise und konkret. Statt der abstrakten Gegenüberstellung von »Plan« und »Markt« wurde der »Markt« als Behelfsmittel der Planbürokratie begriffen. Ökonomie (Wachstum und Effizienz) und Politik (Legitimation) wurden als Vermittlungszusammenhang, nicht als mechanisches Determinationsverhältnis interpretiert, Wirtschafts- und Politikreform als widersprüchliche Einheit gesehen. Trotz dieser Vorzüge hatte dieser Ansatz damals schon beachtenswerte Schwächen, die heute vielleicht noch deutlicher sichtbar sind: Altwater/Neusüß bezeichneten diese Systeme als »Gesellschaften der Übergangsperiode«. Trotz aller Vermittlungsversuche ist eine bipolare Sicht der inneren Struktur dieser Gesellschaften entlang der Achse Kapitalismus/Sozialismus angelegt. Relevante Gegensatzpaare sind aus dieser Perspektive Plan/Markt, Bürokratie/Massen. Darin war das von anderen in der Folgezeit entwickelte theoretische Hirngespinnst einer gegen die »kapitalistische Restauration« kämpfenden »Arbeiterklasse« als – wenn auch nicht zwingende – Möglichkeit bereits angelegt. Die Arbeiterklasse erscheint bei Altwater/Neusüß noch – durchaus realistisch – als an der Produktion weitgehend desinteressiert und durch die »Expropriation der Macht« entpolitisiert. Gewiß handelt es sich bei diesem Bewußtseinszustand um eine Folge der herrschenden Verhältnisse; dennoch ist es wenig überzeugend, wenn Demokratisierungsprozessen dann eine so heftige Wirkung zugeschrieben wird, daß sie nicht nur zu einer Aktivierung der »Massen« führen, sondern sogar zur Beseitigung eines grundlegenden Funktionsdefizits von Planwirtschaften: der Herrschaft von Partikularinteressen in den und über die Betriebe(n). Die Annahme, die Arbeiter würden, wenn sie nur könnten, ihren jeweiligen Managern im gesamtgesellschaftlichen Interesse auf die Finger klopfen, negiert den korporativen Konsens in den Unternehmen des »real existierenden Sozialismus«, den aufrechtzuerhalten im Interesse beider Seiten – der Arbeiter und des Managements – liegt. Dafür lieferte die »Arbeiterselbstverwaltung« in Jugoslawien auch damals schon ein beredtes Beispiel. Dieses Argument vorausgesetzt, bedarf es zur Abgleichung der verschiedenen Interessen und der Steigerung wirtschaftlicher Effizienz eines von außen wirkenden Regulators. Administrative Anweisungen und Interventionismus der Partei haben sich in dieser Funktion als wenig effizienzsteigernd erwiesen. Deshalb bemüht sich die Planbürokratie um die Integration von

Marktelementen in ihre gesellschaftspolitische Konzeption; die innerbürokratischen Widerstände dagegen haben sich allerdings in den 70er Jahren als weit zäher erwiesen, als das in den 60er Jahren vorauszusehen war. Aber auch eine emanzipativ ausgerichtete Konzeption, die man mit dem neuen Slogan der bulgarischen Partei als »Übergang von der Macht im Namen des Volkes zur Macht durch das Volk« zusammenfassen kann (wobei es eine andere Frage ist, ob die BKP diese Vorgaben auch einzulösen imstande ist), sollte nicht dem Problem der horizontalen Vermittlung gesellschaftlicher Partikularinteressen durch die Beschwörung der Vernunft der »Massen« ausweichen. Deshalb und um die Macht des Partei-Staates zurückzudrängen, setzen fast alle Oppositionellen in Osteuropa auf den Markt. Solange als das zentrale Problem dieser Gesellschaften die durch die verkrusteten bürokratischen Strukturen und die »Kommando-Methoden« der Anleitung bedingte niedrige einzelbetriebliche Effizienz bzw. – in der dort herrschenden Sprache ausgedrückt – die unzureichende Nutzung intensiver Wachstumsfaktoren betrachtet wird, ist dieser Ausweg auch plausibel. Allerdings verbieten es die Erfahrungen mit Marktregulation in der »Ersten« und der »Dritten Welt« zu unterstellen, mit ihr sei auch der Schlüssel zu einer ganzen Reihe anderer, nicht weniger schwerwiegender Probleme gefunden: Schutz der natürlichen Umwelt, Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit und kulturell reiche Entfaltung der Persönlichkeit, Bewahrung des Friedens, um nur die wichtigsten zu nennen. Man kann davon ausgehen, daß dies auch den Reformern bekannt ist, doch ihr Etappenziel ist die Zurückdrängung der Macht der zentralen und regionalen Wirtschaftsbürokratie und des mit ihnen verflochtenen Parteiapparates.

Betrachtet man die aktuelle Reformentwicklung in Osteuropa, so ist es einigermaßen überraschend, daß in dem hier mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung kritisierten Artikel von Altvater/Neusüß deren zwei Hauptakteure überhaupt nicht auftauchen: die Partei und die Intelligenz. Zieht man erstere in die Betrachtung ein, so wird es um einiges schwieriger anzunehmen, »die Bürokratie« mache sich im Maße sozioökonomischer Entwicklung selbst »überflüssig«. Unzweifelhaft ist die Parteierrschaft in eine Legitimationskrise geraten, doch kann die Partei – wie die aktuelle sowjetische Entwicklung zeigt – die Krisenüberwindung auch als Legitimationsstrategie gegen die Staatsbürokratie einsetzen. Daß sie sich dabei der Intelligenz für ein Projekt, das die grundsätzlichen Machtstrukturen bisher wenigstens keineswegs infrage stellt, bedienen kann, zeigt ein weiteres Mal, daß die Analyse der Reformprozesse einer differenzierteren und konkreteren Aufarbeitung der gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen und Beziehungen in den Partei-Staaten sowjetischen Typs bedarf.

Der entscheidende Punkt, dessentwegen es sinnvoll ist, an diese früheren Analysen zu erinnern und sich ihre Begrenztheit bewußt zu machen, ist, daß gerade die aktuelle Reformentwicklung zeigt, daß eine Herangehensweise mit Hilfe zwei sehr abstrakter Regulationsmodelle (»Plan«/»Markt«) und einer dichotomischen Sicht des Systems (»Bürokratie«/»Massen«) nicht bloß zu kurz greift. Würde sie – was allerdings schwerlich zu erwarten steht – als Handlungsanleitung genommen, so müßte sie notwendig ins politische Abseits führen. Als kategorialer Rahmen einer Analyse von außen führt sie zu Mißverständnissen, weil sie die innere Dynamik von Reform und Konservatismus nicht zu greifen vermag. D.h. gerade in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe sind die sozialen und politischen Kämpfe innerhalb des Partei-Staates selbst von vorrangiger Bedeutung. Die Frontlinien dort verlängern sich in die Gesellschaft hinein.

Gerade der konservativ-bürokratische Flügel bedient sich populistischer Argumente (das zeigt *Mária Huber* in diesem Heft am Beispiel Ungarn), verteidigt tradierte soziale Rechte einzelner Gruppen um den Preis gesamtgesellschaftlichen Mangels. Auf der anderen Seite versuchen die Reformer (etwa in der Sowjetunion) leistungsmotivierte Bevölkerungsteile gegen den bürokratischen Apparat zu mobilisieren. Aussagen darüber, welche Erfolgsaussichten diese Konzeptionen jeweils haben, wären nur auf der Basis genauer Untersuchungen des tatsächlichen Bewußtseins und der ihnen zugrunde liegenden, je konkreten Interessenlagen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen möglich. Daß dabei nicht nur ökonomische Faktoren, sondern ebenso soziale, kulturelle und ethnische Einflüsse wirksam sind, macht die Analyse noch schwieriger.

Bei den Beiträgen zu diesem Schwerpunktheft kann es sich deshalb nur um eine erste Annäherung an das Verständnis von Prozessen handeln, die uns gewiß noch geraume Zeit beschäftigen werden. *Hansgeorg Conert* stellt in seinem Bericht über die sowjetische »perestrojka« (Umbau) die Verbindung zwischen den aktuellen Reformen in der UdSSR und der Reformpolitik der 60er Jahre her und zeichnet die *differentia specifica* des Gorbatschowschen Ansatzes, die Überwindung eines auf die Ökonomie beschränkten Projekts, nach. Die Entwicklung in Ungarn, die inzwischen gern unter den Begriff »Marktsozialismus« subsumiert wird, ist Gegenstand des Artikels von *Mária Huber*. Sie schildert die Krise, in die die Tabuisierung politischer Machtstrukturen durch die Reformer Gesellschaft und Ökonomie geführt hat und widerlegt zugleich die weit verbreitete Annahme, es existiere bereits ein funktionsfähiges »ungarisches (Gegen-) Modell«. *Thomas Vofß* analysiert die reformpolitische Sackgasse, in der sich Polen seit der Unterdrückung der Volksbewegung »Solidarnosc« befindet: Allgemeine Reformprojekte werden verkündet, doch durch Einzelmaßnahmen sofort wieder konterkariert, den gesellschaftlichen Druck, den das System zu seiner Reform brauchen würde, hat es selbst zerstört. In dem Artikel von *Walter Süß* wird die Reaktion der Führungen der »Bruderparteien« auf die explizit politische Wende des sowjetischen Reformprozesses zu Anfang des Jahres 1987 dargestellt und es wird versucht, hinter der breiten Palette tatsächlicher Reaktionen gemeinsame Bedingungsfaktoren unterschiedlich starker Ausprägung sichtbar zu machen. Etwas überraschend und noch weiterer Diskussion bedürftig ist die Beobachtung, daß es zwischen dem jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsstand und einer positiven Reaktion auf den sowjetischen Reformprozeß eine negative Korrelation gibt. Das ist nicht gerade ein Beleg für die modernisierungstheoretische These, die neuerliche Reformwelle im »sozialistischen Lager« sei dadurch bedingt, daß die Ökonomie an die Grenzen des politischen Systems stößt.

Mit der neuen sowjetischen Abrüstungspolitik befassen sich schließlich *Reimar Stuckenbrock* und *Michael Gumbert* in ihrem Artikel. Die aktuelle Frage, ob Gorbatschows Reformpolitik nach außen – mehr noch als nach innen – als schlichter Propagandatrick oder in der Tat als eine Abkehr von der militärisch-technischen Denkweise seiner Vorgänger zu verstehen ist, beantworten die beide Autoren mit der – sicherlich umstrittenen – These: Neue politische Prinzipien und Interessen dominieren heute die worst-case-Kalküle möglicher Kriegsszenarien. Denn: Die dringend nötige Reform des Wirtschaftssystems könne nur gelingen, wenn der zivilen Wirtschaft nicht ständig wichtige Ressourcen und Technologien vom Rüstungssektor entzogen

werden. Stuckenbrock und Gumbert sind der Überzeugung, daß der sowjetische Einsatz für eine Minimalabschreckung auf einen Neuanfang der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zielt – und sie überprüfen vor dem Hintergrund dieser Annahme die bisherigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

* * *

Außerhalb des Schwerpunktthemas finden sich in PROKLA 69 – unter der Rubrik »Theorie-Diskussion« – einige Beiträge, die Schwerpunktthemen der letzten zwei Hefte fortsetzen: Im Nachtrag zur Nummer 68 über »Lokaler Staat und Kommunalpolitik« haben wir *David Harveys* Text über »flexible Akkumulation durch Urbanisierung« übersetzt. David Harvey, das ist in dem anschließend publizierten Überblicksartikel von *Roger Keil* nachzulesen, gehört mit Sicherheit zu den einflußreichsten Theoretikern der »neuen Stadttheorie«: Bedauerlicherweise liegen von ihm bislang allerdings nur wenige Übersetzungen in deutscher Sprache vor. Um so mehr freuen wir uns, in dieser PROKLA-Ausgabe seinen brandneuen Text über den »Postmodernismus in amerikanischen Städten« zur Diskussion stellen zu können – darin er sein Projekt einer materialistischen Stadttheorie ein Stück weit fortgeschrieben hat. Zusammen mit Roger Keils lehrreichem Einführungsartikel in Harveys Werk setzt dieser Text unsere Schwerpunktdebatte über neuere Tendenzen der Urbanisierung in, wie wir meinen, sehr gelungener Weise fort.

* * *

Schließlich füllen wir in dieser Nummer aber auch noch eine Lücke, die in der vorletzten PROKLA über »Ökonomie und Ökologie« offengelassen wurde: In der klaren und kompromißlosen Sprache der analytischen Philosophie fragt und diskutiert *Ursula Wolf*, ob wir eine »ökologische Ethik« brauchen. Die Antworten, die ihre auch für philosophische Laien leicht verständliche Abhandlung nahelegt, mögen schockierend ernüchternd sein – zumindest für all diejenigen, die sich über die in PROKLA 67 aufgezeigten Widersprüche zwischen »ökonomischer und ökologischer Logik« durch einen emphatischen aber plakativ bleibenden Rekurs auf »moralische Lösungen« des Problems hinwegsetzen wollen. Beispielsweise dadurch, daß, wie in einem druckfrischen Beitrag von Karl August Zinn (»Politische Ökonomie«, Opladen 1987) nachzulesen, politische Ökonomie, die als Wissenschaft ökonomischer Praktiken bestimmt wird, mit einem »metaphysischen Fundament« unterlegt wird, das auf theologische Sätze rekurriert und nicht mehr dem Desiderat gehorcht, das Ursula Wolf für ethnische Prinzipien und moralisches Handeln aufstellt: Daß beides zwischenmenschlich verallgemeinerbar sein muß – was für die aus einem wie auch immer theologisch begründeten Ideal abgeleitete ökologische Ethik gerade nicht zutrifft. Aber auch das »Prinzip Verantwortung«, auf das sich – im Anschluß an den diesjährigen Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels Hans Jonas – rechte wie linke Theoretiker und Politiker so leicht verständigen und in dem das heute wohl verbreitetste Plädoyer für eine neue Ethik formuliert wird, ist – wie Ursula Wolf zu zeigen versucht – »keine ethische Konzeption..., deren Verallgemeinerung eine Lösung der ökologischen Probleme fördern würde.« Auch wenn nicht jeder Leser der PROKLA ihrer Argumentation folgen mag: Er wird in diesem Beitrag eine ganze Reihe von interessanten theoretischen Hürden finden – die

er überwinden müßte, wollte er einen ernstzunehmenden Beitrag zur »moralischen Erneuerung« entwickelter kapitalistischer Gesellschaften leisten.

Die Gestaltung und Betreuung des Schwerpunktthemas »Reformen in Osteuropa« lag in den Händen unseres Gastredakteurs *Walter Süß*. Ihm gilt unser herzlicher Dank.

Die Redaktion

Hansgeorg Conert Perestrojka – Der mühsame Weg des Umbaus der sowjetischen Gesellschaft Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik im Reformprozeß

Perestrojka ist in aller Munde. Der von M.S. Gorbacev ins Werk gesetzte Elan des sowjetischen Reformprozesses weckt im Westen wohlwollendes Interesse, mancherorts geradezu Begeisterung und jedenfalls hohe Erwartungen. Je nach dem politischen und gesellschaftlichen Standort des Beobachters richten sich die Hoffnungen auf politische, soziale und wirtschaftliche Ergebnisse verschiedener Art; einhellig ist aber der Wunsch nach Verwirklichung der Reformpläne.

In und außerhalb der UdSSR werden allerdings weniger die Reformvorstellungen, -beschlüsse und die möglichen Resultat diskutiert, als vielmehr die politischen und gesellschaftlichen Chancen der Reformprotagonisten um Gorbacev, den Änderungskurs beizubehalten und gegen Widerstände verschiedenster Art durchzusetzen. Zweifel werden bei jenen, die mit der jüngeren sowjetischen Vergangenheit einigermaßen vertraut sind, vor allem durch Erinnerung an den gescheiterten ökonomischen Reformansatz von 1965 genährt. Dabei werden die Ursachen weniger in ökonomischen Problemen in engerem Sinne geortet, als in fehlenden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Deren Erörterung steht bei aktuellem Bezug im Mittelpunkt dieses Beitrags. Im ersten Abschnitt werden die Ursachen des Mißerfolgs der Reform von 1965 resümiert. *Ein* Faktor für den Vergleich der Reformchancen von 1965 mit den heutigen ist die Einschätzung des jeweils wirksamen Reformdrucks. Dazu werden im folgenden Abschnitt einige Gesichtspunkte diskutiert.

Ein notwendiger Zusammenhang zwischen Änderungen des zentralistisch-administrativen und direkten Planungs- und Leitungssystems der Wirtschaft und Demokratisierung der staatssozialistischen Machtstrukturen und politischen Prozesse wird zwar oft behauptet, aber selten präzisiert. Dazu werden im anschließenden Teil einige Hinweise gegeben. Sie sind von Bedeutung für die Beurteilung der Ansätze, die gegenwärtig in der UdSSR zur Ausdehnung der Reform in die Bereiche von Politik und Gesellschaft unternommen werden. Beispiele dafür werden im nachfolgenden Abschnitt dargestellt und diskutiert. Da in diesem Beitrag davon ausgegangen wird, daß ökonomische Funktions- und Effizienzdefizite den Anstoß zum erneuten Reformversuch gaben und daß das Ziel ihrer Überwindung die weiteren Reformschritte bestimmt, sind die intendierten und eingeleiteten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen unter dem Aspekt ihrer Funktion für die wirtschaftliche »Erneuerung« zu erörtern. Einige Überlegungen zu den Chancen, Grenzen und Gefährdungen der sowjetischen Reformpolitik schließen den Beitrag ab.

Die »Kossygin-Reform« der sechziger Jahre und ihr Scheitern

Alle Ansätze zu institutionellen und funktionsgerichteten Änderungen sozialistischer Wirtschaftsordnungen sowjetischen Typs (Jugoslawien nach 1952, DDR 1963, CSSR 1966/67, Ungarn 1968) weisen in die gleiche Richtung: Erweiterung der ökonomischen Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen der Betriebe. Diese Reformen waren und sind gerichtet auf Überwindung der strukturellen Funktionsschwächen des Systems zentraler, direkter, allumfassender, administrativer und im Kern auf Produktionsergebnisse in Naturalform ausgegerichteter Wirtschaftsplanung und -leitung. Sie resultieren letztlich aus der Unmöglichkeit, ökonomisches Handeln im Sinne permanenten und strengen Aufwand-Ergebnis-Kalküls im Bereich der einzelwirtschaftlichen Einheiten (Betriebe) zentral zu planen, zu steuern und zu kontrollieren. Die den Prozeß der planwirtschaftlichen Industrialisierung der SU von Beginn an beherrschende Zielausrichtung auf Produktionsmengen und die relative Einfachheit, quantitative Produktionsziele zu erarbeiten, zu Plänen zusammenzufassen und diese in verbindliche Produktionsaufgaben der Betriebe zu disaggregieren führte dazu, daß die Erfüllung solcher Plankennziffern entscheidendes Bewertungskriterium der betrieblichen Wirtschaftstätigkeit durch die Leitungsorgane wurde. Nachhaltiges Eigeninteresse der Betriebskollektive an systematischer Aufwandsökonomie wird unter diesen Bedingungen nicht handlungsleitend. Zur Überwindung der daraus resultierenden Produktivitätsdefizite ist zumindest erforderlich: die betriebliche Wirtschaftstätigkeit nach synthetischen, d.h. die einzelnen Faktoren von Arbeits- und Ressourcenökonomie zusammenfassenden Indikatoren zu bewerten, die Betriebskollektive zur Forcierung entsprechenden Eigeninteresse an den Arbeitsresultaten zu beteiligen und ihnen die zu solchen ökonomischen Dispositionen erforderlichen Entscheidungs- und Verfügungsrechte einzuräumen.

Damit sind Ausgangspunkt, Motive und Grundrichtung der ökonomischen Reformbeschlüsse von 1965¹ und in der UdSSR im groben Umriß bezeichnet. Ihnen ging eine mehrjährige kritische und kontroverse Diskussion vor allem unter Ökonomen voraus (vgl. Sharpe, 1966). Im bekanntesten Beitrag entwickelte J. Liberman (Liberman 1962) ein recht einfaches Konzept: Den Betrieben seien zum einen quantitative Planaufgaben, vorwiegend im Naturalausdruck, zuzuweisen. Unter der Voraussetzung ihrer Erfüllung müsse die Rentabilität zur Hauptbewertungskennziffer der betrieblichen Leistung werden. Bei Überschreiten einer branchenspezifisch oder einzelbetrieblich festzulegenden Normrentabilität dürften die Betriebe beachtliche, allerdings degressiv abnehmende (um Kapazitätsverschleierungen vorzubauen) Anteile des Mehrgewinns behalten.

Das 1965 verabschiedete Reformkonzept wies in die Richtung des Libermanschen Vorschlags, ohne allerdings den ökonomischen Dispositionsspielraum der Betriebe in so starkem Maße auszuweiten, wie es der Liberman-Vorschlag vorsah. Beabsichtigt war, die Unzahl der den Betrieben in den Jahresplänen vorgegebenen vollzugsverbindlichen Kennziffern auf neun (z. T. allerdings zusammengesetzte) zu reduzieren. Zur Erweiterung der Dispositionsmöglichkeiten der Betriebe sollten die Fünfjahres- anstelle der Jahrespläne bewertungsentscheidend werden. Rentabilität bzw. Gewinn sollte Hauptindikator der betrieblichen Wirtschaftsresultate sein. Deren Gratifizierung sollte vor allem in Form ergebnisabhängiger Zuweisung von Gewinnan-

teilen in betriebseigene Fonds erfolgen, aus denen zum einen Investitionen nach eigener Entscheidung finanziert, zum anderen Prämienzahlungen bestritten und Sozial- und Kultureinrichtungen geschaffen oder ausgebaut werden konnten.

Das von westlichen Beobachtern seit Anfang der 70er Jahre konstatierte Scheitern dieses Reformansatzes in der UdSSR wird in jüngerer Zeit nicht selten auch von sowjetischen Autoren uneingeschränkt konzediert. Die auch von mir bislang benutzte Formulierung »Scheitern der Reform« ist allerdings präzisierungsbedürftig. Sie kann meinen: Das Reformkonzept ist verwirklicht worden, hat aber nicht die erwarteten ökonomischen Resultate gebracht. Die Formulierung könnte sich aber auch auf den Implementierungsprozeß beziehen und dessen Scheitern meinen, so daß offenbliebe, welche Ergebnisse die Reform unter der Voraussetzung konsequenter Verwirklichung gezeitigt hätte. Tatsächlich war der Verlauf des Reformprozesses jedoch komplexer als diese Interpretationen nahelegen². Die Implementierung konnte und sollte nicht in einem Zuge in der gesamten Industrie des Landes, sondern in Stufen, zunächst bis 1968, dann bis 1970 erfolgen. Zur Anwendung gelangten – im Widerspruch zur Konzeption – nicht einheitliche, sondern branchenweise variierende Reformmaßnahmen. Als nach quantitativen Anfangserfolgen, die jedoch nicht strukturellen Änderungen, sondern der anreizinduzierten Aktivierung betrieblicher Reserven geschuldet waren (Katz 1972, 156; Ryavec 1975, 283/84) ab 1968 die verschiedensten ökonomischen Probleme auftraten,³ intervenierten die Leitungsorgane (wie Gosplan, die Zweigministerien u.a.) bereichsweise oder punktuell, indem sie Reformbestimmungen modifizierten oder überhaupt außer Kraft setzten (Berliner 1983, 361; Keizer 1972, 224; Kushnirski 1984, 37). Anfang der 70er Jahre hatte sich in der sowjetischen Industrie bezüglich der praktizierten Planungs- und Leitungsmethoden und -instrumente eine Situation herausgebildet, die bei allen Differenzen zwischen Branchen und auch Betrieben insgesamt den Reformbeschlüssen nicht oder nur in reduzierter Weise entsprach. Der wenig überschaubare, weder gradlinige noch einförmige Verlauf des Reformprozesses läßt sich mithin treffender als »Versanden« denn als »Scheitern« kennzeichnen.

Wenn heute in und außerhalb der UdSSR die Chancen der aktuellen Reformpolitik unter dem Blickwinkel des "Schicksals" der Kossygin-Reform diskutiert werden, stellt sich erneut die Frage nach den Ursachen dieses "Versandens". Die in der westlichen Fachliteratur⁴ vorfindlichen Antworten konzentrieren sich auf die Obstruktion der Reformdurchsetzung seitens der mittleren und oberen Organe der Wirtschaftsadministration (z.B. Rykavec 1975, resümierend 299/300; Bialer 1983, 414; Höhmann 1974, 30/31). Dabei wird das Problem von Interesse, ob und in welcher Weise eine Reform des "Wirtschaftsmechanismus" staatssozialistischen Typs Veränderungen der Strukturen und Prozesse der *politischen* Machtkonstitution und -exekution verlangt. Gorbacev beantwortet es eindringlich im Sinne der im Westen überwiegend und seit langem (bei unterschiedlicher Begründung und Konkretisierung) vertretenen Auffassung, daß ein solcher ökonomischer Reformansatz ohne Änderung der politischen Machtstrukturen und der gesellschaftlichen Beziehungen zum Scheitern verurteilt ist. Diese Einschätzung soll später in der Absicht notwendiger Präzisierung und Konkretisierung diskutiert und dabei erörtert werden, ob und in welcher Weise ihr die heutige sowjetische Reformpolitik Rechnung trägt. Mit Blick auf die gegenwärtigen sowjetischen Reformperspektiven muß jedoch noch ergänzt

werden, daß die eindeutige Beschränkung der Reform von 1965 auf die ökonomische Sphäre, der Verzicht auf gleichzeitige Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse keineswegs die einzige Ursache für das Scheitern ihrer Durchsetzung sind. Das Syndrom der zahlreichen weiteren, sich zum Teil verstärkenden oder wechselseitig bedingenden Gründe, die Studien westlicher Autoren anführen, will ich wenigstens in gerafftester Form aufschlüsseln:

- Die Wirtschaftsadministration obstruierte und konterkarierte die Reformbeschlüsse, aber vor allem war die politische Führung offenkundig nicht entschlossen genug, Widerstände dieser Art zu brechen.
- Die sachliche Fundierung der Reformkonzeption war unzulänglich und inkohärent. Die einzelnen Maßregeln widersprachen sich teilweise (Ellman 1984, 76). Temporär verwirklichte Reformbestimmungen führten deshalb zu ambivalenten Resultaten und erzeugten neue Probleme, was ihre Rücknahme zu rechtfertigen schien (Höhmann, 1974).
- Unveränderte ökonomische Rahmenbedingungen verhinderten die intendierten Wirkungen, z.B. die erhofften Resultate der neuen Stimulierungs- und Gratifizierungsmodalitäten (den betrieblichen Investitionsfonds und den steigenden Einkommen der Arbeiter stand kein Güterangebot gegenüber). Die Lage in traditionellen Engpaßsektoren besserte sich nicht und blockierte Erfolge im Reformsektor (so etwa die Wirkungen der Landwirtschaft, des Transport- und Bauwesens) (Dyker 1981, 131, 136; Kaspi 1983, 149 f.).
- Ökonomische Friktionen, die dirigistische Interventionen der Leitungsorgane auslösten, gingen auf tradierte Mängel des Preissystems zurück (Ellmann 1984, 90; Schroeder 1971, 38/39).
- Die Betriebsdirektoren und leitenden Angestellten verfügten oft weder über Motivation noch über erforderliche Qualifikation zur Arbeit unter veränderten Bedingungen (Brus 1986, 22; Katz 1972, 155 f.; Ryavec 1975, 254/55, 293).
- Die Arbeiter und Angestellten zeigten keineswegs ausgeprägtes Interesse an der Reform und unterstützten sie wenig (Arnot 1981; Brus 1986, 22; Katz 1972, 155f.; Schroeder 1979, 335).

Diese ökonomischen und sozialen, durch Reformbeschlüsse »von oben« nicht rasch überwindbaren Blockierungsursachen wirken zusammen mit der Obstruktion der Ministerien und Staatskomitees auch heute gegen die Durchsetzung des – begrenzten – ökonomischen Reformbeschlusses vom Juli 1983⁵ (Conert 1985, Seidenstecher 1986) wie gegen dessen Erweiterungen unter Gorbacev. Da diese Reformhindernisse nicht Gegenstand meiner weiteren Erörterungen sind, sollten sie zumindest benannt werden, um nicht der Einschätzung Vorschub zu leisten, die Perspektiven der perestojka hingen ausschließlich von Demokratisierungsschritten auf der institutionellen und rechtlichen Ebene ab.

Zum »Reformdruck« 1965 und heute

Allgemein kann davon ausgegangen werden, daß das Maß der von den Protagonisten der sowjetischen Partei- und Staatsführung wahrgenommenen Dringlichkeit einer Reform *ein* wesentlicher Faktor ihrer Reformentschlossenheit und damit der Realisierungschancen des Reformkonzepts ist. Die nachfolgenden knappen Erwägungen hierzu konzentrieren sich auf wirtschaftliche Argumente, denn trotz der nunmehr auch die politischen und sozialen Strukturen erfassenden Reformpolitik weist der Duktus ihrer Begründung eindeutig auf die Priorität ökonomischer Motive und Ziele hin.

Ungeachtet der Planungs- und Strukturprobleme, die 1956 zur förmlichen Außerkraftsetzung

des 6. Fünfjahrplanes (FJPI) geführt hatten (Nove 1984, 344), waren Chruscevs Erläuterungen zum Entwurf des Siebenjahresplanes 1959-65 auf dem XXI. – außerordentlichen – Parteitag der KPdSU 1959 von Optimismus durchdrungen und enthielten keine Hinweise auf ökonomische Funktions- und Effektivitätsmängel. Als »ökonomische Hauptaufgabe der UdSSR« wurde bestimmt, »... die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung zu übertreffen ...«⁶. Nur zwei Jahre später aber mußte Chruscev im Rechenschaftsbericht des XXII. Parteitags eine ganze Reihe der noch heute akuten Defizite hervorheben: Die Arbeitsproduktivität ist niedrig und steigt langsam, zu lange verzögert sich die Einführung neuer Produktionstechniken, die Fristen im Anlagenbau sind zu lang und die Kosten zu hoch, Roh-, Bau- und Energiestoffe werden vergeudet, Kapazitäten bleiben ungenutzt; die Planung ist verbesserungsbedürftig.⁷ Eine erweiterte Mängelliste legte dann L. Breznev dem XXIII. Parteitag 1966 vor.⁸ Die in der Struktur und Funktionsweise des überkommenen Planungs- und Leitungssystems wurzelnden Fehlentwicklungen waren Anlaß und Gegenstand der erwähnten Reformdiskussion 1962-65. Obwohl zwar die Zuwachsraten der Industrie mit je knapp 8% 1963 und 1964 auf den bis dahin niedrigsten Stand nach dem Kriege fielen, lagen sie aber noch immer – mit Ausnahme Japans – über denen der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften. Chruscevs Nachfolger sahen wie dieser die Notwendigkeit von Änderungen im Planungs- und Leitungssystem zur Durchsetzung eines »qualitativ« erhöhte Resultate gewährleistenden Funktionsmechanismus'. Zumindest in kürzerfristiger Perspektive war der Reformdruck jedoch beschränkt. Das Andauern der ökonomischen Mißstände und Dysfunktionen beim Scheitern der Reformversuche der 60er und 70er Jahre führte jedoch in eine Situation, derer wirtschaftliche, soziale und politische Tragweite in den üblichen quantitativen, von der sowjetischen Partei- und Wirtschaftsführung immer ins Zentrum gerückten Indikatoren kaum Ausdruck findet.⁹ Die wirklich bedrohlichen Strukturmängel und Entwicklungshemmnisse sind vor allem qualitativer Natur. Ich will sie wenigstens selektiv andeuten:

- Die technologische Innovationsschwäche der Wirtschaft konnte nicht überwunden werden. Insbesondere das Nachhinken im Bereich der Mikroelektronik bewirkte, daß der produktionstechnische Abstand zu den entwickelten kapitalistischen Ökonomien größer statt geringer wurde (Amman/Cooper 1982 u. 1986).
- Die niedrige Ausscheidungsrate von Maschinen und Anlagen (im Maschinenbau z.B. ca. 1,7% im Jahr) bei nur langsam wachsendem Anteil der Modernisierungsinvestitionen führte zur Obsoleszenz der Ausrüstungen in einem Maße, das nunmehr Anlageerneuerungen großen Umfangs in kurzer Frist unerläßlich macht.
- Die Effektivität der Investitionen sinkt deutlich. Zur Erzielung eines Produktionszuwachses von 1 Mill. Rubel waren im 8. FJPI (1966-70) Anlageinvestitionen in Höhe von 640 000 R. erforderlich; im 9. FJPI 743 000 und im 10. FJPI mehr als 1,2 Mill. R.¹⁰
- Die Produktivität des Grundfonds (der Produktionsanlagen im Wertausdruck) sank im 9. FJPI um 13,4%. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität sank von 28,8% im 9. FJPI auf 16,7% im nächsten Jahr, im darauf folgenden blieb es auf dieser Höhe.¹¹
- Die aufwandstimulierende Wirkung der Planungs- und Bewertungsindikatoren konnte zwar in den vergangenen 12 Jahren etwas gebremst werden; sowjetische Autoren nennen aber noch immer einen spezifischen Roh- und Brennstoffverbrauch, der um 50 - 200% über dem US-amerikanischen liegt. Vor allem infolge erschwelter Abbaubedingungen stieg in den letzten 10 Jahren der Förderpreis einer t Erdöl um 70%, der von Kohle um 100% und der Eisenerz seit Mitte der 60er Jahre um 200%.¹²
- Die Leistungsschwäche endemischer »Engpaßsektoren«, die die Entwicklung der Gesamtwirtschaft

- hemmen, konnte kaum reduziert werden. Dazu zählen vor allem: der Energiesektor, die Landwirtschaft, das Bauwesen, das Transportwesen, der Konsumgüter- und der Dienstleistungssektor.
- Das Ausbildungssystem entspricht nicht den realen Qualifikationserfordernissen. Zugleich wirkt die Verteilung der Arbeitskräfte territorial, betrieblich und qualifikatorisch immer dysfunktionaler, weil keine bedarfsadäquate Flexibilität gewährleistet ist.

Kompetente westliche Autoren kennzeichnen die ökonomische Situation der UdSSR seit etwa 10 Jahren zu Recht als die einer Effektivitäts-, nicht aber einer Existenzkrise (z.B. Bialer, 1986 Kapitel 18). Die sowjetische Führung wird jedoch kaum bereit sein, den Preis für das Unterbleiben oder Mißlingen einer effizienzgerichteten Wirtschaftsreform zu zahlen, der in einem sukzessiven Verlust der Großmachtstellung des Landes besteht mit Folgen wie: Gefährdung der Sicherheitsinteressen, der Legitimationsfähigkeit im Inneren, der ökonomischen Eigenständigkeit u.a.m. Der Reformdruck der letzten Jahre muß mithin höher als der von 1965 eingeschätzt werden.

Wirtschaftsreform und Demokratisierung

Die Einbeziehung der politischen und sozialen Sphäre in die gegenwärtige sowjetische Reformkonzeption und -politik markiert die wesentlichste Differenz zum Reformansatz von 1965. Immer wieder bekundet Gorbacev die Überzeugung, ohne Demokratisierung seien die beabsichtigten tiefgreifenden Änderungen des ökonomischen Funktionsmechanismus nicht durchzusetzen. Die oft spontanen Sympathien, die Gorbacev damit gerade bei westlichen Linken erntet, sollten nicht die Notwendigkeit der Präzisierung des behaupteten Zusammenhangs verkennen lassen.

Die beschriebene strukturelle Ursache der Funktions- und Effizienzschwächen der sowjetischen Wirtschaft verdeutlicht, daß eine Vorbedingung des Reformersfolgs in der Dekonzentration von Entscheidungs- und Verfügungsmacht zugunsten der Betriebskollektive als Grundeinheiten der ökonomischen Prozesse, also in der Einführung eines zentralen Demokratie-Elements bürgerlicher Prägung besteht. Der bürgerliche Demokratiebegriff erschöpft sich zwar nicht im Postulat der Dezentralisierung von Machtbefugnissen, erstreckt sich jedoch auch nicht auf eine genuin sozialistische Dimension, nämlich die Auflösung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und die Gestaltung der sozialen Prozesse durch egalitäre Teilhabe aller Gruppen und Individuen an den Entscheidungen über ihre Zielrichtungen und Verwirklichungsformen. Zur Reflexion der Frage, ob Demokratisierung im Sinne dieses emphatischen Verständnisses Bedingung der Realisierung des erklärten Kernziels der sowjetischen Reformen - »kardinale« Steigerung der Effektivität der gesamten Wirtschaftstätigkeit – ist, müssen normative und funktionale Aspekte bzw. Momente materieller und formaler Rationalität auseinandergehalten werden.¹³ Die Annahme, bei authentisch sozialistischen Produktionsverhältnissen fielen beide Momente von Rationalität zusammen bzw. die gesellschaftliche Praxis gewährleiste beide zugleich, gehört zu den Traditionselementen marxistisch-sozialistischer Überzeugungen. Sie ist jedoch nur zutreffend, wenn – normativ durchaus begründungsfähig – den Kriterien materialer Rationalität Dominanz zuerkannt wird und sie die Grenzen der Geltung von Prinzipien formaler Rationalität bestimmen.¹⁴

Daß solches nicht in der entscheidungs- und handlungsleitenden Absicht der sowjetischen Reformen liegt – und unter den gegebenen historischen, ökonomischen, soziokulturellen Bedingungen nicht liegen kann – ist offenkundig. Hier geht es auch nicht darum, einen Ansatz zur Kritik des Demokratieverständnisses der sowjetischen Reformprotagonisten anzudeuten, sondern eher um eine Warnung vor zu euphorischen Erwartungen an Prozeß und Resultate der eingeleiteten Reformen, die dann erneut in die in der westlichen Linken nicht seltene abstrakte Kritik umschlagen.

Nun meinen die Befürworter von perestrojka mit Demokratisierung sicher nicht allein »kardinale Erweiterung der Entscheidungskompetenzen und Eigenverantwortung der Betriebskollektive«. Worum geht es ihnen darüber hinaus? Bei aller Problematik des Begriffs¹⁵ lassen sich die erkennbaren Intentionen am eindeutigsten auf den Begriff der gesellschaftlichen »Modernisierung« bringen. Wenn diese Kennzeichnung zutrifft, muß der sowjetische Reformprozeß von einer normativ-sozialistischen Position aus als ambivalent eingeschätzt werden. Sein Gelingen wäre nicht identisch mit »realem Sozialismus« im genuinen Sinne; es würde vielmehr politische, wirtschaftliche, soziale, soziokulturelle u.a. Veränderungen bedeuten, die einerseits Vorbedingungen sozialistischer Vergesellschaftungsweise – und auch schon Elemente derselben –, andererseits aber auch solche sind, die die Prozesse ihrer bewußten Durchsetzung hemmen oder gar blockieren. Die wesentlichen heute erkennbaren Intentionen und Ansätze zu politischen und gesellschaftlichen Veränderungen durch den sowjetischen Reformprozeß werden im folgenden benannt und Relevanz, Realisierungschancen, Probleme und Widersprüche diskutiert.

Zur politischen und sozialen Dimension von perestrojka

Wenn im weiteren beabsichtigte bzw. eingeleitete Ansätze zu Änderungen politischer und sozialer Strukturen und Prozesse in der UdSSR im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Durchsetzung und den Erfolg der Wirtschaftsreform diskutiert werden, so nicht in der Annahme, ihnen komme im Verständnis der Reformen ausschließlich instrumentale Bedeutung zu. Allerdings liegt den Erörterungen die These zugrunde, daß gravierende ökonomische Funktions- und Effizienzmängel Anlaß der Reforminitiative sind und daß eine zureichend konsequente Realisierung und Konsolidierung der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen erkennbare Erfolge im Bereich der Wirtschaft voraussetzen. Die von Gorbacev¹⁷ immer wieder artikulierte Gewißheit, ohne »Umbau der ganzen Gesellschaft« komme man auch auf ökonomischem Gebiet nicht voran, ist zweifellos mehr als eine rhetorische Floskel.¹⁸ Sie scheint in der Erkenntnis zu wurzeln, daß die Phänomene der Depravierung der sozialen und individuellen Moral, der Ohnmachtserfahrungen entspringenden Gleichgültigkeit gegenüber den endemischen Mißständen in der Gesellschaft, von Apathie und Resignation hinsichtlich des öffentlichen Lebens, der Erosion von Rechtsbewußtsein und Verantwortungsbereitschaft etc. die postulierte »Aktivierung des menschlichen Faktors« in der Produktionssphäre illusorisch machen und daß die angestrebte »Wende« (perelom) von Bewußtsein und Verhalten auch nicht allein von dort ausgehen und sich durchsetzen kann.

Die Bezeichnung der im einzelnen intendierten gesellschaftlichen Veränderungen läßt sich als »Modernisierung« umschreiben, weil es um Institutionen, Methoden und Mechanismen der Regulierung ökonomischer, politischer und sozialer Prozesse sowie um die Herausbildung kompletärer Individualitätsformen mit sozialen Wertorientierungen und Verhaltensdispositionen geht, die Legitimation und Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen und politischen Systems gewährleisten und die für »moderne«, komplex differenzierte Industriegesellschaften unerlässlich *scheinen*.

»Das letzte Ziel des Umbaus ist, denke ich, klar: tiefgreifende Erneuerung aller Seiten des Lebens des Landes, dem Sozialismus die modernste Form der Organisation der Gesellschaft geben, die umfassendste Freisetzung des humanitären Charakters unseres Systems in allen entscheidenden Aspekten: ökonomischen, politischen und moralischen.«¹⁹

Ob Sozialismus im Verständnis des »westlichen Marxismus« unmittelbares Resultat erfolgreicher perestrojka sein könnte, soll der Spekulation überlassen bleiben. Anzunehmen ist aber, daß der Weg in diese Richtung *nach* einer gesellschaftlichen Umgestaltung im Sinne der heutigen sowjetischen Reformer eher gangbar ist als von den überkommenen Verhältnissen aus. Nicht mehr als diese Erwartung sollten westliche Sozialisten an die Reformentwicklung in der UdSSR stellen.

»Glasnost« als zentrales Element politisch-gesellschaftlicher Veränderung ist nicht identisch mit Lockerung der Pressezensur und umfassenderer und freierer Berichterstattung; Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen sind »nur« die Hauptmedien, die gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische etc. Zu- und Mißstände, deren Ursachen und Verantwortliche publik, mithin transparent machen sollen. Inländische wie ausländische Beobachter sehen im Mediensektor - neben dem kulturellen - jenen Bereich der sowjetischen Gesellschaft, in dem die perestrojka am spürbarsten, am weitesten fortgeschritten ist. Dafür lassen sich verschiedene Gründe anführen. So ist etwa der materielle Aufwand in dieser Sphäre der Umgestaltung gering. Entscheidend dürfte aber sein, daß hier, wie in kaum anderen Bereichen, die Mehrzahl jener, die sich und ihre Arbeit verändern sollen, dazu nicht nur bereit und fähig sind, sondern auch hohes Eigeninteresse einbringen.

Was die erörterten Themen und Problembereiche angeht, die Schärfe der Kritik, die Durchleuchtung von Ursachen, Hintergründen und Zusammenhängen, kann ein qualitativer Wandel konstatiert werden, auch wenn gezielte Kritik spezifischer, meist einzelnen Amtsträgern zugeschriebener Mißstände auch in der Presse der Breznev-Ära gar nicht selten war.

Jetzt aber wird über Ereignisse berichtet wie Verkehrs- und Arbeitsunfälle, Naturkatastrophen, werden Themen erörtert und Probleme diskutiert, die vor 1985 weitgehend Tabu waren bzw. deren Existenz schlicht bestritten wurde. Dazu zählen u.a.: die Todesstrafe (z.B. Literaturnaja Gazeta Nr. 51-1986, S. 13; Moscow News 25-1987, S. 2); Drogenabhängigkeit (diverse Ausgaben der Literaturnaja Gazeta und der Literaturzeitschrift Novy mir); Antisemitismus (z.B. Lakzin, in: Izvestija v. 4.12.1986; Cerkizov, in: Sovjetskaja kultura v. 18.6.1987); der Stalinismus, zumeist im Zusammenhang einer ausgedehnten Debatte über die Notwendigkeit einer Geschichtsrevision (z.B. Asanaf'ev, in: Moscow News No.2/1987; Interview mit Asanaf'ev in: Sovjetskaja kultura vom 21.3.87; gegen Asanaf'ev Vaganov und Ponomarev in: Sovjetskaja kultura v. 4.7.1987).

Wurden Träger hoher Partei- und Staatsämter bislang nur von Inhabern übergeordneter Positionen, bzw. anonymisiert auch von höherstehenden Organen kritisiert, so gelangt nunmehr auch Kritik »von unten« in die Medien. Ein Beispiel dafür ist die bissige Kritik an dem Minister für Wasserwirtschaft durch den (parteilosen!) Schriftsteller S. Salygin im Zusammenhang seiner Darstellung der Auseinandersetzung um das Projekt der Umleitung sibirischer Flüsse nach Zentralasien (Novy mir No.1-1987, deutsche Übersetzung in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No.5-1987).

Eine Relativierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ihre faktische Gleichstellung mit jeder anderen, wie sie die Verfasser eines Leserbriefes an die Zeitschrift EKO (No.3-1987, Innenumschlag) vornimmt, wäre vor »glasnost« wohl auch in diesem nach sowjetischem Maßstab schon immer ungewöhnlich offenen Periodikum nicht veröffentlicht worden:

»Unsere Theoretiker lieben es, über die Vorzüge des Sozialismus zu schreiben: Planmäßigkeit, Kollektivismus, Freundschaft der Nationen, Gerechtigkeit, Einheitlichkeit der Interessen aller sozialen Gruppen und vieles andere. Aber eine beliebige soziale Struktur besitzt sowohl Vorzüge wie Unzulänglichkeiten ... Wir brauchen keine Wortmuster, die das Gewünschte für das Wirkliche ausgeben.«

Erschreckende Einblicke in Lebensbedingungen in der Provinz, in die Vergeudung ökonomischer Ressourcen, die entwürdigenden Umgangsformen von Amtspersonen mit Klienten, die Willkür von Vorgesetzten aller Art etc. finden sich mittlerweile in den stark erweiterten Leserbriefspalten der Zeitungen. Im übrigen sind diese Änderungen im Tenor von Berichterstattung und Kommentierung in früher als langweilig und obrigkeitshörig gemiedenen Zeitungen und Zeitschriften ausgeprägter als in seinerzeit schon geschätzten, wie etwa der »Literaturnaja Gazeta«. In der parteiamtlichen »Pravda«, die gewiß nicht zu den aufregenden Blättern zählt, finden sich nunmehr regelmäßig Sozialreportagen unter dem Titel »Das Leben, so wie es ist«. Hier werden u.a. unerträgliche Wohnverhältnisse, Warenmangel, Verkehrsbedingungen, Defizite im Gesundheitssektor und an sozialen Diensten in einer Unerbittlichkeit beschrieben, die die antisowjetischen Enthüllungspamphlete des Kalten Krieges in den Schatten stellt.²⁰

Für die Reformprotagonisten erfüllen die Informations- und Meinungsmedien unter den Bedingungen von »glasnost« verschiedene Funktionen zur Beförderung der Umgestaltung:

- Widerstrebende, bremsende, obstruierende Inhaber von Leitungspositionen sollen identifizierbar, der öffentlichen Kritik ausgesetzt und so ihre mögliche Amtsenthebung vorbereitet werden.
- Zugleich gilt es, Beispiele durchgesetzter Veränderungen, sei es im Betrieb, im Stil der Parteiarbeit, in der Tätigkeit örtlicher Sowjetorgane etc. und ihre handgreiflichen Resultate zu propagieren.²¹
- Freimütige und realitätshaltige Sachdarstellungen und Kritiken sollen Vertrauen der Bevölkerung in die Zuverlässigkeit der Informationen und den Wahrheitswillen der politischen Führung erzeugen. Die Reformen sehen in der bislang vorherrschenden Gewohnheit, »das Gewollte als das Wirkliche darzustellen«, offenbar eine der wesentlichen Ursachen für die Abwendung der Menschen vom öffentlichen Leben und für die Erosion ihrer Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement.²²

Es braucht nicht näher begründet zu werden, daß »glasnost« mit den angedeuteten Funktionen auch für die Durchsetzung der beschlossenen Änderungen und für die Erzielung der intendierten Resultate auf ökonomischen Gebiet große Bedeutung hat. Wie die Mehrzahl der anderen Reformmomente kann »glasnost« jedoch auch – wenn nicht allein, so doch zusammen mit anderen Faktoren – zur Stärkung des Widerstands gegen den Reformkurs beitragen. Die

angegriffenen, bloßgestellten, amtsentobenen Funktionsträger und »Leiter« finden hier ein Argument mehr für ihre Opposition, das sie mit jenen zweifelsohne nicht Wenigen teilen, die überhaupt gegen alle Formen von »Nestbeschmutzung« votieren. Wie die Leserbriefseiten der Presse dokumentieren, zählen dazu bei weitem nicht nur Privilegierte, sondern auch Arbeiter, Bäuerinnen und Kriegsveteranen, die sich z.B. dagegen wenden, »in der Vergangenheit nur das Schlechte zu sehen«, »unseren Gegnern Argumente zu liefern«, »der Sensationsgier nachzugeben«. In einer Zuschrift an die »Pravda« (25.5.1987, S. 2) z.B. kritisiert der Leser Beluskin aus Moskau die derzeitige Art der Behandlung sozialer, wirtschaftlicher und anderer Unzulänglichkeiten in den Medien durch, wie er meint, Soziologen, Künstler und Publizisten. Er wirft ihnen vor, gesellschaftlich-politische und theoretische Probleme auf das Niveau von Psychologie, des Alltagsbewußtseins, persönlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen herunterzuziehen und fährt fort:

»Unter diesem bequemen Deckmantel wächst die Welle, die sich anschickt, die erworbenen und noch erhaltenen sozialen und politischen, ökonomischen und geistig-ideologischen sozialistischen Werte hinwegzuspülen. Der kleinbürgerliche Anarchismus wird immer aggressiver, er begeht Übergriffe für eine Überprüfung der Geschichte der Entstehung und der Festigung des Sozialismus, der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Sie machen nicht Halt vor (der Kritik an) den drängendsten Aufgaben, Zielen und Folgen der sozialistischen Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft, vor der Forderung nach Rehabilitierung der seinerzeit entlarvten oppositionellen Fraktionen und Gruppen in der Partei.«

So kann keineswegs behauptet werden, das auf dem Gebiet von »glasnost« Erreichte sei unumkehrbar. Wie bei anderen Reformschritten mag auch hier der Widerstand im Fortgang des Prozesses wachsen und eine gemeinsame Basis finden.

Auf dem Gegenpol zu »glasnost« im Reformprozeß befindet sich, was Klarheit der Konzeption und Stand ihrer Umsetzung betrifft, die *Umgestaltung der KPdSU*. Es geht dabei vor allem um eine neue Funktionsbestimmung und um die Veränderung der Prozesse interner Willensbildung und Entscheidungsfindung. Der Rückstand der perestrojka in diesem brisanten Bereich wird kaum verwundern. Zum einen ist hier mit dem stärksten Widerstand zu rechnen, zum anderen ist ein rascher Wandel schon deshalb nicht möglich, weil dafür die »Kader« fehlen. In den zahlreichen unter Gorbacev vollzogenen Amtsenthebungen und Umsetzungen von Parteifunktionären auf allen Ebenen kann sich der »Umbau« auf diesem Gebiet nicht erschöpfen. Sie dienen zum einen, wie nach den Amtsantritten aller Vorgänger, dazu, der neuen Führung Gefolgschaft zu sichern, die allerdings für die Durchsetzung des Reformkurses bedeutsam ist. Zum anderen sind sie Konsequenzen der Antikorruptionskampagne und des Bestrebens nach Ausschaltung unfähiger Funktionäre.

Seinem Zweifel am Leistungsvermögen der Parteiinstanzen und ihrer Agenten gibt Gorbacev häufig Ausdruck, insbesondere im Hinblick auf die Durchsetzung der Reformpolitik und die Bereitschaft und Fähigkeit, die eingeschliffene eigene Arbeitsweise zu ändern: »Ich sagte schon, daß bei weitem nicht alle Partei- und Sowjetorgane vor Ort aktiv an der Umgestaltung teilnehmen.«²³ In den Grundeinheiten der Partei mangle es an der Fähigkeit, von prinzipiellen Positionen aus zu handeln; der Kampf gegen soziale und moralische Mißstände wird inkonsequent geführt; die Rolle der Partei- und Wahlversammlungen ist schwach, die Anwesenden haben kaum die Chance zur Mitwirkung an den Entscheidungen.²⁴

Ein geschlossenes Konzept zur Veränderung der Parteiarbeit wurde dem ZK bislang nicht vorgelegt. Elemente eines solchen deutet Gorbacev jedoch an, vor allem auf dem Januar-Plenum des ZK 1987. Zu diesen gehören:

- Kaderpolitik: sorgfältigere Auswahl und entscheidend verbesserte Ausbildung des Nachwuchses, dem vor allem auch Bewährungs- und Aufstiegschancen einzuräumen sind. Dazu ist häufigere Rotation der Funktionsträger angezeigt.
- Die Rolle der gewählten Gremien muß gestärkt werden; derzeitig ist die Macht der Exekutivorgane zu groß. »Das Resultat – Schwächung der Rolle der Delegierten der Sowjets, der Mitglieder der Partei- und anderer Kollegialorgane bei der Bildung der Exekutivkomitees, bei der Auswahl der Kader, bei der Kontrolle ihrer Tätigkeit. Zeugt davon etwa nicht der Charakter, der Stil der Beziehungen der etatmäßigen Apparate zu den Mitgliedern der Wahlorgane? Im großen und ganzen trifft man auf Versuche der Mitarbeiter der Apparate, die Mitglieder der Parteikomitees zu kommandieren ...«²⁵
Um das zu ändern, müssen nach Gorbacev die Inhaber von Exekutivfunktionen (»Sekretäre«) von der Kreis- bis zur Ebene der Unionsrepubliken bei geheimer Abstimmung über mehrere Kandidaten gewählt werden. »Diese Maßnahme soll die Verantwortung der Sekretäre gegenüber den Wählern und den Parteikomitees ernsthaft stärken und ihnen das Vertrauen bei der Arbeit geben, das die genauere Bestimmung des Maßes ihrer Autorität erlaubt.«²⁶
- Die weitere Demokratisierung soll sich auch auf die Bildung der zentralen Leitungsorgane erstrecken. Präziser drückte sich Gorbacev auf dem Januar-Plenum bei dieser Andeutung, wozu er sich auf das Politbüro berief, nicht aus.
- Die Parteiorgane, insbesondere die exekutiven, sollen sich auf Aufgaben der politischen Führung, der Kontrolle der Umsetzung zentraler Beschlüsse, der Anregung von Initiativen unterschiedlicher Art, auf sachliche, organisatorische und politische Unterstützung der gesellschaftlichen Organisationen, örtlichen Sowjets u.ä. konzentrieren, die unmittelbare Befassung mit wirtschaftlichen oder sozialen Detailfragen, die in die Verantwortung der Betriebsleiter oder Sowjetorgane fallen, jedoch einstellen.

Auf die Brisanz dieser bescheiden anmutenden Anregungen zu Änderungen einiger Elemente des faktischen Reglements und der Arbeitsweise der Partei deutet schon hin, daß sie Gorbacev unter wiederholter Berufung auf »Briefe, die das ZK in großer Anzahl erhält« einbrachte. Im Beschluß des ZK-Plenums finden sich diese zaghaften Versuche zur Einbeziehung der Partei in die perestrojka nur in allgemeinen Floskeln wieder.²⁷

Insbesondere seit dem Januar-Plenum 1987 berichtet die sowjetische Presse regelmäßig über örtliche und regionale Ansätze zur Belebung der innerparteilichen Willensbildung und zur Änderung von Stil und Methoden der Parteiarbeit. Die früher übliche Schönfärbung hält sich dabei in Grenzen, oft überwiegen skeptische Einschätzungen und kritische Wertungen. R. Hills in anderem Zusammenhang getroffene Feststellung kann hier als allgemeine Erklärung für die Resistenz des tradierten Leistungsstils zitiert werden:

»It is the result of ill-defined institutional relationships, compounded by the inadequate personal qualities of the apparatchiki, and set in the mould of a tradition that cannot apparently be broken.« (Hill 1986, 27)

Der überkommene und vorherrschende Stil der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse durch die Organe der Partei auf den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen kann als Produkt historischer Bedingungen, der Übertragung des zunächst für die innerparteilichen Beziehungen entwickelten Prinzips des »demokratischen Zentralismus« auf die Regierung und Verwaltung der ganzen Gesellschaft und von Funktionsregeln bürokratischen Handelns verstanden werden. Kennzeichnend für diesen Stil ist vor allem der hochgradige Formalismus. Er resultiert vor allem aus dem in die unmittelbare nachrevolutionäre Periode zurückreichenden Verstoß gegen die elementarste Grundregel der Verwaltungsorganisation, nämlich eine

Instanz nur mit solchen Funktionen zu betrauen und für die Ausführung verantwortlich zu machen, zu der ihre Protagonisten qualifiziert sind und zu deren Durchsetzung sie die Mittel hat. Diese Voraussetzungen sind bei den Komitees und Sekretariaten der KPdSU auf den Ebenen der Gebiete, Kreise, Städte und Betriebe/Verwaltungen i.d.R. nicht gegeben, zugleich ist aber die Ausführung der Beschlüsse der politischen Führung (d.h. von Politbüro, ZK und Ministerrat) bzw. die Kontrolle der Ausführung für sie verbindlich. Das Resultat ist in der Regel die formale, buchstabenmäßige, »getürkte« Ausführung.

Auf Partei- und Regierungsbeschlüsse von hinlänglich gesamtgesellschaftlicher Relevanz erfolgt zumeist eine breite publizistische und von der Partei und den gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Jugendverband u.ä.) getragene Kampagne zur Verwirklichung. Im konzipierten Sinne und mit den intendierten Folgen scheitert diese aber häufig: weil die Realisierung nicht in der Vollmacht der formal zuständigen Instanzen liegt, weil die Agenten dieser Instanzen kein Eigeninteresse an der Ausführung haben, weil es an den ressourcenmäßigen, qualifikatorischen, organisatorischen etc. Voraussetzungen mangelt, weil die Flut ständiger Anordnungen und immer neuer Beschlüsse nicht die Konzentration auf die Erfüllung einer Aufgabe erlaubt. Die politische Führung verfügt ihrerseits nicht über zuverlässige Kontrollorgane zur Überprüfung des Standes der Beschlußausführung und sie ist selbst stärker mit neuen Beschlußfassungen als mit konsequenter Vorsorge für die Umsetzung befaßt. Die bislang rasche Abfolge solcher Kampagnen führte zur schnellen »Obsoleszenz« der Beschlüsse, d.h. auch die Führung insistierte i.d.R. schon bald nicht mehr auf der Ausführung. Ein in jüngerer Zeit immer wieder in der sowjetischen Presse thematisiertes Beispiel formaler Ausführung ist die Bildung von Arbeitsbrigaden in der Industrie, im Bauwesen und im Transportbereich. »Experimentell« wurde damit im Anlagebau begonnen, wo, wie auch im Wohnungsbau, Arbeitsgegenstand und -organisation es nahelegen, den überschaubar und abgrenzbaren Funktionsgruppen jeweils befristete Aufgaben zu stellen und Entlohnung und Prämierung an deren in diesem Bereich zumeist eindeutig kontrollierbare Erfüllung zu knüpfen. Da diese Bedingungen in den verschiedenen Industriezweigen nicht oder nur in beschränktem Maße gegeben sind, schritt die Bildung von Brigaden, insbesondere von solchen mit eigener Wirtschaftsrechnung, nur langsam voran. Nachdem die Forderung nach Bildung von Brigaden einigemal erneuert wurde, konnte in jüngerer Zeit eine 70-80ige Erfassung der Arbeiter der Industrie in Brigaden gemeldet werden. In Zeitungsbeiträgen erklären Betriebsleiter, Meister und Arbeiter jedoch immer wieder, die Brigaden arbeiteten in den meisten Fällen nicht in der beabsichtigten Weise, d.h. vor allem mit internen Vollmachten der Arbeitsorganisation und der Entgeltverteilung bei enger Bindung der Entlohnung und Prämierung an die exakt bemessbare Leistung.

Eine seit Jahren als vordringlich herausgehobene und durch Beschlüsse und Kampagnen forcierte Aufgabe, für deren Erfüllung gleichfalls die Parteiorgane auf den jeweiligen Verwaltungsebenen verantwortlich sind, ist die Erhöhung der Qualität und des technischen Niveaus der Erzeugnisse. Der auch hier eingeschlossene Schematismus und Formalismus, die leere Geschäftigkeit und der rhetorische Eifer sind wie auf anderen Gebieten die Kehrseite des objektiven Unvermögens der Parteikomitees, der Betriebsleitungen und einzelner Verwaltungsorgane, dieses Problem zu lösen. Es wird vor allem verursacht:

- gesamtwirtschaftlich durch das zähe Überleben der Priorität quantitativer Leistungskriterien, die bewirken, daß Verfehlen der Mengen- bzw. Umfangs-Plankennziffern für die Betriebskollektive nachteiliger ist als die Auslieferung qualitativ mangelhafter Erzeugnisse;
- einzelwirtschaftlich durch den *circulus vitiosus*, in dem die Qualität der Produkte jedes Betriebs in hohem Maße von der von ihm verarbeiteten Rohstoffe, Halberzeugnisse und Vorprodukte abhängt.

Da die Bewertung der Arbeit der Parteikomitees nach den gleichen Kriterien erfolgt wie die der Betriebe, der regionalen Verwaltungsinstanzen und der Zweigministerien, ist es völlig unbegründet, zu unterstellen, ihre Protagonisten würden ihr Handeln an anderen Parametern ausrichten und würden z.B. darauf dringen, daß mit Mängeln behaftete Produkte das Werk nicht verlassen, auch wenn der Plan nicht erfüllt wird.

In einer ähnlichen Lage befinden sich die Agenten der staatlich-administrativen und der Parteiinstanzen hinsichtlich der prioritären Aufgabe technischer Produkt- und Prozeßinnovationen. Auch in dieser Hinsicht ist das überkommene und bis heute nicht wirklich revidierte Planungssystem so beschaffen, daß die Einführung neuer Produktionsverfahren und die Entwicklung neuer oder grundlegend verbesserter Produkte für die Betriebskollektive mit größeren Risiken verbunden ist, als die Nichterfüllung der ihnen im Bereich des »wissenschaftlich-technischen Fortschritts« gestellten Aufgaben.

Wie weit noch unklar ist, was »radikale Veränderung des Wirtschaftsmechanismus« meint und wie leicht es deshalb mißverstanden werden kann, zeigt ein im Juli in der »*Ekonomiceskaja Gazeta*« (No. 31-1987, S. 4) veröffentlichtes Interview mit dem Ersten Sekretär des Gebietspartei Komitees Novosibirsk über die Aktivitäten des Komitees zur Forcierung des »wissenschaftlich-technischen Fortschritts«. Was A.P. Filatov berichtet, ist unter der Voraussetzung der traditionellen Leitungsmethoden eindrucksvoll: Schaffung eines »Rats für wissenschaftliche-technischen Fortschritt« beim Gebietskomitee der KPdSU – er arbeitet in 13 Sektionen, diese übernehmen konkrete Verpflichtungen zur Lösung technologischer Aufgaben; der Rat organisiert naturwissenschaftlich-technische Massenbildung und Weiterqualifizierung und delegiert Aufgaben an andere Arbeitsgruppen, Institute und Betriebe und überwacht deren Erfüllung etc. Novosibirsk ist ein Wissenschaftszentrum und ein Gebiet mit entwickelter Industriestruktur. Weshalb muß die Partei Aufgaben übernehmen oder doch zumindest initiieren und koordinieren, die originär Aufgabe der am Ort zahlreich vertretenen Institute und großen Industriebetriebe sind? Deren Anreize für Innovationen werden im noch existenten System der Plankennziffern und Planabrechnung nicht dadurch verstärkt, daß diese außerbetrieblich entwickelt werden. Reformpolitiker und Ökonomen betonen, es komme darauf an, den »Wirtschaftsmechanismus« so zu gestalten, daß es für die Betriebskollektive von Vorteil ist, technische Neuerungen zu entwickeln und in die Produktionen zu überführen und von Nachteil, das zu unterlassen. Daß sich mit Realisierung der Wirtschaftsreform der Stil und die Funktion der Parteiarbeit ändern muß, wurde von Gorbacev mehrfach betont. Konkretisiert wurde der Hinweis bislang nicht.

Wie sind die Auswirkungen der auf absehbare Zeit vermutlich wenig veränderten Funktionsweise der KPdSU in den Prozessen gesamtgesellschaftlicher Entscheidungssetzung und -exekution auf den Verlauf der Reformprozesse einzuschätzen? Natürlich ist deren politische Dimension, was hier nicht im Detail nachzuweisen ist, in hohem Maße tangiert. Das betrifft

weit mehr die konsequente Durchsetzung jeweiliger Veränderungen auf örtlicher und regionaler Ebene als die Fortführung des Reformkurses durch die politische Führung, solange hier die Reformprotagonisten dominieren.

Dagegen hängen nach meiner Einschätzung die Chancen der Wirtschaftsreform vom »Umbau« der Partei eher in nachgeordneter und indirekter Weise ab. Das gilt vor allem für den bei weitem bedeutendsten, unionsgeleiteten Teil der Industrie und, vielleicht mit Ausnahme der Landwirtschaft, auch der anderen Sektoren. Diese Annahme mag erstaunen; man muß sich jedoch vergegenwärtigen, daß z.B. der Einfluß der Sekretäre der betrieblichen Parteiorganisationen auf ökonomische Entscheidungen und Prozesse erstens zumeist gering und zweitens i.d.R. nicht gegen die Betriebsleitung gerichtet ist. Das bedeutet allerdings auch, daß die von der Parteiführung erwarteten positiven Anstöße der betrieblichen, örtlichen und regionalen Parteiorgane für die Umgestaltung der betrieblichen Wirtschaftstätigkeit im Sinne der Reformkonzeption ausbleiben dürften. Das kann in Einzelfällen von Bedeutung sein; insgesamt hängen Durchsetzung und Erfolg der »radikalen Reform« des Wirtschaftsmechanismus aber z.B. von der Mitwirkung der Staatskomitees, der Ministerien, von ressourcenmäßigen Bedingungen, von motivationalen und qualifikatorischen Voraussetzungen der unmittelbar Beteiligten u.a. in höherem Maße als vom Agieren der unteren und mittleren Parteikader ab.

Die vielfältigen weiteren angekündigten oder schon eingeleiteten Reformschritte auf staatlich-politischem und sozialem Gebiet will ich im folgenden nur noch - exemplarisch - in drei Gruppen zusammengefaßt skizzieren:

Im staatlich-politischen Bereich soll die Stellung der Räte der Volksdeputierten (Sowjets) gestärkt und ihre Kompetenzen erweitert werden. Dazu erging ein Beschluß bereits im Juli 1986.²⁸ Er markiert nur einen Schritt zur Verwirklichung der Absicht, in der UdSSR nunmehr eine Kommunalordnung mit einer gewissen auch finanziell gesicherten Eigenständigkeit der Gemeinden zu schaffen. Die bisher von Mittelzuweisungen der Republiken oder der Union abhängigen Kommunen sollen eigene Steuereinnahmen und auch Abgaben der Betriebe zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Sozialeinrichtungen erhalten. Bei Industrieansiedlungen sollen die zuständigen Ministerien verpflichtet werden, den jeweiligen Gemeinden Mittel (in festgelegter Relation zur Investitionssumme) für Wohnungsbau, Errichtung von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern etc. zuzuweisen. Diese Beschlüsse stehen im Zusammenhang mit dem generellen Bestreben der politischen Führung, die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung spürbar zu verbessern. Ihnen dürfte die Einsicht zugrunde liegen, daß die dazu erforderlichen Schritte effektiver in Eigenverantwortung »vor Ort« konzipiert, finanziert und ihre Ausführung kontrolliert werden kann als beim bisher obwaltenden zentralistischen Prinzip.

An dem in diesem Zusammenhang in jüngerer Zeit in der sowjetischen Presse des öfteren propagierten »Experiment« in der gruzinischen Stadt Poti erweist sich einmal mehr, daß die unter Gorbacev verkündete perestrojka nicht nur als Bruch, sondern auch als neue Etappe einer weiter zurückreichenden Entwicklung zu verstehen ist. Das auf Koordination der Planung und der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe des Territoriums Potis, nicht allein, aber auch im Interesse der verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen gerichtete Experiment geht auf einen Partei- und Regierungsbeschluß vom März 1981 »Über die weitere

Stärkung der Rolle der Sowjets der Volksdeputierten im Bauwesen« zurück. Diesen engeren Zweck überschreitend, waren die in Poti unternommenen Schritte von Beginn an auf Milderung eines Grundübels des branchen- (zweig-)mäßigen Leitungssystems der sowjetischen Wirtschaft ausgerichtet; auf die territoriale Unkoordiniertheit der Tätigkeit der Betriebe mit der Folge unsinniger Kosten (z.B. Bezug von Vorprodukten, die am Ort hergestellt werden, von weit her), sowie zugleich auf einen stärkeren Einfluß der örtlichen Verwaltung auf Planung und Tätigkeit der in der Region angesiedelten Betriebe im Interesse der Versorgung der Bevölkerung, der Sicherung von Bauleistungen, der Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

Geht man von der nach 1965 nunmehr wieder offiziell üblichen Unterscheidung von administrativen und ökonomischen Leitungsmethoden aus – wobei die letzteren zu den Merkmalen der »radikalen Reform« gezählt werden – so sind die in Poti ergriffenen Maßnahmen jedoch den ersteren zuzurechnen. In deren Zentrum steht die Errichtung eines neuen Leitungsorgans in Gestalt einer »Territorial- zweigübergreifenden Vereinigung« (TMO), der fast alle Betriebe und ökonomischen Institutionen und Organisationen Potis angehören. Die Vereinigung hat den Status einer juristischen Person, einen eigenen Stellenplan und eigene »Fonds« (d.h. einen eigenen Etat). Ob es sich bei den genannten^{28a} 48 Mitarbeitern, die aus verschiedenen Instanzen der Wirtschaftsverwaltung in die Vereinigung versetzt wurden, nur um die leitenden oder um die Gesamtzahl handelt, ist nicht recht klar. Die Vereinigung untersteht zugleich dem Stadt-sowjet von Poti und dessen Exekutivkomitee sowie dem Staatlichen Plankomitee der Republik Gruzinen. Die Leitung der Vereinigung wird (eher formal) von ihrem Rat (Sowjet), dem neben ihren Leitern Vertreter der zugehörigen Betriebe angehören, ausgeübt, faktisch von einem von dem Rat gewählten »Präsidium«.

Zu den Hauptfunktionen der Vereinigung zählt die Ausarbeitung von Fünf- und Einjahresplänen der eingeschlossenen Betriebe, die Gewährleistung zweigmäßiger, zweigübergreifender und territorialer Proportionen und Verbindungen, die Durchführung einer einheitlichen Investitionspolitik, die Forcierung technologischer Innovationen, die Initiierung von Maßnahmen zur Ressourcenökonomie und zur Reduktion des Produktionsaufwands überhaupt, die Erhöhung der Erzeugung und Erweiterung des Sortiments von Massenbedarfsgütern und die Verbesserung des Dienstleistungsangebots, die Entwicklung und Stärkung der Zusammenarbeit mit den Ministerien und Ämtern der Republik und der Union.

Als ein Grundproblem der Tätigkeit der Vereinigung wird die Koordination der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe herausgestellt, die Unionsministerien unterstehen. Hier erweist sich einmal mehr die Zähigkeit der Dominanz der zentralisierten branchenförmigen Leitung. Als Erfolge werden Einfluß auf die rationellere Nutzung der Umlaufmittel der Betriebe, Verbesserung der Beziehungen zwischen Industrie und Handel, der Organisation der gesellschaftlichen Verköstigung (Betriebskantinen z.B.) und der Dienstleistungen genannt.

Der Ansatz von Poti wurde inzwischen auf andere Städte der gruzinischen Sowjetrepublik übertragen. Eine Entschließung des ZK der KPdSU im Dezember 1983 begrüßte die ersten Resultate dieses »Experiments«.

Aus der knappen Skizze ist ersichtlich, daß der in Poti beschrittene Weg zur Lösung eines der endemischen ökonomischen Funktionsprobleme der UdSSR noch wenig mit der unter Gorbacev postulierten perestrojka, zumal nicht mit ihrer Dimension von Demokratisierung, gemein

hat. Im Juli 1986 erging ein erneuter Beschluß der Partei- und Staatsführung »Über Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Rolle und zur Stärkung der Verantwortung der Sowjets der Volksdeputierten für die Beschleunigung der sozialen und ökonomischen Entwicklung im Lichte der Entscheidungen des XXVII. Kongresses der KPdSU.«^{28b} Die hier vorgesehenen Regelungen lassen zumindest Schritte zu, die über den Ansatz von Poti hinaus in die Richtung von Kompetenzverlagerungen nach unten, stärkere Konzentration auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und Aktivierung der örtlichen Sowjetorgane weisen. Wie für das Projekt der »radikalen Umgestaltung« überhaupt, so gilt auch hier, daß die schließlich realisierten Veränderungen nicht von den Beschlußtexten und -intentionen abhängen, sondern davon, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen Protagonisten und Gegnern der Reform sowohl im allgemeinen wie in den jeweils für die Umsetzung maßgeblichen sozialen Bereichen, politischen Organen und administrativen Instanzen im besonderen entwickelt. Auch auf dem hier diskutierten Gebiet ist die publizistische Erörterung über den Stand gefaßter Beschlüsse hinaus und konzentriert sich auf die Forderung nach einer Art von Finanzautonomie der Kommunen (z.B. in *Ekonomiceskaja Gazeta* 35-1986, S. 16; 47-1986, S. 6; 52-1986, S. 15/16; 34-1987, S. 13; *Pravda* v. 3.3.87).

Für die Wahlen zu den Räten (Sowjets) ist nunmehr die Aufstellung mehrerer Kandidaten in den Wahlkreisen vorgesehen, bisher aber nur bei Wahlen auf örtlicher Ebene in ausgewählten Regionen »erprobt« worden.

Ende Juni 1987 nahm der Oberste Sowjet ein Gesetz an, das für die Bürger den Rechtsweg bei unrechtmäßigen Entscheidungen und Handlungen von Amtspersonen eröffnet.²⁹ Eine eigene Verwaltungsgerichtsbarkeit ist damit noch nicht geschaffen, das Gesetz gehört aber in eine Reihe beschlossener bzw. beabsichtigter Schritte in Richtung verstärkter Rechtsstaatlichkeit. Zusammen mit diesem Gesetz wurde ein weiteres verabschiedet, das die öffentliche Erörterung wichtiger Fragen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung vorsieht.³⁰ Angekündigt war dieses Gesetz allerdings als eines über »Erörterung und Abstimmung über ...«³¹ In der sowjetischen Presse finden sich keine Hinweise auf die Hintergründe der Abkehr vom vorgesehenen Referendum. Der Gesetzentwurf selbst wurde, im Unterschied zum neuen »Gesetz über den staatlichen Betrieb«, nicht zur öffentlichen Diskussion gestellt.

Der Möglichkeit nach könnte sich im politischen Bereich ein Reformaspekt als erfolgreich erweisen, der bisher allerdings nicht formell sanktioniert ist. Gemeint ist die zumindest mancherorts feststellbare Praxis, autonom gegründete Vereinigungen zur Vertretung bestimmter Forderungen oder Verfolgung gewisser Interessen gewähren zu lassen und auch als Gesprächspartner offizieller Organisationen oder von Behörden zu akzeptieren. Diese Ansätze sind in der bisherigen Reichweite eher bescheiden, stellen für die UdSSR aber ein Novum dar. Am verbreitetsten sind sie bislang in den Bereichen des Umweltschutzes, der Geschichts- und Kulturpflege und der Freizeitbetätigung der Jugend.³²

In diesem *Pravda*-Artikel werden die autonomen Jugendinitiativen von heute in eine Traditionsreihe gestellt: 1960 schon seien, einer Anregung aus der biologischen Fakultät der Moskauer Universität folgend, Jugend-Druzinen (Abteilungen) entstanden, die sich außerhalb offizieller Organisationen im Bereich des Naturschutzes engagierten. Der überwiegende Teil der gegenwärtigen »inoffiziellen« Gruppenbildungen, vor allem von Jugendlichen, zielt nicht

auf gesellschaftliche oder gar politische Betätigung ab, sondern auf Hobbypflege: mehr als 100 000 Rockgruppen sollen in der UdSSR existieren. Danach sind Fanclubs und Literaturzirkel am verbreitetsten. In Tallin haben sich 12 autonome Freizeitinitiativen einen Dachverband mit eigener Satzung, Vorstand und Bankkonto geschaffen, dem die Stadtverwaltung auch ein Gebäude zur Renovierung und Nutzung zur Verfügung stellte (vgl. FR vom 20.8.1987). Der Andrang von Jugendlichen in diese Vereinigungen ist enorm. Die Aufnahme politisch orientierter Gruppen lehnen die Sprecher der Talliner Dachvereinigung explizit ab.

Beispiele für autonome Vereinigungen zu gesellschaftlichem Engagement sind Ordnungsgruppen in Pskov und Novosibirsk, von denen die Komsomol'skaja Pravda (17.10.1986) berichtet und die Korruptions-, Unterschlagungs- und ähnliche Fälle aufzudecken beanspruchen. Wie auch bei den breit divergierenden Meinungsäußerungen in den Leserzuschriften unter der Ägide von »glasnost« ist hier die Grenze zwischen demokratischem Engagement und Ordnungsfanatismus ohne genauere Einsichten schwer zu ziehen. Vermutlich weniger bewußter law-and-order-Gesinnung als angestauter Aggressivität entspringt die Betätigung der »Lubercy«, jugendlicher Schläger aus der Moskauer Vorstadt gleichen Namens, die innerhalb der Hauptstadt Jagd auf Punks und Rockfans machen.

Auch in der westdeutschen Presse fand die wohl vor allem in Moskau und Novosibirsk aktive inoffizielle Vereinigung Pamjat (Gedenken) Resonanz, die sich dem Natur- und Denkmalschutz widmet, vor allem aber nationalistische und antisemitische Propaganda betreibt.

Die sowjetische Presse befaßte sich in jüngerer Zeit wiederholt mit dem Phänomen der autonomen Jugendvereinigungen. Der Akzent ist dabei unterschiedlich, einmal je nach Position der Autoren, zum anderen aber auch abhängig von der Art der Gruppen, von denen die Rede ist. Rockanhänger, Fußballfans und Punks stoßen eher auf Mißtrauen als Naturschützer oder Literaturfreunde und Hobbyforscher. Durchweg werden dem Komsomol Versäumnisse angelastet, mit denen die spontanen Jugendinitiativen gerechtfertigt werden. »Ich meine einfach, die siebenundzwanzigjährige Geschichte der Druzinen-Bewegung sollte zu einer naheliegenden Schlußfolgerung führen: das Schicksal von Initiativen »von unten« sollte nicht von denen abhängen, die im jeweiligen Moment »oben« sind. Nötig ist ein System, bei dem die bessere Sache niemals als »informell« erscheint, aber die Leitenden »formell« sind« schreibt ein wohlmeinender Pravda-Kommentator (30.3.1987, S. 4). Daß es neben der Duldung auch Bestrebungen zu ihrer Einbindung in die offiziellen Verbandstrukturen gibt, muß noch nicht auf eine nur temporäre Praxis verweisen.

Der Entwicklung der *betrieblichen Arbeitsbeziehungen* wird im sowjetischen Reformprozeß vorrangige Bedeutung zugemessen. Dabei stehen drei Merkmale hervor, die in gewisser Weise exemplarisch für perestrojka überhaupt sind: 1. Die Neuerungsansätze reichen vor den Amtsantritt Gorbacevs zurück, in diesem Fall vor allem in das Jahr 1983.³³ 2. Die sich entwickelnde gesellschaftliche Praxis weicht eklatant von den in den Gesetzen und Beschlüssen gebrauchten Begriffen und Formulierungen ab. Es stellen sich Zweifel ein, ob hinter manchen der verwandten Termini überhaupt die Intention steht, die deren Bedeutungsgehalt entspräche. In dem angeführten Gesetz (vgl. Anmerkung 33) z.B. geht es keineswegs um Teilhabe der Arbeitskollektive an der Leitung der Betriebe, sondern um eine Reihe von Informations- und Mitspracherechten. 3. Die in den Gesetzen und Verordnungen vorgesehenen Assoziations-

formen und Organe der Beschäftigten haben insofern instrumentellen Charakter, als ihre Einführung unverkennbar der Intention folgt, die Effizienz der Arbeitsprozesse zu erhöhen. Daß dazu in der sowjetischen Wirtschaft aller Anlaß besteht, hebt die getroffene Feststellung ebenso wenig auf wie ein Verweis darauf, daß sich die rechtlich sanktionierten Assoziationsformen durchaus in Richtung einer partizipatorischen Praxis entwickeln können. Hinter der erneuten Propagierung und Forcierung der Arbeitsbrigaden steht z.B. deutlich die Erkenntnis, daß die dringend notwendige Ressourcenökonomie (daneben aber durchaus auch andere Momente der Arbeitsorganisation) in überschaubaren Produktionseinheiten, deren Aufwand leichter kontrollierbar ist, zugleich aber an das materielle Eigeninteresse gebunden werden kann, wirksamer zu gewährleisten ist als auf der Ebene des Betriebs.

Seit Gorbacevs nachdrücklichem Eintreten für Demokratisierung wird die Zeilrichtung der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (und der politischen Beziehungen überhaupt) mit »sozialistische Selbstverwaltung« gekennzeichnet. Dieses Ziel findet seine Begründung oft in einem Argumentationszusammenhang wie diesem:

»Eine Hauptfrage der Theorie und Praxis des Sozialismus ist, wie auf sozialistischer Grundlage wirksamere Stimuli des ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritts als im Kapitalismus geschaffen werden können ... Den Schlüssel für die Erzeugung wirksamer Stimuli zur Erhöhung der Effektivität der Produktion sehen wir darin, dem arbeitenden Menschen die Stellung eines wirklichen Wirts (oder Besitzers, Herren = chozjain, H.C.) zu sichern, an seinem Arbeitsplatz, im Kollektiv und in der ganzen Gesellschaft«³⁴.

Auf eine veränderte rechtliche Grundlage wurden die betrieblichen Arbeitsbeziehungen mit dem vom Juni-Plenum des ZK gebilligten und kurz darauf vom Obersten Sowjet verabschiedeten »Gesetz über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung)«³⁵ gebracht. Im Februar war der Entwurf des Gesetzes publiziert und zur öffentlichen Diskussion gestellt worden. Auch im Zusammenhang der Wirtschaftsreform von 1965 war eine neue »Grundordnung des sozialistischen staatlichen Produktionsbetriebs«³⁶ ergangen, im Vergleich zu der die Arbeitsbeziehungen und vor allem die betriebliche Sozialpolitik im neuen Gesetzentwurf zwar eingehender, im Gehalt jedoch nicht wesentlich weitreichender normiert wurden.

Neben geänderten Details brachte der Entwurf zwei Neuerungen. Ob die erste, die Wählbarkeit von Meistern, Abteilungschefs und Direktoren die Stellung der Arbeiter und Angestellten im betrieblichen Sozialgefüge spürbar zu stärken vermag, muß sich erweisen, kann zunächst aber (u.a. aufgrund der Erfahrungen in Jugoslawien) bezweifelt werden. Die zweite Neuerung besteht in einem zusätzlichen Vertretungsorgan der Beschäftigten, dem »Rat des Arbeitskollektivs« (Artikel 7). Dieser Rat nimmt die Kompetenzen der Hauptversammlung des Arbeitskollektivs zwischen deren Zusammenkünften wahr. Wie in der Betriebsverordnung von 1965 und in anderen Arbeitsgesetzen³⁷ sind im Entwurf, mit gewisser Ausnahme bei Fragen der betrieblichen Sozialeinrichtungen und -politik, die Rechte des neuen Organs in ihrer Reichweite wenig präzise bestimmt (... nimmt Berichte entgegen, ... bestätigt zusammen mit ..., erwägt Fragen, ... erörtert Fragen). Dabei ist zu beachten, daß die verschiedenen Beteiligungsorgane der Arbeitskollektive in der sowjetischen Gesetzgebung bislang ohnehin nicht als Institute geregelter Geltendmachung allgemeiner oder gruppenspezifischer Beschäftigteninteressen und -forderungen verstanden wurden, sondern als Formen korporativer (die Vertretung aller pro-

fessionalen und Statusgruppen ist normiert) Beteiligung an der Lösung betrieblicher Probleme und Aufgaben.

Die Endfassung des Betriebsgesetzes weist nun jedoch eine ganze Reihe zumindest nominell relevanter Änderungen des Entwurfs auf, nicht zuletzt im hier erörterten Zusammenhang. Z.B. wurde im Artikel über den Rat des Arbeitskollektivs »erörtert« durch »entscheidet« ersetzt, der Umkreis der Kompetenzen erweitert, die offene Wahl des Rats durch »geheime oder offene« ersetzt, die Vertretung der Verwaltung im Rat auf ein Viertel der Mitglieder begrenzt und die Angehörigen des Rats vor Versetzungen oder anderen Disziplinarmaßnahmen geschützt.

Von Belang sind diese und andere Änderungen des Gesetzentwurfs zunächst als Ausdruck des Reformverständnisses der derzeitigen politischen Führung. Was sie für die soziale Praxis bedeuten, hängt von der Dynamik des Reformprozesses im ganzen, vor allem aber davon ab, in welchem Maße sich die Arbeiter und Angestellten zu engagieren beginnen und die ihnen legal eingeräumten Rechte praktisch reklamieren und ausnutzen.

Den Zusammenhang der von den Reformprotagonisten intendierten Veränderung der betrieblichen Arbeitsbeziehungen mit den ökonomischen Kernzielen der Reform habe ich mit dem Verweis auf den instrumentellen Charakter der in der erstgenannten Absicht eingeleiteten Schritte angedeutet. Daß deren »latente Funktion« sich im Reformprozeß als Moment realer Demokratisierung durchsetzen kann, ist keineswegs auszuschließen.

Die sowjetischen Reformer streben, nimmt man Gorbacev als ihren Kronzeugen, eine *veränderte Gesellschaft* an. Im Bezug auf dieses Ziel ist eine schlüssige, konkretisierte und kohärente Konzeption allerdings nicht auszumachen. Würden die verschiedenen beschlossenen, eingeleiteten und die beabsichtigten Neuerungsschritte realisiert, wäre das Ergebnis gleichwohl eine veränderte sowjetische Gesellschaft. Es käme sowohl als beabsichtigtes durch bestimmte Einzelmaßnahmen wie auch als nicht primär oder gar nicht intendiertes infolge der faktischen Wirkung anders motivierter Reformelemente zustande.

Die gewollten gesellschaftlichen Veränderungen beziehen sich zunächst weniger auf das Klassen- und Schichtengefüge, als vielmehr darauf,

»... eine neue moralisch-politische Atmosphäre in der Gesellschaft zu schaffen. Eine Atmosphäre des Schaffens, der Suche, realistischer Bewertung der Wirklichkeit, des kompromißlosen Kampfes gegen alles, was das Leben behindert.«³⁸

Auch bei diesem Teilziel von perestrojka ist der Zusammenhang mit dem Kernmotiv der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unverkennbar. Er kommt in der Wiederentdeckung und nunmehr geradezu kampagneartigen Beschwörung des »menschlichen Faktors« zum Ausdruck. Was – kurz formuliert – erreicht werden soll, sind Verhaltensdispositionen wie »intrinsisches« Arbeitsinteresse, Leistungsorientierung, Initiative, Verantwortungsbereitschaft, Flexibilität, Kreativität. Überwunden werden sollen nicht nur Gleichgültigkeit gegenüber Arbeitsinhalten, -mitteln und -resultaten, gegenüber dem Arbeitskollektiv, der Hausgemeinschaft und der Gesellschaft, privatistischer Rückzug, Passivität und fatalistische Grundeinstellung, sondern auch Selbstgenügsamkeit, Anspruchslosigkeit und egalitäre Orientierung.

Die Maßnahmen, die auf die Herausbildung eines Persönlichkeitstypus zielen, der in der russischen (bewußt nicht: sowjetischen) Gesellschaft immer schon eher Ausnahme als Regel war, lassen sich grob zusammenfassen in solche der

- Ausschaltung bzw. der Überwindung von zur Regel gewordenen Formen normenverletzenden Verhaltens;
- Anhebung der allgemeinen Lebensbedingungen auf ein Niveau, bei dem die physischen, kognitiven und emotionalen Potenzen der Menschen nicht mehr vorrangig absorbiert werden von den Anforderungen der Beschaffung des Notwendigsten;
- Eröffnung von Chancen für einen sich über den gesellschaftlichen Durchschnitt erhebenden materiellen Wohlstand sowie zur Befriedigung »höherer« immaterieller (kultureller, sozialer, intellektueller etc.) Bedürfnisse.

Einige der so motivierten Beschlüsse und Maßnahmen wurden schon unter Gorbacevs Vorgänger im Amte des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, J. Andropov, verkündet. Dazu zählt aus der ersten der oben unterschiedenen Gruppen der Beschluß »Über die Verstärkung der Arbeit zur Kräftigung der sozialistischen Arbeitsdisziplin« vom August 1983.³⁹ Unter Gorbacev kamen hinzu die entsprechende Kampagnen auslösenden Beschlüsse gegen Alkoholmißbrauch (Mai 1985), gegen Formen der Manipulation von Wirtschaftsresultaten (»Zuschreibungen«), gegen »nichterarbeitete Einkommen« (Mai 1986). Im Verlauf dieser Bestrebungen zur Aufdeckung und Überwindung normwidrigen Verhaltens wurden Korruptionsfälle in großer Zahl und von beträchtlichem Ausmaß in den verschiedensten Bereichen, in der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung, in Instituten, Hochschulen und auch beim Militär nachgewiesen und hohe Strafen verhängt.

Zur Realisierung der zweiten Absicht ergingen zahlreiche Beschlüsse: zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, zur Verbesserung von Sortimenten und Qualität von Verbrauchsgütern, zum Ausbau des Dienstleistungssektors, zur Anhebung verschiedener Sozialleistungen (Kindergeld, Renten, Stipendien), zur Beschleunigung des öffentlichen und zur Förderung des genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbaus. Als eine der Konsequenzen von »glasnost« wurden im Zusammenhang angekündigter Verbesserungsmaßnahmen Einblicke in unzureichende, z.T. schlimme Situationen auch in solchen Bereichen eröffnet, die bislang selbst notorische Sowjetkritiker als positive Ausnahme gelten ließen: Gesundheitswesen, Vorschuleinrichtungen und Ausbildungssektor.

Zu den Schritten in Richtung des dritten unterschiedenen Aspekts gesellschaftlicher Änderungsabsichten gehören verschiedene Regelungen, die auf Einkommensdifferenzierungen hinauslaufen. Im Interesse hoher Arbeitsleistungen und -resultate werden dabei Löhne, Gehälter und Prämien in einer in Anbetracht der bislang vorherrschenden Egalität beträchtlichen Höhe legitimiert. So führte z.B. Gorbacev in seiner Rede vor dem Juni-Plenum des ZK mit offenkundigem Wohlgefallen Beispiele von Kolchosbäuerinnen und -bauern an, die durch die jetzt propagierte Form des »Familienvertrags«⁴⁰ erstaunliche Leistungen erbrachten und Einkommen erzielten, die drei- bis viermal über dem Durchschnitt liegen. In die Richtung erweiterter sozialer Differenzierung weisen auch – vorab erst – Erwägungen, in der Absicht der Auflösung hoher Spareinlagen Möglichkeiten zum käuflichen Erwerb von Wohnungen und u.U. Luxuszeugnissen zu eröffnen.

Die Ambivalenz der – unvollständig – genannten Reformelemente unter gesellschaftspolitischen und sozialetischen Aspekten braucht nicht nachgewiesen und kann hier nicht diskutiert werden. Zur Frage nach den Erfolgsaussichten im Sinne des bestimmenden Motivs veränderter sozialer Wertorientierung und Verhaltensdispositionen sei knapp zu bedenken gegeben:

- die vom Blickpunkt der angestrebten allseitigen ökonomischen und sozialen Aktivierung kritisierten Einstellungsmuster und Verhaltensmerkmale sind offenkundig vor allem im russischen Teil der sowjetischen Bevölkerung historisch, soziokulturell und psychosozial tief verwurzelt und dürften kaum rasch veränderbar sein;
- in Anbetracht der notorischen Diskrepanz zwischen Beschlüssen und ihrer Realisierung in der UdSSR steht die Durchsetzung auch der in diesem Kontext relevanten Maßnahmen durchaus in Frage;
- die entsprechenden Ansätze sind im einzelnen z.T. sachlich unzureichend fundiert und sie widersprechen sich zuweilen; wenn nicht »logisch«, so doch in der realen gesellschaftlichen Wirkung (so etwa, wie der sowjetischen Tagespresse immer wieder zu entnehmen ist, Legitimierung hoher Einkünfte und privater Wirtschaftstätigkeit versus Kampagne gegen nichterarbeitete Einkommen).

Die Erfolgsaussichten des hier diskutierten Reformbereichs sind mithin eher skeptisch einzuschätzen. Bei aller notwendigen Abwägung des Für und Wider und im Bewußtsein der ange deuteten Ambivalenz muß m.E. aber letztlich die Berechtigung auch dieses Reformmotivs anerkannt werden.

Politik und Ökonomie im Reformprozeß

Abschließend soll die Bedeutung politischer und sozialer Faktoren für die Durchsetzung und den Erfolg der sowjetischen Reformkonzeption kursorisch erörtert werden. Gorbacev hebt immer wieder in realistischer Einschätzung hervor, man stehe noch ganz am Beginn der perestrojka. Es ist unverkennbar, daß in dem Maße, in dem der Reformprozeß tatsächlich konsequent vorangetrieben wird, die sozialen Positionen, Interessen und Verhaltensgewohnheiten so gut wie aller Schichten und Gruppen der Bevölkerung tangiert werden. In je unterschiedlicher Weise verteilen sich dabei Zumutungen und Chancen. Für Angehörige der allgemeinen und der Wirtschaftsadministration sowie für die unteren und mittleren Parteikader überwiegen zunächst einmal die ersteren; für Berufsgruppen wie z.B. Journalisten und Künstler eher die letzteren. »Zumutungen« könnten sich für zahlreiche Gruppen von Arbeitern und Angestellten in Form von erzwungenem Arbeitsplatzwechsel und absoluten oder relativen Einkommenseinbußen ergeben. Letztere werden aus den intensiv propagierten Möglichkeiten der Erzielung deutlich erhöhter Löhne und Prämien für bestimmte Berufs- und Funktionsgruppen bzw. für bestimmte Spitzenleistungen von Einzelnen oder Kollektiven resultieren. Anders als in kapitalistischen, aber auch als in den meisten osteuropäischen Gesellschaften außerhalb der UdSSR ist innerhalb dieser, vor allem in der slawischen Bevölkerung, soziale Egalität als gesellschaftliche Norm weithin ungebrochen. Auch daraus erklärt sich die seit geraumer Zeit in der Sowjetunion offenbar »von oben« forcierte Diskussion über soziale Gerechtigkeit. Die offiziöse Position, die manche Autorinnen und Autoren vertreten, lautet schlicht, gerechte Entlohnung (bzw. überhaupt gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand) sei die, die der eigenen Leistung, dem eigenen Beitrag zur Schaffung des Wohlstands entspreche. Eine Art Standard-Lebensniveau wollen die einen Autoren in gehobenerer, die anderen in reduzierterer Weise gesichert sehen. Gelegentlich melden sich auch Verteidiger der sozialen Egalität zu Wort.

Angekündigt, allerdings noch nicht in Einzelheiten mitgeteilt, wurde eine umfassende Preisreform, in die die weitgehende Aufhebung der verschiedenen Subventionen für Massenbe-

darfsgüter, vor allem für Nahrungsmittel (ca. 80 Mrd. Rubel) eingeschlossen sein soll. Daß komplementär dazu eine Einkommensreform und soziale Ausgleichsmaßnahmen unerlässlich sind, wird anerkannt. Dennoch ist fraglich, ob dieser im Prinzip ökonomisch notwendige Schritt im Rahmen der »radikalen Reform« des Planungs- und Leitungssystems nicht soziale Gruppen als Verlierer zurücklassen wird.

In diesem Zusammenhang wird in und außerhalb der UdSSR immer wieder die Frage aufgeworfen, welche sozialen Schichten und Gruppen der politischen und gesellschaftlichen Hierarchie die Reformpolitik wirklich unterstützen. Natürlich sind verallgemeinernde Antworten problematisch, vor allem ohne unmittelbare Kenntnis der politisch gesellschaftlichen Orientierungen dieser unterschiedlichen Gruppierungen der sowjetischen Gesellschaft. Nach Informationen, die der sowjetischen Presse zu entnehmen sind und nach der Einschätzung von insidern überwiegt jedoch Skepsis.

Der besonderen Ausformung der politischen und gesellschaftlichen Machtverteilung in der UdSSR folgend, sind die Möglichkeiten der verschiedenen Schichten und Gruppen, den Reformkurs bremsend oder unterstützend zu beeinflussen, ungleich verteilt. Sie sind, grob unterschieden, am größten innerhalb der politischen Führung (vom ZK und dem Ministerrat an aufwärts); sie sind beträchtlich für die Inhaber administrativer Leitungspositionen und bei den mittleren und unteren Parteikadern. Die subalternen Schichten haben zwar kaum unmittelbaren Einfluß auf die Festlegung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundrichtung durch die politische Elite, dennoch ist ihr Verhalten, selbst in Formen naturwüchsig gleichgerichteter Reaktion, relevant für Erfolg oder Scheitern.

Die Reserve, auf die Gorbacevs dem Januar-Plenum 1987 unterbreitetes Konzept der Erneuerung der Parteikader und der Prozeduren innerparteilicher Willensbildung stieß, zeigt an, daß die Reformprotagonisten über keinen vorbehaltlosen Rückhalt innerhalb der politischen Führung verfügen. Plausibel ist die Annahme, die Stärke Gorbacevs und seiner Gefolgsleute liege im Fehlen personeller, vor allem aber sachlich-konzeptioneller Alternativen zur Reformpolitik. Die Angehörigen der politischen Führung verfügen über die zuverlässigsten Informationen über die ökonomische und gesellschaftliche Situation des Landes, und da Fortschritte gerade in diesen Bereichen Hauptkriterien ihrer Eigen- und Fremdlegitimation sind, ist Stagnation unannehmbar. In seiner Rede auf dem Juni-Plenum demonstrierte Gorbacev Selbstsicherheit, als er nicht nur zahlreiche Minister kritisierte (was nicht ungewöhnlich ist), sondern auch den Präsidenten von Gosplan (Politbüro-Kandidat Talysin), den Vorsitzenden des neu geschaffenen »Büros für Maschinenbau beim Ministerrat«, ZK-Abteilungen und den 1. Sekretär des ZK der KP einer Unionsrepublik.⁴¹ Jedoch verfügen die konsequenten Reformer nicht über unbeschränkte Handlungsvollmacht und, wie Gorbacev immer wieder betont, der eigentliche Umschwung steht noch bevor. Das gilt für die ökonomischen wie für die politischen Strukturen und Funktionsweisen; der wirkliche »Umbau« der ersteren setzt aber die Durchbrechung der letzteren voraus.

Es geht dabei vor allem um fundamentale Änderungen von Struktur, Funktion und Arbeitsweise der oberen und mittleren Organe der Wirtschaftsverwaltung. Dem stehen im übrigen auch schwerwiegende sachliche Probleme, wie Erfahrungsmangel, konzeptionelle Leerstellen und Qualifikationsdefizite bei fehlenden »Kaderreserven« entgegen. Vor allem aber ist von

dieser zweiten der oben unterschiedenen Machtebenen mit fast geschlossenem Widerstand zu rechnen. Die Chancen, diesen *ohne* wirkliche Ge- und Entschlossenheit der politischen Führung zu brechen, sind prekär.

Zu der auf Überwindung politischer und gesellschaftlicher Widerstände dieser Art gerichteten Taktik der Reformen gehört Gorbacevs verstärkt demonstrierte populistische Attitüde. Für diese sei ein Beispiel aus seiner Rede vor leitenden Medienmitarbeitern Juli '87 zitiert:

»So, wie wir in den letzten Jahren gehandelt haben, bedeutete es, das Volk aus der Politik herauszuhalten. Das ist Mißachtung des Volkes. Das ist eine Art von Elitarismus. Jetzt müssen wir es durch den Demokratisierungsprozeß auf seinen Platz stellen. Es gibt eine entscheidende Kraft – das Volk. Es bringt die Kader hervor, die Führer, Leiter Literaten ... Aus dem Volk kommt alles und ins Volk kommt es zurück.«⁴²

Zu den widersprüchlichen Bedingungen der Reform zählt, daß die beabsichtigten strukturellen und funktionalen Veränderungen auf Ziele gerichtet sind, die zugleich schon Voraussetzungen ihrer Durchsetzbarkeit bilden. So soll ein grundlegend veränderter »Wirtschaftsmechanismus« die substantielle Erhöhung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung ermöglichen. Ob Gorbacevs populistische Beschwörungen jedoch mehr als wohlwollende Zurückhaltung bewirken, wenn auf dem genannten Gebiet nicht schon bald im Verlauf des längerfristigen Reformprozesses spürbare Besserungen einreten, ist zu bezweifeln. Dafür zeugt u.a. der oft verbitterte, skeptische und nicht selten zynische Tenor von Leserbriefen (vor allem in bezug auf die Wohnungsmisere).

Die enttäuschenden Wirtschaftsresultate im ersten Halbjahr 1987 mögen dazu beigetragen haben, daß Gorbacev auf dem Juni-Plenum das *Anlaufen* des reformierten Wirtschaftsmechanismus auf den 13. FJPI (d.h. ab 1991) verlegte. Substantielle Resultate sollten mithin gar nicht früher eingefordert werden. Zur politischen Überbrückung der wahrscheinlichen ökonomischen Durststrecke haben die Reformen eine geschickte Taktik entwickelt: Die ZK-Plenen und andere Ereignisse (wie der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution und die von Gorbacev durchgesetzte Parteikonferenz im Juni 1988) werden in der öffentlichen Präsentation quasi zu Mini-Parteikongressen aufgewertet, auf denen Rechenschaft über den Reformablauf gegeben, neue Reformschritte begründet und erläutert, Etappenziele festgelegt und vor allem Rückstände kritisiert, Obstruktionen bezeichnet und die Verantwortlichen identifiziert werden. Im Zusammenwirken von »glasnost«, Vertrauensbekundungen an die arbeitende Bevölkerung, Ausschaltung der Widerstrebenden und Unfähigen und spürbaren Ansätzen wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs soll der Reformprozeß gesichert werden.

(Das Manuskript wurde im August 1987 abgeschlossen.)

Anmerkungen

- 1 Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR vom 30.9.1965: »Ob ulucsenii upravlenija promyslennostju« (»Über die Verbesserung der Leitung der Industrie«) und Beschluß vom 4.10.1965 »O soversenstvovanii planirovanija u usilenii ekonomiceskogo stimulirovanija promyslennogo proizvodstva« (»Über die Vervollkommnung der Planung und die Stärkung der ökonomischen Stimulierung der Industrieproduktion«, in Resenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam 1917-1967 gg., tom 5 Moskva 1968, 646-685.
- 2 Z.B.: Bush (1974), Ellman (1984), Höhman/Sand (1972), Höhmann (1974), Katz (1972), Keizer (1971), Kushnirski (1984), Ryavec (1975), Schroeder (1972 und 1979), Zaleski (1967).
- 3 Dazu zählen der verstärkte Nachfrageüberhang infolge von Lohnerhöhungen, die das Wachstum von Produktion und Produktivität übertrafen, Preissteigerung im Produktionsgüterbereich infolge mißbräuchlicher Anwendung von Reformmodalitäten zur Stimulierung von Produktinnovationen (Höhmann/Sand 1972, 36/37), Rückgang der Zuwachsraten der Produktion im Zuge der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Reformmodi, weil zunächst die leistungsstärksten Bereiche und Betriebe umgestellt wurden (Höhmann 1974, 28).
- 4 Sowjetische Autoren beschränken sich im Kontext der Erörterung von Problemen der gegenwärtigen Reform auf die Feststellung des Scheiterns des Ansatzes von 1965. Allenfalls wird den Instanzen der Wirtschaftsverwaltung offen oder verdeckt die Hauptverantwortung dafür zugeschrieben. Das Fehlen einer systematischen Analyse der Reformprozesse nach 1965 konstatiert u.a. Lacs (1986, 33).
- 5 Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 14.7.1983: »O dopolnistel'nych merach po rassireniju prav proizvodstvennych ob'eginij (predprijatij) promyslennosti v planirovanii i chozjajstvennoj gejtatle'nosti i po usileniju ich otvetstvennosti za rezul'taty raboty'« (»Über ergänzende Maßnahmen zur Erweiterung der Rechte der Produktionsvereinigungen (Betriebe) der Industrie bei der Planung und Wirtschaftstätigkeit und zur Stärkung ihrer Verantwortung für die Arbeitsresultate«, in: Sobranie postanovlenij pravitel'stva Sojuza Sovetsich Socialisticskich Respublik, Otdel pervyj, No. 20/1983, S. 339-348.
- 6 XXI. Parteitag der KPdSU: N.S. Chruschtschow: Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959-1965, Berlin (DDR) 1959, 72/73.
- 7 N. Chruschtschow: Rechenschaftsbericht an die Partei und das Volk (XXII: Parteitag der KPdSU, Oktober 1961), Moskau 1961, 65-71.
- 8 XXIII. Parteitag der KPdSU, Presseagentur Nowosti o.J., 72-88.
- 9 Z.B.: im 10. FJPI (1976-80) sollte die Industrieproduktion um 35-39% steigen (Dokumente zum XXV. Parteitag der KPdSU, Moskau 1976, 208); erreicht wurde eine Steigerung von 24% (=4,4% jahresdurchschnittlich). Für den 11. FJPI (1981-85) sind die entsprechenden Daten 26-28% und 19,9% (3,7% jahresdurchschnittlich). Die im Kontext der neuen Reformdebatte auch in der SU artikulierten Zweifel an Aussagekraft und Zuverlässigkeit der sowjetischen Statistik lassen begründet geringere Resultate vermuten.
- 10 Ekonomiceskaja Gazeta (Wirtschaftszeitung) Moskau, Nr. 8-1987, 11.
- 11 Sidorov (1986) Tabelle 1, S. 33.
- 12 EKO = Ekonomika i organizacija promyslennogo proizvodstva (Ökonomie und Organisation der Industrieproduktion, Monatszeitschrift, Novosibirsk) No. 2-1987, 126.
- 13 Das gilt jedenfalls auf der hier eingeführten abstrakt-analytischen Ebene. Auf der der sozialen und ökonomischen Realität gibt es Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen zwischen material und formal rationalen gesellschaftlichen Struktur- und Handlungsformen.
- 14 Etwa in dem Sinne, daß jene Produktionsbedingungen, die der »... menschlichen Natur (am) würdigsten und adäquatesten ...« sind (MEW 25, 828), den Vorrang vor den rationellsten im Sinne abstrakter Zeitökonomie erhalten.
- 15 Die Fragwürdigkeit der Kategorie »Modernisierung« liegt vorab in der inhärenten Abstraktion von allen gesellschaftlichen Formunterschieden bzw. in der Verabsolutierung der Verhältnisse der entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Deren globale Prädominanz ist allerdings empirischer Sachverhalt, was noch nicht heißt, daß dieser nicht in Frage zu stellen ist. Ich verwende den

- Begriff hier, weil er im Sinne des gängigen Bedeutungsgehalts als Motiv der sowjetischen Reformen eindeutiger nachweisbar ist als »mehr Sozialismus« (Gorbacev) im Verständnis des westlichen Marxismus.
- 16 Es versteht sich, daß die hier unvermeidbare Raumbegrenzung eine umfassende, eingehende und differenzierende Darstellung und Erörterung nicht zuläßt.
 - 17 Die häufige Berufung auf Gorbacev fordert die Kritik personalisierender Sichtweise heraus. Dieser Eindruck ist schwer vermeidbar, weil andere Repräsentanten der politischen Führung viel seltener zu Kernfragen der Reform Stellung nehmen (oder die sowjetische Presse ihre Äußerungen seltener dokumentiert). Daß Gorbacevs Verständnis der sozioökonomischen und politischen Probleme des Landes und ihrer Ursachen vermutlich stark von Beratern beeinflusst wird, sollte bedacht, muß aber nicht ausdrücklich betont werden. Aus dem genannten Grund ist jedoch auch nicht nachweisbar, wie weit selbst der reformorientierte Flügel der Führung die Positionen Gorbacevs teilt, so daß sein Name im Text nicht ohne weiteres z.B. durch »die Reformen« ersetzt werden kann.
 - 18 »Wenn wir von Umbau und den damit verbundenen Prozessen tiefgreifender Demokratisierung der Gesellschaft sprechen, haben wir eine wirklich revolutionäre und allseitige Umbildung der Gesellschaft im Auge.« Gorbacev, Rede auf Januar-Plenum der KPdSU 1987, nach: *Ekonomiceskaja Gazeta*, 6-1987, S. 4.
 - 19 Ebenda.
 - 20 Z.B. *Pravda* vom 5.1.1987, S. 1 u. 3.
 - 21 Gorbacev auf einer Versammlung mit leitenden Medienmitarbeitern im ZK im Februar d.J., Kurzprotokoll in: *Kommunist*, Moskau No. 4-1987, S. 20-27, hier: S. 22.
 - 22 »Genossen, das Politbüro ist überzeugt, daß »glasnost« ein normaler Zustand der Gesellschaft ist. Wenn es ihn nicht gibt, wird bei uns nichts entstehen. Von »glasnost«, Kritik und Selbstkritik, die durchdringender Sorge über das Schicksal unserer Gesellschaft hängt direkt das Wohlergehen und die moralische Atmosphäre der Gesellschaft ab.« Gorbacev auf einer Versammlung mit Chefredakteuren im ZK im Juli 1987, nach: *Pravda* vom 15.7., S. 2.
 - 23 Juni-Plenum des ZK 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 27/87, S. 3.
 - 24 Januar-Plenum des ZK 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 6/87, S. 4.
 - 25 Ebenda, S. 9.
 - 26 Ebenda, S. 7.
 - 27 Im Abschnitt II Punkt 5 und im Abschnitt III Punkt 4, ebenda, S. 2 u. 12.
 - 28 Beschluß des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR: »Über Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Rolle und die Stärkung der Verantwortung der Räte der Volksdeputierten für die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung im Lichte der Entscheidungen des XXVII. Kongresses der KPdSU«, in: *Sobranie postanowlenij ...*, 27-1986, St. 151, S. 467-485.
 - 28a Die Darstellung folgt: Makasov, I.H.: *Mestnye Sovety i chozjajstvovanie*, in *Sovetkoe gosudarstvo i pravo*, No. 6-1987, 38-44.
 - 28bIn: *Sobranie postanowlenij pravitel'stva SSSR, Otdel pervyj*, No. 27-1986, S. 467-85.
 - 29 »Zur Beschwerdeordnung in Fällen unrechtmäßiger Handlungen von Amtspersonen, die die Rechte der Bürger verletzen«, *Pravda*, 2.7.87.
 - 30 »Über die gesellschaftliche (wörtlich: gesamtvolkliche, H.C.) Erörterung wichtiger Probleme des staatlichen Lebens«, ebenda.
 - 31 *Sobranie postanowlenij ...*, Nr. 31-1986, St. 162, S. 555.
 - 32 Z.B.: »Wer seid ihr denn? Politische Anmerkungen über die Ursachen der Erscheinung und des Schicksals einiger Interessenvereinigungen von Jugendlichen«, in: *Pravda*, 30.3.1987, S. 4.
 - 33 Gesetz der UdSSR vom 17.6.1983: »Über die Arbeitskollektive und die Erhöhung ihrer Rolle bei der Leitung der Betriebe, Institutionen und Organisationen«, in *Sobranie postanowlenij...*, 15/1983, St. 78, S. 259-271; deutsch in: *Jahrbuch für Ostrecht* 1984, S. 323-335. - Beschluß des Ministerrates der UdSSR und des Zentralrats der Gewerkschaften: »Über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung und Erhöhung der Effektivität der Brigadeform der Organisation und Simulierung der Arbeit in der Industrie«, in: *Resenija partii i pravitel'stvo po chozjajstvennym voprosam* (Entscheidungen der Partei und der Regierung zu Wirtschaftsfragen), Moskau 1985, S. 284-289.

- 34 Gorbacev, Rede auf dem Juni-Plenum 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 27-1987, S. 6
- 35 Entwurf des Gesetzes in: *Ekonomiceskaja Gazeta* 8-1987, S. 4-9; Endfassung in *Ekonomiceskaja Gazeta* 28-1987, S. 10-15
- 36 Deutsch in: *osteuro-pa-wirtschaft*, 1965, S. 287-307
- 37 Z.B.: »Grundordnung der Ständigen Produktionsberatung« vom 18. Juni 1973, deutsch in: Meyer (1976) 193-200
- 38 Gorbacev auf dem Juni-Plenum des ZK 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 27-1987, S. 5
- 39 Pravda vom 7.8.1983. Im folgenden wird auf weitere einzelne Quellennachweise verzichtet, um die Zahl der Anmerkungen zu begrenzen.
- 40 Bauernfamilien übernehmen dabei bestimmte Aufgaben in eigene Verantwortung, wie z.B. die Aufzucht von Ferkeln oder Kälbern. Sie vereinbaren mit dem Kolchos ein bestimmtes Entgelt für die Erzielung eines bestimmten Durchschnittsgewichts. Wird dieses übertroffen, erhöht sich der vereinbarte Betrag beträchtlich.
- 41 *Ekonomiceskaja Gazeta*, 27-1987, S. 3
- 42 Pravda vom 15.7.1987, S. 2

Literatur

- Amann, R. u. Cooper, J. (Eds) (1982): *Industrial Innovation in the Soviet Union*, New Haven-London
- Amann, R. u. Cooper, J. (Eds) (1986): *Technical Progress and Soviet Economic Development*, Oxford
- Arnot, B. (1981): Soviet Labour Productivity and the Failure of the Shchekino Experiment, in: *Critique*, No. 15, 31-56
- Berliner, J.S. (1983): Managing the USSR Economy: Alternative Models, in: *Problems of Communism*, No. 1, 40-56
- Bialer, S. (1986): *The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline*, London
- Brus, W. (1985): Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion, in: *Europäische Rundschau*, Wien, No. 1, 15-36
- Bush, K. (1970): *The Implementation of the Soviet Economic Reform*, Part I, Osteuropa-Wirtschaft, No. 2, 67-90, Part II, No. 3, 190-198
- Conert, H. (1985): Wirtschaftsexperimente in der Sowjetunion - Umriss einer ökonomischen Strategie? in: *Aus politik und zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament*, B 46-47 v. 16. November, S. 3-18
- Dyker, D.A. (1981): Decentralization and the Command Principle - Some Lessons from Soviet Experience, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 5, 121-148
- Ellmann, M. (1984) Seven Theses on Kosyginism, in: ders.: *Collectivisation, Convergence and Capitalism. Political Economy in a Divided World*, London etc., S. 75-96 (ursprünglich 1977)
- Höhmnn, H.-H. u. Sand, H.B. (1972): Ergebnisse und Probleme der sowjetischen Wirtschaftsreform, in: Höhmnn, Kaser, Thalheim (Hg.): *Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel*, Band 1, Freiburg, 11-63
- Höhmnn, H.-H. (1974): *Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreform in der Sowjetunion*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 49/74
- Hill, R.J. (1986): Soviet Political Development and the Culture of the Apparatchiki, in: *Studies in Comparative Communism*, Vol XIX, No. 1, 25-39
- Kaspi, G. (1983): *Organizirovannaja bezchozjajstvennost'*, Tel Aviv
- Katz, A. (1972): *The Politics of Economic Reform in the Soviet Union*, New York, Washington, London
- Keizer, W. (1971): *The Soviet Quest for Economic Rationality. The Conflict of Economic and Political Aims in the Soviet Economy 1953-1968*, Rotterdam
- Kushnirsky, F.J. (1984): The Limits of Soviet Economic Reform, in: *Problems of Communism*, No. 4, 33-43

- Lacis, O. (1986): Po-novomu vzgljanut'... (In neuer Sicht ...), in: *Kommunist*, Moskau, No. 13, 32-41
- Liberman, J. (1962): Plan, pribyl', premija, in: *Pravda* vom 9.9.; deutsch in: »Ostprobleme« vom 19.10., 661-664
- Meyer, G. (1976): *Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR*. Ein Quellenband, Köln
- Nove, A. (1984): *An Economic History of the U.S.S.R.*, Harmondsworth
- Ryavec, K.W. (1975): *Implementation of Soviet Economic Reforms*. Political Organizational and Social Process, New York, Washington, London
- Schroeder, G.E. (1971): Soviet Economic Reform at an Impasse, in: *Problems of Communism*, No. 4, 36-73
- Schroeder, G.E. (1979): *The Soviet Economy on a Treadmill of »Reforms«*, in: U.S.-Congress, Joint Economic Committee: Soviet Economy in a Time of Change, Washington D.C., Bd. 1, 312-340
- Seidenstecher, G. (1986): *Das »Ökonomische Experiment großen Maßstabs« in der sowjetischen Wirtschaft*, Teil I: Im Kern des Experiments: die »Finanzfonds«, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 36; Teil II: Ergebnisse und Auswirkungen, Berichte ... Nr. 37
- Sharpe, M.E. (Ed.) (1986): *Strukturnye sdvigi v narodnom chozjajstve SSSR (Strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft der UdSSR)*, in: *Serija Ekonomiceskaja*, No. 2, 32-45
- Zaleski, E. (1967): *Planning Reforms in the Soviet Union 1962-1966*, Chapel Hill

Mária Huber

»Das ungarische Modell«: Von den Reformen zur Rezession

1. Reformen

»Bekanntlich ist Ungarn das einzige Land im RWG-Block, das eine marktorientierte Reform des zentralistischen Planungssystems sowjetischen Typs nicht nur im Jahre 1968 eingeführt hat, sondern das den Reformkurs bis zum heutigen Tage durchzuhalten vermochte« (Kosta 1984, S. 228).

Ungarn schien lange die Ausnahme zu sein, Modell sogar für die anderen sozialistischen Länder: Privatinitiative und Profit behaupteten sich zunehmend gegen ideologische und institutionelle Bastionen der Planwirtschaft. Derartige Veränderungen in den Funktionsprinzipien des Wirtschaftsmechanismus erhob Włodzimierz Brus zum Kriterium von Reformen. Der polnische Ökonom im Exil grenzte die »Umstellung auf einen anderen Wirtschaftsmechanismus« von den vielfältigen Korrekturen ab, die seit 1965/66 – dem Beginn der sowjetischen Verwaltungsmaßnahmen zur Verbesserung wirtschaftlicher Effektivität – das Planungssystem in allen osteuropäischen Ländern mehr oder weniger modifizierten. Allerdings nur in Jugoslawien und – bei allen Differenzen und Inkonsequenzen – in Ungarn lösten geld- und finanzpolitische sowie betriebliche Entscheidungen staatliche Planbefehle ab (Brus 1985, S. 57). Als Brus im Jahre 1985 die im Westen weit verbreitete ordnungspolitische Auffassung von der Reformfähigkeit der sozialistischen Wirtschaft auf den Begriff brachte, befanden sich beide »Musterländer« auf der Schwelle von der latenten zur offenen Wirtschaftskrise (vgl. Völgyes 1987; Reuter 1984; 1985). Die »kritische Theorie« des »real existierenden Sozialismus« ging indessen durchweg von einer gedachten Realität aus und operierte nur mit prinzipiellen, nicht mit realpolitischen Alternativen. Stabilität und Krisenfestigkeit sahen die Neo-Reformisten nicht explizit als Zielsetzungen an. Denn dies waren seit Breschnjews Amtsantritt die Orientierungsmarken der Parteibürokratie, die sich radikalen Änderungen widersetzte. Der Weg ist daher – wie bei Bernstein – das Ziel: Nur sollen die Schritte diesmal in Richtung *Dezentralisierung* führen. Das aber ist eine erklärte Abwendung vom einstigen Glaubenssatz führender Sozialdemokraten und Lenins, der bis heute in der Politischen Ökonomie des Sozialismus kanonisiert ist.

Da die ungarische Dezentralisierung nicht auf einer umfassenden Reformkonzeption beruhte (Gumpel 1983, S. 197), blieb die Beurteilung der Entwicklung eine Sache der Weltanschauung. Einige Theoretiker (Osteuropäer zumeist) hofften auf einen neuen Sozialismus, andere hingegen warnten vor einer Überbewertung der durchgeführten Maßnahmen¹.

In Ungarn selbst hat die Reformdiskussion in den letzten zwei bis drei Jahren – angesichts der schon deutlich spürbaren Krise – an Schärfe und Spannung zugenommen. Die heutige Rück-

schau auf die Wellen der Wirtschaftsreformen klammert die politische Perspektive nicht mehr (völlig) aus. Den Auftakt dazu gab ein Interview von Rezső Nyers, des »Vaters der Wirtschaftsreformen«. Der ehemalige ZK-Sekretär (1962-1974) befaßte sich mit dem Widerspruch, daß die politische Führung neue Etappen und Elemente der Reform stets mit dem Hinweis auf die ideologische und institutionelle Kontinuität ankündigte. Sie blockierte damit sich selbst und schwächte die Wirkung der Reformmaßnahmen ab. Die aufgestauten Probleme verlangten jedoch, daß die Partei ihre führende Rolle für neue Reforminitiativen nützte². Offiziellen Verlautbarungen zufolge suchte die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) erst noch den Weg. Der Amtsantritt des neuen Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, im März 1985 gab dazu keinen unmittelbaren Anstoß. In Ungarn dauerte es fast so lange wie im Westen, bis die Reformpläne der neuen sowjetischen Führung ernsthaft zur Kenntnis genommen wurden. Noch im Sommer 1986 beklagte Nyers die geringe Resonanz in der Fach- und Tagespresse. Die reservierte Haltung kann nicht nur mit Skepsis gegenüber der sowjetischen Entwicklung erklärt werden. Gorbatschows Eintreten für »radikale Reformen« nahm den System-Konservativen das Alibi, wonach die Sowjetunion alle Reformansätze streng überwache und ihre Entfaltung begrenze.

Als die Grenzen für Reformen zum erstenmal erweitert wurden – das war 1953 nach Stalins Tod und nach den ersten Krisensignalen aus der DDR – reagierten maßgebliche Kräfte der Parteiführung unter Mátyás Rákosi ähnlich wie heute einige Bruderparteien: Wir müssen die Ideen der sowjetischen Genossen nicht kopieren und ihren Vorschlägen wie Sklaven folgen (Peto/Szakás 1985, S. 240 ff.). Sie pochten auf ihre Eigenständigkeit, um – trotz Kritik und Korrekturen – bei den alten Methoden zu bleiben: Planen durch Willkür, Wirtschaften durch Zwang, Regieren durch Angst. Der Lohn der Angst war der Oktober-Aufstand 1956, in dem sich der lange aufgestaute Widerspruch zwischen Vision und Wirklichkeit des Sozialismus entlud. Die ökonomische und politische Krise stürzte das Land in bürgerkriegsähnliche Zustände. Um ihre Macht zu konsolidieren, mußte die – neugegründete – Partei von der (direkten) Ausübung einer Befehlsgewalt sofort Abstand nehmen. Zu ihren neuen Grundsätzen erklärte die veränderte Parteiführung bereits Anfang 1957 die Anerkennung unterschiedlicher Interessen in der Gesellschaft und die Demokratisierung der Leitungsprozesse. Die Aufgabe des Allmachtsanspruchs zugunsten einer »Bündnispolitik« (szövetségi politika) bedeutete vor allem den Abbau des »übermäßigen Zentralismus«. Den Ausweg aus der »Parteikrise« – die laut Selbstkritik der USAP aus der »Geringschätzung oder sogar der Ignoranz der Verbündeten der Arbeiterklasse« folgte – sah die poststalinistische Regierung nicht in einer Reform des politischen Systems, sondern in der »Integration der Bevölkerung«. In zähen parteiinternen Kämpfen gelang es immerhin ansatzweise, dem stalinistischen Sozialismus-Modell eine Realpolitik entgegenzusetzen (Huber 1984, S. 1 ff.), die sich an den historischen Besonderheiten und konkreten Bedingungen Ungarns und nicht mehr an abstrakten »Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung« orientierte. »Unser Postulat war«, sagte Politbüro-Mitglied György Aczél 1982 im Gespräch mit Francis Cohen, »daß der Sozialismus nicht nur eine Sache der Zukunft sei; auch diese Generation sollte die Früchte ihrer Arbeit genießen«. Der Begriff »Lebensstandardpolitik« (életszínvonal-politika) wurde zwar erst Mitte der sechziger Jahre geprägt, doch erste Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung traf die Kádár-Führung unmittelbar nach

der Einleitung der Konsolidierungsphase: Das System der Zwangsabgaben wurden abgeschafft. Die Dezentralisierung begann. Die Regierung sah sich jedoch außerstande, die Reformkonzeption anzunehmen, die in ihrem Auftrag erarbeitet worden war. Ein Mitglied der damaligen Regierungskommission, József Bognár, erinnerte knapp 30 Jahre später an das Übergewicht jener Kräfte, die bei der Renovierung der Machtverhältnisse lieber zum alten System zurückgekehrt wären (MV, H. 11/1986, S. 6).

Die theoretische Auswertung der Erfahrungen erbrachte folgende Reformbedingungen (vgl. Szamuely 1986; Bauer 1987):

1. Reformen werden aus Krisen geboren. Die politische Führung ist ohne massiven sozialen Druck nirgends geneigt, die Risiken einzugehen, die mit radikalen Änderungen der Prioritäten und der Machtverhältnisse verbunden sind. Dennoch führen selbst schwere Krisen nicht notwendigerweise zu Reformen. Notsituationen verleiten oft zu kurzfristigen Notlösungen und ergeben eine »Restriktions-Spirale« (L. Antal).

2. Eine Reform setzt neue Leitbilder und neue Handlungsmuster voraus. Dazu müssen entsprechende Vorschläge vorliegen. Ohne eine Emanzipation von der offiziellen Ideologie können Wirtschafts- und Sozialwissenschaften jedoch weder die Gründe der Disfunktionen untersuchen, noch brauchbare (und nicht schlichte Wunsch-) Vorstellungen für die Überwindung der Probleme entwickeln. Nur wenn führende Mitarbeiter des Staats- und Parteiapparates sowie der Forschungsinstitute zu einer (gewissen) Zusammenarbeit, also auch zu Kompromissen, bereit sind, kann ein Reformprogramm überhaupt zustande kommen. Dessen Verwirklichung setzt allerdings einen gesellschaftlichen Konsens voraus.

An dieser letzten Voraussetzung scheitern nach Ansicht von L. Szamuely und T. Bauer die gegenwärtigen Reformversuche in Polen. Ihrer Ansicht nach waren Mitte der sechziger Jahre auch in der Tschechoslowakei nicht alle gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der Reform vorhanden. In Ungarn hingegen nahmen an der Reformvorbereitung zwischen 1963 und 1966 die Vertreter verschiedener sozialer Gruppen teil. Dies wurde durch die politische Entwicklung in den Jahren davor ermöglicht. Das Reformprojekt kam letztlich nach der Austragung (einiger) gesellschaftlicher Konflikte zustande. Deren Ergebnisse zeigten sich 1961/62 (MV, H. 11/1986, S.8):

- die Kollektivierung der Landwirtschaft, die zwar keineswegs problemlos verlief, aber die Grundlagen für die Anwendung moderner Produktionstechniken schuf;
- der Ausschluß von Rákosi und Gerö, zwei Schlüsselfiguren der stalinistischen Führung, aus der Partei, wodurch der dogmatische Block, dessen Basis im Mittelfeld der Bürokratie besonders stark war, entscheidend geschwächt wurde;
- ein neuerlicher Vorstoß reformorientierter Ökonomen, die nach einer defensiven Phase ihre Möglichkeiten erkannten, als die Unzufriedenheit mit der Erhöhung des Lebensstandards und mit der wirtschaftlichen Entwicklung allgemein spürbar wurde. Konsum war immerhin schon legitim.

1965/66 war schließlich die Bahn frei für die Vorbereitung und Diskussion einer Wirtschaftsreform. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand die Rolle von Plan und Markt im Wirtschaftssystem. Dezentralisierung und Monetarisierung wurden im gewissen Rahmen akzeptiert. Dennoch war es eine Sensation, als 1985 zum erstenmal ein Lehrbuch der Politischen

Ökonomie erschien, das von der »neuen« Theorie ausging, wonach Sozialismus und Warenproduktion einander nicht ausschließen, sondern aufeinander abgestimmt werden können. Der Autor, Balázs Hátori, argumentierte, das Ziel von Wirtschaftsreformen müsse es sein, Marktverhältnisse zu schaffen. Dies sei in den vorausgegangenen zwanzig Jahren nicht geschehen (Hátori 1985, S. 330 ff.).

Der am 1. Januar 1968 in Kraft gesetzte »neue Wirtschaftsmechanismus« bestand im wesentlichen aus den Elementen, die schon in der Reformkonzeption von 1957 enthalten waren. Doch »keines der befreundeten sozialistischen Länder hat die Reformbestrebungen konsequent unterstützt«, berichtete unlängst der damalige Außenminister János Péter. Er gab sogar zu, daß nach der Prager Krise von 1968 ein Mitglied der polnischen Parteiführung äußerte, das nächste Land, in das einzumarschieren sei, werde Ungarn sein. Parteichef Gomulka habe sich allen Bestrebungen der sozialistischen Länder energisch widersetzt, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Er fürchtete, die BRD werde dann die DDR und darauffolgend die NATO die osteuropäischen Staaten »anschließen« (MV, H. 11/1986, S. 10).

Der »neue Wirtschaftsmechanismus« mußte sich also in einer komplizierten innen- und außenpolitischen Situation behaupten. Ihr relativer Erfolg ist daher nicht zuletzt eben jener Versicherung der Parteiführung zu verdanken, die politische Machtstruktur werde stabil bleiben. Gänzlich unberührt von den Veränderungen blieb sie jedoch nicht. Die Reformpolitik ließ das zentralisierte Planungssystem – trotz mancher Rückschritte – immer weiter hinter sich (Bauer 1987, S. 533):

- Die Lenkungsinstrumente und -institutionen wurden reduziert, verpflichtende Plankennziffern gestrichen;
- die Verteilung von Ressourcen und Produktionsgütern ging von den zentralen Behörden an Handelsorganisationen über;
- Leistungsanreize und Gewinnerorientierung blieben nicht länger an betriebs- und branchenspezifische Normative gebunden, sondern wurden von einem – prinzipiell zumindest einheitlichen – Preissystem gesteuert.

Der Parteibeschuß zur Reform des Wirtschaftsmechanismus (1966) erklärte das Staats- und Genossenschaftseigentum für gleichrangig und eröffnete damit Entwicklungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft. Mit der Vorherrschaft des Genossenschaftseigentums in der Landwirtschaft war in den fünfziger Jahren das Argument verbunden, sie sei noch nicht richtig sozialistisch. Ideologie und Investitionspolitik ließen ihr daher mehr Maßregeln denn Mittel zuteil werden. Infolge der Modernisierung und der Marktorientierung stiegen Produktion und Einkommen im Agrarsektor Ende der sechziger Jahre an. Die Industriebetriebe verwandelte der neue Wirtschaftsmechanismus von Befehlsempfängern in eigenständig kalkulierende Anbieter von Waren. Dabei erwiesen sich vor allem die Großbetriebe als nicht rentabel (genug). Die Lohnentwicklung in der Industrie nahm sich – im Vergleich mit dem schnell wachsenden Wohlstand auf dem Lande, aber auch mit dem besseren und teureren Warenangebot der Lebensmittelgeschäfte in den Städten – als recht bescheiden aus. Nach der traditionellen Auffassung von Sozialismus waren jedoch Großbetriebe – die »Hochburgen« der Arbeiterklasse – *per definitionem* rentabel. Wenn es nun anders erschien, mußte nach dieser Logik der Fehler

nicht bei den »führenden« Monopolbetrieben liegen, sondern in den Regeln des neuen Wirtschaftsmechanismus zu finden sein. Sie zu korrigieren bereitete schon deswegen keine besonderen Schwierigkeiten, weil die Investitionspolitik – die von den Dezentralisierungsmaßnahmen ausgenommen worden war –, die Rohstoff- und Schwerindustrie weiterhin vorrangig bediente. Auch die Lohn- und Preispolitik blieb früheren normativen Vorstellungen und sozialpolitischen Funktionen untergeordnet. Die Verteilung der Einkommen (Ressourcen und Revenue) erfolgte also weiterhin nicht nach ökonomischen Leistungs- und Rationalitätskriterien. Obwohl die Reform den Übergang zum intensiven Wirtschaftswachstum (höhere Produktivität, schnellere Innovation) hätte unterstützen sollen, pflasterten die verteilungs- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen die alten Wege des extensiven Wachstums, die in der Industrialisierungsphase angelegt worden waren. Einen Fortschritt brachte der Reformkurs insofern, als eine gewisse Rationalisierung in den Verwaltungs- und Verhandlungsprozessen Voluntarismus und Willkür eindämmte. Als einen weiteren Schritt der Reform empfahl József Bognár 1970, eine neue Außenwirtschaftspolitik zu erarbeiten. Dahinter stand die Erkenntnis, daß die Wirtschaftstheorie des Sozialismus – von den Autarkiebestrebungen der Sowjetunion geprägt – nur einen Tauschhandel kannte, nicht aber die internationale Arbeitsteilung, also die aktive Teilnahme an den technologischen und organisatorischen Entwicklungstrends des Weltmarktes. Unter den führenden Ökonomen der damaligen Reformkommissionen obsiegte jedoch eine defensive Haltung, nach der nicht die Weiterentwicklung, sondern die »Verteidigung der Reformen« das Gebot der Stunde sei. Denn inzwischen traten alle maßgeblichen Kräfte verbal für die Reformen ein, gegen deren Prinzipien die täglichen Entscheidungen, die sie trafen, so offenkundig verstießen. Die Gewerkschaften übten einen massiven Druck auf Öffentlichkeit und Parteiführung aus, wachsende Einkommensdifferenzen nicht zu tolerieren (MV, H. 11/1986, S. 11 ff.). Die Reformgegner suchten – und fanden – Rückendeckung in Moskau. Die Kreml-Führung regierte seit Beginn der siebziger Jahre unter dem Motto: »Keine Experimente.« Das innen- und wirtschaftspolitische Stabilitätsbedürfnis der sowjetischen Führung folgte auf Jahrzehnte großen Leids, verursacht durch Kollektivierung, Klassenkampf (Stalin) und Krieg (Hitler) sowie auf die Unsicherheit, die Chruschtschows sprunghafte Reformen für die Funktionärsschicht bedeuteten. Die achtzehn Breschnjew-Jahre – seit dem XXVII. Parteitag wegen »Stagnation« auch in der UdSSR kritisiert – gaben der sowjetischen Bevölkerung das Gefühl der Ruhe und existentieller Sicherheit. Diesen »positiven Effekt« (Szamuely 1986, S. 909) klammern Kritiker des »real existierenden Sozialismus« aus ihrer Betrachtung meist aus. Die Destabilisierung, die Anfang der siebziger Jahre entstand, als in Ungarn die Reformkoalition angesichts erster Konflikte zerbrach, veranlaßte die Kreml-Führung im Februar 1972 von János Kádár die Überprüfung jener Maßnahmen zu verlangen, deren Konsequenzen – die Wiederherstellung kleinkapitalistischer Verhältnisse und die Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit – die Konservativen in Budapest und Moskau gleichermaßen in Unruhe versetzten. Nach Kádárs Rückkehr aus Moskau bekamen jene Kräfte, die sich auf die Verteidigung der Arbeiterinteressen beriefen, starken Auftrieb. Auf der ZK-Sitzung im November setzten sie den (durch Kompromisse kaschierten) Abbruch des leistungs- und profitorientierten Wirtschaftskurses durch (vgl. Schmidt-Häuer 1986; Lendvai 1986, S. 74 ff.).

Die Verfechter der »Arbeiterpolitik« bestimmten die Reaktion auf den Ölchock und auf den

Wachstumseinbruch in den kapitalistischen Ländern 1973/74. Unter der Führungsrolle der Partei flossen Dollar-Kredite in die ungarische Wirtschaft: zur Förderung des Wachstums, der Investitionen und des Konsums. Die Devise lautete, daß die sozialistische Wirtschaft durch die Veränderungen des Weltmarktes nicht in Mitliedenschaft gezogen werden dürfe. Wie in der Anfangsphase der Planwirtschaft, ging die Führung von Wunschvorstellungen aus, die mit der Realität unvereinbar waren. So suchte sie ihr Heil wieder in der Schaffung neuer Großbetriebe in Industrie und Landwirtschaft. Zwischen 1968 und 1980 verringerte sich die Zahl der Wirtschaftseinheiten von 9 400 auf 3 700 (HV vom 7.2.1987). Die künstlich entstandenen Monopole stärkten die Verflechtung von Unternehmen, Staats- und Kommunalorganen bis hinunter auf die lokale Ebene. Eine Trennung von Ökonomie und Politik hatte die Machtzentrale zu keiner Zeit angestrebt. Jetzt aber entstand ein unkontrollierter Lobbyismus, der die ohnehin *fehlende Funktionsteilung* zu seinen Gunsten nutzte. Das bedeutete, daß der produktive Sektor auf Kosten der Infrastruktur und der Sozialpolitik den Löwenanteil der Investitionsmittel und der staatlichen Steuerkapazität beanspruchte (MV, H. 11/1986, S. 13 f.). »Das Zeitalter der Illusionen« (so Ungarns international angesehener Banker János Fekete) ging 1978 dramatisch zu Ende. Der Import-Überschuß erreichte 8-10% des Volkseinkommens, die terms of trade (die Austauschrelationen zwischen Export- und Importpreisen) verschlechterten sich Jahr für Jahr, das hohe Importpreisniveau erhöhte den Inflationsdruck. 1979 versuchte die Regierung die Wirtschaft zu stabilisieren – mit einer »Vollbremsung«: Importe und Inlandsverbrauch wurden gedrosselt, Exporte hingegen – um jeden Preis! – gefördert. Gleichzeitig befürwortete der ZK-Beschluß vom Herbst 1979 die Weiterentwicklung der Wirtschaftsreform: Mehr Markt sollte für Prosperität sorgen. In den nächsten Jahren folgten – aus westlicher Sicht spektakuläre – Entscheidungen (Antal 1986, S. 127 ff.):

- Preisreformen (seit 1980), die im Binnenhandel Einflüsse des Weltmarktes simulierten und die Betriebe verpflichteten, die selbstkostenorientierte Preisbildung in eine marktorientierte umzuwandeln, während sich der Staat weiterhin vorbehalt, Preise zu kontrollieren bzw. zu subventionieren;
- Förderung der Privatinitiative (seit 1981) durch die Erleichterung von Pachtverträgen im Einzelhandel und im Gaststättengewerbe sowie durch die Zulassung von Arbeitskollektiven und Kleinunternehmen und am Rande des staatlichen Produktionssektors;
- Erweiterung der Entscheidungsautonomie der Unternehmen (seit 1985) im Bereich der Produktions- und Betriebsorganisation sowie des Kapitaltransfers – unter Mitwirkung eines gewählten Unternehmensrats (oder Managements), dem auch die Wahl des Direktors obliegt, während die Funktionen der Staatsorgane von der direkten Betriebsaufsicht auf eine Rechtsaufsicht reduziert wurden;
- Dezentralisierung des Bankensystems (seit 1985) durch die Trennung der Notenbank- und Geschäftsbankfunktionen und durch die Gründung neuer Geldinstitute wie z.B. Entwicklungsbanken als Gemeinschaftsunternehmen.

Daß diese Reformen nicht nur Vorteile versprechen, sondern auch harte Konsequenzen haben, wurde den Ungarn erst 1986 bewußt, als sich die Regierung endlich dazu durchrang, die Auflösung unrentabler Großbetriebe und die Unterstützung entlassener Arbeiter gesetzlich zu regeln.

2. Relikte und Raubbau

Auf der Maikundgebung des Jahres 1987 sah sich Parteichef János Kádár gezwungen, die Hauptsorge des vergangenen Jahrzehntes deutlicher als früher anzusprechen: im Lande werde mehr verbraucht als produziert. Der schillernde Lebensstandard der Ungarn, den westliche Stammtisch- und Seminartheorien der Einführung von Marktelementen zuschreiben, beruht nur in Ausnahmefällen auf international wettbewerbsfähigen Leistungen. In Wahrheit ist der schöne Schein teuer erkaufte: durch die Ausschöpfung aller erdenklichen Kreditquellen und der eigenen Reserven:

»Eine – im internationalen Vergleich – ansehnliche Wachstumsrate erreichte das Land in den fünfziger Jahren auf Kosten der Landwirtschaft, in den sechziger Jahren auf Kosten der Infrastruktur, in den siebziger Jahren durch Verschuldung. Drei Jahrzehnte lang begünstigte die weltweite Konjunktur die ungarische Wirtschaft. All dies erschien in der Selbstdarstellung allerdings als Beleg für die Überlegenheit des Systems. Die Konsequenzen dieser Disproportionen sowie der mißachteten Modernisierungs- und Rentabilitätsanforderungen blieben lange Zeit verborgen, wofür der Preis jetzt zu zahlen sein wird.« (MN vom 9.5.1987)

Das Wirtschaftswachstum sank seit Beginn der achtziger Jahre noch weit stärker als durch die Stabilitätspolitik vorgesehen war. Die Produktion ging nicht nur in den unrentablen Betrieben und Branchen zurück. Bei kaum veränderter Wirtschaftsstruktur kam das Gros der Investitionsmittel weiterhin den Großbetrieben, der Rohstoff- und Schwerindustrie zugute. Für eine Modernisierung der verarbeitenden Industrie fehlte es an Kapital. Die Rentabilität der Investitionen blieb gering. Mit den Dollar-Krediten wurden die veralteten Produktionsstrukturen und der Konsum finanziert, nicht jedoch moderne Technologien. Allein bei den Konsumentenansprüchen erfolgte eine Anpassung an die moderne Weltwirtschaft (HV vom 9.5. 1987).

Die Notwendigkeit, Lücken in der Zahlungsbilanz zu stopfen, nahmen zentrale Behörden noch Mitte der achtziger Jahre zum Anlaß, in die Autonomie der Betriebe einzugreifen, ihnen – ohne Rücksicht auf die Rentabilität – Exportverpflichtungen aufzubürden. Zur Wahrung der Kreditwürdigkeit und des Versorgungsniveaus steuerte und subventionierte der Staat die Produktion in vielen Bereichen. Erfolgreiche Unternehmen mußten für die Aufrechterhaltung unrentabler Produktion bis zu zwei Drittel ihrer Gewinne in den Staatshaushalt abführen und konnten selbst nicht genug Investitionsmittel akkumulieren. Wirtschaftsplanung und -politik wurden mit dem notwendigen Strukturwandel nicht fertig. Sie schwankten zwischen Fortschreibung des Status quo und der Verordnung von Feuerwehreinsätzen zur Bewältigung der brennendsten Probleme.

In Ergänzung – teilweise im Gegensatz – zur ökonomischen Sichtweise, wonach ungelöste Zielkonflikte sowie die zunehmende »Inkonsistenz des Wirtschaftssystems« (E. Antal) die Rückschläge und Reibungsverluste erklären, meine ich, daß zwei Relikte des alten Sozialismus-Modells den Fortschritt blockieren: die Professionalisierungs- und die Integrationsmechanismen. Diese beiden Elemente der Produktionsverhältnisse behindern den Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum. Der Raubbau an den Produktivkräften kann – vorübergehend – staatliche Modernisierungsmaßnahmen ersetzen. Kern der Produktionsverhältnisse ist das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln. Wer in welcher Form über sie verfügt, bestimmt die Partei. Bei der Besetzung der Kommandoposten in Wirtschaft und

Verwaltung sind seit der Aufbauphase des Sozialismus politische Zuverlässigkeit bzw. proletarische Herkunft die entscheidenden Auswahlkriterien. Die Kaderpolitik der Partei ist zwar im Laufe der siebziger Jahre um die Kriterien Fachkompetenz und persönliche Führungsqualität erweitert worden. Die neuen Grundsätze brachten jedoch weder eine Verbesserung noch eine Demokratisierung der Rekrutierungsprozesse von Führungskadern. »Subjektivität« und »Spontaneität« bei den personalpolitischen Entscheidungen beklagten die offiziellen Stellungnahmen, ohne jedoch deren tiefere Ursachen zu nennen. Einzelne Beiträge in der theoretischen Monatszeitschrift der Partei »Társadalmi Szemle« befaßten sich zwar seit Beginn der achtziger Jahre mit dem Bildungsstand der Funktionäre, gaben aber nur vereinzelt Hinweise auf deren Ursachen. Denn die USAP war in der Kaderpolitik in ein Dilemma geraten. Die führende Rolle der Arbeiterklasse als Legitimationsprinzip konnte durch die Entwicklung der Mitgliederstruktur immer weniger gestützt werden: Der Anteil der Arbeiter nahm immer weiter ab. Die Beförderung von Arbeiterkadern in Führungspositionen schien daher allein geeignet, der Klassentheorie genüge zu tun. Ein Fern- und Abendstudium konnten die Kandidaten »nachholen«. Aber nur in Ausnahmefällen brachte der »zweite Bildungsweg« eine fachlich hinreichende – und gesellschaftlich akzeptierte – Qualifikation (vgl. Huber 1984, S. 63 ff.; 1985, S. 258 ff.).

Im März 1986 hat daher das Zentralkomitee der USAP neue Richtlinien beschlossen, wonach die Mehrzahl der Führungspositionen im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben durch Ausschreibungen und Wahlen besetzt werden sollen. »Der Führungsnachwuchs soll sich hauptsächlich aus Hochschul- und Universitätsabsolventen mit entsprechender Berufserfahrung rekrutieren« (DIE ZEIT vom 28. März 1986).

Den Beschluß begründete die Parteiführung mit der lange gereiften Erkenntnis, daß die weitere Entwicklung des Landes davon abhängig sei, ob es gelingen werde, die Qualifikation der Führungskräfte zu erhöhen. Denn trotz der großen Anzahl von Diplom-Ingenieuren und Ökonomen sind ein Drittel der oberen und zwei Drittel der unteren Führungspositionen in der Wirtschaft noch mit Nicht-Graduierten besetzt. Noch größer ist ihr Anteil in den Staatsorganen und in der Verwaltung. Besonders ins Auge fällt dabei, daß der Anteil von Graduierten gerade unter den jüngeren Führungskräften in einigen Bereichen sogar rückläufig ist. Die bisherige Praxis der Kaderpolitik schafft soziale Spannungen und wirkt demotivierend auf die Leistungsbereitschaft. Sie unterläuft damit alle sonstigen Bemühungen der Staats- und Parteispitze, Leistung und Effizienz als gesellschaftliche Normen durchzusetzen (Knopp/Radics 1984, S. 57; Veress 1985, S. 779). Vom Erfolg dieser Bemühungen hängt es entscheidend ab, ob Ungarn die zweite (und dritte) industrielle Revolution, die Phase des intensiven (und qualitativen) Wirtschaftswachstums erreicht. Andere Länder werden »nicht deshalb immer reicher, weil dort der Kapitalismus herrscht, sondern weil sie die Arbeit gut organisieren und ausführen« (Agoston 1985, S. 90). Im niedrigen Niveau der Arbeits- und Organisationskultur sehen ungarische Fachleute und Bürger einen – recht auffälligen – Grund für die unbefriedigenden Wirtschaftsergebnisse. Mit Disziplin und Präzision einerseits, mit Flexibilität und Kooperationsbereitschaft andererseits tun sich noch viele Beschäftigte schwer. Die Identifikation mit der Arbeit läßt viel zu wünschen übrig; dies gesteht auch die politische Führung ein. Mit Appellen und Anreizen versuchte sie gegenzusteuern. Allein, der Erfolg blieb gering. Wie tief das Problem sitzt, wird

erst allmählich klar. Der Historiker Ferenc Glatz machte auf die bislang wenig beachteten Spätfolgen der Machtübernahme 1948/49 aufmerksam. Die neue Führungsschicht, die lauthals eine revolutionäre Politik verkündete, verstand wenig von den Lenkungsprozessen, die sie betrieb. In Wirtschaft und Verwaltung setzte die kommunistische Partei auf die Kraft von Parolen und auf die Mittel des Klassenkampfes. Mit ihren Mobilisierungskampagnen wertete sie nicht nur den Sachverstand ab, sondern die tägliche Arbeit schlechthin (Glatz 1986, S. 4).

Ins gesellschaftliche Bewußtsein prägte sich tief ein, daß die Leistung am Arbeitsplatz für das persönliche Aus- und Fortkommen eher nebensächlich sei, daß Sorgfalt und Initiative nicht belohnt werden. Den Modernisierungsprozeß erschwert und behindert bis zum heutigen Tage, daß Autorität durch Kompetenz weitgehend verloren ging. Im Sozialismusbild, das Ungarn übernahm, war die Wertschätzung intellektueller – und sogar jeglicher geistiger – Arbeit gegenüber der Rolle der Arbeiterklasse stark herabgesetzt (Kulesár 1985, S. 10, 20). Mißtrauen und Mißgunst gegenüber der gebildeten Elite verstärkten noch die vulgärmarxistische These, ihre Arbeit sei nicht produktiv. Diese Auffassung hat zu dem Resultat geführt, daß der Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung wie auch der Anteil der white collar workers an den Beschäftigten im Vergleich zu den Industrieländern einen erheblichen Rückstand zeigen. Die zu eng spezialisierten akademischen Berufe genießen nur geringes Ansehen, sind schlecht bezahlt, stark feminisiert³.

Das Bild des Arbeitsmarktes gleicht bis ins Detail dem sowjetischen: Ärzte, Ingenieure, Ökonomen, Pädagogen und Biologen verdienen häufig weniger als Facharbeiter, in den ersten Berufsjahren sogar weniger als Hilfsarbeiter. Eine so geringe Bezahlung kann sich – angesichts der im Vergleich hohen Lebenshaltungskosten – ein Familienoberhaupt, ein Mann in der Regel, nicht leisten. Die Abwanderung der Akademiker in andere Berufe nimmt seit Anfang der siebziger Jahre ständig zu. Und nur 12% der Jungen – hingegen 24% der Mädchen – besuchen ein Gymnasium, das zur allgemeinen Hochschulreife führt. Rund 80% der Mittelschüler erwerben in den zwei- bis vierjährigen Fachschulen lediglich enge berufsspezifische Kenntnisse. Weder ihre Allgemeinbildung noch ihre berufliche Grundausbildung entsprechen den späteren Anforderungen. Wegen der engen Spezialisierung ist die geistige und räumliche Mobilität der gelernten Arbeitskräfte gering. Mobilität der Produktivkräfte wäre aber Voraussetzung für Strukturwandel. Das Bildungssystem ist also mitverantwortlich für die weitgehende Unfähigkeit und Unwilligkeit, mit technologischen und organisatorischen Innovationen Produktivität und Absatz zu steigern. Als eine weitere Bremse für den Strukturwandel erweist sich die alte Vorschrift, wonach die Betriebe verpflichtet sind, die Arbeitsplätze den amtlich entworfenen Berufsbildern anzupassen (Bessenyei 1987, S. 299 f.). Solche Relikte der direkten und detaillierten Wirtschaftslenkung, die dazu dienen, Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zu harmonisieren, bringen die Unternehmen von vornherein in eine Lage, in der es für sie unmöglich ist, selbständig zu wirtschaften. Die Leitung der Unternehmen muß den »oben« bestimmten Spielregeln – die obendrein oft unbestimmt und unbeständig sind – gerecht werden oder ihnen »irgendwie« ausweichen. Sich mit den unternehmerischen Aufgaben voll zu identifizieren, ist dabei nicht möglich (Mellár 1987, S. 340). Die Aufgaben selbst lassen eine rationale Geschäftspolitik nicht zu: Sie sind »uferlos« (Práger).

»Immer mehr ihrer Funktionen hat die Gesellschaft an die Unternehmen delegiert und diese mit den

Folgekosten belastet. Anfang der achtziger Jahre waren die sozialistischen Betriebe der zentrale Ort der sozialen Fürsorge, der Politisierung, von Sport und Kultur, der menschlichen Beziehungen, der sozialen Existenz überhaupt« (MN vom 3.3.1987).

Der entscheidende Punkt ist, daß die Betriebe bei der Beschäftigung und Bezahlung der Belegschaft soziale und moralische Verantwortung zu tragen haben, weil eine autonome und aktive Sozialpolitik auf staatlicher Ebene erst in Ansätzen existiert. Die »Identitätsstörung« der Betriebe, bedingt durch die Unklarheit der Ziele und der Interessensverhältnisse, erweist sich als ein großes Hindernis für kompetentere Führungsmethoden. Die Management-Kultur ist auf einer niedrigen Stufe geblieben. Dynamische Persönlichkeiten haben es schwer (HV vom 7.2.1987). Obrigkeitsstaatliche Reglementierungen, die u.a. in den Personalabteilungen institutionalisiert sind, desorientieren und desinteressieren die Betriebswirtschaft auch »von innen« her. Eine Erhebung des Industrieministeriums dokumentierte vor kurzem, was bislang Tabu war: Besetzung und Arbeitsweise der Personalabteilungen folgen überholten Mustern aus der Frühphase des Sozialismus, als die Kaderfrage von den Wirtschaftsprozessen getrennt wurde. Lediglich in 59 Großbetrieben gibt es eine Direktion für Personal- und Sozialfragen, eine Organisationsform, die zurückgeht auf einen (nicht publizierten) Regierungserlaß aus dem Jahre 1976. An der alten Praxis änderte er im Grunde nichts (HV vom 11.7.1987). Mit den aus der »Gründerzeit« überlieferten Methoden der politischen Führung befaßt sich eine neuere Analyse von F. Kozma, Professor an der Parteihochschule: Die organisatorischen Lösungen »preßten die multifunktionalen und unendlich vielfältigen Integrationsbedürfnisse der Gesellschaft in ein Prokrustes-Bett: eindimensionale und hierarchische Regelungen versuchten die Kooperation zwischen Wirtschaft und Gesellschaft herzustellen.«

Allen Optimierungs- und Koordinationsbemühungen zum Trotz herrschen seiner Meinung nach vielfach anarchische Zustände, z.B. auf dem Wohnungsmarkt. Zu den generellen Folgen einer auf ökonomischen Illusionen und ideologischen Fixierungen beruhenden Integrationsstrategie, welche die Autonomie und die Selbstorganisation der sozialen Kräfte erdrosselte, gehöre zum einen die partielle Verarmung der Gesellschaft, zum anderen die geduldete (oder kriminalisierte) Mißachtung der Verwaltungsvorschriften (Kozma 1987, S. 32 ff.) »Das Programm kann nicht einfach die Erhöhung der (betrieblichen) Autonomie sein. Die Wege der modernen Integration müssen ausgebaut werden«, – forderte der Wirtschaftsjurist T. Sárközy schon 1983. Doch obwohl »die Politik die Koordinationsfunktionen des Marktes umfangreich übernahm« (Bihari) – nachdem die Wirtschaftsreformen der privaten und kollektiven Wirtschaftstätigkeit einen breiteren Raum eröffneten –, hat sie deren *Segmentierung* und Perspektivlosigkeit auf keiner der Steuerungsebenen zu überwinden vermocht:

– Die Grundsätze der Besteuerung sind – wie in den anderen sozialistischen Ländern – uneinheitlich. Das Einkommen aus dem Hauptberuf und im sozialistischen Sektor ist begünstigt. Das Haupteinkommen aus privater Arbeit ist mit hoher Steuer belastet. (Havasi 1987, S. 15 f.).

– Die Wirtschaftslenkung hat Bedingungen geschaffen, die von den Betrieben verlangen, in drei Markt-Kategorien zu denken: Inland, Dollarmarkt, Rubelmarkt. Die Betriebe können darüber hinaus nicht auf den Markt gehen, der für sie am günstigsten ist. Denn zentrale Interventionen modifizieren die Marktbedingungen »im Interesse der sog. gesamtgesellschaftlichen Ziele«, und zwar nicht einheitlich, sondern unternehmensspezifisch (HV vom 23.5.1987).

– Ein Pseudo-Zentralismus herrscht auch auf der obersten Ebene, wo mehrere Lenkungszen-
tren funktionieren, isoliert voneinander (Antal 1985).

Die Heterogenität der zentralen Steuerung wird der Komplexität der sozialen und ökonomi-
schen Prozesse nicht gerecht. Sie belastet überdies Bürger und Betriebe, macht sie doch ihre
Dispositionsfreiheiten unsicher – und dadurch perspektivlos. Zugleich ist das bestehende Sys-
tem administrativer Politik funktional notwendig, da materielle Politikbereiche wie Verkehr
und Kommunikation eklatante Mängel zeigen.

»Nach dem Krieg ist deren Entwicklung und Erweiterung vernachlässigt worden: Das statische und hier-
archische Lenkungssystem bedurfte nicht einmal aus dem produktiven Sektor permanenter Rückmel-
dungen und hielt den Ausbau eines Informations- und Kommunikationsnetzes im sozialen Sektor bzw.
einen umfangreichen und unkontrollierbaren Informationsfluß keineswegs für nötig, eher noch für ge-
fährlich«².

In der gesamten »Reformzeit« war der Staat mehr damit beschäftigt, den Markt zu simulieren,
denn öffentliche Güter und wohlfahrtsstaatliche Leistungen bereitzustellen, die zur Entfaltung
wie zur Korrektur der Marktprozesse notwendig sind. Der Rückstand der Infrastruktur zu den
entwickelten Industrieländern wird jetzt auf 40-50 Jahre geschätzt. In den vergangenen zwei
Jahrzehnten wurde ihre Leistungsfähigkeit nicht im Gleichschritt mit dem produktiven Sektor
ausgebaut. Auch dies ist eine Folge der Produktionsverhältnisse. Die Träger der sozialen
Infrastruktur, die regionalen und kommunalen Körperschaften haben ihre Position im
Entscheidungsprozeß – trotz nominell wachsender Autonomie – nicht ausbauen können. Sie
sind auf Fürsprache und Finanzen seitens des Parteiapparats und der zentralen Behörden
angewiesen. Für »nicht produktive« Investitionen hatte die auf extensive Produktion und auf
kurzfristige Erfolge programmierte Wachstumspolitik jedoch meist nur »den Rest« erübrigen
können (Bélley 1984; Bogár 1983). Ungenügende Transport- und Kommunikationsverbind-
ungen verursachen heute enorme Reibungs- und Rentabilitätsverluste. Allein der Schaden,
den das viel zu kleine und häufig gestörte Telefonnetz verursacht, wird auf 11-12 Milliarden
Forint jährlich geschätzt. Dem Entwicklungsstand entsprechend müßten für hundert Ein-
wohner 22-23 Anschlüsse zur Verfügung stehen – anstelle der durchschnittlich 14 (in Budapest
35, in den Randgebieten 5). Zweitausend Dörfer – fast ein Viertel der Bevölkerung – haben nur
zu Bürozeiten eine telefonische Verbindung zur Außenwelt (HV vom 1.11.1986; MH vom
20.10.1986; MN vom 11.10.1985). Die Ungarischen Eisenbahnen können wegen technischer
Mängel Tausende von Waggons nur bei herabgesetzter Geschwindigkeit in Betrieb halten. Nur
ein Drittel der Eisenbahnstrecke ist bislang elektrifiziert. Desolate Zustände und Investitions-
lücken führen zur Wiederbelebung administrativer Zuteilungsmaßnahmen. So mußte z.B. An-
fang 1985 ein eigens dafür gebildetes Komitee Dringlichkeit und Reihenfolge der Transport-
aufträge festlegen (HV vom 19.7.1986 und vom 25.10.1986).

Segmentierung fördert Selbstversorgung (und umgekehrt). Der Anteil des Eigenverbrauchs
beträgt in den ungarischen Unternehmen durchschnittlich 60% (in modernen Betrieben dage-
gen nur 40%) der Produktion. Nicht zuletzt wegen der noch »weithin üblichen Unpünktlichkeit
und Unzuverlässigkeit der Lieferungen bemühen sich alle Unternehmen, möglichst viele
Vorprodukte und Werkzeuge in eigener Regie herzustellen« (HV vom 14.2.1987). Das System
örtlicher Wirtschaftsbeziehungen ist zerrüttet. Die Unternehmen wissen nicht, was Koopera-

tion ist (P, H. 8-9/1986, S. 109 und H. 11/1986, S. 59). Bei diesem Stand der *Arbeitsteilung* können Professionalität und Rentabilität nur mühsam bzw. nur durch weitere Unternehmenskonzentration – die wiederum kontraproduktiv ist – gesteigert werden. Mit den privaten Haushalten ist es ganz ähnlich bestellt. Dank der Hof- und Hilfwirtschaften – als ein Element der Marktorientierung im Westen hochgelobt – versorgen sich Arbeiter- und Angestelltenfamilien in hohem Maße selbst mit Lebensmitteln. Auch diese Produktion erfolgt zu Lasten von Rentabilität und Professionalität. Der private Zeit- und Energieaufwand ist wesentlich höher als in den staatlichen Agrarbetrieben. Und sofern die private Feld- und Gartenarbeit nicht Freizeitbeschäftigung sondern materielle Notwendigkeit ist, geht sie auf Kosten der Leistungsbereitschaft und der Konzentrationsfähigkeit am Arbeitsplatz⁵. Nach Schätzungen ungarischer Ökonomen und Soziologen lebt nur ein Viertel der Haushalte ausschließlich vom Lohn und Gehalt. Sie verdienen entweder überdurchschnittlich gut oder haben absolut keine Chance, etwas dazu zu verdienen. Von den rund 5 Millionen Arbeitnehmern gehen etwa 4 Millionen einer zweiten Beschäftigung nach. Viele treibt es nach Statussymbolen, andere müssen ein Haus bauen, weil sie weder am Wohnungsmarkt noch im – auf ein Minimum reduzierten – sozialen Wohnungsbau zum Zuge kommen. Eine weitere Gruppe der Nebenverdiener rekrutiert sich aus Berufsanfängern und Hilfsarbeitern, deren Mindestlohn unter dem oder um das Existenzminimum (3 000 Forint) liegt. (Ein Tribüneplatz beim Formel 1-Rennen kostet zwischen 1 800 und 4 000 Ft.) Durchschnittsverdiener (rund 6 000 Forint) werden durch die sinkenden Reallöhne (seit 1978 sind die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt um über 8% gestiegen) gezwungen, eine Nebeneinnahmequelle aufzutun. Nach den statistischen Daten verbrachten die Ungarn 1984 genau 9,1 Milliarden Stunden an ihrem Arbeitsplatz. In der legalen »zweiten Wirtschaft« – so schätzten die Statistiker – wurde 4,5 Milliarden Stunden gearbeitet. Vor 15-20 Jahren erreichte die Gesamtarbeitszeit 9,9 bzw. 3,3 Milliarden Stunden. Das war insgesamt etwa eine halbe Milliarde Stunden weniger als heute (P, H. 12/1985). Während also die produktiven Kapazitäten der Industrie- und Agrarbetriebe – von wenigen Ausnahmen abgesehen – sich nicht verbessern, sondern wegen der Überforderung verschlechtern, müssen die Arbeitskräfte immer mehr leisten, um den Lebensstandard halten zu können. Die tägliche Arbeitszeit hat sich auf 12-14 Stunden verlängert. Am 1. Januar 1984 standen rund 74% der Frauen im arbeitsfähigen Alter (16-55) in einem Beschäftigungsverhältnis, gut drei Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor. Teilzeitbeschäftigung ist nur für 1 Prozent der Frauen möglich.

Gesundheit und Familien sind dabei schweren Belastungen ausgesetzt. Der Zerfall menschlicher Beziehungen, Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Gesellschaft und andere sozialpsychologische Probleme lassen die Krankheitsraten ansteigen: Jeder ungarische Staatsbürger sucht im Jahr fünfzehnmal einen Arzt auf (MV vom 7.2.1987 und vom 16.3.1987). Die Lebenserwartung der Männer ist auf weniger als 66 Jahre gesunken. Die Sterblichkeit der 40-49-jährigen Männer hat sich zwischen 1964 und 1984 – aufgrund vieler und (außer dem hohen Alkoholkonsum) nicht eindeutig klärbaren Gründen – verdoppelt (Klinger/Monigl 1985, S. 27). Die Zunahme von Sozialisationsstörungen bei Kindern, Symptome wie Jugendkriminalität und Drogenkonsum beunruhigen Eltern und Pädagogen⁶. Im Jahre 1984 ging der Mikrozensus auch erstmals der Frage nach, wie berufstätige Frauen ihre Kinder versorgen. Nach diesen

Daten verbringt knapp ein Drittel der 11-14jährigen die schulfreien Stunden des Tages ohne Aufsicht. Jeden Sommer befassen sich Zeitungen mit den Problemen, die sich daraus ergeben, daß in den langen Schulferien viele Kinder die meiste Zeit allein bleiben. Ein Linguistik-Professor macht die unterbrochene Kommunikation zwischen den Generationen für die zunehmend zu beklagenden groben Umgangsformen, für das Sinken der Kommunikationskultur verantwortlich: Die Kinder – in Tagesstätten untergebracht oder auf der Straße – lernen die Sprache voneinander, nicht von den Erwachsenen. Wer dann aus der Welt der Gleichaltrigen in das öffentliche Leben eintritt, kann seine Gedanken und Gefühle nur unzureichend ausdrücken. An diesen sozialen Prozessen zeigt sich die Wirkung von Reformen und Rückschlägen, die den Wirtschaftsmechanismus veränderten ebenso wie die Wirkung von »non-decisions« in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Dezentralisierung ohne Integration, Marktorientierung ohne Infrastruktur, Anspruchshaltung ohne Risikobereitschaft gefährden den Reproduktionsprozeß: Die ungarische Gesellschaft lebt von der Substanz.

3. Rezession und Reaktionen

Die Krisenzeichen mehren sich: Seit Anfang der achtziger Jahre verschlechtert sich die Wirtschaftslage, und das Vertrauen in die staatliche Wirtschaftspolitik und Steuerung schwindet. Mit diesem Urteil begründen Reform-Experten wie L. Antal und seine Mitarbeiter ihre Vorschläge für die Politik (Antal u.a. 1987, S. 642 ff.). Zunächst die Fakten:

Stagnierendes Wirtschaftswachstum und hohe Inflationsraten ergeben eine *Stagflation*. Sie unterscheidet sich nur dadurch von der Krisenform der kapitalistischen Länder, daß sie nicht mit hoher Arbeitslosigkeit, sondern mit sinkender Effektivität der Ressourcen – Arbeit und Kapital – einhergeht. Es wird also mit Verlusten produziert. Volumen und Rentabilität der Investitionen sinken, und ebenso die Wirtschaftsmoral. Verträge und Versprechungen – letztere spielen immer noch eine große Rolle in den horizontalen wie in den vertikalen Wirtschaftsbeziehungen – halten viele Betriebe und Privatproduzenten nicht ein. Kurzfristiges Denken beherrscht die Entscheidungen. Bereicherung – oder: wie im Falle betrieblicher Lohnkonflikte die Befriedigung ungerechtfertigter Ansprüche – haben Vorrang vor Investitionen und Innovationen⁷. Diese Probleme führen ungarische Fachleute und Funktionäre auf den Umstand zurück, daß Markteinflüsse immer noch zu wenig zur Geltung kommen:

– Geldinstitute, die dem – für einen Strukturwandel unerläßlichen – Kapitaltransfer dienen, haben zwar Mitte 1987 auch eine Börse für Wertpapierhandel gegründet. Doch das Problem der Eigentümerrechte ist auch nach der Trennung der Staatsverwaltung von der Wirtschaft nicht gelöst (Sárközy 1986). Einige Großunternehmen sind zwar zerteilt worden; Eigeninteresse ist entstanden, aber langfristiges, unternehmerisches Denken läßt sich ohne freie Verfügung der Kollektive über die Produktionsmittel nicht »einführen«.

– Kleinunternehmer können im Innovationsprozeß keine Vorreiterrolle spielen. Erstens sind viele auf die »Selbständigkeit« nicht gut vorbereitet. An kaufmännischen Kenntnissen fehlt es ebenso wie an einer breiten fachlichen Grundausbildung. Zweitens können sie im bestehenden Steuersystem Investitionen in moderne Technologien nicht als Kosten abschreiben. Mit

Einzelverordnungen wurde die Steuerlast der »Privaten« in den letzten Jahren erheblich erhöht. Die ungeklärte und unsichere Eigentumslage hemmt die Investitionsbereitschaft vieler Kleinunternehmer. Nur wenige der »Arbeitsgemeinschaften« entwickeln eine Marktstrategie, viele ziehen es vor, einen großen Auftraggeber zu beliefern und nehmen die Abhängigkeit hin. Dieses Ergebnis einer Erhebung erklären die Forscher nicht zuletzt mit dem Fehlen einer Interessenvertretung (KS H 7–8/1987 S. 957 ff., MN vom 28.1.1986; HV vom 26.7.1986; N vom 20.8.1987).

Mit den Dezentralisierungs- und Reformmaßnahmen haben Staats- und Parteiführung ihr Ziel nicht erreicht: Wachstumskapazität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft haben sich nur punktuell verbessert, der Inlandsverbrauch liegt über dem Leistungsniveau. »Infolgedessen,« so konstatierte der Vize-Präsident des Planamtes Miklós Pullai: »ob dem Land bis 1990 Wachstum, Stagnation oder Rezession ins Haus steht, ist schon keine Frage der Planung mehr, sondern deren Konsequenz« (HV vom 1.8.1986). Zwei Konsequenzen sind bereits eingetreten: – Der Dollarsaldo der Zahlungsbilanz hat einen neuen Rekordstand erreicht; die terms of trade verschlechtern sich weiter; die Verschuldung ist so hoch, daß Ende des Jahrzehnts Zinsen und Tilgungen die Exporterlöse bis auf einen kleinen Rest aufbrauchen werden. Nicht nur wissenschaftlicher Pessimismus, sondern auch die praktisch-politische Einschätzung der Lage sieht die Gefahr, daß Ungarn auf dem Weltmarkt weiter an die Peripherie abgedrängt und auf die Stufe eines Entwicklungslandes zurückfallen wird (ebenda und Kozma 1987).

– Der Staatshaushalt schloß 1986 mit einem Rekord-Defizit von 47 Milliarden Forint (HV vom 1.8.1987). Das war mehr als doppelt so hoch wie »geplant«, und es war nicht das erste Mal so. 1986 kam die Differenz weitgehend den Krisen-Sektoren als Subvention zugute. So konnten zwar Arbeitsplätze gesichert werden, nicht gewährleistet ist aber die soziale Sicherheit der Rentner. Der Realwert der Renten sinkt infolge der Inflation und der zu geringen staatlichen »Kompensation«.

Auf die Alarmzeichen der Destabilisierung reagierten Staats- und Parteiführung im Frühjahr 1987 mit einem Aktionsprogramm, das unter anderem vorsieht:

- die Beschleunigung des technischen Fortschritts durch erleichterte Kreditvergabe und Steuerrückerstattung für erfolgreiche Unternehmen;
- die Senkungen der Kaufkraft durch Abbau der Preissubventionen, worauf im Juli Preiserhöhungen folgten;
- die baldige Einführung der Mehrwertsteuer und einer allgemeinen Einkommenssteuer, mit dem Ziel die Einnahmestruktur des Staatshaushalts zu verändern: Bislang kamen 80% der Einnahmen aus der Wirtschaft; die Mehrwertsteuer wird das ändern – und weitere Preiserhöhungen verursachen.

Die Sanierung der Wirtschaft erfordert harte Opfer von der Bevölkerung und harte Entscheidungen von den Politikern. Die bisherige Reformpolitik hatte »pragmatischen« Charakter. Ohne eine Konzeption, zwischen Routine und Ratlosigkeit einer »Zwangslaufbahn« folgend, ergaben sich »halbe Lösungen« aus einem Entscheidungsmuster, das Konflikte vermeiden und verschleiern wollte. Die »Konfliktvermeidungs-Strategie«, die zum Symbol der »Einheit« wurde, trug Elemente des alten Sozialismus-Bildes, das eine harmonische und homogene soziale Entwicklung projizierte (Hankiss 1986). Nach dem heutigen Diskussionsstand zeich-

net sich ab, daß eine Reformkonzeption zwei Grundprobleme angehen muß: ein historisches und ein systemspezifisches.

Erstens: Um die ökonomische und politische Rückständigkeit, die das Land seit Anfang des 19. Jahrhunderts in der »Neurose« befangen hält, den Westen aufzuholen, ist eine konsequente Modernisierungsstrategie erforderlich. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehören der Ausbau der Infrastruktur, die Anerkennung von Kompetenz und die Hebung des Bildungsstandes (Kopátsy 1986; Hankiss 1986; Kulesár 1985 u.a.).

Zweitens: Um in die intensive Phase ökonomischen Fortschritts eintreten zu können, müssen Politik und Wirtschaft getrennt und Institutionen der Interessensvertretung entwickelt werden. Der Abbau des Zentralismus und ein neues System der sozialen Arbeitsteilung sowie der Integrationsmechanismen setzen ein neues Sozialismusbild voraus (Szamuely 1986). Zwischen diesen erreichbaren Zielkomplexen gibt es Verbindungen. In der »Stellungnahme des ZK der USAP zum Programm der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entfaltung« vom 2. Juli 1987 setzt die Revision der Wirtschafts- und Parteipolitik bei den gemeinsamen Elementen der »doppelten Entwicklungsstrategie« an: Fachleute, Intellektuelle und Führungskräfte erhalten mehr Verantwortung und mehr politische und materielle Anerkennung. Die »führende Rolle der Arbeiterklasse« wird nicht mehr erwähnt. Dies erleichtert wiederum die Differenzierung zwischen Vollbeschäftigung und effektiver Beschäftigung. Das Recht auf Arbeit heißt nicht mehr »Recht auf den Arbeitsplatz«, sondern Mobilität.

Mit diesen – vorerst nur angekündigten – Reformschritten steht die ungarische Führung nicht mehr allein⁸. Der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, erklärte von Anfang an: »Ich brauche die Intelligenz«. In seiner Rede vor dem ZK-Plenum Ende Juni 1987 gebrauchte er auch den Begriff: effektive Beschäftigung. Bereits zuvor zeigte sich aber, daß sein Perestrojka-Programm nicht nur die Privilegien der Funktionärsschicht, sondern auch die Privilegien der Arbeiter antastet und auf entsprechenden Widerstand stößt (vgl. Schmidt-Häuer/Huber 1987). Ungarn geben seinen Vorschlägen um so eher eine Chance, ohne Reformen »revolutionären Ausmaßes« (Gorbatschow) auszukommen, da die theoretische Vorbereitung für die Umgestaltung des ökonomischen und politischen Systems weiter fortgeschritten ist.

Anmerkungen

- 1 Worin diese bestanden, ist gut dokumentiert und erklärt in: Grothusen, K.-D. (Hg.) (1987): Südeuropa Handbuch V: Ungarn, Göttingen und in Schönfeld, R. (Hg.) (1985): Reform und Wandel in Südosteuropa, München.
- 2 Mozgó Világ, 1984, H. 2 S. 5-17; deutsch in: Südosteuropa, 1984, H. 7-8, S. 447-459.
- 3 Huszár, T.: »Nem középiskolás fokon ...«, Müveltség, közművelődés, értelmiség. Budapest 1981, S. 140 ff.
Das Durchschnittseinkommen junger Akademiker erreicht erst im 29-30. Lebensjahr das Lohnniveau von Facharbeitern. Bis zu diesem Alter haben sie nur 60% von dem verdient, was ihre nichtstudierten Altersgenossen erhielten und holen den Rückstand erst um das 45. Lebensjahr ein. Vgl.: Diplomás fiatalok a társadalomban, Budapest KSH, 1984, S. 38 f. »Wir müssen uns zu der Erkenntnis durchringen, daß wir in den vergangenen 10 - 15 Jahren der Schaffung jener politischen und ökonomischen Bedingungen nicht genug Aufmerksamkeit schenkten, die dem moralischen und vor allem dem materiellen Wertverlust technischer und geistiger Kreativität und Kompetenz hätten entgegenwirken können« ZK-Sekretär Pál Lénárd in: Népszabadság vom 31.12.1986.
- 4 Akademi-Mitglied T. Vámos, zitiert in Heti Világgazdaság vom 10.12.1983.
- 5 2,5 Milliarden Stunden haben Kleinproduzenten gebraucht, um – mit manueller Arbeit und primär für den eigenen Bedarf – ein Drittel des landwirtschaftlichen Bruttosozialproduktionswertes zu schaffen; zwei Drittel erwirtschafteten die Großbetriebe in/mit 1,5 Milliarden Arbeitsstunden. Der Stundenertrag der Kleinproduzenten lag damit Anfang der 80er Jahre weit unter dem des professionellen Agrarsektors. Dennoch stieg die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die ihre Zeit und Geld in die bäuerliche Wirtschaft investierten und deren Interessen eher der Gartenarbeit denn dem Beruf galt. Vgl.: Timár, J.: Idó és munkaidő, in: Közgazdasági Szemle 1985, H. 11, S. 1310.
- 6 Die Statistiken der letzten Jahre weisen wesentlich mehr jugendliche Straftäter auf, vgl. Magyar Nemzet vom 13.6.1986 und Népszabadság vom 17.7.1986. Die Zahl der Drogenabhängigen wird auf 30-35 000 geschätzt, vgl. Heti Világgazdaság vom 15.8.1987, S. 62.
- 7 Magyar Nemzet vom 28.3., 9.7.1987, Népszabadság vom 20.8.1987, Heti Világgazdaság vom 2.8. 1986, vom 7.2., 25.7.1987. Etwa 200 Unternehmen verbrauchten auch die Abschreibungen für Lohnerhöhungen, kritisiert Magyar Nemzet vom 21.6.1986.
- 8 Die Prognose von S. Bialer (1987, S. 128 f.), die aus der Überschätzung des »ungarischen Modells« resultierte, hat sich schnell überholt, vgl. Bialer, S.: The Soviet Paradox, London 1987, S. 128 f.

Abkürzungsverzeichnis

HV	Heti Világgazdaság
KS	Közgazdasági Szemle
MH	Magyar Hírlap
MN	Magyar Nemzet
MV	Mozgó Világ
N	Népszabadság
P	Pártélet

Literatur

- Agoston, M. (1985): Önismeretünk és a technikai műveltség, in: *Társadalmi Szemle*, 1985, H.5
- Antal, L. (1985): *Gazdaságirányítási és pénzügyi rendszerünk a reform útján*, Budapest
- Antal, E. (1986): Betrachtungen zur ungarischen Wirtschaftsreform 1980-1985, in: *Osteuropa* 1986, H. 2, S. 127-137
- Bauer, T. (1987): A gazdasági mechanizmus továbbfejlesztése vagy reformja?, in: *Közgazdasági Szemle*, H. 5, S. 538 ff.
- Béllay, L. (1984): *Gazdaságirányítás és infrastruktúrafejlesztés*, Budapest
- Bessenyei, I. (1987): Gazdaság, szakmarendszer, iskolarendszer, in: *Közgazdasági Szemle*, 1987, H. 3,
- Brus, W. (1985): Socialism - Feasible and Viable?, in: *New Left Review*, 1985, September-October
- Bogár, L. (1983): *A fejlődés ára*, Budapest
- Glatz, F. (1986): Az emberek viszonya munkájukhoz, politikájukhoz, nemzetükhöz, in: *Valóság* 1986, H.4
- Grothusen, K.-D. (Hg.) (1987): *Ungarn*, Göttingen
- Gumpel, W. (1983): *Sozialistische Wirtschaftssysteme*, München
- Hamori, B. (1985): *A szocialista gazdaság elmélete*, Budapest
- Havasi, F. (1987): Az új nyugdíjrendszer és az adóreform elvei, in: *Társadalmi Szemle*, 1987, H. 6
- Huber, M. (1984): *Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei*. Binnenstruktur und Funktionsprobleme. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Huber, M. (1985): Der XIII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, in: *Südosteuropa*, 1985, H. 5, S. 258 ff.
- Huszár, T. (1981): »Nem Középiskolás fokon ...«, Műveltség közművelődés, értelmiség, Budapest
- Klinger, A./Monigl, I. (1985): Gondolatok népesedéspolitikánk távlati koncepciójáról, in: *Társadalmi Szemle*, 1985, H. 11
- Knopp, A./Radics, K. (1984): A fiatal értelmiség helyzetéről, in: *Társadalmi Szemle*, 1984, H. 7-8
- Kosta, J. (1984): *Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus*. Probleme und Perspektiven, Köln
- Kozma, F. (1987): A gazdaságfejlesztés társadalmi vetületei, in: *Társadalmi Szemle*, 1987, H. 6
- Kulcsár, K. (1985): A magyar szociológia történetiszemléte, in: *Valóság*, 1985, H. 5
- Lendvai, P. (1986): Das eigenwillige Ungarn, Zürich
- Mellár, T. (1987): »A hiány« és a szocializmus gazdaságtana, in: *Közgazdasági Szemle*, 1987, H. 3
- Pető, I./Szakács, S. (1985): *A hazai gazdaság négy évtizedének története*, Budapest
- Reuter, J. (1984): Zur Wirtschaftslage Jugoslawiens, in: *Südosteuropa*, H. 2, S. 113-126
- Reuter, J. (1985): Sinkender Lebensstandard in Jugoslawien, in: *Südosteuropa*, 1985, H. 7-8
- Schmidt-Häuer, Ch. (1974): in: *DIE ZEIT*, Nr. 22 vom 24.5.
- Schönfeld, R. (Hg.) (1985): *Reform und Wandel in Südosteuropa*, München
- Szamuely, L. (1986): Az európai KGST-országok gazdasági reformjainak kérdéséhez a 80-as évek derekán, in: *Közgazdasági Szemle*
- Vgl.: Timár, J. (1985): Idő és munkaidő, in: *Közgazdasági Szemle*, 1985, H. 11
- Veress, P. (1985): Helyünk a nemzetközi munkamegosztásban, in: *Közgazdasági Szemle*, 1985, H. 7-8
- Völgyes, I. (1987): Ungarn: Steht eine Krise bevor?, in: *Osteuropa*, 1987, H. 5

Thomas Voß

Polen: Reformrhetorik gegen Konservatismus und Stagnation

Die aktuelle polnische Reformpolitik wurde nicht von der jüngsten Entwicklung in der Sowjetunion veranlaßt, sondern hat ihre eigene Geschichte. Unter dem Schlagwort eines »polnischen Weges zum Sozialismus« wurde schon Mitte der 50er Jahre von der Parteiführung eine grundlegende Systemreform propagiert. Dies geschah in Reaktion auf eine umfassende gesellschaftliche Oppositionsbewegung, die sich aus tiefster Unzufriedenheit mit dem sozialistischen System stalinistischer Prägung entwickelt hatte. Niedriger Lebensstandard und eklatante Versorgungsmängel, härteste Arbeitsbedingungen und höchste Leistungsanforderungen, allgemeine Rechtsunsicherheit, Inkompetenz und Willkür der parteilich-staatlichen Machtparate, ein tiefempfundenes Gefühl individueller wie gesellschaftlicher Machtlosigkeit gegenüber all diesen Erscheinungen, das Fehlen jeglicher authentischer Kommunikationsstrukturen und Möglichkeiten der Artikulation eigener Interessen und Ansichten waren Probleme, mit denen sich weite Teile der Bevölkerung nicht abfinden wollten. Hinzu kam, daß den Polen das sozialistische System sowjetischen Typs gegen ihren Mehrheitswillen mit Gewalt aufgezwungen worden war, und zwar durch die russische Großmacht, die sie traditionell als einen der gefährlichsten Feinde der polnischen Nation ansahen. Um das Herrschaftssystem gegenüber der gesellschaftlichen Bewegung aufrechtzuerhalten, bekannten sich die Machthaber verbal zu einer Reformpolitik, die den Bedürfnissen der Gesellschaft weit entgegenkam und grundlegende Freiheitsrechte, politische Mitwirkungsmöglichkeiten, Rechtsstaatlichkeit und materiellen Wohlstand in Aussicht stellte. Die Realisierung blieb jedoch weit hinter den Versprechungen zurück. Im wesentlichen blieb das System unverändert, so daß die Bevölkerung allmählich den Glauben an seine Reformierbarkeit verlor, ohne allerdings eine konkrete Alternative zu sehen, die ihrer allgemeinen Unzufriedenheit eine Perspektive geboten hätte.

Im Normalfall ist im realsozialistischen System die Gesellschaft atomisiert und aller authentischen Strukturen beraubt. Sie ist durchsetzt von hierarchischen Strukturen, die letztendlich von der obersten Spitze der Partei kontrolliert und gesteuert werden und keine andere Funktion haben als die, die Machtpositionen der Nomenklatur zu sichern. Von dieser Norm weicht Polen ab. Hier stellt die katholische Kirche eine gesellschaftliche Institution dar, die selbst unter den Bedingungen offenen Terrors in der Stalinzeit nicht gleichgeschaltet oder vernichtet werden konnte. Als authentische Organisation konnte sie seit Mitte der 50er Jahre ihren gesellschaftlichen Einfluß ständig vergrößern. Sie wurde geradezu zum Rückgrat der Gesellschaft, zum Kristallisationskeim gesellschaftlicher Selbstorganisation und andererseits zur Gegenmacht gegen die parteilich-staatliche Allgewalt der die Macht monopolisierenden Nomenklatura. Sie trug damit wesentlich zu der Entwicklung bei, die die gesellschaftliche Oppositionsbewegung allmählich zu immer stärkerem Selbstbewußtsein und immer deutlicheren Vorstellungen über ihre Ziele führte. Als im August 1980 die polnische Arbeiterklasse quasi als gesellschaftliche

Avantgarde ihren Anspruch auf die Rolle des politischen Subjekts anmeldete, blieb den Machthabern keine andere Möglichkeit, als zunächst substantielle Zugeständnisse zu machen. Das formierte gesellschaftliche Bewußtsein und die schwere ökonomische Krise erlaubten weder eine Politik der brutalen Unterdrückung noch eine der »Ablenkung« über die Befriedigung materieller Bedürfnisse. Offiziell als »Kurs der Erneuerung« bezeichnet, stellte die Politik, die die Parteiführung in der Zeit der Solidarnosc und danach verfolgte, eine äußerst schwierige Gratwanderung dar. Die konservative »Betonfraktion« in der PVAP wollte gänzlich ohne Abstriche an den alten Systemstrukturen und Herrschaftsmethoden festhalten und lieber Gewalt gegen die Gesellschaft einsetzen, als partnerschaftlich mit ihr zusammenzuarbeiten. Ähnliche Bestrebungen verfolgte die Führung der östlichen »Schutzmacht«, der Sowjetunion. Auf der anderen Seite erhob die gesellschaftliche Bewegung, die auch einen Großteil der Parteibasis ergriff, immer massiver radikale Reformforderungen. Der Parteiführung schien die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Systems schließlich nur noch auf dem Wege möglich, den sie mit dem Kriegszustand im Dezember 1981 einschlug: Unter gewaltsamer Ausschaltung der gesellschaftliche Bewegung wurde der »Kurs der Erneuerung« verbal weitergeführt und wurden die Herrschaftsmethoden tatsächlich weitgehend modifiziert. Die tragenden Bestandteile des Systems jedoch blieben unverändert. Wirkliche Reformen, die die Gesellschaft wenigstens partiell hätten zufriedenstellen können, wurden von einflußreichen konservativen Interessengruppen innerhalb der Machtapparate blockiert. Andererseits verhinderte die nicht vollständig zerschlagene gesellschaftliche Bewegung eine gründliche Restauration. Dies führte zu einer allgemeinen Stagnation, die die schwere ökonomische wie politische Krise der Volksrepublik Polen zum Dauerzustand zu machen droht.

Den Ausgangspunkt des umfassenden Reformwerks, das die politische Führung der Volksrepublik Polen unter dem Motto »Odnowa« (Erneuerung) 1980/81 in Angriff nahm, bildete die Erkenntnis, daß die Disfunktionalität des politisch-ökonomischen Systems als Ursache der allgemeinen schweren Krise anzusehen war, die das gesamte Herrschaftsgefüge zutiefst erschütterte. Insbesondere schien sich in der Parteiführung die Ansicht durchgesetzt zu haben, daß die bestehenden Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte hemmten und daß es von daher unerlässlich sei, sie entsprechend zu verändern.¹ Das ließ auf einen entschlossenen Reformwillen schließen, wie er verbal in den verschiedensten Deklarationen seit 1980 auch immer wieder zum Ausdruck gebracht wird. Die herrschende Nomenklatur sah sich zur Reform gezwungen, um die existentielle Gefährdung des politischen Systems und damit ihrer Machtposition zu überwinden. Und Reform konnte, so schien es, in diesem Zusammenhang nur die unwiderrufliche Abkehr vom zentralistischen Modell der Planung und Leitung der Wirtschaft, die grundlegende Umgestaltung des politischen und ökonomischen Systems in Richtung Demokratisierung bedeuten.

Polnische Reformdiskussionen seit 30 Jahren

Die Erkenntnis, daß das zentralistische Wirtschaftssystem gravierende Mängel aufweist bzw. weitgehend funktionsuntüchtig ist, war 1980 in Polen schon 25 Jahre alt. Man hatte das Modell

gezwungenermaßen Ende der 40er Jahre von der Sowjetunion übernommen, und schon bald nach Stalins Tod setzte die Diskussion um seine Schwächen ein. Begünstigt durch die Einsicht der politischen Führung, daß die Form der Herrschaftsausübung grundlegend verändert werden müsse, gefördert durch die Bedingungen des politischen »Tauwetters« und die Notwendigkeit, die Bevölkerung einen höheren Lebensstandard zu bieten, entwickelten Mitte der 50er Jahre polnische Wirtschaftswissenschaftler theoretische Konzepte einer grundlegenden Reform. Diese liefen auf ein dezentralisiertes Modell hinaus, das sich weitgehend auf staatlich regulierte Marktmechanismen stützen, auf eine zentrale Planwirtschaft, die nach ökonomischen Gesetzen funktionieren sollte. Ziel der Überlegungen war die Schaffung eines funktionstüchtigen, ökonomisch effektiven sozialistischen Wirtschaftssystems.¹ Formal erkannten die Machthaber diese Reformvorstellungen damals an und setzten sie in politische Programme um. Tatsächlich unternahmen sie jedoch aus Furcht, damit gesellschaftliche Emanzipationsbestrebungen zu fördern und ihr Machtmonopol zu erschüttern, keinerlei ernsthafte Anstrengungen, entsprechende Reformen zu realisieren. Die absolute Kontrolle über die Gesellschaft, die sie unbedingt aufrechterhalten wollten, schien ihnen am ehesten das zentralistische Modell zu gewährleisten, in dem die Wirtschaft von einer hierarchisch gegliederten Bürokratie nach politischen Kriterien verwaltet und nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam bzw. mit Hilfe detaillierter Plandirektiven und entsprechender Güterzuteilungen geleitet wird, verbunden mit konsequenter politischer Unterdrückung.

So überstanden die politischen und ökonomischen Strukturen und Funktionsmechanismen die erste große Reformdiskussion Mitte der 50er Jahre nahezu unverändert bzw. wurden nach kurzer Lockerung wieder auf den vorherigen Stand gebracht. Das System erwies sich auch weiterhin als funktionsuntüchtig, und gegen Ende der 60er Jahre wurden die ökonomischen Schwierigkeiten immer eklatanter. Der Versuch der politischen Führung, ihnen durch eine rigorose Austeritätspolitik zu begegnen, die Kosten der ökonomischen Fehlentwicklung also der Bevölkerung aufzubürden, ohne ihr zum Ausgleich politische Freiheiten zu bieten, scheiterte im Dezember 1970 an der Rebellion der Arbeiter in den hochindustrialisierten Zentren an der Ostseeküste. Diese Rebellion und stärker noch die Reaktion der Machthaber erschütterte das politische System schwer: Die Parteiführung, die ihre Herrschaft als Diktatur des Proletariats legitimiert, sah sich gezwungen, Gewaltmittel gegen die Arbeiterklasse einzusetzen und deren Proteste gegen eine Wirtschaftspolitik niederzuschlagen. Die Arbeiter hatten in Reaktion darauf Parteikomitees in Brand gesetzt. Um die Stabilität des politischen Systems danach wiederherzustellen, schienen weitreichende Veränderungen unbedingt erforderlich. Eine neue Parteiführung trat unter Gierек an, die, technokratisch-pragmatisch ausgerichtet, zunächst erfolgreich um das Vertrauen der Gesellschaft für einen Neuanfang warb. Wieder war anfangs viel von grundlegenden Reformen die Rede. In gemeinsamer Anstrengung Aller sollte ein »zweites Polen« errichtet werden, das in der Weltwirtschaft eine bedeutende Position einnehmen und das seiner Bevölkerung Wohlstand nach dem Muster westlicher Länder bieten sollte: Jedem Polen seine Neubauwohnung mit Komfort, sein Auto usw. In Wirklichkeit lief die neue Wirtschaftspolitik der »beschleunigten Entwicklung« auf den Versuch hinaus, die Effizienz der Wirtschaft gewaltig zu steigern und die Produktion qualitativ wie quantitativ auf ein Niveau zu bringen, das dem der hochindustrialisierten kapitalistischen

Staaten entsprach, ohne jedoch grundlegende Veränderungen an den Strukturen und Funktionsmechanismen des zentralistischen Wirtschaftssystems vorzunehmen. Durch eher kosmetische Liberalisierung sollte zudem eine grundsätzliche Reform des politischen Systems in Richtung Demokratisierung umgangen werden. Die Wirtschaft sollte durch westliche Technologie und westliche Kredite umfassend modernisiert werden, der Export der dann produzierten weltmarktfähigen Güter sollte die Rückzahlung der Schulden ermöglichen. Importierte und kreditfinanzierte Konsumgüter sollten die Nachfrage befriedigen und darüber die Werktätigen zu höherer Leistung motivieren. Nach anfänglich erfolgverheißenden Wachstumsraten war aber seit Mitte der 70er Jahre absehbar, daß diese Wirtschaftspolitik scheitern und die wirtschaftlichen Probleme des Landes noch wesentlich vergrößern mußte. Wachstum wurde lediglich durch immer stärkeren Einsatz extensiver Faktoren erzielt, die Ressourcen in immer größerem Ausmaß vergeudet. Die Produktivität konnte nicht genügend gesteigert werden, und ein Phänomen, das kritische Ökonomen schon lange vorhergesagt hatten, trat immer deutlicher hervor: Die für Planung und Verwaltung der Wirtschaft zuständigen Zentralbehörden verloren zusehens die Kontrolle über die Wirtschaftsprozesse, das zentralisierte System verfiel der Desorganisation.³ In der zweiten Hälfte der 70er Jahre gingen die Wachstumsraten immer stärker zurück, und 1980 befand sich Polen in einer Wirtschaftskatastrophe unvergleichlichen Ausmaßes. Das wurde der Bevölkerung allerdings erst später allmählich bewußt, weil man das Desaster jahrelang vor ihr geheimgehalten und sie mit einer lautstarken »Erfolgspropaganda« getäuscht hatte.

Tabelle 1: Zur Entwicklung der Produktivkräfte bis zur jüngsten Krise 1968-1978

Produziertes Nationaleinkommen in Wachstumsraten / %:										
1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
9,0	2,9	5,2	8,1	10,6	10,8	10,5	9,0	6,8	5,0	3,0
im Vergleich zu 1978 = 100:										
50,2	51,6	54,3	58,7	64,9	71,9	79,5	86,6	92,5	97,1	100

(nach: Jiri Slama, Polens Wirtschaft 1983 auf dem Weg aus der Krise? – Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München Nr. 97 Januar 1984; Jakob Juchler, Die sozialistische Gesellschaftsformation. Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-1984) Frankfurt/M. 1986; zur Begriffsklärung s. Renate Damas, Die polnische Wirtschafts- und Gesellschaftskrise, in: Prokla 48/1982, S. 63 Anm. 2)

In Intellektuellenkreisen hatte man hingegen die Probleme frühzeitig erkannt und seit Mitte der 70er Jahre durch eingehende Analysen herausgearbeitet, daß die entscheidenden Ursachen für die Fehlentwicklung im zentralistischen Modell lagen, im System der Direktiven und Zuteilungen (system nakazowo-rozdzielczy), das immer noch, unverändert in seinen Grundzügen, zur Planung und Lenkung der Wirtschaftsprozesse diente. Man erkannte, daß die Giereksche Politik die schweren Mängel und prinzipiellen Schwächen des zentralistischen Modells noch verstärkt hatte und primär an ihnen gescheitert war. Die Grundzüge des zentralistischen Systems standen seinem effektiven ökonomischen Funktionieren entgegen: die Konzentration aller Entscheidungsprozesse auf die Zentralinstanzen, die vertikale Gliederung des Wirtschaftsverwaltungsapparates und die imperative Form der Entscheidungsübermittlung, ver-

bunden mit Kontrolle und Sanktionen. Die Ebene der Produktion ist dabei jeden Handlungsspielraums beraubt, zum bloßen Ausführungsorgan von Verwaltungsanordnungen, zum Empfänger zugeteilter Materialien, Rohstoffe und Investitionen degradiert. Das Interesse der Unternehmen am ökonomischen Ergebnis, an Produktverbesserungen, Rationalisierung der Produktion, sparsamen Einsatz oder auch nur Erhaltung der Produktionsmittel ist denkbar gering. Es überwiegt das Interesse daran, möglichst viele Zuteilungen zu bekommen und die Planaufgaben möglichst niedrig zu halten, um die Erfüllung der Direktiven zu erleichtern. Also nicht Steigerung der Kapital- und Arbeitsproduktivität, sondern im Gegenteil die Erhöhung des Mitteleinsatzes kommt den Unternehmern zugute. Am meisten zum Vorteil gereicht es den Direktoren und allen Beschäftigten, wenn sie die Verwaltungsanordnungen von oben möglichst genau befolgen, ob sie ökonomisch sinnvoll sind oder nicht. Ebenso wenig wie die ökonomischen Interessen der Produzenten kommen die der Konsumenten in diesem Wirtschaftsmodell zum Tragen. Dagegen bilden sich tendenziell in den wuchernden Bürokratien der staatlichen Planungs- und Verwaltungsapparate und der parallelen Parteiapparate Interessengruppen heraus, sog. Branchenlobbies oder auch regionale pressure-groups, die ihre Gruppenegoismen je nach ihrer politischen Durchschlagskraft gegenüber gesamtvolkswirtschaftlichen Interessen zur Geltung bringen. Denn das System unterliegt keiner gesellschaftlichen Kontrolle, es mangelt ihm an Transparenz. Die Parteiführung setzt ihr Machtmonopol im wirtschaftlichen Bereich vor allem auch über ihre Kaderpolitik um: Im Rahmen des »Nomenklatur-Systems« ist letztlich ihr die Besetzung aller leitenden Positionen vorbehalten. Die jeweiligen Amtsinhaber sind also primär Befehlsempfänger der Parteihierarchie und auf das Wohlwollen der Parteivorgesetzten angewiesen. Sie werden erst in zweiter Linie nach ihrem Sachverstand und ihrer beruflichen Tüchtigkeit beurteilt. Insgesamt sind die Wirtschaftsbeziehungen gar nicht bzw. nur höchst ungenügend gesetzlich geregelt; es mangelt ihnen an klaren Kompetenzabgrenzungen und der Festlegung der Verantwortlichkeiten.

Solcher Art war die empirisch belegte Kritik am herrschenden System, die Ende der 70er Jahre in Untergrundpublikationen verbreitet wurde.⁴ Sie wurde ergänzt durch weitreichende politische und wirtschaftliche Reformvorschläge. Ihre allgemeine Zielrichtung ließe sich etwa auf die Formel bringen; gründliche Demokratisierung in jeder Hinsicht. Transparenz aller Entscheidungsprozesse, entscheidende Mitwirkung der Gesellschaft an der Herrschaftsausübung, Freiheit gesellschaftlicher Selbstorganisation und strikte Rechtsstaatlichkeit sind wichtige Punkte dieses komplexen Programms. In bezug auf die Umgestaltung des Wirtschaftssystems wurden vor allem folgende Zielpunkte genannt: Die zentralen Behörden der Wirtschaftsplanung und -verwaltung sollten auf ausschließlich strategische Aufgaben beschränkt, administrative Direktiven durch ökonomische Parameter ersetzt werden. Die Unternehmen sollten die grundlegenden Wirtschaftssubjekte werden, die Funktionsmechanismen der Wirtschaft allein auf ökonomische Prinzipien gestützt und die Unternehmen durch den Markt zu effektivem Wirtschaften nach ökonomischen Gesetzen gezwungen werden. Die Gewerkschaften sollten zu authentischen Repräsentativorganen der Werktätigen gemacht werden; es sollte möglichst eine direkte Miteigentümerschaft der Belegschaften an den Produktionsmitteln konstruiert und die Funktionsweise der Wirtschaft in jeder Hinsicht eindeutig und stabil festgelegt werden. Als Haupthindernis entsprechender Veränderungen galten dabei die büro-

kratischen Apparate der zentralen und mittleren Ebene der Wirtschaftsverwaltungshierarchie, und daher wurde verlangt, einer der ersten Reformschritte müßte darin bestehen, deren Tätigkeitsbereiche und Befugnisse radikal zu beschneiden.⁵ Solche Vorstellungen wurden durchaus auch in Parteikreisen ventiliert. Allgemein aber war Skepsis hinsichtlich der Realisierbarkeit von Reformen weit verbreitet; nicht auf die Reformierbarkeit des Systems aus sich selbst heraus setzte man dabei, sondern auf eine gesellschaftliche Bewegung, die entsprechenden Druck ausüben würde.

Reformpolitische Initiative der Gesellschaft

Tatsächlich setzte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre allmählich ein Bewußtsein davon durch, daß die Gesellschaft selbst als politisches Subjekt in die Geschicke des Landes eingreifen müsse, weil sich die politische Führung zu verantwortlichem Handeln zunehmend unfähig zeigte. Schien es zunächst, als beschäftigten solche Überlegungen nur relativ kleine Kreise, so erwies sich ihre Attraktivität für weitere gesellschaftliche Gruppen im Sommer 1980, als die Arbeiter auf den Versuch einer Austerity-Lösung der Wirtschaftsprobleme mit Streiks antworteten. Angesichts der katastrophalen Krisenausmaße erlangte diese Arbeiterbewegung ungeahnt schnell die Züge einer sozialrevolutionären Bewegung. Nicht allein Gierek und seine Mannschaft, sondern das gesamte System hatte in den Augen der Gesellschaft so gründlich versagt, daß seine prinzipielle Umgestaltung unumgänglich und lediglich Form und Ausmaß diskutierbar zu sein schienen. Anscheinend akzeptierte das auch die Parteiführung als sie die Abkommen von Gdansk, Szczecin und Jastrzebie mit den streikenden Arbeitern aushandelte und in dem unterzeichneten »Gesellschaftsvertrag«, wie man ihn seiner Bedeutung gemäß bald nannte, allgemeine Zusagen für umfassende Reformmaßnahmen im politischen und wirtschaftlichem Bereich abgab.

Die von ihr offiziell anerkannte, authentische Interessenvertretung der Werktätigen wuchs schnell zur allgemeingesellschaftlichen Repräsentativorganisation heran und wurde damit zu einer das Machtmonopol der Nomenklatura faktisch außer Kraft setzenden Gegenmacht, obgleich sie sich nicht als Machtkonkurrent der PVAP gerierte, sondern das Prinzip der »sich selbst beschränkenden Revolution« gemäß einem realpolitisch-pragmatischen Kurs zu verfolgen suchte, der den geopolitischen Verhältnissen Rechnung trug. Die »Solidarnosc« verzichtete darauf, eigene umfassende politische Programme und Reformkonzepte vorzulegen, erwartete vielmehr von der politischen Führung eine Politik, die die anstehenden Probleme des Landes im Interesse der Werktätigen löste, und sah ihre eigene Aufgabe darin, die Herrschaftsausübung entsprechend zu kontrollieren und gegebenenfalls Korrekturen einzufordern.

Der massive Druck der gesellschaftlichen Bewegung, dem das durch die vielfältigen Krisenerscheinungen schon zuvor schwer erschütterte Herrschaftsgefüge nicht gewachsen war und unter dem es seine Funktionsuntüchtigkeit deutlich bewies, zwang die Machthaber, Reformprogramme anzubieten, die nach und nach den gesellschaftlichen Erwartungen immer weiter angeglichen werden mußten. Kernstück eines umfassenden Reformwerks mußte, das geboten die Umstände, eine grundlegende Wirtschaftsreform sein. Der IX. außerordentliche

Parteitag der PVAP beschloß schließlich im Sommer 1981 ein entsprechendes Programm, das der radikalen Umgestaltung des Wirtschaftssystems ein Fundament geben sollte.⁶ Wegen des vollständigen Versagens des zentralistischen Modells, so wurde darin argumentiert, müsse ein neues System geschaffen werden, das die zentrale Planung der Volkswirtschaft primär über Marktmechanismen umsetze. Die staatlichen Unternehmen sollten als ökonomische Subjekte in ihrer Wirtschaftstätigkeit ganz selbständig sein, auch in finanzieller Hinsicht, d.h. sie sollten auf die Erzielung von Gewinn, auf kostendeckende Produktion angewiesen sein und geschlossen werden, wenn Rentabilität nicht hergestellt werden könnte. Die Belegschafts-Selbstverwaltung sollte eine wichtige Rolle im Betrieb übernehmen. Das System der imperativen direktiven und der obligatorischen Güterzuteilung sollte weitestgehend beschränkt, die Funktionsmechanismen der Wirtschaft primär nach ökonomischen Gesetzen ausgerichtet und von der Planerstellung bis zum Endverbrauch von Konsumgütern vollständig »vergesellschaftet«, d.h. gesellschaftlicher Mitwirkung und Kontrolle unterworfen werden. Diese gemessen an früheren Reformdeklarationen sehr weitgehende Absichtserklärung der politischen Führung offenbarte bei genauerer Analyse, ähnlich wie ihre Entsprechungen im politischen Bereich, die entschiedene Tendenz, die Reformproblematik auf technisch-organisatorische Fragen zu beschränken und die entscheidenden politischen Fragen auszublenden. Nach den Erfahrungen mit früheren Reformansätzen und aufgrund der Systemanalysen war aber klar, daß eine grundlegende Umgestaltung des politischen und ökonomischen Systems nicht allein vom guten Willen der Parteiführung abhängig gemacht werden konnte. Wollte man tatsächlich die entsprechend dem zentralistischen Modell strikt ihrem Machtmonopol unterstellte Wirtschaft autonomisieren und demokratisieren, so würde ein Grundpfeiler des Machtmonopols, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, vergesellschaftet und damit das Machtmonopol durchbrochen. Im Zuge einer solchen prinzipiellen Systemänderung müßten auch die bürokratischen Apparate der Wirtschaftsverwaltung, die staatlichen wie die parallelen Parteiinstanzen, mit ihren zigtausend hochprivilegierten Beschäftigten entmachtet und neuer Verwendung zugeführt werden. Es war kaum vorstellbar, daß sich dies anders durchsetzen, zielgerichtet ausbauen und dauerhaft sichern ließ als mit Hilfe der gegen die Nomenklatura stehenden Macht authentischer und unabhängiger gesellschaftlicher Interessenvertretungen, die als fester Bestandteil in eine neue politische Ordnung einzubauen waren. Daran zweifelte die Mehrheit der ca. 10 Millionen Mitglieder der »Solidarnosc« nicht, die die unabhängige Gewerkschaft als eigentlichen und einzigen (neben den anderen 1980/81 entstandenen unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen wie Bauerngewerkschaft, Journalistenverband usw.) Garanten der »Erneuerung« ansah. Die Parteiführung weckte durch ihr Verhalten auch kaum Vertrauen in ihren Reformwillen. Äußerst unwillig ging sie in der Praxis an Veränderungen heran, ließ sich immer wieder nur durch Druck Zugeständnisse abringen und setzte ihre eigenen programmatischen Deklarationen immer zögernder und höchst unzureichend in die Realität um. Das verstärkte in der zweiten Hälfte des Jahres 1981 die Skepsis der Bevölkerung, schien es doch die weit verbreitete Ansicht von der grundsätzlichen Nichtreformierbarkeit des Realsozialismus zu bestätigen, und trug zur Radikalisierung der Gesellschaft bei.

Wiederherstellung des Machtmonopols und Reform »von oben«

Am 13. Dezember 1981 verhängten die Machthaber den Kriegszustand, um die gesellschaftliche Bewegung auszuschalten und die Kontrolle über das ins Wanken geratene Herrschaftsgefüge zurückzugewinnen, d.h. ihr Machtmonopol wiederherzustellen. Sie distanzieren sich allerdings keineswegs von den zuvor verkündeten Reformabsichten, restaurierten auch nicht sogleich das zentralistische Modell der Wirtschaftslenkung und wandten Repressivmaßnahmen relativ maßvoll an. Zugleich deklarierten sie ihre Entschlossenheit, den »Erneuerungsprozeß« in jeder Hinsicht fortzusetzen. Auf die aktive Mitwirkung oder auch nur die Akzeptanz der Bevölkerungsmehrheit konnten sie dabei allerdings nicht mehr hoffen. Die Gesellschaft war durch den Kriegszustand schwer schockiert, ihrerseits aller Hoffnungen beraubt, maßgeblichen Einfluß auf die Ebene der politischen Entscheidungen ausüben zu können; sie fühlte sich wieder gänzlich zum Objekt der Politik degradiert und war nicht bereit, den Machthabern, die auf solch gewaltsame Weise die im Sommer 1980 getroffenen Vereinbarungen gebrochen hatten, in irgendeiner Hinsicht Vertrauen entgegenzubringen.

Die bedeutendsten Errungenschaften des »Polnischen Sommers« wurden nun sogleich – vorübergehend, wie es amtlich hieß – beseitigt: das Koalitionsrecht, die Meinungs- und Pressefreiheit und das Streikrecht. Die drakonischen Verfügungen des Kriegszustandes, die Androhung schwerster Strafen für Verstöße gegen die Arbeitspflicht und bei Gehorsamsverweigerung in der Produktion, das Versammlungsverbot, das Verbot der Herstellung und Verbreitung von Druckerzeugnissen u.a.m., besonders aber die Suspendierung jeglicher Tätigkeit der Gewerkschaften und der anderen gesellschaftlichen Organisationen sowie die Internierung Tausender aktiver Gewerkschafter schwächte den Widerstand der Gesellschaft gegen Entrechtung und Verschlechterung der sozialen und materiellen Lage. So konnten denn Anfang 1982 drastische Preiserhöhungen durchgesetzt werden, die als notwendige Reformmaßnahme deklariert wurden. Die Anhebung der Preise, die Veränderung der Preisstruktur und die Umgestaltung des Preissystems – neben die staatlich festgesetzten »amtlichen Preise« traten nun die staatlich beeinflussten »regulierten« und die von den Unternehmen frei festzusetzenden »Vertragspreise« –, sollten dazu beitragen, das unausgewogene Verhältnis zwischen Kaufkraft und viel zu geringem Warenangebot einem Gleichgewichtszustand anzunähern. Zum vorrangigen Ziel der Wirtschaftspolitik wurde die Überwindung der eklatantesten wirtschaftlichen Schwierigkeiten erklärt; vor allem sollte zunächst der Rückgang der Produktion aufgehalten werden. Danach erst wollte man die eigentliche Reform in Angriff nehmen und das Wirtschaftssystem strukturell mit dem Ziel umgestalten, die ökonomische Effektivität zu verbessern, das wirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen und sicherzustellen, daß der Lebensstandard in jeder Hinsicht (Konsumgüterangebot, Realeinkommen, Wohnungsbau, Dienstleistungen usw.) angehoben und im Handel mit den kapitalistischen Staaten ein Überschuß erzielt werden könnte. Solche Absichtserklärungen blieben aber allzu vage, ihr voluntaristischer Charakter war zu deutlich, als daß die Gesellschaft Zutrauen zur Wirtschaftspolitik der Regierung Jaruzelski hätte fassen können.

Tabelle 2: Zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Krise 1979-1987

Produziertes Nationaleinkommen in Jahreswachstumsraten / %:								
1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
-2,3	-6,0	-12,1	-5,5	6,0	5,6	3,4	5,0	3,1 (1.Jahresh.)
im Vergleich zu 1978 = 100:								
97,7	91,9	80,7	74,3	81,1	85,6	88,5	(keine verlässlichen Angaben zu ermitteln)	

(die westlichen Angaben für die Daten seit 1983 weichen von den offiziellen polnischen z.T. erheblich ab)

Quelle: siehe Tab. 1

Zunächst schien es, als könnten die eingeleiteten Maßnahmen den angestrebten Erfolg herbeiführen: Der Rückgang der Produktion konnte 1982 erstmals gebremst werden (produziertes Volkseinkommen: -7,99 % gegenüber -12,11 % 1981), und 1983 wurde erstmals seit 1978 wieder eine positive Wachstumsrate erzielt (produziertes Volkseinkommen 2,39 % gegenüber 3,0 % 1978 und -2,29 % 1979). Diese Ergebnisse relativieren sich allerdings dadurch, daß sie vom katastrophalen Tiefstand der Wirtschaftskrise 1981 her zu sehen sind: 1983 jedenfalls erreichte das produzierte Nationaleinkommen gerade 76 % des Standes von 1978. Die positive Entwicklung des Wirtschaftswachstums hielt auch noch 1984 an.⁸ Erzielt jedoch wurde die Produktionssteigerung in erster Linie mit Mitteln, die den Reformprinzipien widersprachen, die vielmehr typisch sind für das zentralistische Modell: durch den Einsatz extensiver Faktoren, also die Erhöhung der input-Quantität, vor allem durch Arbeitszeitverlängerung, Umstrukturierung des Imports, d.h. Verringerung des Konsumgüter- und Erhöhung des Rohstoff- und Materialanteils, und Ausschöpfung vorhandener Reserven. Die Arbeits- und Kapitalproduktivität konnte dagegen nicht in ausreichendem Maße gesteigert werden. Die Wirtschaftspolitik legte der Bevölkerung hohe Kosten auf: Die Lebenshaltungskosten stiegen 1982 um 100,2 %, das Realeinkommen sank zugleich um 19 % (1983: 30,19 % bzw. -1,08 %).

Tabelle 3: Lebenshaltungskosten in Jahreswachstumsraten / %:

1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 (1. Halbj.)
6,7	9,1	24,4	101,5	23,1	15,7	14,4	18,0	ca. 19,0
durchschnittl. monatl. Nominallohn in Jahreswachstumsraten / %:								
2,2	3,9	2,3	-24,9	1,1	0,5	3,8	2,0	—
Reallohntwicklung im Vergl. zu 1978 = 100								
1983	1984	1985						
82,5	82,9	86,1						

Quelle: siehe Tab. 1

Etwa ein Drittel der Bevölkerung wurde unter die Armutsgrenze gedrückt. Vor allem Rentner, ungelernete Arbeitskräfte und weibliche Beschäftigte (in erster Linie in den von der Wirtschaftsverwaltung als weniger bedeutend eingeschätzter Branchen wie Textilindustrie bzw. insgesamt

Konsumgüterindustrie) sowie die in intellektuellen Berufen Tätigen wurden von der Einkommensentwicklung geradezu abgehängt. Die Konsumgüterversorgung blieb quantitativ wie zunehmend auch qualitativ äußerst mangelhaft. Die strenge Reglementierung der Verteilung, die Rationalisierung mit Hilfe eines eine große Warenpalette umfassenden Kartensystems konnte das Güterangebot nicht auf die Höhe der Nachfrage bringen; allerdings konnte Anfang 1982 die Nachfrage durch eine drastische Kaufkraftabsenkung dem Angebot relativ angenähert werden. In den einkommensschwächeren Gruppen reichte das Geld bald nicht mehr, um das zu kaufen, was jederman laut Karte zustand. In der zweiten Jahreshälfte 1982 verschob sich das weiterbestehende Marktgleichgewicht erneut. Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage vergrößerte sich wieder schnell – weil die Machthaber aus politischen und ökonomischen Gründen gezwungen waren, umfangreiche Lohnerhöhungen zuzugestehen. Materielle Anreize sollten zur Ruhigstellung der dem Regime besonders gefährlich erscheinenden Gruppen beitragen, u.a. zur »Befriedung« der Arbeiterschaft der Großbetriebe. Außerdem bedurfte es neben Zwangsmitteln, die durch den Kriegszustand legitimiert wurden, einiger materieller Anreize, um die wenig motivierten Werk tätigen zu Mehrarbeit zu bewegen, denn die Arbeitszeitverlängerung wurde als einer der wichtigsten Faktoren zur Produktionssteigerung eingesetzt.

Reformwirklichkeit im Widerspruch zum Geist der Reform

Angesichts der Unterdrückung der gesellschaftlichen Bewegung bezweifelte eine Mehrheit des polnischen Volkes den ernsthaften Reformwillen der Parteiführung. Das Ansehen von PVAP und Regierung war schon während der Solidarnosc-Zeit kontinuierlich immer weiter gesunken⁹ und erreichte nun einen Tiefpunkt. Allgemein war die Einschätzung verbreitet, daß die deklarierte Fortsetzung der Erneuerung unter den gegebenen Umständen nur zur Täuschung der Öffentlichkeit diene, daß Reformmaßnahmen allenfalls taktische Manöver seien, daß im Grunde aber lediglich der erneute Versuch unternommen würde, nach Austerity-Muster die ökonomischen Probleme, die ihre Ursachen im Wirtschaftssystem haben, auf Kosten der Bevölkerung zu bereinigen, um im Erfolgsfalle das Konzept zur grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftssystems als überflüssig ad acta zu legen. Das Vorgehen der Machthaber schien diese Einschätzung in jeder Hinsicht zu bestätigen. So wurden seit Anfang 1982, gemäß dem im ursprünglichen Reformkonzept von Partei und Regierung vorgesehenen Terminplan, wichtige Reformgesetze erlassen, die unter dem Signum der drei »S« das Fundament des neuen Wirtschaftssystems bilden sollten: die Gesetze über die Selbständigkeit der staatlichen Unternehmen, ihre Selbstfinanzierung und die Selbstverwaltung der Beschäftigten. Sie wurden jedoch durch verschiedene mit dem Kriegszustand und der katastrophalen Wirtschaftslage gerechtfertigte Sonderregelungen so weitgehend eingeschränkt, daß sie praktisch zeitgleich mit ihrer Verkündung wieder aufgehoben wurden. Gänzlich suspendiert wurde für die Dauer des Kriegszustandes die Beschäftigten-Selbstverwaltung, stark eingeschränkt die Unternehmens-Selbständigkeit. Die wichtigsten Wirtschaftszweige waren ohnehin unter Militärrecht gestellt und funktionierten nach Art der Kriegswirtschaft.

Dieses Verfahren der Reformeinführung widersprach ebenso wie zahlreiche einzelne reform-

gesetzliche Bestimmungen dem »Geist der Reform«, der in öffentlichen Erklärungen so viel beschworen wurde und wird. Reformiert wurde jetzt faktisch ohne jede Mitwirkung der Gesellschaft, ausschließlich durch Anordnung von oben; die Durchführung lag allein in der Hand der Parteiführung bzw. der bürokratischen Apparate, auf die sie sich nach ihrer Kriegserklärung an die gesellschaftliche Bewegung notgedrungen stützen mußte. Das Paket der Reformgesetze, das erstmals in der Geschichte der Volksrepublik der Wirtschaft den Rahmen einer umfassenden gesetzlichen Regelung abgeben, ihren Strukturen und Funktionsmechanismen eine sichere rechtliche Grundlage schaffen sollte, wurde auseinandergenommen. Einzelne kleine »Päckchen« wurden nach und nach in Gesetzesform überführt, dabei aber gegenüber den früheren Entwürfen teilweise so stark verändert, daß sie einen deutlichen Rückschritt von den Reformprinzipien darstellten. Wichtige Bestandteile des Gesamtpaketes der ursprünglich vorgesehenen Reformmaßnahmen, das die Reformbefürworter nahezu einhellig nur als Komplex eingeführt für sinnvoll erachten, wurden gänzlich »vergessen« – vor allem die im Reformkonzept von Parteiführung und Regierung als vorrangig erachtete gesetzliche Regelung der neuen Organisationsstrukturen, Funktionen, Tätigkeitsbereiche und Kompetenzen der zentralen Organe der staatlichen Wirtschaftsverwaltung.¹⁰

Fatale Auswirkungen auf die Umsetzung der Reformgesetze in die Praxis hatte das Festhalten an zentralistischen Methoden der Wirtschaftslenkung und -verwaltung und an zentralistischen Strukturen. Schon im ursprünglichen Reformkonzept von 1981 war dies als Übergangslösung – gerechtfertigt mit der katastrophalen ökonomischen Lage – vorgesehen gewesen. Solche Pläne hatten damals viele Ökonomen und die Solidarnosc als inkonsequent und reformwidrig kritisiert. Im Kriegszustand gingen die Machthaber jedoch noch wesentlich weiter und dekretierten, daß ein Großteil der Wirtschaftsprozesse, ungeachtet der Reformgesetze, weiterhin administrativ zu regeln sei. Über sog. Operativprogramme und Regierungsaufträge sollte die Produktion als besonders wichtig erachteter Güter mit Hilfe verbindlicher Anweisungen und prioritärer Zuteilung von Produktionsmitteln systematisch gefördert und damit zumindest in Fällen akuten Mangels die Regelung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage (im Distributions- wie im Produktionsbereich) nicht dem Wirken von Marktmechanismen überlassen werden. Das Problem des Ungleichgewichts auf den Gütermärkten aber ist dem zentralistischen Modell immanent¹¹; seine Lösung von zentralistischen Methoden zu erwarten, wäre verfehlt. Tatsächlich war die Prozeßpolitik des Jaruzelski-Regimes, die neben den zuvor genannten »Operativprogrammen« auf administrative Preis- und Lohnregulierung u.ä.m. zurückgriff, auf Dauer kein wirklicher Erfolg beschieden. Das Problem des unzureichenden Güterangebots verschärfte sich seit der zweiten Jahreshälfte 1982, ein auch nur annäherndes Marktgleichgewicht konnte bis heute nicht erreicht werden, im Gegenteil. Nicht anders verlief der Versuch der Inflationsbekämpfung über die Zurücknahme der partiellen Preisfreigabe und die erneute Unterstellung der Einkommensentwicklung unter administrative Regelung. Hohe Defizite des Staatsbudgets, über Geldmengenausweitung finanziert (die Nationalbank blieb der Regierung unterstellt), das sich noch weiter vergrößernde Marktungleichgewicht und der notwendigerweise überproportional zunehmende Einsatz extensiver Faktoren zur Erzielung von Produktionswachstum trugen dazu bei, daß sich die Inflationsrate ständig im zweistelligen Bereich hielt.

Auch andere, für das zentralistische System typische ökonomische Probleme ging man vorrangig mit prozeßpolitischen Mitteln alten Musters an, ohne sie einer Lösung näherbringen zu können, so z.B. die Ineffektivität der Investitionen, die Entwertung des Kapitalstocks (>dekaptalizacja<) durch mangelhafte Wartung, Instandsetzung und Modernisierung der Produktionsanlagen, die Vergeudung von Rohstoffen, Energie und Materialien bei Produktion, Transport und Lagerung, die schlechte Produktqualität und die geringe Arbeits- und Kapitalproduktivität. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß jene Strategie gescheitert ist, die die schlimmsten ökonomischen Schwierigkeiten zunächst mit Hilfe traditioneller Strukturen und Methoden überwinden wollte, um dann die Reform in eine weitgehende gesunde Wirtschaft einzuführen, gescheitert ist. Errichtet wurde ein Mischsystem aus zentralistisch-marktwirtschaftlichen Elementen, das ökonomisch ineffektiv und weitgehend disfunktional ist und letztlich nur eine weitere Verschärfung der katastrophalen Wirtschaftslage verhinderte. Genau genommen hat es die Krise stabilisiert, die Wirtschaft zur Stagnation auf niedrigem Niveau gebracht und auf der anderen Seite bewirkt, daß der Reformprozeß abgestoppt und sogar weitgehend zurückgedreht wurde. Allen scheinbaren Veränderungen zum Trotz blieb im Grunde die Situation wie sie war, auch nachdem die Aufhebung des Kriegszustandes 1983 das tatsächliche Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelungen ermöglichte: Die Unternehmen handeln nicht als autonome Wirtschaftssubjekte; sie stehen nicht unter ökonomischem Zwang, die Effektivität ihrer Tätigkeit zu erhöhen, rentabel zu wirtschaften; der Markt, an dem sie sich orientieren sollten, existiert nicht. Sie sind weiterhin ausführende Organe der übergeordneten Verwaltungsbehörden. Von deren Wohlwollen sind sie abhängig, wenn es um ihre Versorgung mit Rohstoffen, Materialien, Investitionsmitteln oder Devisen geht. Von den Behörden wird auch bestimmt, wie die Ergebnisse der Tätigkeit der Unternehmen ausfallen, denn die Betriebsausgaben für Produktionsmittel werden nicht durch den Markt, sondern ebenso wie die Kreditbedingungen, die Gewinnsteuersätze oder die Höhe der Lohnsummenerhöhungsabgaben von der Wirtschaftsverwaltung festgelegt. Die 1981 zahlenmäßig und in ihrer Personalstärke etwas reduzierten Branchenministerien arbeiten weiterhin auf alte Weise, erfüllen also nicht strategische, sondern primär operative Aufgaben und zwar über Eingriffe in den Produktionsprozeß, die die Autonomie der Unternehmen verletzen. Sie funktionieren auch weiterhin als Hort der sog. Branchenlobbies, die die engeren Interessen des Industriezweiges bzw. der jeweiligen persönlichen »Seilschaft« auf Kosten der Volkswirtschaft durchsetzen und z.B. dafür sorgen, daß die offensichtlich verfehlt und immer wieder öffentlich heftig verurteilte Investitionspolitik der Gierek-Ära grundsätzlich unverändert fortgeführt wird. So entfielen 1984 74% der realisierten Investitionen in der Industrie auf die Bereiche Rohstoffgewinnung und Grundverarbeitung, lediglich 10% hingegen auf die Konsumgüterindustrie. Dies verhindert, daß der verhängnisvolle Kreislauf der »Produktion für die Produktion« durchbrochen wird. Warnend hieß es im Hinblick auf diese Fakten 1985 in einer der bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften Polens:

»Diese krisenerzeugende Investitionsstruktur führt zur Aufrechterhaltung der Produktionsstruktur vom Ende der 70er Jahre, die sich durch niedrige Effektivität und hohen Materialverbrauch auszeichnete und ein entsprechendes Exportniveau zu garantieren nicht in der Lage war«¹².

Auch die im Zuge der Reform aufgelösten Industrievereinigungen (zjednoczenia), die mittlere

Ebene der Wirtschaftsverwaltung, sind unter neuem Namen (zrzeszenia) wiedererstand und arbeiten mit weitgehend dem gleichen Personal und der gleichen Funktionsweise weiter. Die Unternehmen sind jetzt nicht mehr in jedem Fall zur Mitgliedschaft zwangsverpflichtet; da aber die »Zusammenschlüsse« ähnlich wie im rein zentralistischen Modell auch im Mischsystem (auch »indirekt zentralistisches System« genannt) die wichtige Funktion eines Mittlers zwischen Unternehmen und Zentralbehörden erfüllen, sehen die Unternehmensleitungen sie notgedrungen als unvermeidliche Interessenvertretungen an. Die »Zusammenschlüsse« wurden geradezu zur institutionellen Basis der Aufrechterhaltung des traditionellen Funktionssystems der Wirtschaft.¹³

Reformrhetorik und Stagnation statt Problemlösung durch wirkliche Reform

Die hier zusammengefaßte Einschätzung der wirtschaftlichen und der reformpolitischen Situation Polens findet sich nicht allein in im Westen publizierten Analysen¹⁴ oder in Stellungnahmen der polnischen Opposition¹⁵ sondern relativ offen und ausführlich belegt auch in den offiziellen polnischen Medien. Ausgespart werden darin allerdings die politischen, das realsozialistische System als Gesamtkomplex betreffenden Hintergründe. Die Zensur läßt hier einen Spielraum, der selbst über das früher schon in Polen übliche Maß an Offenheit weit hinausgeht. Diese Transparenz, diese Freiheit der Diskussion ist eine wichtige vom »Polnischen Sommer« erhalten gebliebene Errungenschaft und stellt ein mögliches Korrektiv zu den restaurativen Tendenzen dar, die seit dem 13.12.1981 allenthalben hervortreten. Insgesamt schält sich in der Diskussion als Mehrheitsauffassung der Wirtschaftswissenschaftler heraus, daß die Reform tatsächlich noch gar nicht oder nur höchst unvollkommen realisiert wurde, angesichts der ökonomischen Lage Polens und seiner Zukunftsperspektiven aber dringender als zu fordern ist.¹⁶ Daß die Situation in den Unternehmen ebenso eingeschätzt wird, haben verschiedene Umfragen unter den leitenden Kadern in den Betrieben ergeben.¹⁷ In einem Bericht der Polnischen Akademie der Wissenschaften von 1985 hieß es u.a.,

»Die Mechanismen der gegenwärtig realisierten Wirtschaftsreform sind nicht in der Lage, die vom gesellschaftlichen wie vom ökonomischen Standpunkt her erforderlichen strukturellen Veränderungen in unserer Volkswirtschaft herbeizuführen.«

Der bekannte Breslauer Ökonom Prof. Kaleta forderte im März 1985 in einem von der Zensur unterdrückten Artikel die Regierung dringend zu einer fundamentalen wirtschaftspolitischen Kehrtwende auf, da der zentralistische Weg zur Lösung der ökonomischen Probleme gänzlich ungeeignet sei und erneut eine schwere politisch-soziale Krise nach dem Muster von 1956, 1970 und 1980 heraufbeschwören müsse.¹⁸ Auch in den offiziellen wissenschaftlichen Beratungsgremien der Regierung überwogen die kritischen Stimmen eindeutig.¹⁹

Demgegenüber gewannen in der Parteiführung anscheinend zunächst die Reformgegner Oberwasser. Offenbar ermutigt durch die sicherlich nicht der Reform zuzuschreibenden ökonomischen Erfolge der Jahre 1983 und 1984 wurde die Reformpolitik selbst im Zentralkomitee heftig angegriffen, wobei man z.B. argumentierte, der Staat müsse, um seine Fürsorgepflicht gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen, die Kontrolle über die Wirtschaft unbedingt in

der Hand behalten. Andere forderten, es dürfe nicht unreflektiert an Lösungen festgehalten werden, die in der Periode der »Konterrevolution« 1980/81 entwickelt worden seien.²⁰ Restaurative Tendenzen kamen auf der Posener Parteikonferenz, auf der im Frühsommer 1985 der Komplex der Wirtschaftsfragen erörtert wurde, wie auch auf dem X. Parteitag der PVAP im Sommer 1986 deutlich zum Ausdruck.²¹ Man bekannte sich verbal zur Reformpolitik, zu der es, wie es hieß, keine Alternative gebe und die man konsequent fortzusetzen gedenke. Deutlicher als früher aber trat die Absicht hervor, den »Kurs der Erneuerung« in streng technokratischer Weise zu beschränken. So stellte man die Wirtschaftsreform als ein Mittel von mehreren dar, die eingesetzt werden sollten, um das Hauptziel, die Steigerung der Effektivität der Wirtschaft, zu erreichen. Die direktiven Methoden der Wirtschaftslenkung und die anderen Relikte des zentralistischen Modells erfuhren von seiten der Parteiführung demonstrative Wertschätzung; programmatisch verkündete man ihre verstärkte Anwendung, die Stärkung der Zentralbehörden und ihres Einflusses auf Planung, Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft. Unverkennbar war dabei eine Neigung, die Wirtschaftspolitik oder die »Steuerung von Hand«, wie man in Polen sagt, als Ersatz für die nicht funktionierende Selbststeuerung der Wirtschaft, für die nichtexistenten Märkte einzusetzen. Das zeigte sich auch darin, daß man den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der der Effektivitätssteigerung die entscheidenden Impulse geben soll, als Aufgabe behandelte, die es unter verstärkter Zentralisierung der entsprechenden Strukturen in Staatsregie voranzutreiben und administrativ den Unternehmen zu verordnen gelte.

Diese Politik ist insofern in sich widersprüchlich, als doch die Unfähigkeit zur Innovation ein charakteristischer Grundzug des zentralistischen Modells ist. Polens Wirtschaft muß, so betonte die Parteiführung auch bei Gelegenheit des Parteitages, die Phase des extensiven Wachstums überwinden und durch grundlegende Modernisierung zu intensiver Entwicklung gebracht werden. Anders scheint es nicht möglich, die Krise zu meistern und durch Erzielung möglichst hoher Produktionszuwachsrate Anfang der 90er Jahre wieder das Wirtschaftsniveau des letzten Vorkrisenjahres 1978 zu erreichen, wie es die Pläne vorsehen. Modernisierung und intensives Wachstum hatte auch Giereks Politik schon angestrebt und war dabei am zentralistischen System gescheitert, dessen Strukturen unangetastet blieben. Diese Erfahrung übt starken Druck in Richtung Reformen aus. Zudem ist Polen zur grundlegenden Modernisierung seiner Wirtschaft auf Hilfe von außen angewiesen. Die Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe aber verfügen weder über das technologische Niveau noch über die Kapazitäten, um Polen entscheidend voranzubringen zu können. Gemäß den Erkenntnissen westlicher Ökonomen setzt die politische Führung Polens folglich vorrangig auf enge Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Staaten.²² So propagierte sie auch anlässlich des X. Parteitages die Orientierung der Wirtschaft auf den Export und die Öffnung zum Weltmarkt. Langfristig peilt sie die Konvertibilität des Zloty an und versucht zugleich, ihre westlichen Gläubiger davon zu überzeugen, daß ohne neue Kredite, die eine konkurrenzfähige Exportgüterproduktion in Polen aufbauen helfen, an eine Rückzahlung der mehr als 30 Milliarden Dollar betragenden polnischen Schulden gegenüber den Hartwährungsländern nicht zu denken ist. Auf dieser Linie liegt auch die Zusammenarbeit mit Weltwährungsfonds und Weltbank.²³

Ohne prinzipielle Umgestaltung des Wirtschaftssystems, ohne strukturelle und organisatorische Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes aber sind Erfolge einer solchen Politik nicht zu erwarten.

Von der Wirtschaftsentwicklung her verstärkte sich in letzter Zeit der Druck in Richtung Reformen, denn die Wirtschaftsdaten bestätigen immer deutlicher, worauf Ökonomen seit langem hinwiesen: Das Mischsystem mit seiner Tendenz zum wachsenden Einsatz zentralistischer Lenkungsmethoden ist ökonomisch ineffektiv und tatsächlich ungeeignet, die Wirtschaftsprobleme der schweren Krise zu lösen.

1985 ging der Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens auf 3% (1984: 6%) zurück. Ganz offenkundig war die polnische Wirtschaft in eine Rezession geraten, wobei sich Krisenerscheinungen wie Inflation, Ungleichgewichte auf dem Konsum und Investitionsgütermarkt, Verfall der Produktionsanlagen, Verschlechterung der Produktqualität und des Dienstleistungsniveaus, zunehmender Devisenmangel durch Rückgang des Exports (was Importkürzungen erforderte, die sich wiederum negativ, und zwar überproportional, auf das Produktionswachstum auswirkten) gegenseitig verstärkten. Ergebnisse von Umfragen wiesen darauf hin, daß die Bevölkerung sensibel auf die Entwicklung reagierte.²⁴ Mehrheitlich unterstützt wurden offensichtlich zwar die Grundprinzipien der Reform, weniger Zustimmung als je zuvor aber fand die konkrete Reformpolitik der Regierung, der im Juli 1987 kaum 10% der Polen Aussicht auf Erfolg zubilligten. In verschiedenen Befragungen erklärten 55-87%, daß sie keine Möglichkeit sehen, selbst in irgendeiner Weise auf die Politik bzw. die Entwicklung allgemein einzuwirken. Zwischen März und Dezember 1986 sank die Zahl derer, die mit einer Verbesserung der materiellen Situation rechneten von 22 auf 11%; zwischen Dezember 1985 und Dezember 1986 wuchs die Zahl derer, die die ökonomische Lage als "schlecht" bzw. "sehr schlecht" einschätzten von 38,2 auf 58,5%.

Reformpolitischer Neuansatz 1987 – Kein Konzept zur Überwindung des Konservatismus

Schließlich sah sich auch die politische Führung zur Korrektur ihres Kurses veranlaßt. »Die bisherige Kompromißpolitik hat keine guten Ergebnisse gezeitigt«, bekannte der der Regierung nahestehende Ökonom und Publizist Jerzy Kleer, man habe die Erfahrung gemacht, »daß allzu begrenzte Änderungen im Wirtschaftssystem, die sich noch dazu in die Länge ziehen, nicht nur wenig wirksam sind, sondern auch die Wirtschaft in eine unerwünschte Richtung führen«.²⁵ Die offizielle Begründung für die politische Wende lautete aber anders. So wies Ministerpräsident Messner im April 1987 vor dem Sejm darauf hin, durch die bisherige Politik habe man nun eine bessere Ausgangsposition erreicht, und deshalb »entscheiden wir uns für tiefergreifende Reformlösungen, um die gestellten Ziele – Effektivität, Umstrukturierung und Modernität – zu erreichen«.²⁶

Das Konzept zur Beschleunigung der Reformen, die von der Wirtschaftsreformkommission als Diskussionsvorschläge ausgearbeiteten »Thesen zur II. Etappe der Wirtschaftsreform« werden seit ihrer Veröffentlichung im April 1987 in den Medien breit erörtert. Insgesamt vermitteln sie

einen etwas diffusen und voluntaristischen Eindruck, was auch häufig kritisiert wird. Im einzelnen sind folgenden programmatische Schwerpunkte zu erkennen:

- schnelle Ersetzung der vom zentralistischen Modell übernommenen administrativen durch ökonomische Lenkungsmechanismen;
- unter Ausrichtung auf Marktmechanismen schnelle Herstellung des Gleichgewichts auf den Gütermärkten und gründliche Umgestaltung des Preissystems;
- prinzipielle Veränderung der Investitionspolitik;
- radikale Einschränkung der staatlichen Subventionen und Sanierung des Staatshaushalts;
- Verbesserung der Funktionen ökonomischer Parameter;
- Brechung der ökonomischen Monopole durch Differenzierung und Flexibilisierung der organisatorischen Strukturen der Wirtschaft und Herstellung von Konkurrenz;
- Stärkung der Selbstständigkeit der Unternehmen und ihrer Selbstfinanzierung bis hin zu obligatorischen Konkursverfahren, wenn Rentabilität nicht erreicht werden kann;
- Umbau des »Zentrums« mit dem Ziel, die Zentralbehörden der Wirtschaftsplanung und -lenkung auf strategische Aufgaben zu beschränken;
- starke Reduzierung der Verwaltungsapparate der Branchenstrukturen;
- Umbau des Banksystems, um dem Geld eine aktive Rolle bei der Lenkung der Wirtschaftsprozesse zu schaffen und einen Kapitalmarkt aufzubauen;
- Wiederherstellung der Genossenschaften als authentische und wirklich selbständige ökonomische Einheiten;
- Erweiterung des Spielraums für Privatinitiativen.

Zusammengefaßt ergibt sich, daß das bestehende Mischsystem schnell überwunden und ein dezentral-marktorientiertes System errichtet werden soll. In mancher Hinsicht gehen die »Thesen« hier sogar über das ursprüngliche Reformkonzept der Regierung, auf das sie sich wiederholt berufen, noch hinaus. Im Grunde aber stellen sie den Versuch dar, noch einmal von vorn beginnend endlich die notwendige grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftssystems in Angriff zu nehmen. In den »Thesen« ist allerdings nicht die Rede von sozial-emanzipatorischen Impulsen und von politischen Veränderungen im weiteren Systembereich. Diese aber sind faktisch von einer Wirtschaftsreform so prinzipiellen Zuschnitts gar nicht zu trennen. Interessant ist aber, daß die »Thesen« überhaupt so eindeutig auf das ursprüngliche Reformkonzept Bezug nehmen, war doch in den vergangenen Jahren die Solidarnosc-Zeit als Ausgangspunkt der polnischen Reformpolitik kein Thema mehr. In den öffentlichen Deklarationen der Parteiführung erschien die Reformpolitik vielmehr als Teil der allgemeinen Veränderungsprozesse in den sozialistischen Ländern und ganz auf die vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow propagierte Politik orientiert.

Die Realisierung des Konzepts der »II. Etappe der Wirtschaftsreform«, die Parteichef Jaruzelski über das Referendum von Ende November formal legitimieren will, bleibt allerdings abzuwarten. Ihr Erfolg hängt wohl in erster Linie vom politischen Kräftespiel in Polen selbst ab. Gegen die Reform stehen, wie im Juli 1987 ein Artikel in der bedeutendsten polnischen Wirtschaftszeitschrift offen erörtert²⁸, die mächtigen Interessengruppen, die, mit den bürokratischen Apparaten verbunden, die Restauration der traditionellen Mechanismen betreiben, um ihre direkte Kontrolle über die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Diese Konstellation mache,

so der Autor skeptisch, die konsequente Durchsetzung eines dezentral-marktorientierten Wirtschaftssystems eher unwahrscheinlich. Die Neutralisierung dieser Interessengruppen müßte die politische Führung unter sehr ungünstigen Bedingungen vollziehen. Sie vermochte bisher nicht, die aktive Unterstützung auch nur bedeutenderer Teile der Gesellschaft für ihre Reformpolitik zu gewinnen. Vielmehr hat sie die Gesellschaft ihrer authentischen organisatorischen Strukturen beraubt und sie in die Rolle des politischen Objekts zurückversetzt. Die seitdem erfolgten Reformen zielten offenbar alle darauf ab, diesen Zustand zu stabilisieren und auf Dauer abzusichern und das Machtmonopol der Parteiführung unter modifizierter Art und Weise der Herrschaftsausübung aufrechtzuerhalten. Eine systematische Erforschung der öffentlichen Meinung und breit angelegte »Konsultation« der Bevölkerung vor bedeutsamen politischen Entscheidungen soll wirkliche Demokratie, also entscheidende Einwirkung der Gesellschaft auf die Politik und gesellschaftliche Kontrolle der Entscheidungsstrukturen und -träger, substituieren. Ähnlich sind auch die Umbaumaßnahmen in anderen Bereichen des Systems, so im sozialen, im politischen und im Rechtsbereich, angelegt. Damit konnte die gesamte Reformpolitik, weil sie die Grundstrukturen des realsozialistischen Systems unangestastet ließ, in keiner Weise den Erwartungen der Gesellschaft gerecht werden, die im gesellschaftlichen Aufbruch der Solidarnosc-Zeit geweckt wurden. Alle Versuche einer Politik der »Nationalen Verständigung«, wie zuletzt die Amnestie vom September 1986, die die letzten politischen Gefangenen aus den Gefängnissen befreite, sind letztlich daran gescheitert, daß Reformen, die die politische Führung einleitete, nicht weit genug gehen konnten, um die Gesellschaft wirklich zufrieden zu stellen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. Wladyslaw Baka, *Polska Reforma Gospodarcza* (Die polnische Wirtschaftsreform), Warschau 1983², S. 7 bzw. S. 111 u. 114.
- 2 Detaillierter zur inhaltlichen Ausrichtung der verschiedenen Reformkonzepte: Wlodzimierz Brus, *Sozialisierung und politisches System*, Frankfurt/M. 1975, S. 165 f.
- 3 So Wlodzimierz Brus, entschiedener Vertreter des dezentralisierten Modells, schon in den 60er Jahren: ders., *Wirtschaftsplanung*, Frankfurt/M. 1972, S. 54 f.; vgl. auch den bereits 1977 verfaßten, aber bis 1981 von der Zensur mit Publikationsverbot belegten Aufsatz von Stanislaw Albinowski, *An den Quellen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs*, dt. in: *Aktuelle Ostinformationen* (Gesamteuropäisches Studienwerk Vlotho) Nr. 1/2-1982, S.L./38 ff.
- 4 So die Analyse der Gruppe »Erfahrung und Zukunft« (DIP) von 1979, in: Wlodzimierz Brus u.a. (Hrsg.), *Polen, Symptome und Ursachen der politischen Krise*, Hamburg 1981, S. 50-187, darin speziell zur Wirtschaftsproblematik: S. 100-110 bzw. allgemeiner S. 54; vgl. auch Albinowski, a.a.O.
- 5 So in der Expertise der »DIP«-Gruppe, vom Mai 1980, die in der Bibliothek des Osteuropa-Instituts der FU Berlin zugänglich ist; eine dt. Fassung existiert bisher m.W. nicht.
- 6 Eine deutsche Fassung existiert nicht; zit. hier nach Baka, a.a.O., S. 109-198; vgl. Piotr Pysz, *Wirtschaftsreformdiskussion in Polen 1980-1981*, in *Österr. Osthefte* 25. Jg. 1983 H. 3 S. 287-307.
- 7 Zu dieser Periodisierung s. Baka, a.a.O., S. 44 f.
- 8 Vgl. Tabelle im Anhang.

- 9 Vgl. K. Mrela/ J. Zielonka, The Crisis Problems in Poland Part II (Research Projekt Crisis in Soviet-Type Systems, Study No. 12 a) Köln 1987, Fig. 6 u. 7, S. 27 f. bzw. Fig. 14 S. 42.
- 10 So Kierunki... Punkt 106, in: Baka a.a.O., S. 164.
- 11 Vgl. Piotr Pysz, die Preisreform 1982, in: Dieter Bingen (Hrsg.) *Polen 1980-1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?* (Osteuropa und der internationale Kommunismus Bd. 15) Baden-Baden 1985 S. 331 bzw. 342.
- 12 Jan Szewc, Dylematy Zmian Strukturalnych (Dilemmata struktureller Veränderungen), in: *Zycie Gospodarcze* 14/7.4. 1985; ähnlich auch: Prof. Leszek Zienkowski, in *Polityka* 5/2.2.1985.
- 13 Vgl. Stefan Krajewski/ Mirosław Smusz, Funkcjonowanie Przedsiębiorstwa w Warunkach Reformy *Gospodarczej* – refleksje z badan empirycznych (Das Funktionieren der Unternehmen unter den Bedingungen der Wirtschaftsreform - Überlegungen aufgrund von empirischen Untersuchungen) in: *Gospodarka Planowa* 1/1986 S. 16.
- 14 Vgl. hier neben den bereits zitierten Arbeiten: Adam Tobik, Ergebnisse der polnischen Wirtschaftsreform (dreijährige Zwischenbilanz), in: *Osteuropa-Wirtschaft* 30. Jg. 1985, S. 218-229; Jan Adam, The Recent Polish Economic Reform and its Results, in: *Osteuropa-Wirtschaft* 31. Jg. 1986 S. 287-306; Zbigniew Fallenbuchl, Economic Policy Options of Gierek's Successors in Poland, in: *Crossroads* Nr. 18/ 1985, S. 67-100 ders., Polen: Reform oder Stagnation, in: *Europ. Rundschau* 12. Jg. 1984 S. 125-147; Cezary Jozefiak, Wirtschaftreform in Polen auf halbem Wege steckengeblieben, in: *Europ. Rundschau* 13 Jg. 1985 S. 37-81.
- 15 Vgl. hier z.B. den Bericht in *The Wallstreet Journal* vom 12.4.1985; den *Solidarnosc-Report* »5 Let po Bierpniu« (5 Jahre nach dem August) von 1985 sowie die im April 1987 von Lech Wales, der vorläufigen Koordinierungs-Kommission (TKK) und dem vorläufigen Rat der Solidarnosc unterzeichnete Wirtschaftsanalyse, die vom Brüsseler Koordinations-Büro der Solidarnosc u.d.T. »NSZZ Solidarnosc on Reforming the Polish Economy« veröffentlicht wurde.
- 16 So z.B. Wojciech Hübner/ Dariusz Rosati, Aktuelle Problemy Systemu Gospodarczego (Aktuelle Probleme des Wirtschaftssystems) in: *Gospodarka Planowa* 10/1986; eine Diskussion über die Wirtschaftsreform mit führenden Ökonomen und Betriebsdirektoren in *Zycie Gospodarcze* 13/ 31.3. 1985, auf dt. in: *Osteuropa* 1986 H.1 S.A 34-A 42; Irena Dryll, Trzy »S« w Ustawach i w Zyciu (Die drei »S« in den Gesetzen und in der Realität), in: *Zycie Gospodarcze* 18/ 5.5.1985.
- 17 Dyrektorzy o Reformie (Direktoren zur Reform), in: *Polityka* 2/ 12.1.1985; Wanda Karpinska-Mizielinska, Trzy »S« w Oczach Kadry (Die drei »S« in der Sicht der Kader), in: *Zycie Gospodarcze* 20/ 19.5.1985; Zygmund Szeliga, Czas Dojrzewania (Zeit des Reifens), in: *Polityka* 243/ 8.6.1985
- 18 zit. nach AFP-Meldung v. 18.3.1985.
- 19 So Posiendzenie Komisji do Spraw Reformy (Sitzung der Reformkommission) in: *Zycie Gospodarcze* 21/ 26.5.1985.
- 20 So z.B. das ZK-Mitglied (1980/81), Aleksander Kopec, Mitglied der Reformkommission, 1975-80 Minister für Maschinenbau, in der unter Anm. 19 belegten Diskussion.
- 21 Zur Posener Konferenz s. *Trybuna Ludu* v. 3.6.1985 sowie *Zycie Warszawy* v. 1./2.6.1985; zum Parteitag s. Piotr Pysz, Wirtschaftsstrategie nach dem X. Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, in: *Aktuelle Ostinformationen* Nr. 3/4 - 1986, bes. S. 67 - S. 71; s.a. *Polens Gegenwart* 7/ 8-1986, S. 59-87 sowie S. 126-141.
- 22 So Fallenbuchl, *Economic Policy Options*, a.a.O. S. 94.
- 23 So Piotr Pysz, *Wirtschaftsstrategie*, a.a.O. S. 67 f.; eine Reorientierung des Außenhandels auf den Westen bereits im Laufe des Jahres 1982 weist entgegen der offiziellen Propaganda nach: Jacek Rostowski, Ponowna Reorientacja na Zachod? (Erneute Orientierung nach Westen?), in: *Aneks* 33/ 1984, S. 138-140.
- 24 So Mirosława Marody, Miedzy Wspolpraca a Odrzuceniem (Zwischen Zusammenarbeit und Ablehnung), in: *Polityka* 28/ 11.7.87.
- 25 Jerzy Kleer; die zweite Etappe der Wirtschaftsreform, in: *Polens Gegenwart* 4/ 1987, S. 13 bzw. S. 10.
- 26 In: ebd. S. 33.
- 27 Als Sonderbeilage der Regierungszeitung *Rzeczpospolita*.
- 28 Witold Jakobik, Wszystko Zalezy od Gry Interesow, in: *Zycie Gospodarcze* 19.7.1987.

Walter Süß Mit gemischten Gefühlen. Zur Akzeptanz der sowjetischen Reform in den »Bruderparteien«

Aus reformpolitischer Perspektive hat sich die Binnenstruktur des RGW seit der Wahl einer neuen KPdSU-Führung im März 1985 geradezu dramatisch verändert: Die Blockführungsmacht, die bis dahin als der entscheidende Garant des Status quo zu gelten hatte, verwandelte sich in die Avantgarde eines Aufbruchs zu neuen Ufern. Der – mehr oder weniger stark ausgeprägte – strukturpolitische Konservatismus in den kleineren europäischen RGW-Staaten (Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien und Ungarn) kann nun nicht mehr länger mit dem drohenden Verweis auf den Großen Bruder in Moskau gerechtfertigt werden. Das wirft für die Führungen dieser Länder enorme Legitimationsprobleme auf, könnte ihnen aber auch neue Chancen eröffnen. Um die Bedeutung der sowjetischen Herausforderung besser einschätzen zu können, müssen zumindest folgende Fragen beantwortet werden:

- Handelt es sich bei den Problemen, die die Reformpolitik zu meistern versucht, um sowjetische Besonderheiten oder um Strukturdefizite des »realen Sozialismus« generell, die in den einzelnen Ländern freilich ungleichzeitig und unterschiedlich ausgeprägt sind?
- Was sind die entscheidenden Elemente des sowjetischen Reformprozesses?
- Wie haben die Führungen der »Bruderparteien« bisher auf diesen Prozeß reagiert? Lassen sich hinter den jeweiligen Reaktionen liegende, gemeinsame Faktoren bestimmen?
- Wie reagiert die sowjetische Führung auf diese Reaktionen?

Die Antworten auf diese Fragen können in einem relativ kurzen Artikel zwangsläufig nur skizzenhaft ausfallen. Es geht dabei vorrangig um die übergreifenden Elemente, die durch Studien zu der Entwicklung in den einzelnen Ländern ergänzt und korrigiert werden müssen.

I. Ursachen der sowjetischen Reform

Den Auslöser der sowjetischen Reformpolitik bildeten sinkende wirtschaftliche Wachstumsraten. Auf dem Juniplenum 1987 des ZK der KPdSU, das der Wirtschaftsreform gewidmet war, sagte Gorbacev in seinem Einleitungsreferat:

»...immer und immer wieder muß man sich real vor Augen führen, in welchem Zustand sich unsere Volkswirtschaft an der Schwelle von den 70er zu den 80er Jahren befand. Zu dieser Zeit fiel das Tempo des Wirtschaftswachstums auf ein Niveau, das faktisch den Beginn wirtschaftlicher Stagnation bedeutete« (Pr. 26.7.87).

Die Wachstumsrate des im Inland verwendeten Nationaleinkommens betrug 1966-70 41%, zehn Jahre später – 1976-80 – war sie auf 21% gesunken und 1981-85 auf 17% (Aganbegjan 1986, S. 583). Berücksichtigt man noch – wie das inzwischen auch von sowjetischen Statisti-

kern gefordert und z.T. praktiziert wird (Vgl. Leptin/Adirim 1986, S. 982 ff.) – die versteckte Inflation, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die sowjetische Wirtschaft auf dem Tiefpunkt 1982 nur noch minimal, um etwa 1%, wuchs. Bei einem Bevölkerungswachstum von 0,8% (»UdSSR...«, 1985, S. 5) war das unfreiwilliges Nullwachstum. Für ein System, das sich durch wirtschaftliches Wachstum legitimiert und den Status einer Weltmacht für sich beansprucht, mußte es unerträglich sein, auf einem Entwicklungsniveau stehen zu bleiben, das etwa 40% des Niveaus der Bundesrepublik entspricht (Vgl. Machowski 1987). Offenbar wurde das auch von der Mehrheit der sowjetischen Führung so gesehen, denn in diesem Jahr wirtschaftlichen Tiefpunkts wurde nach dem Tod von Leonid Breznev mit Juri Andropov der erste vorsichtige Reformier zum Generalsekretär der KPdSU gewählt¹.

Solche sinkende Wachstumsraten sind keineswegs nur in der Sowjetunion zu verzeichnen gewesen. Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der kleineren europäischen RGW-Länder, so zeigt sich ein ganz ähnliches Bild: Das produzierte Nationaleinkommen wuchs 1966-70 im Jahresdurchschnitt noch um 6,5%, zehn Jahre später (1976-80) betrug die Wachstumsrate nur noch 3,4%. In den beiden folgenden Jahren war sie dann sogar negativ: 1981 -2,1%, 1982 -0,6%. 1983 wurde dann eine Wende erzielt, denn das Wachstum stieg wieder auf 3,1% (Kosta/Levcik 1985, S. 9). Seither hat sie sich auf niedrigerem Niveau als in den 70er Jahren einigermaßen stabilisiert.

Es gibt für diesen Entwicklungstrend, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt war, verschiedene Gründe, die man einteilen kann in solche,

- die nur für *ein* Land zutreffen (wie die Giereksche Wirtschaftspolitik der 70er Jahre und die daraus resultierende Krise 1980/81);
- Gründe, die nur in den *kleineren* RGW-Ländern wirksam waren (wie die »Ölpreisex-
plosion« und die Anhebung der Kreditkosten auf dem Weltmarkt);
- Gründe, die für *alle* RGW-Länder von Bedeutung waren und sind.

Nur die letztgenannten Gründe sollen an dieser Stelle interessieren. Der zentrale Begriff zu ihrer Bestimmung ist in der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion dieser Länder die »Intensivierung« der Produktion. Dieser Begriff spielte schon in den Diskussionen der 60er Jahre eine wichtige Rolle. Faktisch jedoch wurden unter dem Signum der »Intensivierung«² die überkommenen Methoden extensiver Wirtschaft fast ungebrochen fortgesetzt. Nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« 1968 versuchten die kleineren RGW-Länder (mit Ausnahme Ungarns), statt weiter Reformpolitik zu betreiben und damit inneres Wachstumspotential freizusetzen, zusätzliche Wachstumsfaktoren auf außenwirtschaftlichem Weg zu mobilisieren: Mit Krediten aus dem Westen, die zu Beginn der 70er Jahre noch billig schienen, sollte der Import westlicher Technologie und Produktionsmittel finanziert werden.

Die Rechnung ging aus – Gründen, die hier nicht geschildert werden können – nicht auf. Letztlich führte diese Politik zu einer enormen Verschuldung und zu einer Verschärfung der binnenwirtschaftlichen Probleme. Am deutlichsten war dies in Polen der Fall, das unter Giereks Führung in diesem Punkt am weitesten gegangen war und dafür wohl noch bis ins nächste Jahrtausend zu zahlen haben wird³. Für die Sowjetunion stellte sich das Problem deshalb anders, weil sie als Erdöl-exportierendes Land von der Preisentwicklung beim Öl profitierte.

Inzwischen ist aber auch hier der Höhepunkt überschritten und die entsprechenden Exportkapazitäten der UdSSR schrumpfen⁴.

Insgesamt gesehen, standen demnach in der 2. Hälfte der 70er Jahre alle RGW-Länder vor der Aufgabe, ihr eigenes wirtschaftliches Potential besser zu nutzen. Und entsprechende – allerdings sehr begrenzte – Versuche wurden auch unternommen:

- 1978 wurde in Bulgarien die Landwirtschaft dezentralisiert und in Rumänien ein »Neuer Ökonomisch-Finanzieller Mechanismus« proklamiert
- 1979 gab es in der DDR eine Kombinarsreform und in der UdSSR eine Teilreform des Planungswesens
- 1980 wurde in Ungarn der Abbau zentraler Planung durch eine Reihe weiterer Maßnahmen fortgesetzt
- 1981 trat in der CSSR eine Industriereform in Kraft und begann eine Wirtschaftsreform in Polen

1982 wurde in Bulgarien die Planung und Leitung der Industrie teilweise dezentralisiert. Diese Teilreformen führten in einzelnen Bereichen – wie der ungarischen und der bulgarischen Landwirtschaft und der DDR-Industrie – durchaus zu einer gewissen Verbesserung der Ergebnisse, ohne allerdings einen grundlegenden Umschwung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung herbeizuführen. Der Grund dafür liegt in dem begrenzten Charakter dieser Reformen, die besonders im industriellen Sektor immer nur Teile des Wirtschaftsmechanismus betrafen, ohne grundlegende Funktionsschwächen auszuräumen. Die strukturellen Probleme liegen in folgenden Punkten⁵:

- Planbehörden und Unternehmen stehen noch immer im Verhältnis administrativer Über- bzw. Unterordnung. Die Informationen, auf deren Basis die zentralen Behörden planen, werden von den Unternehmen systematisch verfälscht, weil die Behörden dies – wie unvollständig auch immer – bereits einplanen.
- Geplant wird »vom Erreichten« aus, d.h. in Fortschreibung früherer Ergebnisse, so daß die Unternehmen bestrebt sind, die Pläne keinesfalls zu stark überzuerfüllen und »weiche Pläne« zu erhalten, die ihnen Manöverspielraum lassen.
- Gerade hinsichtlich schwerwiegender, langfristig wirksamer Entscheidungen fallen Entscheidungsträger (Partei) und Verantwortungsträger (Wirtschaftsministerien und Unternehmen) auseinander, was bei letzteren zur Flucht aus der Verantwortung führt.
- Der bürokratische Leitungsmechanismus, Mangelwirtschaft und Gleichgültigkeit gegenüber finanziellen Gesichtspunkten (Geld ist die einzige Ware, die nicht knapp ist) fördern den Ressoregoismus der einzelnen Ministerien, Regionalbehörden und Großunternehmen, die nach möglichst großen Zuweisungen und weitgehender Autarkie streben.
- Zugleich wird damit die Bildung verborgener Reserven gefördert, die die eigene Flexibilität bei wechselnden Planaufgaben erhöhen und zugleich als Mittel des direkten Warenaustausches zwischen den Unternehmen dienen. Das wiederum verstärkt den Mangel, so daß sich ein *circulus vitiosus* ergibt.
- Den Endverbrauchern (mit Ausnahme des Nachfragemonopolisten Militär) gegenüber befinden sich die Produzenten in einer Monopolsituation. Die Verbraucher – ob Einzelkonsumenten oder weiterverarbeitende Betriebe – sind immer in der schwächeren Position. Sie

müssen nehmen, was zu bekommen ist. Dabei sind die Produzenten nicht etwa daran interessiert, den Bedarf zu befriedigen, sondern den Plan zu erfüllen, genauer gesprochen: einen optimalen Planerfüllungsbericht zu produzieren.

All diese Mängel sind in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der meisten RGW-Länder schon häufig benannt worden und allgemein bekannt. Die Unfähigkeit, sie zu beseitigen, ergibt sich aus den Interessen, die mit dem überkommenden System verbunden sind. Zur genaueren Bestimmung dieser Interessen hat das sowjetische Parteiorgan »Prawda« im Januar 1987 einen Artikel veröffentlicht. Der Autor, G. Popow, Professor an der Moskauer Staatsuniversität, nannte folgende Gruppen und Interessenlagen:

- Die Mitarbeiter des *Staatsapparates* und insbesondere der einzelnen Wirtschaftsministerien, »deren Position und Rolle untrennbar mit den Mängeln des existierenden Leistungssystems verbunden ist. Zum Beispiel mit dem Defizit an Waren und an Wohnraum und mit ihrer Verteilung«.
- »Manche Funktionäre der *lokalen Parteiorgane*«, die um ihre Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse fürchten.
- Dann eine Gruppe, die Popow ironisch als »*Rechtgläubige*« bezeichnet, die einem »Romanzismus« verfallen wären, also die mehr oder weniger klassischen Stalinisten. Wo diese Gruppe angesiedelt ist, sagt Popow nicht, doch ist unschwer zu erraten, daß ihre Vertreter sich selbst in der Spitze der Partei finden.

Er meint, der Widerstand dieser Gruppen wäre zu brechen, wenn nicht noch dazu käme, daß *die Beschäftigten* selbst – sowohl Arbeiter wie Ingenieure und Manager – sich in diesem System eingerichtet und daran gewöhnt haben, Leistungszurückhaltung zu üben und aus der gesamtwirtschaftlichen Ineffizienz individuellen Nutzen zu ziehen.

Wie sind diese Widerstände, die in der Sowjetunion vielleicht stärker als in den anderen RGW-Ländern ausgeprägt sind, jedoch durch das System des »real existierenden Sozialismus« selbst hervorgebracht werden, zu überwinden?

II. Einige zentrale Elemente des sowjetischen Reformansatzes

Obwohl der Auslöser des sowjetischen Reformprozesses wirtschaftliche Probleme waren, bedeutet das nicht, daß es genügen würde, diesen Prozeß nur unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten. Selbst der sowjetische Ministerpräsident Ryzkov, seinen bisherigen Äußerungen nach eher ein Technokrat⁷, erklärte auf der letzten Sitzung des Obersten Sowjet der UdSSR:

»Die administrativ-kommandierenden Führungsmethoden fesselten die Initiative der Arbeitskollektive, beraubten sie praktisch der Stimuli zur Entwicklung, erzeugten Gleichgültigkeit zu den Endresultaten der Arbeit. Die Situation verschärfte sich dermaßen, daß sich das Problem aus einem wirtschaftlichen in ein sozial-politisches verwandelte« (Pr. 30.6.87).

Darin kommt zum Ausdruck, daß die letzten fünfzehn, zwanzig Jahre gezeigt haben, daß wirtschaftliche Probleme nicht durch wirtschaftliche Maßnahmen allein gelöst werden können: Eine wirkliche Intensivierung der Wirtschaft und die Überwindung der hemmenden Strukturen und Widerstände ist nur im Zusammenspiel mit einer Gesellschafts- und Politikreform mög-

lich. Diese Einsicht hat Gorbačev, der selbst in seiner Zeit als Stavropoler Parteisekretär das Scheitern einer von ihm initiierten, wirtschaftlich erfolgreichen Reform an politisch-ideologischen Widerständen erleben mußte (vgl. Schmidt-Häuer 1986, S. 90 ff.; Poljanski-Rahr 1986, S. 72 ff.), wohl von Anfang an in sein neues Amt mitgebracht⁸. Die Offenheit in der Kritik an dem alten System und die konkreten Maßnahmen, die von der neuen Führung vorgeschlagen werden, haben sich freilich erst allmählich und im Akkord mit dem Auswechseln der Führungskader radikalisiert. Es geht dabei – neben der Intensivierung und Dynamisierung der Wirtschaft und (was hier nicht berücksichtigt werden kann) einer Neudefinition der sowjetischen Außenpolitik – um folgende Problembereiche:

- eine Veränderung im Verhältnis von Partei-Staat und Gesellschaft;
- und eine Erneuerung der Ideologie.

Die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Partei-Staat und Gesellschaft hat Gorbacev auf dem Januarplenium des ZK der KPdSU unter das Motto »Demokratisierung« gestellt. In seinem Schlußwort erklärte er:

»Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen. Wenn wir das nicht begreifen (...) so werden, Genossen, unsere Politik und die Umgestaltung ersticken. Darin besteht unsere Grundidee« (ND 30.1.87).

Was ist mit dieser »Grundidee« gemeint? Sicherlich nicht die Übernahme westlich-parlamentarischer Regierungsformen, wohl aber das Projekt einer Reihe einschneidender Veränderungen im politischen Leben des Landes, die alle darauf abzielen, Aktivität von unten zu wecken. Die wichtigsten Bereiche sind

1. »glasnost«, d.h. Transparenz, Öffentlichkeit. Gemeint ist damit im Kern ein Ende dessen, was Orwell in »1984« als »Doppeldenken« bezeichnet hat. Die Dinge – und zwar gerade auch die negativen Dinge – sollen künftig beim Namen genannt werden, Schluß soll sein mit verlogener Erfolgspropaganda und allgemeinem Zynismus. Auf die tatsächliche, nicht die verbale Leistung soll es künftig ankommen⁹. Das bedeutet auch, daß die Autoritäten auf den verschiedenen Ebenen der partei-staatlichen Hierarchie kritisiert werden können. Damit verschafft sich die Parteiführung zugleich eine zusätzliche Informations- und Kontrollmöglichkeit.
2. Das kann nur funktionieren, wenn der Einzelne, der sich kritisch äußert, dafür nicht Repressalien zu erwarten hat. Deshalb ist die Schaffung *rechtsstaatlicher Garantien* unabdingbar. In der »Literaturzeitung« des sowjetischen Schriftstellerverbandes schrieb Alexander Gelman:

»Rechte sind Waffen, und damit sie nicht mißbraucht werden, muß man sie so verteilen, daß keiner unbewaffnet bleibt«¹⁰.

Ein Schritt in diese Richtung war ein bereits 1985 verabschiedetes Gesetz, mit dem die Verfolgung von Bürgern wegen Kritik, die sie an Funktionsträgern geäußert haben, mit Gefängnis bedroht wird¹¹. Da dieses Gesetz im ersten Jahr seiner Geltung aber kein einziges Mal angewendet wurde¹², reicht das offenbar nicht aus. Weiter geht die im Juni 1987 beschlossene Einrichtung eines Klagerechts gegen Amtsmißbrauch von Behörden (Pr. 2.7. 87), d.h. der Beginn einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.

3. Bedeutet »Demokratisierung« auch, daß der Einzelne in dem Bereich, in dem er jeweils

tätig ist, mehr *Mitwirkungsmöglichkeiten* erhält. Dazu zählt der Ausbau von Teilhabemöglichkeiten in den Betrieben durch Delegation von Entscheidungen nach unten, die Wahl des mittleren Leitungspersonals und der Betriebsleitungen und die Interessenvertretung dieser Funktionsbereiche nach außen. D.h., daß die Betriebe gegenüber den Ministerien mehr Rechte erhalten sollen¹³, ebenso aber sollen innerhalb der Betriebe etwa die Gewerkschaften eine offensivere Interessenpolitik auch gegenüber den Leitungen verfolgen. Alle gesellschaftlichen Funktionsgruppen – von den Arbeitern bis zu den Schriftstellern – sind dazu aufgerufen, die Tätigkeit ihrer jeweiligen Organisationen zu entbürokratisieren und deren gesellschaftlichen Beitrag gerade dadurch zu verbessern, daß die in ihnen zusammengefaßten Interessen stärker zur Geltung kommen. Dadurch hofft man – letztlich im Dienst der »gesellschaftlichen Interessen« – stärkeres Engagement des Einzelnen zu erreichen und bürokratische Ressortinteressen zurückzudrängen. Im Verlauf der letzten zwei Jahre ist dieser Aspekt zunehmend in den Vordergrund gerückt. So sagte Gorbatschow auf dem Juni-Plenum 1987 des ZK der KPdSU:

»Die Erfahrungen der Umgestaltung, ihrer Anfangsetappe, veranlassen uns auch, die real vorhandenen Widersprüche in den Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Kollektive, Institutionen und Organisationen aufmerksam zu berücksichtigen. (...) Der Sinn der Umgestaltung besteht letztlich auch in der Berücksichtigung der Interessen, in der Einwirkung auf die Interessen und in der Lenkung durch sie und über sie« (ND 26.6.87).

4. sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten auch auf das politische System im engeren Sinne ausgedehnt werden, durch die Aufstellung mehrerer Kandidaten bei den *Wahlen* zu den Sowjets und – darüber hinaus wird die Parteikonferenz im Juni 1988 entscheiden – in Parteifunktionen (Vgl. Gorbatschow 1987, S. 32 f.).

Insgesamt wird die Stellung der einzelnen Bürger und damit der Gesellschaft gegenüber dem Partei-Staat durch diese Maßnahme gestärkt, ohne daß dessen Führungsmonopol jedoch grundsätzlich in Frage gestellt würde. Eng mit diesen Veränderungen hängen *Neuinterpretationen der Ideologie* zusammen. Für die »Bruderparteien« ist das ein Bereich, der vielleicht noch brisanter ist als institutionelle und politische Neuansätze. Können diese – darauf wird zurückzukommen sein – noch durch sowjetische »nationale Besonderheiten« wegerklärt werden, so war die marxistisch-leninistische Ideologie ihrem Anspruch nach immer universell ausgerichtet, regionalen Schulen (Sinomarxismus, Eurokommunismus usw.) haftete immer der Geruch des »Revisionismus« an, deshalb wäre eine explizite, gar noch von den »Bruderparteien« als Abgrenzungsmaßnahme vorgenommene Definition eines »Sowjetmarxismus« nur schwer vorstellbar.

Die wichtigsten ideologischen Modifikationen, die sich bisher abzeichnen, sind:

- Die theoretische Tradition des Marxismus-Leninismus in den letzten 50 Jahren, die mit dem Triumph des »Stalinismus« in den 30er Jahren begründet wurde, wird als für das heutige Programm weitgehend bedeutungslos verworfen. Gorbatschow sagte dazu auf dem Januar-Plenum:

»Die theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus bleiben in vielerlei Hinsicht auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre, als die Gesellschaft völlig andere Aufgaben löste. (...) Sie wurzeln noch in jener konkreten historischen Situation, in der aufgrund bekannter Umstände aus der Theorie und der Gesellschaftswissenschaft die lebendige Diskussion und schöpferisches Denken verschwanden und

autoritäre Einschätzungen und Betrachtungen zu unantastbaren Wahrheiten wurden, die man nur noch kommentieren konnte« (Ebd. S. 9).

- Damit eng verbunden ist eine Veränderung des Bildes von der eigenen Geschichte: Sie wird nicht mehr als linear aufsteigende Linie sich aneinander reihender Erfolge gesehen, sondern – wie kürzlich in der »Pravda«¹⁴ zu lesen war – als »Zick-Zack-Bewegung« interpretiert, wobei die Bilanz zwar letztlich positiv ausfällt, in der es aber neben einer Reihe von Errungenschaften (wie der Industrialisierung und dem Sieg im II. Weltkrieg) sehr viele Tiefen gegeben hat.
- Der historische Bezugspunkt der heutigen Ideologie ist der vor-stalinistische Leninismus, politisch der der Revolutionsphase 1917/18, ökonomisch der »Neuen Ökonomischen Politik« der 20er Jahre. In diesem Kontext stehen auch die weitestgehenden Vorstellungen von einer »Demokratisierung« des Systems: Es soll versucht werden, das demokratische Potential des ursprünglichen Leninismus auszuschöpfen, das bedeutet natürlich auch: innerhalb von dessen Grenzen.
- Dem geistigen Leben in Wissenschaft und Kultur soll wieder eine kritische und vorwärtstreibende Funktion zukommen. In diesem Zusammenhang ist es im übrigen eine Untertreibung von einem bloßen Vorhaben zu sprechen, denn hier hat sich in den letzten zwei Jahren tatsächlich außerordentlich viel getan: Sowjetische sozialwissenschaftliche Zeitschriften zu lesen, sowjetische Filme anzusehen ist – wie Besucher- und Auflagenzahlen zeigen – ist nicht nur für Spezialisten sondern auch für Sowjetbürger zu einer interessanten und anregenden Beschäftigung geworden.
- Und schließlich spricht von dem alten Endziel der Ideologie, dem »Kommunismus« kaum mehr jemand. Im Programm der KPdSU wird es zwar noch erwähnt, der Generalsekretär dieser Partei aber umreißt ihr Ziel mit folgenden Worten:

»Wir wollen unser Land in einen vorbildlichen, hochentwickelten Staat umgestalten, zu einer Gesellschaft mit einer fortgeschrittenen Ökonomie, breitester Demokratie, mit der humansten und höchsten Moral, wo der werktätige Mensch sich als vollberechtigter Hausherr fühlt und alle Güter der materiellen und geistigen Kultur genießt, wo die Zukunft seiner Kinder gesichert ist, wo er alles findet für ein erfülltes und inhaltsreiches Leben« (Gorbatschow 1987, S. 71).

Was bedeutet all das für die Bruderparteien der KPdSU?

III. Die Reaktionen der »Bruderparteien« – Voraussetzungen

Wirtschaftlich gesehen ist die Situation zumindest in einigen sozialistischen Ländern – vor allem in der DDR – günstiger als in der Sowjetunion. Das ist (mit allen methodischen Vorbehalten, die für solche Vergleiche von Ländern ohne konvertible Währung zu machen sind) an der folgenden Tabelle in etwa ablesbar:

Tabelle 1 :

Potential und wirtschaftlicher Leistungsstand der europäischen RGW-Länder (1983)

Land	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner			Anteil am BIP des RGW (europäische Staaten + UdSSR)
	Plazierung	in US-Dollar	Index (RGW=100)	
DDR	1.	7 060	208	8
CSSR	2.	5 160	152	5
Bulgarien	3.	4 120	122	2
Ungarn	4.	4 020	119	3
UdSSR	5.	3 930	115	71
Polen	6.	3 010	89	7
Rumänien	7.	2 420	71	4

Quelle: H. Machowski, »Die Rolle der DDR in der gemeinsamen Industriepolitik der RGW-Staaten«, in: G. Helwig/I. Spittmann (Hrsg.), »Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft, Zwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9.-12. Juni 1987«, Köln 1987, S. 152

Auch für die Länder, deren wirtschaftliches Leistungsniveau höher ist als das der UdSSR, gilt allerdings, daß sie das alte Leninsche Kriterium für die »Überlegenheit« des Sozialismus, eine höhere Arbeitsproduktivität als die entwickelten kapitalistischen Länder zu erzielen, noch lange nicht erreicht haben. So beträgt selbst das BIP/Einw. der DDR nach obiger Tabelle nur 66% dessen der BRD, das des europäischen RGW (inklusive der UdSSR) liegt bei 40%. Deshalb stehen alle diese Länder mittelfristig vor der Notwendigkeit, neue Lösungen zu finden. Hinzu kommt, daß der Druck des kapitalistischen Weltmarktes zunehmend auch innerhalb des RGW wirksam wird, weil die Sowjetunion dessen Standards zum Maßstab ihrer Importe aus den kleineren RGW-Ländern zu machen versucht¹⁵. Aktuell allerdings ist die Situation – außer in Rumänien, Polen und der CSSR – nicht drängend. Zudem ist der sowjetische Reformprozeß im wirtschaftlichen Bereich noch nicht so weit fortgeschritten, daß man hier von einem neuen Modell sprechen könnte, das für diese Ökonomien der kleineren RGW-Staaten eine Herausforderung oder gar eine Versuchung darstellen könnte. Eher ist es umgekehrt so, daß bestimmte Elemente in den Wirtschaftssystemen dieser Länder von sowjetischer Seite sehr aufmerksam studiert werden (Vgl. Höhmann 1986) (ungarische Landwirtschaft, DDR-Kombinate, Dienstleistungssektor in Ungarn).

Die folgende Darstellung soll sich deshalb auf den politischen Aspekt beschränken. Damit rückt zugleich die Reaktion der »Bruderparteien« auf das Januarplenum 1987 der KPdSU in den Vordergrund, denn mit diesem Plenum sind die politischen Implikationen des sowjetischen Reformprozesses unübersehbar geworden.

Wie ist die Ausgangslage? Sie unterscheidet sich sowohl hinsichtlich der politischen Führungen wie der Geführten in manchen Punkten grundsätzlich von der Lage in der Sowjetunion. Die entscheidende Differenz besteht darin, daß die neue sowjetische Führung mit allen Kräften

versucht, die Menschen aus ihrer abwartenden Haltung herauszureißen und zu aktivieren, während sich dieses Problem in den kleineren europäischen RGW-Staaten perspektivisch eher umgekehrt stellt: Die Gesellschaft, wenn sie erst einmal in Bewegung gekommen sein wird, unter Kontrolle zu halten (Mlynar 1987). Schließlich geht es um eine Reform des Partei-Staates nicht um seine Abschaffung. Für diese Differenz zwischen der Situation in der UdSSR und in den anderen RGW-Staaten gibt es eine Reihe von Gründen:

Erstens wurde das »sozialistische System« in allen diesen Staaten mit massiver Unterstützung der sowjetischen Armee und des sowjetischen Geheimdienstes errichtet (Vgl. Seton-Watson 1956). Seither sind zwar vier Jahrzehnte vergangen, aber die Erinnerung daran, daß es sich bei diesem System um ein Importprodukt handelt, ist noch vorhanden und wird durch die Präsenz sowjetischer Truppen (außer in Rumänien und Bulgarien) ständig am Leben gehalten.

Zweitens ist deshalb die Frage des Partei-Staates und seiner Veränderung in diesen Ländern immer auch eine Frage ihrer Souveränität und eines gerade in den letzten Jahren sich wieder stärker regenden Nationalismus, der vor allem in Rumänien, Ungarn und Polen unübersehbar ist.

Drittens gibt es zumindest in der Tschechoslowakei und in gebrochener Form auch in der DDR ein bürgerlich-demokratische Tradition, die – wenn die Frage einer »Demokratisierung« des Systems aufgeworfen wird – einen naheliegenden Bezugspunkt darstellt. Anders als die von Gorbachev für die Sowjetunion proklamierte Rückkehr zum ursprünglichen, unverfälschten »Leninismus« ist *diese* Tradition mit der »führenden Rolle« der kommunistischen Partei unvereinbar.

Viertens gab es – mit Ausnahme Bulgariens – in allen diesen Ländern niedergeschlagene Rebellionen oder sogar gescheiterte Revolutionen: in der Tschechoslowakei 1953 und 1968, in der DDR 1953, in Polen 1956, 1970, 1976 und 1980/81, in Ungarn 1956. In Rumänien gab es 1977, 1981 und 1983 größere Streiks der Bergarbeiter.

Und *fünftens* gibt es zumindest in Ungarn und in Polen ein sehr viel höheres Maß gesellschaftlicher Eigenständigkeit und kultureller Pluralität als – zumindest bisher – in der Sowjetunion. All diese Faktoren lassen es naheliegend scheinen, daß der sowjetische Reformprozeß in der Bevölkerung in diesen Ländern auf Sympathie stößt, gerade deshalb aber bei den jeweiligen Führungen eine gewisse Skeptis vorherrscht.

Dieser Eindruck verstärkte sich noch, wenn man die Führungen der »Bruderparteien« etwas genauer betrachtet. Gorbachev ist als Repräsentant einer Reformtendenz ins Amt gewählt worden, von seinen Kollegen läßt sich das beim besten Willen nicht sagen:

– Gustav Husak wurde 1969 Generalsekretär der KPČ mit der Aufgabe nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« nun die »Normalisierung« zu exekutieren.

– Eine ähnliche aber noch weitergehende Aufgabe brachte Wojcech Jaruzelski 1981 ins Amt, er mußte die Volksbewegung mit Hilfe des Militärs niederschlagen

– Janos Kadar wurde 1956 gewählt und organisierte in den ersten Jahren seiner Amtszeit die blutigen Repressalien gegen die Teilnehmer am ungarischen Aufstand. Das ungarische Beispiel zeigt allerdings zugleich, daß auch eine unter solchen Vorzeichen konstituierte Führung sich unter bestimmten Umständen zu einer Reformpolitik durchringen kann.

Weniger dramatisch aber auch nicht gerade unter positiven, reformerischen Zeichen gestaltete sich die Amtsübernahme der drei noch zu benennenden Parteiführer:

– Todor Živkov wurde bereits 1954 Generalsekretär der Bulgarischen Partei, Ursache waren Differenzen seines Vorgängers mit der sowjetischen Führung über das Verhältnis zu Jugoslawien. Während sich Chruščev nach dem Bruch von 1948 nun mit Tito aussöhnen wollte, betrieb der Bulgare Červenkov eine scharf anti-jugoslawische Politik.

– Ebenfalls wegen außenpolitischer Differenz löst in der DDR 1971 Erich Honecker Walter Ulbricht, der die sowjetische Entspannungspolitik nicht mittragen wollte, ab.

Alle diese Führungswechsel geschahen wohl mit Billigung wenn nicht aktiver Einflußnahme der sowjetischen Führung. Die einzige Ausnahme ist

– Nicholae Ceausescu, dessen Vorgänger Gheorghiu-Dej 1965 gestorben war und der dessen rumänisch-nationalistische Politik konsequent fortsetzte.

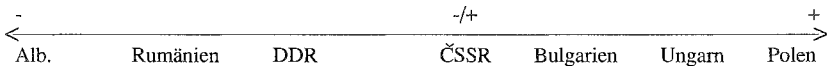
Wenn man sich fragt, ob diese Politiker willens sind, die sowjetischen Reformimpulse positiv aufzunehmen, so muß man zudem bedenken, daß sie alle – mit Ausnahme von Jaruzelski – den Zenit ihrer Laufbahn längst überschritten haben und schon aus Altersgründen in fünf Jahren wahrscheinlich keiner von ihnen mehr im Amt sein wird. Das ist keine gute Voraussetzung dafür, langfristige Reformperspektiven zu entwickeln.

Trotz dieser ähnlichen Voraussetzungen sind die konkreten Reaktionen auf den sowjetischen Reformprozeß und insbesondere auf das Januar-Plenum 1987 des ZK der KPdSU durchaus unterschiedlich ausgefallen.

IV. Reaktionen auf das Januar-Plenum des ZK der KPdSU

Wenn man eine Skala möglicher Reaktionen macht, die von wütender Ablehnung bis zu begeisterter Zustimmung reicht, so läßt sich für jeden Abschnitt einer solchen Skala ein konkretes Beispiel nennen. Auf der einen Seite die albanische KP, die nicht Gegenstand dieses Artikels ist, die das Plenum als neuen Tiefpunkt des »sowjetischen Revisionismus« geißelt¹⁶, auf der anderen Seite die polnische Führung, die die sowjetische Reformpolitik in geradezu überschwenglichen Worten begrüßt:

Schaubild 1: Reaktionen auf das Januar-Plenum 1987 des ZK der KPdSU seitens der Führungen der »Bruderparteien«



Diese Skala basiert auf den unmittelbaren Reaktionen seitens der veröffentlichten Meinung in diesen Ländern oder autoritativen Äußerungen der Parteiführer im Anschluß an das Januar-Plenum.

Zur Einordnung im einzelnen:

Rumänien. Die rumänische Presse enthielt sich jeden Kommentars zum KPdSU-Plenum. Das war an sich schon ein Affront. Was die Parteiführung bzw. Ceausescu davon hält, wurde allerdings in zwei Reden deutlich. Die erste Rede Ceausescus wurde am Tag der Eröffnung des

ZK-Plenums in Moskau, dem 27. Januar, in Rumänien veröffentlicht. Ceausescu erklärte (freilich ohne sich explizit auf die SU zu beziehen):

»Man kann nicht über eine Vervollkommnung des Sozialismus sprechen, indem man zurückblickt, indem man vom sog. Marktsozialismus spricht, vom freien Unternehmen und all dem ... Es kann keine Vervollkommnung des Sozialismus geben durch die sog. Entwicklung des kleinen Privateigentums. Kapitalistisches Eigentum, ob groß oder klein, ist immer noch kapitalistisches Eigentum (BBC SWB, EE/8477/B/9).«

Richtete sich diese Kritik gegen den wirtschaftlichen Teil der Reform, so zog Ceausescu in einer Rede vier Wochen später über deren politischen Gehalt her:

»Ich glaube, es ist nicht schlecht von mir, zu erwähnen, daß über diesen Zeitraum von mehr als 20 Jahren, in dem wir in allen Bereichen unsere Leitungsformen vervollkommen haben, beginnend mit der Partei, der Demokratisierung des allgemeinen Lebens, wir mehr als einmal offen oder versteckt kritisiert wurden... Jetzt haben wir ein Gefühl von Befriedigung, daß das, was wir getan haben, sich als richtig erwiesen hat und heute Probleme von Modernisierung, Reformen u.ä. in den meisten sozialistischen Ländern in der einen oder anderen Form auf der Tagesordnung sind¹⁷.«

Betrachtet man die Verhältnisse in Rumänien, so ist es geradezu absurd, von »Demokratisierung« zu sprechen (Vgl. Shafir 1985, S. 55, 64 ff.). Möglicherweise aber hat Ceausescu schon soweit den Bezug zur Realität verloren, daß er tatsächlich glaubt, die Sowjetunion würde nun seinem Beispiel folgen. Wahrscheinlicher aber ist, daß er sich über die sowjetischen Reformbemühungen lustig macht.

DDR¹⁸. Ebenso wie die rumänische Presse verzichtete auch die DDR-Presse auf jeden Kommentar zum Januar-Plenum. Als drei Tage nach diesem Plenum der sowjetische Außenminister Sevardnaze nach Ostberlin kam, um dessen Beschlüsse zu erläutern, wurde – wie bei solchen Anlässen üblich – eine »Gemeinsame Mitteilung« über diesen Besuch herausgegeben. Auch in dieser Mitteilung fehlt jede positive Würdigung des Plenums. Noch ein paar Tage später hielt Erich Honecker eine Rede vor den verunsicherten Parteifunktionären über die Aufgaben der SED. In dieser Rede erklärte er ausdrücklich, daß der sowjetische Reformprozeß nur für die Sowjetunion von unmittelbarer Bedeutung sei:

»Indem das Sowjetvolk die Beschlüsse dieses (des 27.) Parteitag (der KPdSU) und das Volk der DDR die des XI. Parteitages der SED verwirklichen, erfüllen sie (...) ihre Pflicht für die Stärkung des Weltsozialismus und die Sicherung des Friedens (ND7./8.2.87).«

Um den tieferen Sinn dieser Bemerkung zu verstehen, muß man sie mit früheren Änderungen zum gleichen Thema vergleichen. So wurde etwa der 24. Parteitag der KPdSU 1971 vom Politbüro der SED mit den Worten kommentiert, daß die dort »ausgearbeiteten Leitsätze des weiteren kommunistischen Aufbaus ... von allgemeingültiger theoretischer und politischer Bedeutung für die Beantwortung der Grundfragen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR sind.« (»Einheit« 1971, H. 5, S. 501) Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Honecker machte in seiner Ansprache Anfang Februar 1987 auch deutlich, welche Ausstrahlung er sich von dem ZK-Plenum zu Fragen der Demokratisierung, das eine Woche vorher in Moskau stattgefunden hatte, für die DDR versprach: nämlich keine. Kurz und knapp erklärte er:

»Wenn es um die sozialistische Demokratie in der DDR geht, dann ist sie durch nichts zu ersetzen (ND7./8.2.87).«

Selbst in dieser Rede brachte es Honecker fertig, das Januar-Plenum, das eine Woche vorher stattgefunden hatte, mit keinem Wort zu erwähnen – zumindest was den veröffentlichten, 10 Zeitungsseiten langen Text betrifft. Diese Mißachtung der sowjetischen Demokratisierungsbemühungen wurde wenig später durch den ZK-Sekretär für Wissenschaft und Kultur, Kurt Hager, in eine schon sprichwörtlich gewordene Formel gefaßt. In einem Interview antwortete er auf die Frage nach »perestrojka (Umbau) auch in der DDR?«

Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?¹⁹

Gorbacev antwortete ihm darauf am folgenden Tage anlässlich einer Rede in Prag:

»... es stellt uns vieles in diesem Haus (des Sozialismus - WS) schon nicht mehr zufrieden und ist hinter den wachsenden Erfordernissen und Bedürfnissen zurückgeblieben. Mit einer kleinen Reparatur ist es hier nicht getan. Man muß sich schon zu einer Rekonstruktion von Grund auf entschließen. (...)

Man kann sagen, daß heute ein zuverlässiger Gradmesser für die Seriosität einer regierenden Kommunistischen Partei nicht nur ihr Verhältnis zu den eigenen Erfahrungen, sondern auch zu den Erfahrungen der Freunde ist (Pr. 11.4.87/ND11./12.4.87).«

CSSR. Im Falle der Tschechoslowakei kann man nicht von »der« Reaktion »der« Führung sprechen, weil diese Führung in sich gespalten ist. Nicht erst seit Januar stehen sich Anhänger einer neuen Wirtschaftsreform und orthodoxe Stalinisten in einer erbitterten Auseinandersetzung gegenüber. Wortführer der Reformen ist Ministerpräsident Strougal, Wortführer der Stalinisten, Vasil Bilak, ZK-Sekretär für Ideologie und Außenbeziehungen. Die Chefredaktion des Parteiorgans »Rudé Pravo« steht auf Seiten der Reformen, insofern ist es nicht verwunderlich, daß dort am 29. Januar in einem Leitartikel zum sowjetischen Plenum ausgeführt wird, von ihm gehe »inspirierende Kraft« aus für die tschechoslowakischen Kommunisten. Strougal selbst hatte die Gelegenheit genutzt und in einer Rede, die am gleichen Tag, an dem das KPdSU-Plenum stattfand, veröffentlicht wurde, den Begriff der »Reform« wieder in die tschechoslowakische Diskussion eingebracht. Dieser Begriff war seit der Niederschlagung des »Prager Frühlings« verpönt. Jetzt wurde er von Strougal rehabilitiert (BBC SWB, EE/(8478/B/7). Auf der Gegenseite machte Vasil Bilak bei einer Sitzung der Ideologischen Kommission des ZK seinem Ärger Luft:

»Bei der Anwendung von Erfahrungen der Bruderparteien müssen wir prinzipiell – und nicht etwa konjunkturell oder opportunistisch – vorgehen, (d.h.) unter Berücksichtigung der Bedingungen, unter denen wir arbeiten und leben ... Nie dürfen wir auch jene Erfahrungen vergessen, die wir im Kampf gegen die Feinde des Sozialismus, insbesondere Ende der 60er Jahre, gewonnen haben²⁰.«

Bei Bilak ist am stärksten jene Furcht der Führungen vor unkontrollierbaren Bewegungen von unten spürbar, die zuvor erwähnt wurde. Es würde zu weit führen, die Auseinandersetzung in der CSSR in den folgenden Wochen darzustellen. Eine Zwischenentscheidung wurde noch vor dem Besuch Gorbacevs in Prag im April 1987 insofern erzielt, als Parteichef Husak, der sich zuvor merklich zurückgehalten hatte, Mitte März Stellung bezog: Es sei nicht (wie Bilak) behauptet, »Opportunistikum«, wenn man gerade jetzt von den sowjetischen Genossen lerne. Auch in der CSSR sei

»eine Umstrukturierung oder, wenn Sie wollen, Reform des Wirtschaftsmechanismus« (BBC SWB, EE/8521/C/2)

notwendig.

Eine Begleiterscheinung dieser Auseinandersetzung war, daß die SED sich Bilaks bediente. Das »Neue Deutschland« druckte am 23. Februar ein Interview mit Bilak ab, in dem dieser dagegen polemisierte, irgendwelche Parallelen zwischen dem Prager Frühling 1968 und dem heutigen Reformprozeß herzustellen. Daß die SED-Führung meinte, sich mit diesem diskreditierten Altstalinisten²¹ zusammentun zu müssen, zeigt, daß sie sich doch in einer gewissen Isolation befindet.

Bulgarien. Sehr viel positiver war die Reaktion in Bulgarien. Die bulgarische Nachrichtenagentur BTA verbreitete am 30. Januar einen Kommentar, in dem das KPdSU-Plenum als »historischer Durchbruch« gefeiert wurde. Der Appell zu einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Beziehungen werde sich auch »für die anderen Länder, die den Sozialismus aufbauen, zweifellos in einem machtvollen Impuls für Denken und Handeln verwandeln« (BBC SWB, EE/8481/A2/2).

Mitte Februar dann veröffentlichte die bulgarische Presse ein »Memorandum«, als dessen Autor der Generalsekretär Zivkov selbst zeichnete und in dem es um die Konsequenzen des KPdSU-Plenums für die bulgarische Partei ging. Zivkov sagte in diesem Memorandum u.a.:

»Eine der wertvollen Traditionen unserer Partei ist es, ihre eigenen Erfahrungen durch die Erfahrungen der Bruderparteien, insbesondere durch die großen Erfahrungen der KPdSU zu bereichern (...) Das ist heute im Zusammenhang mit dem Januarplenum des ZK der KPdSU besonders notwendig...

Wir sind dabei, die Bedingungen für einen schrittweisen Übergang zu einer politischen Selbstverwaltung des Volkes vorzubereiten. In Bulgarien wurde die Macht *im Namen* des Volkes aufgebaut und gehandhabt. Um Selbstverwaltung zu erreichen – zweifellos ein längerer Prozeß, der die Lösung komplexer Probleme einschließt – ist es, um mit Lenin zu sprechen, notwendig für uns überzugehen zur *Macht durch* das Volk (BBC SWB, EE/8499/B/5).«

Ungarn. Die ungarische Parteizeitung »Nepszabadsag« sprach am 31. Januar in einem Leitartikel ebenfalls davon, daß

»Ungarn die sozioökonomische Erneuerung unter Führung unserer Bruderpartei, der KPdSU, mit großem Interesse und großer Sympathie verfolgt. Die Gründe (dafür) sind die Gemeinsamkeit unserer Prinzipien und das Zusammenfallen unserer Ziele und Anstrengungen (BBC SWB, EE/84481/A2/5).«

Einige Tage später erläuterte dann der für die Außenbeziehungen zuständige ZK-Sekretär Mátyás Szüros in einem vielbeachteten Rundfunkinterview diese Einschätzung. Er gab eine sehr differenzierte und realistische Einschätzung der aktuellen Lage in der Sowjetunion und sparte auch heiße Eisen wie Sacharow und die Unruhen in Kasachstan nicht aus. Zur Frage des Modellcharakters der sowjetischen Veränderungen sagte er, es wäre Unsinn, das Geschehen dort zu kopieren, vorbildlich aber wäre

»schon jetzt die Denkweise, die Courage und die Konsequenz ..., mit der man dort komplex an den Reformprozeß herangeht. (...) Das, was heute in der Sowjetunion vor sich geht, bedeutet für uns Ungarn eine Bekräftigung und Unterstützung. Und es ist vielleicht nicht unbescheiden zu sagen, daß das in gewissem Sinne auch umgekehrt gilt (»Budapester Rundschau« 23.2.87).«

Polen. Die Position der polnischen Führung faßte Wojciech Jaruzeski am 21. Februar in einer Rede vor der Warschauer Parteiorganisation zusammen. Er sprach davon, daß sie die Entwicklung in der Sowjetunion »atemlos« verfolgen würden und daß die PVAP die Linie Gorbacevs »begeistert unterstützt«. »Ihr besonderes Verdienst ist, daß sie den Sozialismus daran hindert,

zu mumifizieren oder zu erstarren.« Zwischen der sowjetischen Reformpolitik und der Politik der PVAP gebe es keinerlei Differenzen. Mehr noch:

»Polen hat in den letzten 1 000 Jahren keine so glückliche Konstellation erlebt (wie jetzt). Das ist unsere große historische Chance (BBC SWB, EE/8500/B/12).«

So weit eine kurze Begründung für die Platzierung der einzelnen Länder auf der Skala. Die Frage nach den *Gründen der jeweiligen Reaktion* wurde bisher – außer im Falle der Tschechoslowakei, wo sich das nicht vermeiden ließ – bewußt ausgespart. Gibt es allen Ländern gemeinsame Faktoren, deren unterschiedlich starke Ausprägung die jeweils spezifischen Reaktionsweisen bedingen? Welche Faktoren könnten das sein?

Ein naheliegender Faktor wäre *Ergebnisheit bzw. Distanz der jeweiligen Führung zur KPdSU*. Betrachtet man die Position Rumäniens, so scheint das auch zuzutreffen. Trotzdem ist dieser Faktor wohl nicht von Bedeutung, denn die drei bisher engsten Bündnispartner der Sowjetunion, die DDR, die CSSR und Bulgarien, befinden sich an ganz unterschiedlichen Stellen. Zudem wird die Ambivalenz der tschechoslowakischen Position bedingt durch das negative Auftreten von Bilak, der aus gut verständlichen aber schlechten Gründen bisher zu den Treuesten der Treuen zählte. Dieser Faktor scheidet also aus.

Als Auslöser des sowjetischen Reformprozesses waren wirtschaftliche Schwierigkeiten genannt worden. Dieser Faktor soll in zwei Dimensionen betrachtet werden: *wirtschaftliches Leistungsniveau* und *eigene Bemühungen um eine Wirtschaftsreform*. Daß letzterer Faktor positiv mit einer entsprechenden Reaktion auf die sowjetischen Bemühungen korreliert, ist mehr als naheliegend, schließlich können sie jetzt von den jeweiligen Reformern als Beleg für die Richtigkeit des eigenen Tuns herangezogen werden. Wie aber steht es mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit? In Tabelle I war als Indikator dafür das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner genannt worden. Überträgt man die daraus sich ergebende Rangfolge auf das Schaubild 1, so ergibt sich folgendes Bild:

Schaubild 2: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Reaktion auf den sowjetischen Reformprozeß

Land	← -/+ →						
	Alb.	Rum.	DDR	ČSSR	Bulg.	Ungarn	Polen
wirtschaftl. Leistungsfähigkeit	8	7	1	2	3	4	6
eigene Wirtschaftsreform	-	-	-	+/-	+	++	+

Das Ergebnis ist in seiner Eindeutigkeit überraschend: Je höher das wirtschaftliche Leistungsniveau ist, desto verhaltener ist die Reaktion auf den sowjetischen Reformprozeß, je niedriger es ist, desto positiver fällt sie aus. Eine Ausnahme macht in dieser Beziehung nur Rumänien. Eine Erklärung dafür ist: Je höher das Entwicklungsniveau, um so eher kann die jeweilige Führung vorgeben oder tatsächlich auch glauben, das Ihre bereits getan zu haben, und den sowjetischen Reformprozeß als längst überfälliges Nachholen interpretieren. Daß etwa die Spitze der SED die Sache so sieht, daraus macht sie kein Geheimnis²². Umgekehrt können

gerade Länder mit niedrigerem Entwicklungsniveau hoffen, von dem sowjetischen Reformprozeß Impulse für eine Dynamisierung der eigenen Entwicklung zu bekommen. Diese Erklärung ist aber unbefriedigend, da - wie zu zeigen versucht wurde - der sowjetische Reformprozeß nicht auf rein wirtschaftliche Motive und Maßnahmen beschränkt ist, sondern auf eine umfassendere »Modernisierung« des Systems zielt. Dessen steigende Komplexität macht den überkommenen Mechanismus bürokratisch-zentralistischer Steuerung zunehmend funktionsunfähig:

»... anzunehmen, daß man im Rahmen einer derartig gewaltigen Wirtschaft wie der unseren in der Zentrale alles voraussehen kann, würde bedeuten, sich Illusionen hinzugeben (ND 27.6.87).« (Gorbacev)

An die Stelle solcher Illusionen soll eine Politik treten, die versucht, den Bürger in ein handelndes Subjekt gesellschaftlicher Entwicklung (gewiß nicht das einzige) zu verwandeln, und in begrenztem Rahmen die Tätigkeit der bürokratisch zersplitterten Zentrale durch die Eigendynamik gesellschaftlicher Subsysteme zu ersetzen. Wenn diese Diagnose richtig ist, so müßte sie erst recht für die industriell entwickelteren »sozialistischen Länder« zutreffen. Gerade die aber reagieren eher zurückhaltend, wobei sich die Waagschale im Fall der CSSR inzwischen allerdings in Richtung erneuter Reformpolitik senkt²³, so daß die gänzlich reformabstinente DDR zunehmend allein steht. Ein Gesichtspunkt, der in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, ist die Größe des Landes: Die gewaltige Größe der Sowjetunion potenziert - bei gleichem oder sogar geringerem Entwicklungsniveau - die Steuerungsprobleme. Es ist ein nicht nur quantitativer Unterschied, ob, wie in der DDR, die Zentrale 157 Großunternehmen (Kombinate) und ihre Querverbindungen zu leiten versucht oder, wie in der UdSSR, einige Tausend²⁴. Zweitens könnte (und das würde für die modernisierungstheoretische Argumentation sprechen) gerade der Umstand, daß die politischen Elemente des sowjetischen Reformprozesses in diesen Ländern auf der Tagesordnung stehen, d.h. die Aktualität einer »Demokratisierung«, zu besonderer Vorsicht von seiten der Führungen Anlaß geben. Da es um eine Reform des bestehenden Machtsystems - nicht um seine Abschaffung - geht, wäre hier die Gefahr einer Explosion der Erwartungen besonders groß.

Deshalb (und um das Ausscheren Rumäniens zu erklären) muß noch ein weiterer Faktor, der bereits erwähnt wurde, hinzugezogen werden: Die jeweilige *politische Stabilität*. Dieser Faktor ist nicht identisch mit »Ruhe im Land«, sondern gemeint ist damit die Fähigkeit des politischen Systems politische Herausforderungen, die sich aus gesellschaftlicher Differenzierung und Eigendynamik ergeben zu integrieren. Die jeweilige Ausprägung dieses Faktors ist nur schwer operationalisier- oder gar quantifizierbar. Es muß an dieser Stelle - auch aus Platzgründen - genügen, einige summarische Argumente für die Lage in den einzelnen Ländern anzuführen:

Rumänien: Die Versorgungslage der Bevölkerung ist katastrophal schlecht, das Regime pflegt einen abstrusen Personenkult und hält sich vor allem dadurch an der Macht, daß eine alles durchdringende Geheimpolizei, die Securită, Angst und Apathie in der Bevölkerung erzwingt. Hinzu kommen heftige nationale Spannungen, ausgelöst durch die rücksichtslose Rumänisierung gegenüber der ungarischen Minderheit.

DDR: Die Ereignisse an Pfingsten 1987 haben gezeigt, daß es unter der Oberfläche, zumindest bei der Jugend eine erhebliche Unzufriedenheit gibt. Zudem ist die DDR - neben der CSSR -

das einzige Land mit einer allerdings gebrochenen bürgerlich-parlamentarischen Tradition, die durch die spezifische Nähe zur Bundesrepublik ständig in Erinnerung gehalten wird²⁵.

CSSR: Es wurde Vasil Bilak zitiert und seine Ängste, daß der »Prager Frühling« neuerlich erblühen könnte. Diese Angst ist vielleicht nicht ganz unberechtigt. Auf der anderen Seite, in den politisch eigeninitiativ tätigen Teilen der Gesellschaft, macht sie sich bereits als Hoffnung bemerkbar²⁶.

Bulgarien ist das einzige europäische RGW-Land, in dem es bisher noch nicht zu größeren Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung kam. Eine Ausnahme gibt es auch hier: Die Repressionen gegen die türkische Minderheit im Zuge einer »Bulgarisierungspolitik«, doch ist wenig wahrscheinlich, daß dieser Konflikt gesamtgesellschaftliche Dimension annimmt. Die Versorgungslage ist stabil und Staats- und Parteichef Zivkov scheint relativ populär zu sein. *Ungarn*: In Ungarn ist – ebenso wie in – *Polen* – die tatsächliche politische Öffnung sehr viel weiter vorangeschritten als in der Sowjetunion. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Eigendynamik nehmen einen breiten Raum ein. Zugleich gibt es zunehmende soziale Spannungen, deshalb kann man die Situation nicht als »stabil« bezeichnen. In weit höherem Maße als in den anderen realsozialistischen Ländern aber versuchen Kräfte in der politischen Führung schon seit einiger Zeit, diese Spannungen durch eine Öffnung des politischen Systems abzufangen. Diese Politik trifft sich – aus fast entgegengesetzten Gründen – im Resultat mit den Intentionen der sowjetischen Reformer.

Polen schließlich ist ein ganz besonderer Fall. Faktisch gibt es dort seit langem eine unabhängige Öffentlichkeit, die sich in der Katholischen Kirche und in Hunderten von Untergrundzeitschriften und -verlagen organisiert hat. »Glasnost« wird dort schon länger als in der Sowjetunion praktiziert und Jaruzelski hat demonstriert, daß das möglich ist, ohne daß das System zusammenbricht. Auf der anderen Seite erklären alle kritischen Beobachter, daß diese Gesellschaft noch immer in zwei Teile gespalten ist. Die Wirtschaftsreform tritt auf der Stelle, auch wenn jetzt ihre »2. Etappe« verkündet worden ist. Das entscheidende Problem ist wahrscheinlich, die Demoralisierung und die Apathie in der Bevölkerung, die durch den »Militärputsch« (eines Putsches eines Teils der Partei mit Hilfe des Militärs) produziert wurde. Diese Apathie stellt – weil sie eine wirtschaftliche Erholung verhindert – eine viel akutere Gefahr dar als eine Wiederholung der Volksbewegung von 1980/81. Jaruzelski verspricht sich von Gorbacev wahrscheinlich zweierlei: Einerseits Rückenstärkung gegen die Konservativen in der eigenen Partei, andererseits daß etwas von Gorbacevs Charisma und Glaubwürdigkeit auf ihn ausstrahlen würde, so daß es ihm gelingen würde, die eigene Bevölkerung für seine Politik zu gewinnen.

Insgesamt ist bei dem Faktor politische Stabilität, wenn er eine Rolle spielt, die erprobte Fähigkeit, gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen nicht allein mit repressiven Mitteln im Rahmen des Systems zu halten, der entscheidende Punkt. Dabei sollte man allerdings nicht vergessen, daß sowohl in Ungarn wie in Polen dieser Phase positiver Integration der Einsatz des Militärs gegen die rebellische Bevölkerung vorausgegangen ist. Das aber gilt auch für die DDR und die CSSR, nur daß dort keine Integrationspolitik anschoß.

V. Die Reaktionen aus sowjetischer Perspektive

Fragt man sowjetische Funktionäre, wie sich aus ihrer Perspektive etwa die mehr als verhaltene Reaktion der SED-Führung auf ihre Reformbemühung ausnimmt, so bekommt man immer die gleiche Antwort: Es gehe um eine sowjetische Reform, die »Bruderparteien« aber müßten ihre jeweilige Politik selbst bestimmen und wissen, was für ihr Land gut ist. Diese Position wurde von Gorbacëv bei seinem Besuch in Rumänien im Mai 1987 in die Worte gefaßt:

»Es scheint, so und nur so können und sollen die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten aufgebaut sein: volle Selbständigkeit in der Bestimmung des eigenen politischen Kurses und kollektive Verantwortung für das Schicksal des Weltsozialismus, breiter, wechselseitig nützlicher Erfahrungsaustausch und gleichberechtigte, kameradschaftliche Zusammenarbeit« (Pr. 27.5.87).

Das würde bedeuten: In der West- und Abrüstungspolitik wird Einheitlichkeit verlangt, was von den kleineren europäischen RGW-Staaten keine sonderliche Überwindung erfordert, da – soweit sichtbar – ihre Interessen mit der neuen sowjetischen Westpolitik harmonieren. Was aber die Innen- und Wirtschaftspolitik betrifft, so würde von dem Großen Bruder in Moskau »volle Selbständigkeit« gewährt, das Spektrum möglicher Optionen würde vom rumänischen »Feudalsozialismus« bis zum ungarischen Marktsozialismus reichen. Ein jeglicher solle nach seiner Façon selig werden.

Ganz so einfach ist die Sache nicht. Zutreffend ist wohl, daß keine unmittelbare Übernahme des neuen sowjetischen Kurses gefordert wird, denn daran hätte keine der in der KPdSU erkennbaren politischen Richtungen ein Interesse:

- die Konservativen nicht, weil sie gegen jede Ausweitung der Reformpolitik sein müssen,
- die Reformer nicht, weil das Risiko einer ähnlichen Entwicklung wie nach der »Entstalinisierung« 1956 zu befürchten wäre, die die Reformpolitik im eigenen Lande gefährden könnte.

Das bedeutet jedoch nicht, daß in der Intra-Block-Politik eine Art *Laissez faire* eingekehrt wäre. Zum einen gilt weiterhin für jede denkbare (wengleich gegenwärtig unwahrscheinliche) Reformpolitik der kleineren RGW-Länder, daß an den Grundfesten des Systems nicht gerüttelt werden darf. So hat der sowjetische Generalsekretär auf dem X. Parteitag der Polnischen Arbeiterpartei im Juni 1986 in seiner Grußansprache ausdrücklich betont, daß »die sozialistischen Errungenschaften« (so zweifelhaft sie auch sein mögen) »unumkehrbar sind« (Pr. 1.7.86). Zum anderen gibt es wohl auch hinsichtlich jener Länder, deren Führungen alles andere als eine Reformpolitik im Sinne haben, Absprachen. Ein entsprechender offizieller Beschluß ist zwar nie veröffentlicht worden, es gibt aber Indizien dafür, daß eine solche Vereinbarung in Form von »Richtlinien« existiert.

Die Entscheidung darüber könnte selbstverständlich nur von einem Gipfeltreffen der Staats- und Parteiführer getroffen werden. Das Treffen, das dafür in Frage kommt, fand am 10. und 11. November 1986 in Moskau statt. Das war kurz nach dem Gipfeltreffen in Reykjavik und zugleich in der Periode sowjetischer Innenpolitik als um die Vorbereitung des ZK-Plenums zur Kaderpolitik und zur Demokratisierung gerungen wurde, das dann schließlich nach dreimaliger Verschiebung und mit vier Monaten Verspätung im Januar 1987 stattfand. Von diesem Gipfeltreffen wurde nur ein überaus mageres Kommuniqué veröffentlicht – es umfaßte nicht mehr als sieben Sätze. Daraus ging hervor, daß nicht nur über Reykjavik, sondern auch über die

ökonomische Zusammenarbeit im RGW und »über eine vollständige Entfaltung des schöpferischen Potentials des Sozialismus« gesprochen worden war (ND 12.11.86).

Erich Honecker hat in einer Rede vor dem ZK der SED, die er eine Woche später hielt, zur Charakterisierung dieses Treffens die Formulierung gebraucht, seine Ergebnisse seien »von geradezu historischer, fundamentaler Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Zusammenarbeit...« (ND 22/23.11.86).

Wie er zu dieser Einschätzung kam, verriet er nicht. Spitzenfunktionäre anderer »Bruderparteien« waren nicht ganz so zurückhaltend. Der tschechoslowakische ZK-Sekretär Jan Fojtík erwähnte im Frühjahr 1987 in einer Rede, auf jenem Treffen seinen »Richtlinien für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern« verabschiedet worden²⁷. Seine Erläuterungen des Inhalts dieser »Richtlinien« beschränkte sich allerdings darauf, daß »die Souveränität jedes Landes, seine Erfahrung und seine spezifischen Bedingungen respektiert würden.«

D.h., es bestünde kein Zwang, die sowjetische Reformpolitik zu übernehmen. Dieser Punkt wird es gewesen sein, der Honecker besonders begeistert hat. Das ist aber nicht alles. Todor Živkov, der bulgarische Parteichef, berichtet in einem »Memorandum« an das Politbüro seiner Partei, daß auf der Moskauer Konferenz Übereinstimmung darin geherrscht habe, »daß die sozialistischen Länder vor einer erbarmungslosen Alternative stehen: entweder Spitzenpositionen in der wissenschaftlich-technischen Revolution und im Wirtschaftsbereich einzunehmen (...) oder stagnierend zu bleiben und mit einer wachsenden Anzahl akuter Probleme konfrontiert zu sein, die wahrscheinlich Krisensituationen hervorbringen werden.«

Dabei gehe es um »Gründe und Faktoren, die allen sozialistischen Ländern gemeinsam sind« und die »die drängende Frage eines neuen Entwicklungsstadiums (des Sozialismus) stellen« (BBC SWB, EE/8 499/B/3). Die Konsequenz aus dieser Argumentation hat Gorbacev in seiner bereits zitierten Rede in Prag gezogen. Er erinnerte an die Moskauer Konferenz, hob die positive Bedeutung »spezifischer Formen und eigenständiger Lösungen« beim »sozialistischen Aufbau« hervor und erklärte dann:

»Was den Wert dieser Erfahrungen anbelangt, so haben wir ein Kriterium: die gesellschaftspolitische Praxis, die Ergebnisse der sozialökonomischen Entwicklung, die Stärkung des Sozialismus in der Tat« (ND 11./12.4.87).

So sei die KPdSU einerseits »weit davon entfernt, irgendjemand dazu aufzurufen, uns zu kopieren« (ebd.), andererseits aber ergibt sich aus diesem »Kriterium«, daß die jeweiligen »Lösungen« am wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erfolg zu bemessen sind, »Eigenständigkeit« nicht als Rechtfertigung für wirtschaftliches Versagen gelten kann, wie das etwa bei Rumänien der Fall ist²⁸. Für die Länder mit einem relativ guten wirtschaftlichen Leistungsniveau ergibt sich daraus allerdings die Möglichkeit, strukturpolitisch erst einmal abzuwarten. Aber auch für sie gilt das nicht uneingeschränkt, denn selbst die DDR ist von »Spitzenpositionen« auf dem Weltmarkt noch weit entfernt und auch von ihr wird innerhalb des RGW, von seiten der Sowjetunion, mehr gefordert als früher. Nur meint die sowjetische Reformführung in diesem Fall wohl, die Sache habe keine Eile. Zudem dürfte die DDR das Land sein, in dem sie sich zu allerletzt – aus wirtschaftlichen und aus außenpolitischen Gründen – unkontrollierbare Entwicklungen »wünscht«. Wo aber, wie in der ČSSR – eine Entscheidung zwischen Ver-

teidigung des Status quo und Reform herangereift ist, dort macht sie ihren Einfluß durchaus – wenngleich verdeckt – geltend. Ein Beispiel dafür ist, daß zur Vorbereitung des Gorbacev-Besuches in diesem Land drei sowjetische Spitzenpolitiker anreisen²⁹, von denen keiner sich mit dem für Außenbeziehungen zuständigen ZK-Sekretär, dem Führer der Konservativen, Vasil Bilak, traf, wohl aber zwei von ihnen³⁰ mit dem Reformprotagonisten Strougal. Gorbacev selbst hat sich bei seinem Besuch dann zwar in der Öffentlichkeit – zur Enttäuschung vieler Beobachter – sehr zurückgehalten, hinter verschlossenen Türen soll er allerdings etwas deutlicher geworden sein und auch die antisowjetischen Stimmung nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten 1968 angesprochen haben, die jetzt dank der Reformpolitik überwunden sei³¹.

In den Beziehungen zwischen den RGW-Staaten spielt sich – trotz *glasnost* – zu viel im Verborgenen ab, als daß über Neuansätze der Intra-Block Politik der UdSSR präzise Aussagen gemacht werden könnten. Wahrscheinlich ist, nach dem was bisher bekannt ist, daß die sowjetische Seite die Einleitung von Reformprozesse in den kleineren europäischen RGW-Staaten auch künftig nicht forcieren wird, doch ihren wirtschaftlichen Druck als Lieferant von Energie, Bezieher von Industriewaren und bei weitem größte Wirtschaftsmacht im RGW wird sie erhöhen. Und es kann wohl erwartet werden, daß dort, wo Entscheidungen über eine Reform im Innern herangereift sind, die Führung der KPdSU auch Position bezieht. Der Bevölkerung aber rät sie zur Geduld. Als Gorbacev im Mai 1987 die rumänische Hauptstadt Bukarest besuchte, nahm er auch das übliche Bad in der Menge. An eine Passantin gewandt sagte er:

»Sogar wenn Sie mir sagen, daß alles in ihrem Land gut ist, im Land und in jeder Familie, würde ich Ihnen nicht glauben. Es gibt Probleme. (...) Ich kann sehen, daß sie sich Sorgen um das Land machen: aber schauen Sie doch bloß auf die kurze Zeitspanne in der Geschichte, in der das arbeitende Volk von Rumänien auf dem Weg des Sozialismus ein generell rückständiges Land in ein in vielerlei Hinsicht modernes Land verwandelt hat. Das ist es, was die vorangegangene Generation (...) geschaffen hat und die heutige Generation muß das fortsetzen und mehr als das, etwas hinzufügen. Das ist der einzige Weg« (BBC SWB, EE/8 580/C 6).

Anmerkungen

- 1 Zu Andropow als Reformier vgl. Medvedev 1983, S. 127 ff.
- 2 Für die Unterscheidung von »extensiver« und »intensiver« Entwicklung vgl. SIK 1967 (zuerst 1964 in der CSSR veröffentlicht), S. 46 ff. und *passim*.
- 3 Frühzeitig hat darauf der polnische Ökonom H. Szajfer in der »Prokla« aufmerksam gemacht: Nachzuholende Entwicklung unter Bedingungen des Weltmarktes: das Beispiel der polnischen Entwicklung, in: Prokla, 1977, H. 27, S. 7-24.
- 4 Vgl. DIW-Wochenbericht, 1985, H. 29, S. 330.
- 5 Eine Ausnahme bildet zumindest teilweise Ungarn, vgl. dazu den Beitrag von Mária Huber in diesem Heft.
- 6 Pravda 20.1.87, S. 2 und 21.1.87, S. 2. Eine ausführliche Darstellung dieses Artikels findet sich bei K. Segbers 1987, S. 30 ff.
- 7 Vgl. etwa seinen Beitrag auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU, in: Presse der Sowjetunion, 1986, H. 4, S. 154 ff.
- 8 Vgl. seine Rede anlässlich von Lenins Geburtstag, in: Pravda 23.4.83.

- 9 In einem Interview hat Valentin Falin, der Chef der sowjetischen Nachrichtenagentur APN, kürzlich versucht, »glasnost« zu definieren: »Was ist damit gemeint? Diesem Volk ist bis vor kurzem nicht erlaubt gewesen, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden. Statt dessen hatte sich die Gewohnheit etabliert, alles von einem Zentrum aus zu regieren, alles zu sehen, alles zu verstehen, alles im voraus zu wissen. Das sind schlechte Dogmen gewesen... Glasnost bedeutet in meinen Augen vor allem Ehrlichkeit. Es gilt nur das zu sagen, was Wahrheit ist. Wer nicht imstande ist, die volle, die ganze Wahrheit zu sagen, der soll besser schweigen. (...) Wirkliche Diskussionen, die nicht vorher arrangiert worden sind. Kein Theater spielen und behaupten, das sei Demokratie.« Süddeutsche Zeitung 19.6.87, S. 3.
- 10 Literaturnaja gazeta 10.9.86, dt. in: Kunst und Literatur, 1987, H. 3, S. 343.
- 11 Der Text dieses am 30.10.85 verabschiedeten Gesetzes findet sich in Osteuropa, 1986, H. 6, S. A 305 f.
- 12 Vgl. Literaturnaja gazeta, 1986, H. 16, S. 13, n. Radio liberta research 224/86, S. 7.
- 13 S. dazu den Beitrag von H. Conert in diesem Heft.
- 14 »... es zeigte sich, daß auch im Sozialismus die historische Entwicklung einen Zickzackweg geht.« Volobuev, V.: Velikij Oktjabr'i istoriceskie? sud'by nasej? Rodiny, Pravda 27.3.87.
- 15 Auf dem RGW-Gipfeltreffen 1984 verpflichteten sich die Teilnehmer im Austausch für »die Durchführung und Fortsetzung der Lieferung einer Reihe von Rohstoffen und Energieträgern aus der Sowjetunion« »die von der Sowjetunion benötigten Erzeugnisse ... hoher Qualität und mit technischem Weltniveau bereitzustellen«. »Erklärung«, in: ND 16./17.6.84.
- 16 Die albanische Parteizeitung gab ihrem Artikel zum Januarplenum den Titel »Gorbacevs Reorganisationen – Zeugnis des Bankrotts des Sowjetrevisionismus«, in: BBC SWB, EE/8 490/A 2/1.
- 17 Agerpress 27.2.87, zit. n. Radio Free Europe Research, Romanian Situation Report 2, 6.3.87, S. 4.
- 18 Auf die Reaktion der SED-Führung auf den sowjetischen Reformprozeß bin ich ausführlicher eingegangen in: Süß 1986 und Süß 1988.
- 19 ND 10.4.87. Sinngemäß ähnlich aber etwas höflicher antwortete Honecker auf die Frage »Wird die DDR dem Vorbild von »Glasnost« folgen?«: »Viele der Veränderungen in der Sowjetunion sind in der DDR bereits gang und gäbe. (...) Sie müssen das so sehen: Beide Länder haben ihre eigenen Rezepte, aber die übernehmen wir nicht so mir nicht dir nichts.« ND 3.6.87 (Interview mit niederländischen Pressevertretern).
- 20 Rudé pravo 11.2.87, zit. n. Horsky 1987 (Nr. 6), S. 2; vgl. auch BBC SWB, EE/8 4909/B/5 f.
- 21 Bilak spielte bei der Vorbereitung der Okkupation der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Staaten eine verhängnisvolle Rolle.
- 22 S.o. Anm. 18 und 19.
- 23 Am 7.7.87 kündigte ZK-Sekretär Milos Jakes vor einer Gruppe tschechoslowakischer Parlamentarier die Veröffentlichung eines umfassenden, allerdings auf die Wirtschaft beschränkten Reformpaketes an. Neue Zürcher Zeitung 9.7.87, S. 4.
- 24 Gorbacev kündigte auf dem Juniplenium an, daß statt der bisher 37 000 in den Staatsplan einbezogenen Industriebetriebe künftig »einige tausend große« Industrievereinigungen der Zentrale unterstehen sollten. ND 27.6.87.
- 25 Bei einer mehr ins Detail gehenden Analyse lassen sich auch in der DDR Ansätze zu einer vorsichtigen Öffnung des politischen Systems gegenüber der Gesellschaft finden. Ich bin darauf eingegangen in: Süß 1987.
- 26 Vgl. »Unofficial Attitudes to Gorbachev's Reformism«, Radio Free Europe Research, Czechoslovak Situation Report /6. 4.6.87, S. 11-14.
- 27 BBC SWB, EE/8 512/B/2; vgl. auch Der Tagesspiegel 10.3.87, S. 1.
- 28 So gab Gorbacev bei seinem Rumanien-Besuch auch in der Öffentlichkeit recht deutlich seine Unzufriedenheit mit den rumänisch-sowjetischen Außenwirtschaftsbeziehungen zu erkennen. Vgl. Pravda 26.5.87, S. 2 (Toast beim Empfang durch Ceausescu) und Neue Zürcher Zeitung 28./29.5.87, S. 1 f.
- 29 Außenminister Sevardnadze, ZK-Sekretär Zajkov und Verteidigungsminister Sokolov.
- 30 Sevardnadze und Zajkov.
- 31 Vgl. den Bericht in »Moscow News«, 19.4.87, S. 6.

Abkürzungen

BBC SWB	British Broadcasting Corporation, Summary of World Broadcast
ND	Neues Deutschland
Pr.	Pravda
SWGB	Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge

Literatur

- Aganbegjan, A. (1986): Fünfjahrplan der Wende und der Beschleunigung, in: *SWGB*, H. 6
- Gorbatschow, M. (1987): *Rede und Schlußwort auf dem Plenum des ZK der KPdSU*. Moskau am 27. und 28. Januar 1987, Berlin (DDR) 1987
- Höhmann, H.-H. (1986): *Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern: Modell oder Herausforderung für die Sowjetunion?*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 27
- Horsky, V. (1987): *Prag und die reformkommunistischen Ansätze Gorbatschows*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, 25.2.87/Nr. 6 und 31.3.87/Nr. 10
- Kosta, J. / Levčik, F. (1985): *Wirtschaftskrise in den osteuropäischen RGW-Ländern*. Forschungsprojekt Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Studie Nr. 8, Köln
- Leptin, G. / Adirim, I. (1986): Die sowjetische Wirtschaftspolitik und die Aussichten einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *Osteuropa*, H. 12
- Machowski, H. (1987): Die Rolle der DDR in der gemeinsamen Industriepolitik der RGW-Staaten, in Hellwig, G. / Spittmann, I. (Hrsg.), »*Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft*«, Köln
- Medvedev, Zh. (1983): *Andropov*, Oxford
- Mlynár, Z. (1987): Das einsame Rennen gegen die Uhr, in: *Die Zeit* vom 13.3.87, S. 4
- Poljanski, N. / Rahr, A. (1986): Gorbatschow. Der neue Mann, München
- Schmidt-Häuer, Ch. (1986): *Michail Gorbatschow*, Mit einem Essay »Vom Soll und Haben des neuen Mannes: Etappen und Chancen einer Wirtschaftsreform« von Mária Huber, 4. Aufl., München/Zürich
- Segbers, K. (1987): Sozialkampf in der Sowjetunion?, in: *Osteuropa-Info*, H. 68
- Seton-Watson, H. (1956): *The East European Revolution*, New York, 3. Aufl.
- Shafir, M. (1985): *Romania. Politics, Economics and Society*. Political Stagnation and Simultated Change, Boulder/Colorado
- Sik, O. (1967): *Plan und Markt im Sozialismus*, Wien
- Süß, W. (1986): Kein Vorbild für die DDR? Die sowjetischen Reformbemühungen aus der Sicht der SED, in: *Deutschland Archiv*, H. 9
- Süß, W. (1987): *Interessen und politisches System*, in: Helwig / Spittmann (s. Machowski 1987)
- Süß, W. (1988): Größere Eigenständigkeit im Dienste des Status quo. Die DDR und ihre Blockführungsmacht, in: Glaessner, G.-J. (Hrsg.), »*Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft* (Festschrift für Hartmut Zimmermann)«, (erscheint im Frühjahr 1988)
- Szljajfer, H. (1977): Nachzuholende Entwicklung unter den Bedingungen des Weltmarkts: das Beispiel der polnischen Entwicklung, in: *Prokla* 1977, H. 27
- UdSSR in Zahlen für 1984, Moskau 1985

Reimar Stuckenbrock/Michael Gumbert Gorbatschows Abrüstungsvorschläge – das Ende des Rüstungswettlaufs ?

»Die neue Philosophie der Außenpolitik« und die Umgestaltung der Sowjetunion

Während in den USA die Reagan-Regierung seit Beginn der 80er Jahre mit der Ausdehnung des Rüstungswettlaufs alte Hegemonievorstellungen zu einem neuen Konzept strategischer Überlegenheit (Czempiel 1986 a, 1986 b), zu verknüpfen versucht, läßt sich in der Sowjetunion seit der Machtübernahme Gorbatschows eine Erneuerung in eine andere Richtung beobachten. In seinem politischen Bericht an den 27. Parteitag der KPdSU übte er schonungslose Kritik an der bisherigen Politik und forderte die gesamte Sowjetunion zu einem radikalen Umdenken auf. Dies gelte, so Gorbatschow, insbesondere für die inneren Angelegenheiten des Landes, die zwingend rasche Veränderungen verlangten, aber auch für die äußeren Angelegenheiten sei ein Neuanfang unumgänglich. Er begründete dies mit den tiefgreifenden Veränderungen, die die gegenwärtige Weltlage charakterisierten, die Umdenken »und eine komplexe Analyse all ihrer Faktoren« erforderten:

»Die Situation der nuklearen Konfrontation verpflichtet zu neuem Herangehen, zu neuen Formen und Verfahren in den Beziehungen zwischen verschiedenen sozialen Systemen, Staaten und Regionen« (Gorbatschow 1986b, S. D 209).

Zwar seien es die NATO und die USA gewesen, die der Sowjetunion seit 1945 einen ungeheuren Rüstungswettlauf »aufgezwungen« und insbesondere seit dem Beginn der 80er Jahre noch verschärft hätten, indem sie von einer Politik der Entspannung zu einer Politik der Stärke zurückgekehrt seien. Mit deutlichem Hinweis auf seine Vorgänger betont Gorbatschow jedoch die Notwendigkeit eines Neuanfangs in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.

Bedurfte es demnach 1986 noch einer ausdrücklichen Legitimation für eine Politik der Wiederannäherung an die USA, so kann es im September 1987 über die Grundsätze des neuen Kurses in der Sowjetunion kaum noch Zweifel geben: Der UdSSR gelang es, die für sie negative Bilanz in der internationalen Politik während der ersten Hälfte der 80er Jahre (vor allem bedingt durch ihre Intervention in Afghanistan) wieder positiv zu gestalten. Dabei handelt es sich nicht nur um atmosphärische Positionsgewinne in der internationalen Öffentlichkeit, um deretwillen, wie einige konservative Kremlologen argwöhnen, einige publikumswirksame Abrüstungsinitiativen veranstaltet werden, die den innenpolitischen Druck für mehr Rüstungskontrolle im Westen verschärfen sollen, während die Sowjetunion aufgrund ihrer von der Partei kontrollierten und gesteuerten Öffentlichkeit von derartigen Kontroversen unbehelligt bleibt. Für diese Sichtweise bleibt es auch unter Gorbatschow selbstverständlich, daß Besorgnisse oder Angst vor dem Nuklearkrieg (ein Motiv der westlichen Friedensbewegung), in der Logik des Ost-West Nullsummenspiels von der Sowjetunion angeblich stets dazu benutzt wird,

westliche »Nach«rüstung zu diffamieren oder gar zu behindern (Wettig, 1987 S. II; 1986; 1984). Aus dieser Perspektive gibt es natürlich nur eine »sowjetische« Bedrohung des Westens; während umgekehrt Bedrohungsperzeptionen der UdSSR aufgrund des demokratischen Charakters der westlichen Gesellschaften als von vornherein abwegig gilt. Westliche Rüstung dient aus dieser Sicht »nur« der rein defensiven Abschreckung einer »möglichen« sowjetischen Aggression, während die sowjetischen Potentiale stets verborgene Droh- oder Kriegsführungsoptionen beinhalten (Wettig 1983; Krause 1982). Ebenso unakzeptabel ist natürlich die bisherige sowjetische Selbstdarstellung, die Sowjetunion sei aufgrund ihrer sozialen Struktur eo ipso friedensfähig und abrüstungsbereit, würde aber nur von dem jeweiligen Gegner an der Ausübung ihrer genuinen Friedensmission gehindert und ständig zur »Nach«rüstung gezwungen. Diese Logik hat uns nicht nur, wie die Abschreckungstheoretiker unablässig wiederholen, einen vierzigjährigen Frieden in Europa beschert, sondern auch einen beispiellosen Rüstungswettlauf. Sein Ergebnis war nicht mehr Sicherheit, sondern eine Zerstörungsdrohung für die ganze Zivilisation. Eher ist es eines der erstaunlichen Phänomene des Nuklearzeitalters, daß es bis in die frühen achtziger Jahre gedauert hat, bis sich in Ost und West nennenswerte Teile der Bevölkerung von den vorhandenen Waffenarsenalen bedroht fühlten, und zum ersten Mal ihre Regierungen zu substantiellen Abrüstungsschritten aufforderten.

Dies ist weder in Ost noch in West ohne Wirkung geblieben, auch wenn beide Regierungen zur Beendigung des Rüstungswettlaufs und zur Reduzierung bzw. Abschaffung der Nuklearwaffe zwei sich eher ausschließende Konzepte vertreten: Die Sowjetunion hat am 16.1.1986 einen Stufenplan zur völligen nuklearen Abrüstung bis zum Jahre 2000 vorgelegt (Gorbatschow 1986a), während die Reagan-Regierung zunächst einen beispiellosen Rüstungsschub initiierte und seit 1983 parallel dazu, ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem entwickeln will, um Nuklearwaffen »unwirksam und überflüssig zu machen« (Reagan 1983, S.D 270). Die von Reagan vorgeschlagene Lösung ist eine technische, die nach dem alten Prinzip verfährt, durch unilaterale Rüstungsschritte die eigene Sicherheit zu gewährleisten, anstatt durch Maßnahmen wie z.B. Abrüstung oder Rüstungskontrolle multilateral Sicherheit zu vereinbaren, wie sie Gorbatschows Vorschlägen zugrundeliegen. Abrüstung und Rüstungskontrollinitiativen entstehen nicht im luftleeren Raum und lassen sich daher nur angemessen beurteilen, wenn der ihnen zugrundeliegende politische Zusammenhang geklärt ist. Handelt es sich z.B. um reine Propaganda, dürfte eine solche Politik zweifellos schnell mit der Realpolitik kollidieren, die, wie das amerikanische Beispiel in den letzten Jahren gezeigt hat, alles andere als Rüstungsreduzierung intendiert hat. Die nicht überzeugende Logik des Aufrüstens, um abzurüsten, ist nicht sehr schwierig als Kaschierung der herrschenden Politik kontinuierlicher Rüstungskonkurrenz zu durchschauen, die sich durch die unglaubliche Klage, die Politik laufe der Technologieentwicklung ständig hinterher, sehr dilettantisch ihrer Verantwortung für politische Entscheidungen zu entledigen versucht. Gorbatschow betont ausdrücklich das gegenteilige Verfahren: Nur ein neuer politischer Ansatz vermag die Logik des Rüstungswettlaufs zu durchbrechen:

»Der Charakter der modernen Waffen läßt keinen Staat die Hoffnung, sich allein durch militärisch-technische Mittel zu schützen, sagen wir durch die Schaffung einer Verteidigung, und sei sie noch so

mächtig. Die Gewährleistung der Sicherheit nimmt immer mehr den Charakter einer politischen Aufgabe an, deshalb kann sie nur mit politischen Mitteln gelöst werden. Es bedarf vor allem des Willens, den Weg der Abrüstung zu gehen. Die Sicherheit kann nicht bis ins Unendliche auf der Angst vor Vergeltung, d.h. auf den Doktrinen der »Eindämmung« und Abschreckung, aufgebaut werden. Es wäre schon an sich absurd und unmoralisch, die ganze Welt zur nuklearen Geißel herabzuwürdigen, aber darüber hinaus peitschen solche Doktrinen die Hochrüstung an, und früher oder später kann sie sich jeder Kontrolle entziehen« (Gorbatschow 1986b, S. D 216).

Diese Einschätzung stützt sich auf die Vorstellung, daß »für Kriege und Politik der Stärke die Welt von heute viel zu klein und gebrechlich« geworden ist. Diese könne nicht gerettet und erhalten werden, »wenn man nicht entschieden und ein für allemal mit der Denk- und Handlungsweise bricht, die jahrhundertlang auf der Vertretbarkeit, Zulässigkeit von Kriegen und bewaffneten Konflikten basierte«. Daraus folgt für ihn die Einsicht,

»daß sich das Wettrüsten ebensowenig gewinnen läßt, wie ein Atomkrieg selbst. Die Fortsetzung eines solchen Wettlaufs auf der Erde und erst recht seine Ausdehnung in den Weltraum wird das ohnehin kritisch hohe Tempo der Anhäufung und Perfektion von Kernwaffen beschleunigen. Die Situation in der Welt könnte soweit gedeihen, daß sie nicht mehr von Vernunft und Willen der Politiker abhängen würde. Sie wäre eine Gefangene der Technik, der militärisch-technokratischen Logik. Folglich können ein Atomkrieg, aber auch schon die Vorbereitung darauf, d.h. das Wettrüsten, das Streben nach militärischer Überlegenheit, objektiv niemandem politischen Gewinn bringen« (Gorbatschow 1986b, S. D 217).

Daß diese politischen Einsichten sich sogar in einseitigen Rüstungsbeschränkungen bzw. Vorleistungen ausdrücken können, hat die Glaubwürdigkeit seiner Abrüstungsstrategie zusätzlich unterstrichen. Damit werden sich vor allem jene auseinandersetzen müssen, die aus sehr unterschiedlichen Motiven der Sowjetunion eine strukturelle Abrüstungsunfähigkeit unterstellen (Senghaas 1983), bzw. die Abrüstungsbereitschaft einseitig auf die Verschiebung militärstrategischer Optionen (in diesem Fall von nuklearen zu konventionellen) zurückzuführen und dabei eine Zwangsläufigkeit der gegenwärtigen Entwicklung suggerieren, die Politik wiederum nur als Vollzugsorgan militärstrategischer Notwendigkeiten wahrnimmt (Fitzgerald 1987a; Lange 1986; Sloan 1986).

Da Gorbatschows Politik sich gerade für eine Abkehr von militärisch-technischen Denkweisen einsetzt, um die Logik des Rüstungswettlaufs zu durchbrechen bzw. umzukehren, erscheint es als Antwort wenig plausibel, dies auf eine Prioritätenverschiebung strategischer Einsatzkalküle zu reduzieren.

Die Evidenz dieses neuen Denkens liegt zweifelsohne in dem von Gorbatschow vollzogenen Bruch mit den Glaubenssätzen der bisherigen Politik. Daß es dabei nicht nur um einen verbalen Bruch mit der Vergangenheit gehen kann, ist mehrfach betont und insbesondere durch die sowjetische Kompromißbereitschaft bei der Rüstungskontrolle bereits demonstriert worden, die sich nicht scheute, im Grunde amerikanische Positionen der Vergangenheit (wie die Nulllösung oder die Vorortinspektionen) einfach zu übernehmen. Insbesondere die Akzeptanz asymmetrischer Reduzierung in einem künftigen Abkommen über die Mittelstreckenraketen (zwischen 500-5 000 km Reichweite), ist ein beispielloser Vorgang in der Geschichte des Rüstungswettlaufs, der die neuen politischen Kräfteverhältnisse in der UdSSR widerspiegelt: Neue politische Prinzipien und Interessen dominieren über die Worst-Case Kalküle möglicher Kriegsszenarien. Dafür schuf Gorbatschow die Voraussetzungen, indem er ganz offen die Höhe der gegenwärtigen Nukleararsenale und sogar das politische Prinzip der Parität in Frage

stellte, welches für die Sowjetunion bisher das zwanghafte Nachvollziehen fast aller amerikanischer Rüstungsschritte zur Verpflichtung gemacht hatte:

»Ferner muß erkannt werden, daß das heutige Niveau der Balance der nuklearen Potentiale der einander gegenüberstehenden Seiten unverhältnismäßig hoch ist. Vorläufig bringt es jeder der beiden Seiten gleiche Unsicherheit. Aber nur eben vorläufig. Die Fortsetzung des nuklearen Wettrüstens würde diese gleiche Unsicherheit unvermeidlich steigern und könnte sie auf einen Punkt bringen, da selbst die Parität aufhört, ein Faktor der militärisch-politischen Zurückhaltung zu sein. Folglich gilt es vor allem, das Niveau der militärischen Konfrontation erheblich zu senken. In unserem Zeitalter wird wahrhaft gleiche Sicherheit nicht durch eine maximal hohe, sondern durch eine maximal niedrige strategische Balance gewährleistet, aus welcher man zudem die nuklearen und sonstigen Massenvernichtungsmittel völlig ausschließen muß« (Gorbatschow 1986b, S. D 217).

Daß Gorbatschow sich für eine Minimalabschreckung einsetzt, weil dies der einzig legitime Weg zu sein scheint, Nuklearwaffen die legitimatorische Grundlage zu entziehen, die Rüstungslasten zu reduzieren und so einem neuen Rüstungswetlauf vorzubeugen, hat er erst kürzlich in seiner Rede für die Generalversammlung der Vereinten Nationen erneut bekräftigt:

»Unlängst haben sowjetische und amerikanische Wissenschaftler sich speziell mit der Frage des Zusammenhangs zwischen strategischer Stabilität und Umfang der nuklearen Arsenale befaßt und sind zu der übereinstimmenden Meinung gelangt, daß 95% aller Kernwaffen der USA und der UdSSR beseitigt werden können, ohne die Stabilität in irgendeiner Weise zu verletzen.

Ein tödliches Argument gegen die Strategie der »nuklearen Abschreckung«, die eine wahnwitzige Logik hervorbringt. Wir sind jedoch der Ansicht, daß man nicht einmal die fünf Prozent belassen sollte. Und dann wäre es qualitativ eine andere Stabilität« (Gorbatschow 1987b, S. 3).

Man mag eine Abschaffung aller Nuklearwaffen für realistisch halten oder nicht, unverkennbar ist jedoch, daß Gorbatschow einen signifikanten Bruch mit der Politik der Breschnew-Ära (Gelman 1984) eingeleitet hat: Wird heute ohne weiteres zugegeben, daß die Nukleararsenale zu groß und damit zu gefährlich geworden sind (was die sowjetischen Atomwaffen einschließt), galt in den 70er Jahren uneingeschränkt das Prinzip der strategischen Parität mit den USA. Dies hatte zur Folge, daß die Sowjetunion aufgrund ihres qualitativen Rückstands bei der Entwicklung verschiedener Waffensysteme sich nicht für eindeutige Verbote einsetzte, sondern vorzog, die von den USA bestimmten Rahmenbedingungen des Rüstungswetlaufs und der Rüstungskontrollgespräche zu akzeptieren und dabei die Möglichkeiten von SALT I und II voll auszuschöpfen. Breschnews Entspannungskonzept orientierte sich vor allem an der militärischen und politischen Parität mit der USA, der Anerkennung der europäischen Nachkriegsordnung und dem Import westlicher Kapital- und Technologiehilfe zur Modernisierung und Effektivierung der sowjetischen Wirtschaft, um die steigenden Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen (Garthoff 1985). Trotz Entspannungspolitik mit dem Westen wurde die ideologische Abgrenzung intensiviert, um alle Veränderungen und Reformbestrebungen im Innern zu verhindern. In den 70er Jahren hatte die Führung noch gehofft, mit westlicher Wirtschaftskooperation und durch eine Verbesserung ökonomischer Mechanismen die Produktivität anheben zu können, um die fallenden Wachstumsziffern aufzuhalten. Dieser Weg ist sowohl durch das Ende der Entspannung als auch im Innern – durch den Niedergang der Wirtschaft, die dringender Reformen bedurfte – gescheitert (Schmidt-Häuer 1987; Bialer 1985).

Daß sich mit Gorbatschow jene politische Gruppierung in der Führung durchgesetzt hat, die seit Chruschtschows gescheiterter Entstalinisierungskampagne die sozialistische Gesellschaft re-

formieren will, aber sich bisher gegen die Konservativen in der Partei nicht durchsetzen konnte, ist also keineswegs zufällig geschehen – ebenso wie das deutliche Abrücken Gorbatschows von den außenpolitischen »Errungenschaften« der Breschnew-Ära, die zu einer der größten Belastungen für den sozialen Fortschritt in der Sowjetunion geworden sind. In seiner Rede vom 27.1.1987 vor dem Zentralkomitee hat Gorbatschow die Notwendigkeit zur Veränderung in der Innen- und Außenpolitik ohne Beschönigung offengelegt und zu einer Demokratisierung des Sozialismus in der UdSSR aufgerufen. Damit soll der Umbau der Sowjetunion von einer bloßen militärisch orientierten zu einer auch politisch-ökonomisch konkurrenzfähigen Weltmacht abgesichert werden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn das sowjetische Wirtschaftssystem modernisiert und der zivilen Wirtschaft nicht ständig wichtige Technologien durch den Rüstungssektor entzogen werden. Von dieser Umgestaltung wird abhängen, ob die Sowjetunion auch in Zukunft mit dem Westen in allen Bereichen Schritt halten will. Auf diesen Zusammenhang hatte Gorbatschow bereits im Dezember 1984 hingewiesen:

»Nur eine intensive Wirtschaft, die sich auf der Grundlage neuester Wissenschaft und Technologie entwickelt, kann als verlässliche Basis für die Hebung des Wohlstandes der Werktätigen dienen und die Festigung der Position des Landes in der Weltarena gewährleisten, nur sie erlaubt es, in das neue Jahrtausend mit Würde als prosperierende Großmacht einzutreten (Schröder 1986a, S. 603).

Die Situation hat sich während der Mitte der 80er Jahre jedoch zuungunsten der Sowjetunion weiter verschärft. Zu den Altlasten des Rüstungswettlaufs hat die Reagan-Administration durch ihr massives Aufrüstungsprogramm und durch die Drohung, die Sowjetunion mittels SDI »wirtschaftlich totzurüsten« (Nikutta 1985a), eine aus sowjetischer Sicht ernste Herausforderung ihrer Sicherheit hinzugefügt. Diese doppelte Bedrohung – wirtschaftlicher Niedergang und Verlust des Weltmachtstatus – abzuwenden, bestimmt seit Gorbatschows Machtübernahme die sowjetische Außenpolitik, deren deutlicher Kurswechsel insbesondere in Abrüstungsfragen den Westen und seine auf nuklearer Abschreckung beruhende Sicherheitspolitik nun nicht mehr durch neue Waffensysteme, sondern durch Reduzierungsangebote bereits bestehender Arsenale zu einer Neuorientierung zwingen wird.

Gorbatschows Abrüstungspolitik und der amerikanische Rüstungswettlauf

Nach dieser programmatischen Skizze der neuen Politik Gorbatschows und der ihr zugrundeliegenden Überzeugungen soll nun anhand der bisherigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen untersucht werden, inwieweit diese dazu beitragen könnten, das von Gorbatschow angestrebte Ziel, dem Rüstungswettlauf ein Ende zu bereiten, zu verwirklichen.

Inzwischen hat sich im Westen immerhin die Ansicht durchgesetzt, daß Gorbatschows Reformpolitik nach Innen und Außen mehr als nur ein Propagandatrick zur Einlullung und Schwächung westlicher Verteidigungsanstrengungen ist, aber es ist offensichtlich, daß die Konservativen im Westen um die nuklearen Optionen ihrer Sicherheitspolitik fürchten. Gorbatschow unterminiert aber mehr als nur die Legitimität neuer Waffensysteme; er entzieht durch eine ernsthafte Realisierung von friedlicher Koexistenz westlicher Rüstungspolitik generell die Legitimationsgrundlage. Indem er ähnlich wie Chruschtschow 1956 alte marxistisch-

leninistische Dogmen umstieß (was sich wie eine notwendige Anpassung der Ideologie an die Realität liest), schuf er die Grundlage für eine neue Vorstellung der internationalen Beziehungen als konkurrierende Verantwortungsgemeinschaft:

»Im Miteinander des Wettbewerbs, der historischen Auseinandersetzung zweier Systeme und der zunehmenden Tendenz zur wechselseitigen Abhängigkeit der Staaten dieser Weltgemeinschaft liegt die reale Dialektik der gegenwärtigen Weltentwicklung... Im Kampf der Gegensätze bildet sich ein Widerspruchswille, aber wechselseitige abhängige und vielfach in sich geschlossenen Welt heraus« (Schmidt-Häuer/Huber 1987, S. 18).

Offensichtlich hat sich die neue Führung von der Vorstellung leiten lassen, daß nur eine Abrüstungsstrategie glaubwürdig und erfolgreich ist, die der bisherigen machtpolitischen Konfrontationspolitik und den Zweideutigkeiten über den historisch unvermeidlich siegreichen Sozialismus eine klare Absage erteilt. Besonders bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang das fast schon pazifistisch anmutende Bekenntnis Gorbatschows:

»Der Sozialismus lehnt Kriege als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher politischer und ökonomischer Widersprüche und ideologischer Streitigkeiten bedingungslos ab. Unser Ideal ist eine Welt ohne Waffen und Gewalt, eine Welt, in der jedes Volk frei über seinen Entwicklungsweg, seine Lebensweise entscheidet« (Gorbatschow 1986b, S. D 215)

Diesem für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlichen Bekenntnis war im Januar 1986 ein ebenso ungewöhnlicher Vorschlag vorausgeeilt, dessen utopische Perspektive in einer Welt mit 50 000 Nuklearsprengköpfen zunächst nur als geschickter Propagandacoup ohne klare Handlungsperspektiven abgetan bzw. als Fortsetzung der Abrüstungsformeln der Chruschtschow-Ära eingestuft wurde, als allgemeine und vollständige Abrüstung nur mit der »Zerstörung des Imperialismus« und dem »Sieg des Sozialismus« im Weltmaßstab gleichgesetzt und damit zugleich auf den jüngsten Tag verschoben wurde (Vigor 1986, S. 20, 49; Dallin 1964, S. 117 ff.; Tiedtke 1985, S. 22-26). Da zu keiner Zeit ein Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab auf der Tagesordnung stand, war eine rein propagandistische Intention dieser Vorschläge in den 50er Jahren nicht zu verkennen und deshalb auch kein Gegenstand künftiger Verhandlungen mehr. An die Stelle derartiger Deklarationen traten im Laufe der 60er Jahre – als Reaktion auf den forcierten Rüstungslauf bei Interkontinentalraketen-Vorschläge die Rüstungskontrolle oder begrenzte Abrüstungsschritte zum Ziel hatten. Dazu zählten ein umfassender Teststopp, das Verbot des Einsatzes und der Produktion von Nuklearwaffen sowie die Zerstörung der vorhandenen Arsenale; außerdem eine Begrenzung und Reduzierung der Nuklearträgersysteme; ein Operationsverbot nuklearer Flugzeuge außerhalb der nationalen Territorien; ein Verbot chemischer und biologischer Waffen; die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen – um nur die wichtigsten zu nennen (Vigor 1986, S. 10). Daß über diese Vorschläge seitdem nicht ernsthaft verhandelt worden ist, ist nun keineswegs nur auf das sowjetische Desinteresse zurückzuführen, sondern ebenso auf den Westen, der sowjetische Kritik an dem Bedrohungscharakter westlicher Abschreckungsvorstellungen durch Nuklearwaffen stets als unbegründet zurückgewiesen hat und auf der Notwendigkeit insistierte, eine sowjetische Aggression mit allen Mitteln »abschrecken« zu müssen. So wurde der Westen zum Motor des nuklearen Rüstungswettlaufs. Der Sowjetunion ist in diesem Zusammenhang vorzuhalten, daß sie ihre eigenen Vorschläge keineswegs ernsthaft verfolgt, sondern um den Preis der Anerkennung ihres Weltmachtstatus durch die USA die amerikanische Entwicklung in fast allen Bereichen phan-

tasielos nachgeahmt und damit zur Verschärfung des Rüstungswettlaufs und ihrer inneren Probleme beigetragen hat (Berman/Baker 1982; Holloway 1983; Jackson 1979; Trofimenko 1981).

Wenn Gorbatschow heute, wie schon zitiert, 95% aller Nuklearwaffen als überflüssig betrachtet und die restlichen 5% auch noch abschaffen will, so bedeutet das zum ersten Mal seit Chruschtschows Versuch, das sowjetische Nukleararsenal auf eine Minimalabschreckung zu beschränken (Tiedtke 1985) eine deutliche Kritik auch an der bisherigen sowjetischen Politik. Gorbatschows Abrüstungsvorschläge bewegen sich in der schon erwähnten sowjetischen Tradition (Allgemeiner Teststopp, Abschaffung der Nuklearwaffen, Verbot neuer Waffensysteme), nur mit dem entscheidenden Unterschied, daß sie nun auch ernsthaft am Verhandlungstisch verfolgt werden. Zum erstenmal sind Abrüstungsvorschläge also nicht nur in eine »Neue Philosophie der Außenpolitik« konzeptionell eingebunden, sondern werden – wie im Falle des sowjetischen Testmoratoriums – auch ausdrücklich durch eine Politik einseitiger Vorleistungen unterstützt, die zugleich die »Kluft zwischen Wort und Tat« (Gorbatschow 1987b, S. 3) beseitigen sollen, die bisher in dieser Frage geherrscht hat. Immerhin gelang es Gorbatschow, das einseitige Teststoppmoratorium acht Monate durchzusetzen, bis er öffentlich erklärte, eine Verlängerung käme nur in Frage, wenn sich auch die USA an dieses Verbot hielten: »Andernfalls wird die Sowjetunion die Experimente wiederaufnehmen. Das muß völlig klar sein. Wir bedauern das, doch wir werden das tun müssen, da wir unsere eigene Sicherheit und die Sicherheit unserer Verbündeten nicht preisgeben können« (Gorbatschow 1986c, S. D 431). Ein Jahr später betont er nochmals die Schwierigkeit, einseitige Vorleistungen im gegenwärtigen Rüstungswettlauf durchzuhalten mit dem Hinweis, die Sowjetunion habe das einseitige Moratorium länger eingehalten, »als wir eigentlich durften« (Gorbatschow 1987b, S. 3). Dieses Beispiel markiert deutlich jene Grenze, die auch Gorbatschow nicht überschreiten kann: Wenn es keine angemessene Antwort der anderen Seite auf derartige Vorleistungen gibt, wird es auch keinen einseitigen Ausstieg der Sowjetunion aus der Logik des Rüstungswettlaufs geben, weil – wie Generalstabschef Achromejew betonte – einseitige Vorleistungen zwar politisch vorteilhaft seien, aber militärische Nachteile mit sich brächten:

»Wenn eine Seite ihre Kernwaffen erprobt und perfektioniert, die andere das aber nicht tut, so ist es wohl ein offenes Geheimnis, daß die Seite, die die Versuche durchführt, davon bestimmte und recht große Vorteile erhält« (Achromejew 1986, S. D 443).

Selbst wenn man also die Frage beiseite läßt, inwieweit Gorbatschow von der militärischen Führung mitgetragen wird oder nicht (Achromejew hat dies im Zusammenhang des einseitigen Moratoriums ausdrücklich bejaht): Der politische Konsens in der Führung scheint nur soweit zu gehen, durch eine offensive Abrüstungsstrategie die amerikanischen Aufrüstungsbestrebungen zu durchkreuzen, um die USA erneut in einen Rüstungskontrolldialog einzubinden und nicht »davonziehen« zu lassen. Eigene Trümpfe sollen aber keineswegs durch einseitige Vorleistungen den Verhandlungen entzogen werden, zumal die gegenwärtige amerikanische Regierung aus sowjetischer Sicht nicht gerade als der ideale Partner für das Ausprobieren substantieller einseitiger Vorleistungen gibt. Während der ersten beiden Jahre stand Gorbatschow insofern eher unter dem Druck, sich gegen den Vorwurf, Verhandlungen mit der gegenwärtigen amerikanischen Regierung seien aussichtslos, verteidigen zu müssen (Gorbatschow 1986d,

S. D 146). Signifikante Abrüstungsschritte wird es demnach nur, wie der bereits ausgehandelte Vertrag über die Mittelstreckenraketen gezeigt hat, als Folge eines zweiseitigen Abkommens geben, so daß die Reduzierung sowjetischer Rüstungslasten hauptsächlich von den Ergebnissen der übrigen Rüstungskontrollverhandlungen im konventionellen und strategischem Bereich sowie bei den Weltraumwaffen abhängen wird. Obwohl Gorbatschow, im Unterschied zu den Äußerungen der Militärs, auf dem 27. Parteitag betont hat, die KPdSU schenke der Verteidigungsfähigkeit des Landes und der Kampfkraft der Streitkräfte ihre unverminderte Aufmerksamkeit, unterstrich er gleichzeitig, daß der derzeitige Rüstungsstand zur Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR voll ausreiche:

»Die Sowjetarmee und die sowjetische Seekriegsflotte verfügen über moderne Waffen und technische Mittel sowie über einen geschulten Personalbestand, ausgebildete und dem Volk selbstlos ergebene Kommandeurs- und Politikader. Sie kommen ihrer Pflicht in jeder komplizierten, mitunter auch schwierigen Situation in Ehren nach. Mit voller Verantwortung können wir heute erklären: Die Verteidigungsmacht der UdSSR wird auf einem solchen Niveau gehalten, das uns befähigt, die friedliche Arbeit und das friedliche Leben der sowjetischen Menschen zuverlässig zu schützen« (Gorbatschow 1986b, S. D 215).

Damit sollte wohl eine größere Wachstumsrate des Militäretats wie auch einseitige Kürzungen von vornherein ausgeschlossen werden. Zunächst ging es wohl nur um die Erhaltung des Status Quo bei der Ressourcenzuteilung, zumal wie neueste Schätzungen der CIA/DIA ergaben, das Wachstum der sowjetischen Rüstungsausgaben zwischen 1976-82 ähnlich dem des gesamten Bruttosozialprodukts zurückging und erst nach 1982 als Antwort auf die neue amerikanische Herausforderung wieder angestiegen ist (Schröder 1986b, S. 14 ff.; Walter 1985; Becker 1986). Dies zeigt sich u.a. deutlich im strategischen Bereich, wo angesichts der SALT-Vereinbarungen im Rahmen der Parität bei der Beschaffung neuer Waffensysteme Zurückhaltung geübt wurde (Schröder 1986b, S. 32; Collins 1985). Mit dieser Neueinschätzung der sowjetischen Militärausgaben aber werden jene alarmistischen Einschätzungen im Westen revidiert, die seit 1975 die sowjetische Bedrohung in allen Bereichen möglichst stark übertrieben, um die eigenen Rüstungsausgaben anzukurbeln und Fortschritte bei den SALT-Verhandlungen mit dem Argument zu verhindern, die Sowjetunion habe weder Parität noch gegenseitige Abschreckung akzeptiert und bereite sich auf die Führung und den Gewinn eines Atomkrieges vor (Pipes 1977, 1982; Mertes 1985; Garthoff 1978, 1982). Der rechte Flügel der republikanischen Partei und insbesondere der Präsidentschaftskandidat Reagan hatte 1976 die Ford/Kissinger Regierung dazu gezwungen, angeblich zu optimistische Schätzungen der Sowjetischen Rüstungsausgaben zu revidieren, da sie die reale Bedrohung durch die Sowjetunion nicht widerspiegeln würden. Präsident Ford erklärte sich mit der Berufung einer Gruppe »unabhängiger« Spezialisten durch den CIA-Direktor George Bush einverstanden, der sich nicht scheute, eine völlig einseitig orientierte Gruppe von Strategieexperten und Militärs auszuwählen, die aus ihren antisowjetischen Einstellungen keinen Hehl machten und deren erklärtes Ziel eine Alarmierung der amerikanischen Öffentlichkeit über die Auswüchse sowjetischer Rüstung war. Es ist keineswegs zufällig, daß die Mitglieder dieser Gruppe 1981 fast ausnahmslos in die Reagan-Administration übernommen wurden (Cox 1982, S. 70-75; Ranelagh 1986, S. 622-624) Daß die Ergebnisse ihres Berichts rein politisch motiviert waren, zeigte der Umstand, daß sie nicht neue Fakten präsentieren konnten, sondern sowjetische Intentionen nur neu interpretierten. Da-

bei wurde eine CIA-Schätzung, der Anteil der Rüstungsausgaben am sowjetischen Bruttosozialprodukt betrage statt 6-8% in Wirklichkeit das Doppelte – bei unverändertem Ausstoß an Hardware (also ein Hinweis auf die geringere Effizienz der sowjetischen Rüstungswirtschaft) – zum Anlaß genommen, ein noch düsteres Bedrohungsszenario zu präsentieren (Garthoff 1985, S. 745, 785-787, 794-796; Kaufmann 1985).

Selbstverständlich wäre das eifrige Spekulieren zum Nachteil der Sowjetunion nicht möglich gewesen, wenn sie es nicht bisher strikt vermieden hätte, ihre realen Verteidigungsausgaben offenzulegen. In den USA beschäftigt sich ein nicht geringer Teil der »Intelligence«-Community ausschließlich mit der Beobachtung und Einschätzung sowjetischer Rüstungsausgaben und -programme, deren konkurrierenden Ergebnisse – aufgrund ihres geheimen Charakters für die Öffentlichkeit nicht nachprüfbar – schon häufig zwecks politischer Einflußnahme für neue Rüstungsprogramme mißbraucht wurden (Freedman 1977; Prados 1982, S. 245–257; Lebow 1980). Es ist also keineswegs übertrieben festzustellen, daß die sowjetische Geheimniskrämerie dem Alarmismus im Westen ständig neue Nahrung liefert, was sich nur ändern ließe, wenn auch dieser Bereich von der UdSSR offengelegt würde. Daß Gorbatschow auch hier vorsichtige Veränderungen plant, hat er bereits in seiner UNO-Rede angedeutet:

»Wie steht es um die Vergleichbarkeit der Verteidigungsausgaben? Damit wird man sich noch beschäftigen müssen. Ich denke, daß wir bei entsprechenden Anstrengungen schon in den nächsten zwei bis drei Jahren die sowohl uns als auch unsere Partner interessierenden Zahlen gegenüberstellen können, die die Ausgaben beider Seiten gleichermaßen widerspiegeln« (Gorbatschow 1987b, S. 3).

Auch hier vermeidet Gorbatschow den Anschein, die UdSSR habe gegenüber dem Westen etwas nachzuholen, indem er auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit bestehe. Weiter fällt auf, daß Gorbatschow es offensichtlich vermeidet, das »Neue Denken« allzu schnell auch von den Streitkräften zu fordern, sondern in dieser Frage eher sehr vorsichtig taktiert, wie man schon anhand seiner Parteitage spreche feststellen konnte. Jutta Tiedtke weist mit Recht darauf hin, daß er vermutlich immer das Beispiel Chruschtschows vor Augen hat. Dessen konventionelle Rüstungsreduzierungen und seine strategische Zurückhaltung im Sinne einer Minimalabschreckung fiel in eine Zeit, während die USA mit dem strategischen Programm der Kennedy-Regierung einen neuen Rüstungsschub einleitete, und die Sowjetunion erneut als die Unterlegenen in der Rüstungskonkurrenz erscheinen ließ (Tiedtke 1987, 1985). Chruschtschows Strategie der Minimalabschreckung, seine einseitige Truppenreduzierung der sowjetischen Streitkräfte sowie seine Abkehr von rein propagandistischen Abrüstungsformeln brachte das Militär gegen ihn auf, das sicher auch seinen Sturz 1964 mitbetrieb. Jutta Tiedtke interpretiert dies jedoch nicht als den eigentlichen Grund für den Sturz Chruschtschows:

»Chruscev ist nicht an einem grundsätzlichen innenpolitischen Widerstand gegen Veränderungen in der Sicherheitspolitik und gegen Abrüstung gescheitert, sondern an der außenpolitischen Obstruktion. Erst die massive westliche Aufrüstung, die der sowjetischen Minimalrüstung den Boden entzog, führte zur entscheidenden innenpolitischen Stärkung der Position seiner Gegner« (Tiedtke 1987, S. 52).

Mit anderen Worten: Einen einseitigen Rückzug aus dem Rüstungswettlauf kann sich Gorbatschow angesichts der negativen Reaktion der USA, wie bereits das Beispiel des Testmoratoriums gezeigt hat, politisch nur um den Preis seines Sturzes leisten, was er als vorsichtiger und weitsichtig planender Taktiker wohl kaum im Sinn haben dürfte – zumal der Rückstand der

UdSSR in den wichtigsten militärisch relevanten Technologien offenkundig ist, und die USA mittels SDI neben den erhofften strategischen Vorteilen diesen Vorsprung ausbauen wollen, um die Sowjetunion »auszuproduzieren« (Nikutta 1985b, S. 1) bzw. totzurüsten, wie es führende Vertreter der Reagan-Administration immer wieder gefordert hatten. Die Prämissen dieser Politik hatte Reagan selbst am 16.10.1981 im Gespräch mit Chefredakteuren amerikanischer Zeitungen erläutert:

Eines steht fest: die Russen können ihre Rüstung nicht wesentlich steigern, da sie jetzt schon ihre Bevölkerung mit einem Mindestmaß an Nahrungsmitteln und Konsumgütern versorgen. Sie wissen, daß sie mit unserer industriellen Leistungskraft nicht mithalten können. Wir haben also den Vorteil, daß wir ihnen zeigen können, daß wir gewillt sind, unsere Rüstungen und die unserer Verbündeten weiter aufzubauen. Die Sowjetunion müßte es sich dann überlegen, ob sie ein realistisches Abrüstungsprogramm oder einen Rüstungswettkampf haben will. Bisher haben wir jedoch einseitige Vorleistungen gemacht, so daß unsere Rüstung lückenhaft geworden ist, während sie den größten militärischen Apparat aller Zeiten aufbauen konnten. Jetzt müssen sie aber erkennen, daß wir den Rüstungswettkampf vorantreiben können, ohne daß sie mithalten könnten« (Reagan 1981, S.D 599).

Gemessen an den bisherigen Erfahrungen des Rüstungswettkampfs nach 1945 und dem Stand der sowjetischen Rüstung, ist die amerikanische Erwartung, die UdSSR mittels technologischer Durchbrüche bei SDI strategisch endgültig auszubooten, kaum sehr wahrscheinlich. Wie Gorbatschow an verschiedenen Stellen verdeutlicht hat, beurteilt auch die Sowjetunion die Erfolgchancen dieses Programms als sehr gering. Ja, man spricht sogar schon offen vom Scheitern der strategischen Verteidigungsinitiative – was er gegenüber Reagan in Rejkjavik auch angeblich nicht verheimlicht haben will:

»Ich habe dem Präsidenten gesagt – und hier lüfte ich ein wenig den Schleier über dem Meinungs-austausch –, daß uns SDI in militärischer Hinsicht nicht beunruhigt. Meiner Ansicht glaubt auch in Amerika schon keiner mehr daran, daß ein solches System geschaffen werden kann. Mehr noch. Wir werden darauf eine asymmetrische Antwort finden, sollte sich Amerika doch dazu entschließen...

Wo aber liegen die Gefahren des SDI-Programms? Die erste Gefahr ist politischer Natur: es entsteht sofort eine Situation, die Unsicherheit schafft, Mißtrauen und Verdacht erregt, so daß dann keine Reduzierung von Kernwaffen in Frage kommen kann. Mit einem Wort, wir brauchen eine ganz andere Situation, um uns gründlich mit der Reduzierung von Kernwaffen befassen zu können. Zweitens gibt es auch noch einen militärischen Aspekt. Über SDI kann man zu neuen Waffenarten – das können wir auch mit aller Sachkenntnis sagen –, in eine völlig neue Etappe des Wettrüstens gelangen, dessen Folgen sehr ernst sein können« (Gorbatschow 1986d, S. D 677).

Damit enthüllte Gorbatschow wohl die wirklichen Ängste, die das SDI-Programm in der Sowjetunion ausgelöst hat: Daß technologische Durchbrüche bei der SDI-Forschung sich im konventionellen Bereich auswirken und so die Sowjetunion auch hier gegenüber der NATO zurückfallen könnte. Daß sich der Rüstungswettkampf ohnehin immer stärker in den technologischen Bereich verlagert, ist bereits von Gorbatschows Vorgängern wahrgenommen und von den Militärs mit Sorge artikuliert worden. Dies habe vor allem Konsequenzen für die Militärdoktrin und die Militärstrategie, da sich die mögliche Bedrohung von den Nuklearwaffen zu den mit neuen Technologien erweiterten konventionellen Waffen zuwende, wie der ehemalige Generalstabschef Ogarkov in einem Interview 1984 offen zugab:

»Worin bestehen heute die grundlegenden Wandlungen im Militärwesen? Erstens (...) Die Sache ist die, daß es bei der erreichten Zahl und Mannigfaltigkeit der nuklearen Raketenwaffen schon unmöglich geworden ist, die des Gegners mit einem Schlag zu vernichten. Ein vernichtender Schlag gegen den Aggressor (...) wird unter heutigen Bedingungen unabwendbar. (...)

Zweitens der rasche Wandel in der Entwicklung der konventionellen Vernichtungswaffen, das Auftauchen automatisierter Aufklärungs- und Angriffskomplexe, weitreichender, äußerst präziser, ferngelenkter Kampfmittel, unbemannter Flugkörper und qualitativ neuer elektronischer Leitungssysteme machen viele Arten von Waffen zu globalen und erlauben es, das Zerstörungspotential konventioneller Waffen deutlich zu erhöhen, nähert sie in der Effektivität gleichsam an Massenvernichtungswaffen an. (...) Und das wiederum macht es möglich, militärische Handlungen bei Anwendung konventioneller Waffen in qualitativ neuen unvergleichlich zerstörerischen Formen zu führen als früher« (Schröder 1986b, S. 22).

Die Erkenntnis, mit Nuklearwaffen lasse sich kein Krieg erfolversprechend führen, bzw. sei insofern auf jeden Fall zu vermeiden, hat sich in der sowjetischen Führung keineswegs erst am Ende der 70er Jahre durchgesetzt, sondern war – laut Michael McGwire – bereits Mitte der 60er Jahre entstanden. Eine ausführliche Diskussion über die Frage, wie ein künftiger Krieg wohl geführt werden würde, hatte sich in der Sowjetunion – nicht zuletzt als Reflex auf die neue NATO-Strategie der Flexible Response – die alte Auffassung, ein künftiger Weltkrieg mit dem Westen werde unvermeidlich als nuklearer beginnen und damit das sowjetische Territorium miteinbeziehen (was auf jeden Fall vermieden werden sollte), nicht mehr aufrechterhalten lassen. Das sowjetische Hauptinteresse konzentrierte sich nun auf die Vermeidung eines Nuklearkrieges, der im Falle eines Konflikts nicht mehr als die einzig mögliche Form der Systemauseinandersetzung betrachtet wurde. Dies hatte zwei entscheidende Konsequenzen für die politische und militärische Lagebeurteilung: Politisch bedeutete es Eintritt in den Entspannungs- und Rüstungskontrollprozeß mit den USA, um die nukleare Bedrohung der UdSSR durch zweiseitige Absprachen (sofern sich dies als machbar erwies) zu reduzieren. Militärtechnisch bedeutete es eine Umgestaltung der konventionellen Streitkräfte in Europa (McGwire 1987, S. 13-66). Diese Überlegungen basierten auf der Annahme, daß die Drohung der NATO, im Falle eines Konfliktes in Europa nuklear zu eskalieren, angesichts der strategischen Streitkräfte der UdSSR unglaubwürdig wurde, da das Risiko für die USA, auch ihr Territorium könnte in den Konflikt miteinbezogen werden, zu groß geworden war. Die anhaltende Debatte in der NATO über die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Europa mag ein Übriges beigetragen haben.

Die andauernde Krise in der NATO über die »ausgedehnte Abschreckung« (extended deterrence) der USA in Europa (Slocombe 1984) hatte im übrigen auch die Europäer angesichts der durch SALT kodifizierten Parität der strategischen Potentiale zu der Überzeugung getrieben, die USA mit neuen, in Europa sichtbar stationierten Nuklearsystemen auf ihre Nukleargarantien neu festzulegen, zumal sie sich durch die SS-20 auch noch zusätzlich herausgefordert fühlten. Die eigentliche Begründung für den Doppelbeschluß der NATO ist jedoch in den Abkoppelungsängsten der europäischen Regierungen zu sehen, die heute, nachdem die Sowjetunion überraschend der Nulllösung zugestimmt hat, über die Weisheit dieses Beschlusses ihre Zweifel äußern.

Nuklearwaffen als Sicherheitsklammer und -garantie zwischen Bündnissen mögen sehr unterschiedlichen politisch-psychologischen Funktionen dienen. Als einen glaubwürdigen Beitrag zur Friedenspolitik lassen sie sich auf Dauer nicht legitimieren, zumal sie stets Maßnahmen des Gegners herausfordern, den Rüstungswettlauf ankurbeln und damit für beide Seiten neue Unsicherheiten schaffen (Gumbert/Stuckenbrock 1983).

Die sowjetischen Abrüstungsinitiativen und insbesondere die Akzeptanz der Nulllösung läßt

sich wohl kaum aus der Verschiebung militärstrategischer Kalküle erklären, die bereits früher existierten. Militärische Kalküle sind aufgrund ihres operativ-instrumentellen Ansatzes wohl gar nicht in der Lage, auf irgendeine »Option« zu verzichten. Ihre Aufgabe ist es, sich auf jene Situation vorzubereiten, wenn es die Politik versäumt hat, friedliche Konfliktlösungen zu erzielen. Abrüstung kann diese Aufgabe eo ipso nur erschweren, so daß es sehr unwahrscheinlich erscheint, daß sowjetische Militärs zu einem Zeitpunkt, wo technologische Durchbrüche der USA ihren Besitzstand bedrohen, ohne weiteres einen Teil ihrer Raketen aufgrund unsicherer politischer Kalküle zur Verschrottung angeboten haben. Es sieht vielmehr so aus, daß die politische Führung seit Breschnew mit diesem Problem ringt; und erst jetzt, wo das Scheitern auch der sowjetischen Politik in Europa immer deutlicher geworden ist, hat sich Gorbatschow zu einer politischen Offensive entschlossen, die bisherigen Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Die Erfolgchancen der neuen sowjetischen Abrüstungspolitik

Diese Offensive hat gemäß der »neuen Philosophie der Außenpolitik« ein erstaunliches Maß an politischem Willen, Flexibilität und Kompromißbereitschaft bewiesen und ist in der Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ohne Beispiel (Evangelistika 1986; Nikutta 1987, Dean 1987). Ohne Gorbatschow würden die Rüstungskontrollverhandlungen wahrscheinlich immer noch auf dem Stand von 1985 stagnieren, als beide Positionen sich unvereinbar gegenüberstanden (Horelick 1984), aber immerhin im Januar 1985 nach Reagans Wiederwahl übereinkamen, die Rüstungskontrollverhandlungen wieder aufzunehmen. Im gemeinsamen Communiqué zwischen Shultz und Gromyko findet sich nur die Übereinkunft, »daß das Thema der Verhandlungen ein Fragenkomplex sein wird, der Weltraum und Kernwaffen, sowohl strategischer als auch mittlerer Reichweite, betreffen wird, und zwar mit all den Fragen, die in bezug auf deren wechselseitiges Verhältnis in Erwägung gezogen und gelöst werden müssen« (Shultz/Gromyko 1985, S. D 60).

Beide Positionen sowohl in der Frage der Mittelstreckenraketen (INF), der Reduzierung der strategischen Waffen als auch über SDI waren unvereinbar und es gab kaum Aussichten, diese Differenzen durch Kompromisse zu lösen. Die Reagan-Regierung hatte seit ihrem Amtsantritt ohnehin zunächst der Modernisierung der strategischen Streitkräfte den Vorzug gegeben und hatte deshalb an Rüstungskontrolle kein Interesse. Als sie dann durch den innen- und bündnispolitischen Druck 1981/82 formell in die Verhandlungen eintrat, zielten die Vorschläge vor allem darauf ab, das eigene Arsenal möglichst wenig zu berühren, aber dafür das Kernstück der sowjetischen Nuklearwaffenpotentiale, die landgestützten schweren ICBM, um mehr als 75 % zu kürzen, und außerdem Bomber und Cruise Missile gar nicht erst einzubeziehen (Talbot 1984; Gumbert/Stuckenbrock 1987). Diese Vorschläge mußten schon bald revidiert werden, weil ihre Nicht-Verhandlungsfähigkeit auch in den USA auf starke Kritik stieß.

Für die Sowjetunion vor Gorbatschow blieb nur wenig Handlungsspielraum, da sie sowohl die Nulllösung bei INF, signifikante Einschnitte bei ihren schweren ICBM SS-18 und SS-19 als

auch jegliche SDI-Forschung im Labor ablehnten. Immerhin gelang es Gromyko, den Weltraumbereich und damit natürlich SDI als sowjetische Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen einzubeziehen, was die USA am liebsten vermieden hätten. Schon damals hat Außenminister Shultz in der anschließenden Pressekonferenz abgelehnt, SDI als Tauschobjekt einzusetzen:

»Wir glauben nicht so recht an Tauschobjekte. Wir meinen, (...), daß wir uns vom Kongreß die Ermächtigung und die Mittel einholen sollen, unsere Programme auszuführen, die unserer Ansicht nach im Interesse der Vereinigten Staaten liegen, und das ist es, was wir gemacht haben« (Shultz 1985, S. D 64).

Die Zusammenlegung aller drei Verhandlungskomplexe – eine sowjetische Forderung – bot der UdSSR immerhin den Vorteil, Lösungsansätze in den verschiedenen Bereichen zu verknüpfen, um damit die eigene Verhandlungsposition zu verbessern. Ein Durchbruch in einem Bereich mußte also nicht notwendig zu einem Abkommen führen, es sei denn, es läge im politischen Interesse, die Verknüpfung wieder aufzuheben.

Im Unterschied zu seinen Vorgängern bekundete Gorbatschow genau dieses Interesse, auch wenn er taktisch zunächst an dem alten Konzept festhielt. Das erste Gipfeltreffen in Genf im November 1985 brachte trotz eines langen gemeinsamen Kommuniqués keine konkreten Vereinbarungen. Trotzdem sind die schon in Genf erzielten Übereinstimmungen im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren nicht unerheblich.

»Beide Seiten waren nach der Erörterung der wichtigsten Sicherheitsfragen und im Bewußtsein der besonderen Verantwortung der UdSSR und der Vereinigten Staaten für die Aufrechterhaltung des Friedens der Meinung, daß ein Atomkrieg gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf. Angesichts der Tatsache, daß jeder Konflikt zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten katastrophale Folgen haben könnte, betonen sie die Bedeutung der Verhinderung eines jeglichen Krieges zwischen ihnen – gleich, ob nuklear oder konventionell« (Gorbatschow/Reagan 1985, S. D 69).

Weiter wurde der Kommuniqué-Text vom 8.1.1985 wiederholt und das gemeinsame Interesse an einer 50%igen Kürzung der strategischen Waffen und einem Interimabkommen bei INF hervorgehoben. Obwohl es bei diesem Gipfel zu heftigen Auseinandersetzungen über die SDI-Frage kam, war aus der Sicht beider Kontrahenten, Reagan und Gorbatschow, ein wichtiger Schritt zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit auf höchster Ebene getan, ohne den ein signifikantes Abkommen nicht möglich ist. Gorbatschow hatte damit sein erstes Nahziel erreicht, die Amerikaner in einen intensiven Dialog einzubinden, um so einen, wenn auch geringen, Einfluß auszuüben, der bei ihrem gemeinsamen Interesse am politischen Erfolg durchaus nützlich sein könnte. Zu diesem Zeitpunkt aus dem Rüstungskontrollpaket etwas herauszunehmen und eine separate Vereinbarung etwa bei INF abzuschließen, wäre aus Gorbatschows Sicht gewiß zu früh gewesen (Schmidt-Häuer 1987).

Zunächst sollte die USA weiter herausgefordert werden, um zugleich mit neuen Perspektiven zur Beendigung des Rüstungswettlaufs international die politische Position der UdSSR weiter zu verbessern. Neben dem schon im August 1985 verkündeten einseitigen Teststoppmoratorium verkündete der Generalsekretär im Januar 1986 einen Stufenplan zur Beseitigung aller Kernwaffen bis zum Jahre 2 000 und verlängerte das Moratorium um weitere drei Monate (Gorbatschow 1986a). Wie immer man nun die Ernsthaftigkeit und die Realisierungschancen dieses Vorschlags beurteilen mag: Schon jetzt steht fest, daß zum ersten Mal seit dem Bestehen

von Nuklearwaffen auf so hoher Ebene ein radikaler Reduzierungsvorschlag, verknüpft mit einem konkreten Zeitplan und unzweideutigen Überprüfungsmaßnahmen, gemacht wurde, der gleichzeitig ein Interesse an konkreten Abrüstungsschritten enthält, die auch ohne den Gesamtplan verwirklicht werden können (Garthoff 1986). Seit seiner Rede auf dem 27. Parteitag am 25.2.1986 hat Gorbatschow begonnen, das Paket aufzuschneiden und Teile aus dem Gesamtplan als separat lösbar zu bezeichnen:

»Es darf nicht zugelassen werden, daß das Sternkriegsprogramm als Stimulus zum weiteren Wettrüsten und zugleich als Schranke auf dem Weg zur radikalen Abrüstung benutzt wird. Zur Überwindung dieses Hindernisses könnte ein spürbarer Fortschritt bei der einschneidenden Reduzierung der nuklearen Potentiale beitragen. Deshalb ist die Sowjetunion bereit, einen realen Schritt in dieser Richtung zu tun und die Frage der Mittelstreckenraketen in der europäischen Zone gesondert – ohne unmittelbaren Zusammenhang mit den Problemen der strategischen Rüstungen und des Weltraums – zu lösen« (Gorbatschow 1986b, S. D 218).

Außerdem fügte er hinzu, gäbe es mindestens zwei Punkte, über die eine Vereinbarung sofort erzielt werden könne: ein nuklearer Teststopp und die Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa.

Einige Beobachter haben daraus den Schluß gezogen, Gorbatschow sei fast zu jedem Kompromiß bereit, und könne Gefahr laufen, auch bei SDI den amerikanischen Interessen nachzugeben. Hier hat sich die sowjetische Position von der Ablehnung jeglicher Tests bis zur Akzeptanz von Labor-Tests gewandelt, sofern der ABM-Vertrag auf 10 Jahre nicht kündbar ist. Die Reagan-Regierung hat nur 7 Jahre angeboten mit der automatischen Erlaubnis für beide Seiten, danach Abwehrsysteme eigener Wahl zu stationieren. Die Differenz beider Positionen ist klar: Während die Sowjetunion den ABM-Vertrag auf jeden Fall erhalten will, möchte die amerikanische Regierung sein definitives Ende verbrieft wissen (Evangelista 1986, S. 583). Obwohl Gorbatschow die Vereinigten Staaten im Sommer 1986 wegen der amerikanischen Überschreitung der Salt-II-Grenzen und die Zurückweisung des sowjetischen Moratoriums scharf kritisierte, schlug er ein weiteres Gipfeltreffen vor, das jedoch eines Klimas bedürfe, »das die Perspektive für die Erreichung realer Vereinbarungen eröffnen würde.« Mit dieser Perspektive drängte er Reagan das Gipfeltreffen in Reykjavik auf, um endlich konkrete Fortschritte in Richtung realer Vereinbarungen zu erzielen. Dazu ist es in Reykjavik allerdings nicht gekommen. Gorbatschow hielt es wohl noch für zu früh, das Paket aufzuschneiden und einzelne Vereinbarungen zu treffen, entweder weil er dazu nicht ermächtigt war, oder weil die sowjetische Führung hoffte, Reagan doch noch durch einen Überraschungscoup – durch Konzessionen bei INF und den strategischen Systemen – zur Einhaltung des ABM-Vertrages und zur Verbannung des SDI-Projekts ins Labor zu überreden.

Das Treffen in Reykjavik war in jeder Hinsicht bemerkenswert. Obwohl es keine konkreten Vereinbarungen, sondern nur neue Übereinstimmungen gegeben hat, war es sicher einer der aufregendsten und wichtigsten Gipfeltreffen in der Nachkriegsgeschichte. Zum ersten Mal diskutierten die beiden obersten Repräsentanten der USA und UdSSR über die Abschaffung aller Nuklearwaffen (wenn auch aus unterschiedliche Motiven) und bestätigten damit indirekt die Forderungen der weltweiten Friedensbewegungen mit ihrer Ablehnung des nuklearen Rüstungswettlaufs. Was vor Jahren noch als bloße Utopie weltfremder Friedensfanatiker galt, ist

nun Gegenstand von Verhandlungen. Natürlich müssen Intention, Taktik und Propaganda derartiger Vorschläge sehr kritisch differenziert werden. Keineswegs falsch ist sicher auch der Einwand, solche weitreichenden Entscheidungen könnten nicht während eines Arbeitstreffens getroffen werden – da sie natürlich des politischen Konsens bedürfen. Dennoch scheint zum ersten Mal seit 25 Jahren der nukleare Rüstungswetlauf nicht mehr völlig alternativlos und dem reinen Rüstungskontrollregime unterworfen – dessen grundsätzliche Prämissen wie Stabilität, Abschreckung, Erst- und Zweitschlag usw. dem Wachstum der Arsenale bisher nicht in die Quere gekommen sind. Wie bedrohlich dieses Treffen auf die Strategiekultur der USA gewirkt haben muß, konnten wir an der Reaktion der Kissinger, Schelling, Nixon und Schlesinger ablesen, die sich gegen die Verunglimpfung des Abschreckungssystems vehement zur Wehr setzten (Schlesinger 1986; Schelling 1987; Hoffmann 1986), und jede Veränderung als gefährliche Illusion zurückwiesen.

Wahrscheinlich wird noch in diesem Jahr die Nulllösung bei Mittelstreckenraketen zwischen 500 - 5000 km auf einem dritten Gipfel unterzeichnet werden: Das wäre das erste reale Abrüstungsabkommen des Nuklearzeitalters, das sich vor allem der politischen Initiative der UdSSR verdankt – die sowohl das Prinzip der asymmetrischen Reduzierung als auch der Vorortinspektionen akzeptiert hat, und sich nicht scheute, eine ursprünglich vom Westen vorgetragene Position zu akzeptieren. Ob sich dies auch bei den strategischen Waffen fortsetzen wird, an deren 50%ige Reduktion Reagan die Bedingung geknüpft hat, den ABM-Vertrag nach sieben Jahren automatisch aufzuheben, muß stark bezweifelt werden. Obwohl es auch Hinweise gibt, daß Gorbatschow in seinen Kompromissen bezüglich SDI noch weitergehen und die Reduzierung der strategischen Waffen von SDI entkoppeln könnte (Newsweek 1987, S. 15).

Ob eine Beendigung des Wettrüstens wenigstens bei den Nuklearwaffen wirklich greifbar nahe liegt, ist nicht nur eine Frage des politischen Willens einer Seite. Daß sich, wie Gorbatschows Politik zeigt, politische Interessen in diesen wichtigen Fragen verschieben können, und es zur bisherigen Politik des Rüstungswetlauf mit allen Gefahren und Kosten eine Alternative gibt, ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der letzten zwei Jahre, die hoffentlich weitere Abrüstungsschritte bewirken wird. Auch unter Gorbatschow wird die Sowjetunion jedoch nicht einseitig das Wettrüsten beenden: Die neue Politik zielt auf einen gemeinsamen Ausstieg mit einem anderen Sicherheitsbegriff. In der Durchsetzung und Weiterentwicklung dieses Ansatzes besteht für alle Gegner des Rüstungswetlaufs in Ost und West ein gemeinsames Interesse.

Literatur

- Achromejev, Sergej (1986): Pressekonferenz am 23.5.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (16) 1986, S. D 437 - D 443
- Albrecht, Ulrich / Galtung, Johan / Gumbert, Michael / Stuckenbrock, Reimar (Hg.) (1983): *Stationierung – und was dann?* Friedensbewegung gegen Apokalypse. (Berlin: Europäische Perspektiven, 1983)
- Becker, Abraham S. (1986): Sitting on Bayonets: The Soviet Defense Burden and the Slowdown of Soviet Defense Spending. S. 171-204, in: *Roman Kolkowicz / Ellen Propper Mickiewicz (Hg.)* (1986)
- Berman, Robert P. / Baker, John C. (1982): *Soviet Strategic Forces*. Requirements und Restraints. (Washington, D.C.: Brookings Institution, 1982)
- Bialer, Seweryn (1985): *The Soviet Paradox*. External Expansion, Internal Decline. (New York: Alfred A. Knopf, 1985)
- Collins, John M. (1985): *US-Soviet Military Balance 1980-85*. (Washington, D.C.: Pergamon-Brasseyes, 1985)
- Cox, Arthur Macy (1982): *Russian Roulette*. The Superpower Game. (New York: Times Books, 1982)
- Czempiel, Ernst-Otto (1986a): Gleichgewicht oder Hegemonie? Überlegungen zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: *Merkur*, 40 (4) 1986, S. 289-301
- Czempiel, Ernst-Otto (1986b): Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Aus: *Politik und Zeitgeschichte*, B5-1986, S. 3-15
- Dallin, Alexander et al. (1964): *The Soviet Union and Disarmament*. An Appraisal of Soviet Attitudes and Intentions. (New York: Frederick A. Praeger, 1964)
- Dean, Jonathan (1987): Gorbacev's Arms Control Moves, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 43 (5) 1987, S. 34-40
- Evangelista, Matthew (1986): The New Soviet Approach to Security, in: *World Policy*, 3 (4) 1986, S. 561-599
- Fitzgerald, Mary C. (1987): The Strategic Revolution behind Soviet Arms Control, in: *Arms Control Today*, June 1987, S. 16-19
- Fitzgerald, Mary C. (1987b): Marshal Ogarkov and the New Revolution in Soviet Military Affairs, in: *Defense Analysis*, S. 3 (1) 1987, S. 3-19
- Freedman, Lawrence (1977): *U.S. Intelligence and the Soviet Strategic Threat*. (Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1977)
- Garthoff, Raymond (1978): Mutual Deterrence and Strategic Arms Limitation in Soviet Policy, in: *International Security*, Summer 1978, S. 112-147
- Garthoff, Raymond (1982): A Rebuttal by Ambassador Garthoff, in: *Strategic Review*, Fall 1982, S. 58-63
- Garthoff, Raymond (1985): *Detente and Confrontation*. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan. (Washington, D.C.: Brookings Institution, 1985)
- Garthoff, Raymond (1986): The Gorbacev Proposal und Prospects for the Arms Control, in: *Arms Control Today*, 16 (1), January/February 1986, S. 3-6
- Gelman, Harry (1984): *The Breshnev Politburo and the Decline of Detente*. (Ithaca/N.Y. and London: Cornell University Press, 1984)
- Gorbatschow, Michail (1986a): Erklärung des Generalsekretärs des Zk der KPdSU zu Abrüstungsfragen am 15.1.1986, in: *Europa-Archiv* (5) 1986, S. D 135 - D 147
- Gorbatschow, Michail (1986b): Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVII. Parteitag der KPdSU, am 25.2.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (8) 1986, S. D 209 - D 229
- Gorbatschow, Michail (1986c): Rundfunk- und Fernsehansprache am 29.3.1986 zu Kernteststopp und internationaler Sicherheit, in: *Europa-Archiv*, Folge (16) 1986, S. D 429 - D 432
- Gorbatschow, Michail (1986d): Interview mit L'Humanite am 11.2.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (5) 1986, S. D 143 - D 147
- Gorbatschow, Michail (1986e): Pressekonferenz in Reykjavik am 12.10.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (24) 1986, S. D 669 - D 681

- Gorbatschow, Michail (1987a): *Die Rede* (Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen). Referat vor dem ZK der KPdSU am 27.1.1987. (Reinbek: Rowohlt, 1987)
- Gorbatschow, Michail (1987b): Realität und Garantien für eine sichere Welt, in: *Berliner Zeitung*, 18.9.1987, S. 3-4
- Gromyko, Andrej: Interview am 13.1. 1985, in: *Europa-Archiv*, Folge (3) 1985, S. D 68 - D 72
- Gumbert, Michael / Stuckenbrock, Reimar (1983): Die herrschende Sicherheitspolitik in der Sackgasse: Warum Nuklearrüstung als Politikersatz scheitern muß, in: *U. Albrecht u.a. (Hg.)* (1983), S. 10-53
- Gumbert, Michael / Stuckenbrock, Reimar (1987): Reagans Abrüstungsinitiativen. Mythos und Realität, in: *Vorgänge*, Nr. 89 (5) 1987, S. 65-76
- Herspring, Dale R. (1987): Nikolai Orgakov and the Scientific-Technical Revolution in Soviet Military Affairs, in: *Comparative Strategy*, 6 (1) 1987, S. 29-59
- Hoffmann, Stanley (1986): An Icelandic Saga, in: *New York Review of Books*, Nov. 20 1986, S. 15-17
- Holloway, David (1983): *The Soviet Union and the Arms Race*. (New Haven and London: Yale University Press, 1983)
- Horelick, Arnold (1984): U.S. Soviet Relations: The Return of Arms Control, in: *Foreign Affairs*, 63 (3) 1984, S. 511-537
- Jackson, Willia, D. (1979): The Soviets and Strategic Arms: Toward an Evaluation of the Record, in: *Political Science Quarterly*, 94 (2) 1979, S. 243-261
- Kaufman, Richard F. (1985): Causes of the Slowdown in Soviet Defense, in: *Soviet Economy*, 1, January - March 1985, S. 9-41
- Kolkowicz, Roman; Mickiewicz, Ellen Propper (Hg.) (1986): *The Soviet Calculus of Nuclear War*. (Lexington, Ma: Lexington Books, D.C. Heath and Company, 1986)
- Krause, Christian (1982): Was ist militärische Bedrohung? in: *Die Neue Gesellschaft* (4) 1982, S. 322-327
- Lange, Peer H. (1986): Aspekte der sowjetischen Wehrpolitik Mitte der achtziger Jahre, in: *Osteuropa* (8/9) 1986, S. 787-796
- Lebow, Richard Ned (1980): Misconceptions in American Strategic Assessment, in: *Political Science Quarterly*, 97 (2) 1982, S. 187-206
- McGwire, Michael (1987): *Military Objectives in Soviet Foreign Policy*. (Washington D.C.: Brookings Institution, 1987)
- Mertes, Alois (1985): Der Atomkrieg in der Militärdoktrin der UdSSR, in: *Außenpolitik* (2) 1985, S. 107-116
- Newsweek* (1987): At Last, an Arms Deal. Sept. 28, 1987, S. 10-15
- Nikutta, Randolph (1985a): *Hilft SDI die Sowjetunion wirtschaftlich totzurüsten?* Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung 21 (M&R), Dezember 1985
- Nikutta, Randolph (1985b): *Kann die UdSSR bei SDI technologisch gehalten?* Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, AP 22 (MR), Dezember 1985
- Nikutta, Randolph (1987): Warum will die UdSSR Rüstungskontrolle?, in: *Vorgänge* Nr. 89 (5) 1987, S. 49-64
- Pipes, Richard (1977): Why the Soviet Union thinks it could fight and win a Nuclear War, in: *Commentary*, July 1977, S. 21-34
- Pipes, Richard (1982): Soviet Strategic Doctrine. Another View, in: *Strategic Review*, Fall 1982, S. 52-58
- Prados, John (1982): *The Soviet Estimate*, U.S. Intelligence Analyses and Soviet Strategic Forces. (New York: Dial Press, 1982)
- Ranelagh, John (1986): *The Agency*. The Rise and the Decline of the CIA. (New York: Simon & Schuster, 1986)
- Reagan, Ronald (1981): Gespräch mit den Chefredakteuren, in: *Europa-Archiv*, Folge (22) 1981
- Reagan, Ronald (1983): Fernsehansprache des Präsidenten der USA am 23.3.1983 zur Rüstungspolitik, in: *Europa-Archiv*, Folge (24) 1985, S. D 687- D 690
- Schelling, Thomas (1987): Abolition of Ballistic Missiles, in: *International Security*, 12 (1) 1987, S. 179-183

- Schlesinger, James (1986): Reykjavik and Revelations. A turn of the Tide?, in: *Foreign Affairs*, 65 (3) 1986; S. 426-446
- Schmidt-Häuer, Christian / Huber, Maria (1987): *Rußlands zweite Revolution*. Chancen und Risiken der sowjetischen Reformpolitik. (München: Piper, 1987)
- Schröder, Hans-Henning (1986a): Gorbatschows Wirtschaftspolitik und die Verteidigung des Vaterlandes, in: *Osteuropa* (8/9) 1986, S. 603-618
- Schröder, Hans-Henning (1986b): *Perspektiven sowjetischer Rüstungspolitik im Spiegel des XXVII. Parteitages*. Bericht des BIOST (29) 1986
- Senghaas, Dieter (1983): Die Zukunft der Sicherheit Europas. Weltpolitische Rahmenbedingungen und Chancen einer Neuorientierung, in: *U. Albrecht u.a. (Hg.)* (1983), S. 143-171
- Shultz/Gromyko (1985): Gemeinsame Erklärung über ihr Treffen am 7./8.1.1985 in Genf, in: *Europa-Archiv*, Folge (3) 1985, S. D 60
- Shultz, George (1985): Pressekonferenz am 8.1.1985 in Genf, in: *Europa-Archiv*, Folge (3) 1985, S. D 60 - D 64
- Sloan, Anne T. (1986): Soviet Positions on Strategic Arms Control and Arms Policy: A Perspective outside the Military Establishment, in: *Roman Kolkowicz/ Ellen Proper Mickiewicz (Hg.)* (1986), S. 115-141
- Slocombe, Walter (1984): Extended Deterrence, in: *Washington Quarterly*, Fall 1984, S. 93-103
- Talbot, Strobe (1984): *Deadly Gambits*. The Reagan Administration and the Stalemate in Nuclear Arms Control. (New York: Alfred A. Knopf, 1984)
- Tiedtke, Jutta (1985): *Abrüstung in der Sowjetunion*. Wirtschaftliche Bedingungen und soziale Folgen der Truppenreduzierung von 1960. (Frankfurt/New York: Campus, 1985)
- Tiedtke, Jutta (1987): Neuorientierung oder Etikettenschwindel? Die sowjetische Sicherheitspolitik unter Gorbatschow, in: *Osteuropa-Info* (68) 1987, S. 51-52
- Trofimenko, Henry (1981): Counterforce: Illusion of a Panacea, in: *International Security*, 5 (4) 1981, S. 28-48
- Vigor, P.H. (1986): *The Soviet View of Disarmament*. (New York: St. Martins Press, 1986)
- Walter, Franz (1985): *Zur amerikanischen Neueinschätzung des Trends der Verteidigungsausgaben der UdSSR*. Zuverlässigkeit und Aussagekraft der Schätzungen. Berichte des BIOst (1) 1985
- Wettig, Gerhard (1983): The Garthoff-Pipes Debate on Soviet Strategic Doctrine: A European Perspective, in: *Strategic Review*, Spring 1983, S. 68-78
- Wettig, Gerhard (1984): The Western Peace Movement in Moscow's longer View, in: *Strategic Review*, XII (2) 1984, S. 44-53
- Wettig, Gerhard (1986): *Soviet Attitudes to Arms Control*. Bericht des BIOst Nr. 1/1986
- Wettig, Gerhard (1987): *A New Soviet Approach to Negotiating Arms Control*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (2) 1987, S. 11

David Harvey

Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflektionen über »Postmodernismus« in amerikanischen Städten

»Proletarische Revolution ist die Kritik an menschlicher Geographie, durch die Individuen und Gruppen sich Orten und Umstände schaffen müssen, mit denen sie die Aneignung ihrer gesamten Geschichte leisten können, nicht länger nur die ihrer Arbeitskraft.« (Guy Debord – Die Gesellschaft des Spektakels)

»Die Zeiten sind hart, aber (post)modern.«
(nach einem italienischen Sprichwort)

Einführung

Christopher Jencks (1984, S. 9) datiert das symbolische Ende moderner Architektur und den Übergang zur Postmoderne auf 15.32 Uhr des 15. Juli 1972. Zu dieser Uhrzeit wurde der Pruitt-Igoe-Wohnkomplex (eine Version von Le Corbusiers »moderner Wohnmaschine«) gesprengt, weil er als unerträgliche Umgebung für seine verarmten Bewohner angesehen wurde. Kurz darauf erklärte Präsident Nixon offiziell, die Krise der Stadt sei überstanden. Auch zur Symbolisierung vieler anderer Veränderungen in der politischen Ökonomie des entwickelten Kapitalismus ist das Jahr 1972 kein schlechtes Datum. Etwa zu diesem Zeitpunkt wurde die kapitalistische Welt aus der erstickenden Lähmung der Stagflation, die den langen Nachkriegsboom zu einem »wimpering end« gebracht hatte, förmlich herausgerüttelt und begann sich ein scheinbar neues und ganz anderes Regime der Kapitalakkumulation herauszubilden. Das neue Regime, das während der tiefen Rezession der Jahre 1973-75 in Bewegung gesetzt und durch die ebenso heftige »Reagan-Rezession« von 1981-82 gefestigt wurde, zeichnet sich durch eine erstaunliche Flexibilität in Bezug auf Arbeitsmärkte, Arbeitsprozesse, Waren- und Konsummuster aus (s.a. Armstrong u.a. 1984; Aglietta 1979; Piore und Sabel 1985; Scott und Storper 1986). Gleichzeitig hat es rapide Verschiebungen im Muster der ungleichen Entwicklung sowohl von Branchen als auch von Regionen bewirkt – ein Prozeß, der durch die schnelle Herausbildung von völlig neuen Finanzsystemen und -märkten unterstützt wurde. Diese erhöhten Flexibilitäts- und Mobilitätsleistungen erlaubten es, das neue Regime einer Arbeiterschaft aufzuzwingen, die durch zwei schwere Runden der Deflation, in denen die Arbeitslosigkeit in allen entwickelten kapitalistischen Ländern (abgesehen vielleicht von Japan) auf ein in der Nachkriegszeit nicht gekanntes Niveau anstieg, ohnehin schon geschwächt war. Schnelle Verlagerungen, z.B. von den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern hin zu den Schwellenländern, oder von der Facharbeit in der Industrie hin zu ungelernten Dienstleistungsjobs, machten die Schwäche der Lohnabhängigen und ihre Unfähigkeit, gegen die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die rasche Zerstörung und Umformung beruflicher Qualifikationen Widerstand zu leisten und einen (wenn überhaupt) geringen Anstieg der Reallöhne durchzu-

setzen, nur allzu deutlich. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse unterliefen selbst in Ländern, deren Regierungen ernsthaft den Willen hatten, den Wohlfahrtsstaat zu verteidigen, die staatlichen Möglichkeiten, das Niveau der Soziallöhne aufrechtzuerhalten. Auch wenn es gegen diese Entwicklung unterschiedliche Formen politischen Widerstands gegeben hat, so sind doch Austeritäts- und Sparmaßnahmen heute in der entwickelten kapitalistischen Welt weit verbreitet – manchmal darüber hinaus begleitet vom Wiederaufleben eines aggressiven Neokonservatismus.

Bemerkenswert am kulturellen und intellektuellen Leben seit 1972 ist, daß es sich ebenfalls radikal gewandelt hat, und zwar auf eine Art und Weise, die den politisch-ökonomischen Veränderungen zu entsprechen scheint. Nehmen wir z.B. die Hochmoderne des internationalen Stils (»high modernity«), wie sie 1972 noch vorherrschend war. Der Modernismus hatte zu diesem Zeitpunkt allen Anschein gesellschaftlicher Kritik verloren. Das protopolitische oder utopische Programm (die Umwandlung des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch die Umwandlung des Raumes) war gescheitert (Jameson 1984 a); Modernismus wurde durch ein durch Rationalität, Funktionalität und Effektivität gekennzeichnetes Projekt »fordistischer Modernisierung« eng mit dem Prozeß der Kapitalakkumulation verknüpft. Die moderne Architektur war 1972 genauso steif und erstarrt wie die unternehmerische Macht, die sie repräsentierte. Die Stagflation in der architektonischen Gestaltung ging einher mit der Stagflation des Kapitalismus. Kritik an der Moderne hatte es seit langem gegeben (z.B. Jane Jacobs' »Life and Death in Great American Cities«, das 1961 veröffentlicht wurde), und in gewissem Sinne war natürlich auch die revolutionäre kulturelle Bewegung der 60er Jahre eine kritische Antwort auf die Rationalität, Funktionalität und Effektivität in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gewesen. Aber erst die Krise von 1973 erschütterte die Beziehungen zwischen Kunst und Gesellschaft derart, daß die Postmoderne sowohl akzeptiert als auch institutionalisiert wurde.

»Postmoderne« ist bekanntlich ein umstrittener Begriff. Die meisten stimmen darin überein, daß er in gewisser Weise eine Reaktion auf den Begriff der »Moderne« verkörpert. Da aber die Bedeutungen dieses Begriffs unklar sind, ist dies bei den Reaktionen auf ihn noch weitaus mehr der Fall. Dennoch scheint es einige Übereinstimmung darin zu geben, »daß das typische postmoderne Kunsterzeugnis verspielt, vielseitig, selbstironisch und sogar schizoid ist; und daß es auf die strenge Autonomie der Hochmoderne (»high modernity«) antwortet, indem es ohne die geringsten Skrupel die Sprache der Kommerz- und Warenwelt in sich aufnimmt.« Darüber hinaus »verhält es sich gegenüber der kulturellen Tradition mit respektloser Nachahmung, und seine gewollte Flachheit unterminiert allen metaphysischen Ernst, manchmal durch eine brutale Ästhetik von Schmutz und Schock« (Eagleton, 1987). Aber sogar in einem Bereich wie der Architektur, wo das »Kunstprodukt« deutlich sichtbar ist und Autoren wie Jencks (1984) versucht haben zu bestimmen, worum es bei der Postmoderne geht, bleiben Bedeutung und Definition des Begriffs umstritten. In anderen Bereichen, wo Postmoderne mit Poststrukturalismus, Dekonstruktion u.ä. vermischt wurde, hat sich der Bedeutungsgehalt immer mehr verdunkelt (s.a. Huyssen 1984). Im urbanen Kontext werde ich deshalb Postmoderne einfach als Bruch mit der Idee charakterisieren, wonach Planung und Entwicklung auf einen weiträumig angelegten, technologisch rationalen, nüchternen und funktional effizienten »internationalen Stil« räumlicher Gestaltung zielen sollen; stattdessen sollte einheimischen Traditionen, lokaler Geschich-

te und spezialisierter räumlicher Gestaltung, die Funktionen für das Privatleben bis hin zum großen Spektakel erfüllen, mit einem sehr viel größeren stilistischen Eklektizismus begegnet werden.

Dieser Typus von Postmoderne strebt meines Erachtens nach einer Art von Übereinstimmung mit dem Regime flexibler Akkumulation, wie es sich seit 1973 herausgebildet hat. Er bemüht sich um eine kreative und aktive — nicht um eine passive — Rolle bei der Förderung neuer kultureller Einstellungen und Handlungsweisen, die mit dem Regime flexibler Akkumulation in Einklang stehen. Mit dieser These unterscheide ich mich von Verteidigern der Postmoderne wie z.B. Frampton (1985), der in ihr sowohl die Möglichkeit zum Widerstand als auch zur Konformität gegenüber kapitalistischen Zwängen sieht. Die Institutionalisierung und Hegemonie der »Postmoderne« beruht also auf der Schaffung einer besonderen »kulturellen Logik« im Spätkapitalismus (Jameson 1984 b).

Und noch ein weiteres Element muß beachtet werden. Enorm verändert haben sich nicht nur der Kapitalismus und die mit ihm verbundenen kulturellen und ideologischen Praktiken, verschoben haben sich in ähnlicher Weise auch unsere »Diskurse« (um das Modewort zu benutzen). Die Dekonstruktion strukturalistischer Interpretationen, das Preisgeben von Theorie zugunsten von Empirie in weiten Bereichen der Sozialwissenschaften, der allgemeine Rückzug vom Marxismus (aus politischen wie aus intellektuellen Gründen), und das Gefühl von Sinnlosigkeit im Bereich der Wirklichkeitsvorstellungen (die Unerforschlichkeit des »anderen« und die Reduktion von Bedeutung auf einen »Text«) machen es für uns sehr schwierig, ein Gefühl von Kontinuität in unserem Verständnis des etwa im Jahr 1972 einsetzenden Transformationsprozesses zu wahren. Verglichen mit heute sprachen wir damals anders und in einer anderen Sprache über die Welt. Aber auch hier kann festgestellt werden, daß die politisch-ökonomische Transformation, entstanden durch eine Folge ökonomischer Krisen und Niederlagen der Arbeiterklasse, sowohl die Diskurse als auch die kulturelle und ideologische Praxis beeinflusst haben (s. Harvey und Scott, im Erscheinen). Das klingt wie ein altmodisches marxistisches Argument — und es ist eines. Aber ich kann nicht anders als beeindruckt davon sein, wie eine ganze Welt des Denkens und der Kultur, der Ökonomie und der Institutionen, der Politik und des Verständnisses für Zusammenhänge zu zerbröckeln begann, als wir den Staub zum Himmel explodieren und die Mauern von Pruitt-Igoe zusammenstürzen sahen.

Flexible Akkumulation durch Urbanisierung

Wie ich an anderer Stelle dargestellt habe (Harvey 1985 a, 1985 b), ist ein Verständnis von Urbanisierung wichtig für das Begreifen der historischen Geographie des Kapitalismus. Verschiebungen im urbanen Prozeß waren zum Teil dafür verantwortlich, daß die neuen Systeme flexibler Akkumulation so erfolgreich eingeführt werden konnten. Wie verschiedene Historiker, die sich mit dem Aufkommen der Moderne beschäftigen, gezeigt haben, gibt es aber auch eine enge Verbindung zwischen ästhetischer und kultureller Bewegung und der wechselnden Art urbaner Erfahrung (Berman 1982; Bradbury and McFarlane 1976; Clark 1984; Frisby 1986). Es scheint deshalb vernünftig, Veränderungen im urbanen Prozeß als Schlüssel zur In-

tegration von politisch-ökonomischer Bewegung hin zu flexibler Akkumulation einerseits und dem kulturell-ästhetischen Trend hin zur Postmoderne andererseits zu begreifen.

Wie alles andere hat auch die Urbanisierung in den Vereinigten Staaten seit 1972 einen dramatischen Ortwechsel vollzogen. Die Krise von 1973-75 übte auf die Beschäftigungsfelder vieler städtischer Regionen einen unglaublichen Druck aus. Entstanden war dieser Druck aus einer Kombination von schrumpfenden Märkten, Arbeitslosigkeit, schnellen Verschiebungen bei räumlichen Produktionsmöglichkeiten und in der weltweiten Arbeitsteilung, Kapitalflucht, Fabrikschließungen und technologischer und finanzieller Reorganisation von Unternehmen. Die geographische Streuung berührte nicht nur andere Regionen und Staaten. Sie beinhaltete eine neue Phase der Entleerung städtischer Zentren von Bevölkerung und Produktion, über die Vororte hinaus und hin zum ländlichen und kleinstädtischen Amerika. Es schien fast, als ob sich die Marxsche Voraussage von der »Verstädterung des Landes« erfüllen würde. Wo Kapital schon investiert und Infrastruktur schon gebaut war, drohte eine massive Entwertung, und viele Gemeinden und Städte erlitten Steuereinbußen und eine Unterminierung ihrer fiskalischen Handlungsmöglichkeiten — noch dazu in einer Zeit wachsender sozialer Bedürfnisse. In dem Maße wie es schwieriger wurde, an Umverteilungen des Bundes im Zuge des Finanzausgleiches heranzukommen, wurden der öffentliche Verbrauch reduziert und die Städte und Gemeinden immer mehr zu Personalabbau, Disziplinarmaßnahmen gegen Angestellte und Kürzungen der lokalen Reallöhne gezwungen. Genau dies war der Kontext, in dem New York City 1975 in einem technischen Sinne bankrott ging und damit eine Welle finanzieller Notlagen und radikaler Umstrukturierungen für viele Städte der USA einleitete (Szelenyi 1984; Clavel et al. 1980; Fainstain et al. 1986; Tabb 1982).

Die Bündnisse herrschender Klassen in städtischen Regionen (egal, aus welchen Gruppen sie sich zusammensetzten) waren wohl oder übel gezwungen, eine viel konkurrenzorientiertere Haltung einzunehmen. Charakteristisch für die städtische Regierungsform in den 60er Jahren war die Verwaltung gewesen; jetzt wurde sie durch unternehmerische Orientierung als wichtigstem Motiv urbaner Tätigkeit abgelöst (Hanson 1983; Bouinot 1987). Der Aufstieg der »Unternehmerstadt« bedeutete wachsende Konkurrenz zwischen den Städten entlang verschiedener Dimensionen. An anderer Stelle habe ich erörtert (Harvey 1985 a, Kapitel 8), daß diese Konkurrenz am anschaulichsten in vier Formen unterteilt werden kann: (a) Konkurrenz um die Position in der internationalen Arbeitsteilung, (b) Konkurrenz um die Position als Konsumzentrum, (c) Konkurrenz um Kontroll- und Befehlsfunktionen (insbesondere um finanzielle und administrative Macht) und (d) Konkurrenz um finanzielle Umverteilungen durch die Regierung (die sich in den Vereinigten Staaten, wie Markuse (1986) gezeigt hat, in den letzten Jahren sehr stark auf Militärausgaben konzentriert haben). Diese vier Optionen schließen sich nicht gegenseitig aus, und die ungleichen Entwicklungen urbaner Regionen waren abhängig von der Mischung und zeitlichen Abstimmung der verfolgten Strategien im Verhältnis zu den global stattfindenden Verschiebungen. Es ist auch auf diese gewachsene inter-urbane Konkurrenz zurückzuführen, daß sich die flexible Akkumulation so fest verankern konnte. Das Resultat waren allerdings schnelle Schwankungen in den Geschicken von Städten und bei der Herausbildung geographischer Ungleichheit (s. Smith 1984). Houston und Denver, Mitte der 70er Jahre beide im Boom, fallen nach dem Zusammenbruch der Ölpreise 1981 plötzlich zurück;

Silicon Valley, in den 70er Jahren das High-Tech-Wunder neuer Produkte und neuer Arbeitsplätze, verliert plötzlich seinen Konkurrenzvorteil; New York dagegen und die schlaffe Ökonomie Neu-Englands leben in den 80er Jahren wieder kräftig auf, nicht allein auf der Grundlage wachsender Befehls- und Kontrollfunktionen, sondern sogar auf der neugewonnenen Stärke im verarbeitenden Bereich. Noch zwei weitere, eher allgemeine Wirkungen sind im Gefolge zu nennen.

Zum einen eröffnete die interurbane Konkurrenz Räume, innerhalb derer die neuen und flexibleren Arbeitsprozesse leichter eingeführt und eine viel größere geographische Mobilität als vor 1973 durchgesetzt werden konnte. Zum Beispiel drängte die Sorge um ein günstiges »Geschäftsklima« die Stadtverwaltungen zu allen möglichen Maßnahmen (von Gehaltkürzungen bis hin zu öffentlichen Investitionen), um die ökonomische Entwicklung anzukurbeln; für die Unternehmen verringerten sich dadurch aber auch die Kosten einer Produktionsverlagerung. Ein guter Teil »öffentlich-privater Partnerschaft«, mit der heute so gerne geprahlt wird, läuft auf die Subventionierung reicher Verbraucher und Unternehmen und auf die Bemühung, mächtige Befehlsfunktionen in der Stadt zu halten, hinaus; beides geht auf Kosten öffentlicher Ausgaben für die Armen und die Arbeiterklasse. Zum zweiten wurden Stadtverwaltungen zu Innovationen und Investitionen gezwungen, die ihre Städte als Konsum- und Kulturzentren attraktiver machen sollten. Tagungszentren, Sportstadien, Disney-Worlds, Einkaufszentren in den Cities u.ä. wurden schnell anderswo imitiert. Interurbane Konkurrenz hat so zu sprunghaften Erneuerungen geführt: Lebensstil, Kultur, Produkte und sogar politische Formen haben sich verändert, und all das hat wirksam den Übergang zum Regime flexibler Akkumulation gefördert. Darin, so lautet mein Argument, liegt ein Teil des Geheimnisses des Übergangs zur Postmoderne in der urbanen Kultur.

Erkennen kann man diesen Zusammenhang in der radikalen Reorganisation der Innenräume heutiger Städte in den USA, wie sie durch die interurbane Konkurrenz angetrieben wird. Ich leite die Darstellung dieses Prozesses aber mit einigen allgemeinen Bemerkungen über den klassenspezifischen Gehalt räumlicher Gestaltung im urbanen Kontext ein.

Der klassenspezifische Gehalt räumlicher Gestaltung im urbanen Rahmen

Räumliche Gestaltungsweisen und Praktiken sind in jeder Gesellschaft voller Schwierigkeiten und subtiler Verwicklungen. Da sie an der Kapitalakkumulation und der Reproduktion von Klassenbeziehungen im Kapitalismus beteiligt sind, sind sie ein permanenter Schauplatz für gesellschaftliche Kämpfe und Konflikte. Diejenigen, die die Macht haben, über den Raum zu bestimmen und ihn zu gestalten, besitzen damit ein lebenswichtiges Instrumentarium zur Reproduktion und Vergrößerung ihrer eigenen Macht. Jedes Projekt gesellschaftlicher Veränderung muß deshalb die komplexen Schwierigkeiten der Veränderung räumlicher Gestaltung anpacken.

Mit Hilfe eines »Rasters« räumlicher Gestaltungsweise werde ich versuchen, einen Teil der Komplexität zu erfassen (Tabelle 1). Im folgenden liste ich drei von Lefebvre in »La production de l'Espace« (1974) identifizierte Dimensionen auf:

1. Die stoffliche Gestaltung von Raum bezieht sich auf die physischen und materiellen Ströme, Übertragungen und Interaktionen, die sich im und durch den Raum ereignen, und zwar so, daß dadurch Produktion und gesellschaftliche Reproduktion gesichert werden.
2. Die Repräsentation von Raum umfasst alle die Zeichen und Bedeutungen, Codes und Kenntnisse, die es möglich machen, über die stoffliche Gestaltung zu reden und sie zu verstehen; egal, ob in der Alltagssprache oder dem manchmal geheimnisvollen Jargon der Wissenschaften, die sich mit der Gestaltung des Raumes befassen (Architektur, Ingenieurwesen, Geographie, Planung, Sozialökonomie u.ä.).
3. Räume der Repräsentation sind gesellschaftliche Erfindungen (Codes, Zeichen und sogar materielle Konstruktionen wie z.B. symbolische Räume, besondere bebaute Umwelten, Bilder, Museen u.ä.), die versuchen, neue Bedeutungen oder Möglichkeiten räumlicher Gestaltung zu schaffen.

Tabelle 1 : Ein »Raster« räumlicher Gestaltungsweisen

	Zugänglichkeit & Zurückhaltung	Aneignung & Verwendung von Raum	Herrschaft über & Kontrolle von Raum
stoffliche Gestaltung von Raum (Erleben)	Waren-, Geld- und Menschenströme, Arbeitskraft, Information etc., Transport- und Kommunikationssysteme; Agglomeration von Markt und urbanen Hierarchien	urbane erbaute Umgebungen, soziale Räume der Stadt und andere Bestimmungen von »Scholle«, gesellschaftliche Netzwerke der Kommunikation & der gegenseitigen Hilfe	Privateigentum an Land, staatliche & verwaltungstechnische Aufteilung von Raum; exklusive Communities und Nachbarschaften; Herstellung exklusiver Bereiche & andere Formen sozialer Überwachung (Anwesenheit von Polizei und Überwachung)
Repräsentation von Raum (Wahrnehmung)	soziale, psychologische und physische Maße für Distanz; Herstellung von Stadtplänen; Theorien der »Friktion von Distanz«, (Prinzip der geringsten Anstrengung, soziale Physik, Anordnung eines guten, zentralen Platzes & andere Formen der Lokationstheorie)	persönlicher Raum, geistige Landkarten besetzter Räume; geographische Hierarchien; symbolische Darstellung von Räumen	verbotene Räume, »territoriale Gebote« Lokalpatriotismus, geopolitische Hierarchien
Räume der Repräsentation (Imagination)	»Medien sind die Botschaft«, neue Arten räumlicher Übermittlung (Radio, Fernsehen, Film, Photographie, Malerei etc.) Verbreitung von »Geschmack«	Volkspektakel, Straßendemonstrationen, Aufstände, Orte von Volkspektakeln (Straßen, Plätze, Märkte), Ikonographie und Graffiti	organisierte Spektakel, Monumentalität & konstruierte rituelle Räume, symbolische Barrieren & Zeichen symbolischen Kapitals

Lefebvre charakterisiert diese drei Dimensionen als das Erlebte, das Wahrgenommene und das Imaginierte. Er sieht die dialektischen Beziehungen zwischen ihnen als Dreh- und Angelpunkte einer starken Spannung, an der die Geschichte räumlicher Gestaltung abgelesen werden kann. Diese Beziehungen sind allerdings problematisch. Eine »vulgärmarxistische« Position würde vermutlich davon ausgehen, daß die materielle Gestaltung des Raumes sowohl die Repräsentation von Raum als auch die Räume der Repräsentation determiniert. Marx (1962; 1976) war da anderer Meinung. In den *Grundrissen* beschreibt er Wissen als materielle Produktivkraft und in einer mit Recht berühmt gewordenen Passage des *Kapitals* schreibt er: »Was aber den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Teile in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut« (MEW 23, S. 193). Räume der Repräsentation bergen deshalb nicht nur die Möglichkeit in sich, die Repräsentation von Raum zu beeinflussen, sondern auch die, als stoffliche Produktivkraft auf die Gestaltung des Raumes zu wirken.

Es bleibt aber viel zu vage, die Beziehungen zwischen den Dimensionen des Erlebten, des Wahrgenommenen und des Imaginierten nicht als kausal, sondern als dialektisch zu verstehen. Bei Bourdieu (1976) finden wir eine Präzisierung. Er erklärt, wie eine Matrix von Annahmen, Beurteilungen und Handlungen flexibel angewandt werden kann, um »unendlich verschiedenartige Aufgaben zu erfüllen«, während sie gleichzeitig »in letzter Instanz« (Engels' berühmter Ausdruck) aus der materiellen Erfahrung »objektiver Strukturen« und deshalb »aus der ökonomischen Basis der jeweiligen gesellschaftlichen Formation« hervorgebracht wird. Bourdieu akzeptiert das »wohlbegründete Primat objektiver Beziehungen«, allerdings ohne den falschen Schluß zu ziehen, die objektiven Strukturen selber seien, unabhängig von menschlicher Tätigkeit, mit der Macht zu autonomer Entwicklung ausgestattet. Das Bindeglied wird durch das Konzept des »Habitus« hergestellt – eines »dauerhaft eingesetzten generativen Prinzips regulierter Improvisationen«, das »Handlungsweisen herstellt«, die wiederum die Tendenz haben, die objektiven Bedingungen zu reproduzieren, die anfangs das generative Prinzip des Habitus herstellten. Die zirkuläre (oder sogar kumulative?) Ursächlichkeit ist offensichtlich. Bourdieus Schlußfolgerungen ist dennoch eine sehr eindrucksvolle Beschreibung der Beschränktheit der Macht des Imaginierten über das Erlebte:

»Weil der Habitus endlos in der Lage ist, Produkte hervorzubringen – Gedanken, Annahmen, Äußerungen, Handlungen –, deren Grenzen durch die historisch und gesellschaftlich bestimmten Bedingungen ihrer Produktion gesetzt sind, ist die Konditionierung und die bedingte Freiheit, die er sicherstellt, genauso weit entfernt von der Schaffung unvorhersehbarer Neuheit, wie von der simplen mechanischen Wiederholung der anfänglichen Konditionierungen« (Bourdieu, 1976, 95).

Ich akzeptiere diese theoretische Deutung und werde später umfänglichen Gebrauch davon machen. – An die Oberkante des Rasters stelle ich drei andere Aspekte räumlicher Gestaltung, die einem konventionelleren Verständnis entsprechen:

1. Zugänglichkeit und Zurückhaltung (*distanciation*) beziehen sich auf die Rolle der »Friktion von Distanz« in menschlichen Angelegenheiten. Distanz ist sowohl eine Barriere wie auch eine Verteidigung gegenüber menschlicher Interaktion. Sie zwingt allen Systemen von Produktion und Reproduktion Durchführungskosten (*transaction costs*) auf (besonders dann, wenn sie auf einer entwickelteren Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Handelns und der gesell-

schaftlichen Differenzierung reproduktiver Funktionen basieren). *Distanciation* (vgl. Giddens 1984, 258-9) ist einfach ein Gradmesser dafür, inwieweit die Friktion von Raum zur Anpassung an gesellschaftliche Interaktion überwunden wurde.

2. Die Kategorie der Aneignung von Raum untersucht, wie Raum von Individuen, Klassen oder anderen gesellschaftlichen Gruppen genutzt und besetzt wird. Systematisierte und institutionalisierte Aneignung kann die Herstellung territorial abgegrenzter Formen gesellschaftlicher Solidarität mit sich bringen.

3. Die Herrschaft über Raum drückt aus, wie Individuen oder mächtige Gruppen die Organisation und Produktion von Raum dominieren, damit sie entweder über die Friktion von Distanz oder über die Art, in der Raum von ihnen selber oder anderen angeeignet wird, ein größeres Maß an Kontrolle ausüben können.

Diese drei Dimensionen räumlicher Gestaltung sind nicht unabhängig voneinander. Jedes Verständnis der Beherrschung und Aneignung von Raum impliziert die Friktion von Distanz, während die fortdauernde Aneignung von Raum durch eine bestimmte Gruppe (z.B. die Gang, die an der Straßenecke herumhängt) auf eine faktische Beherrschung dieses Raumes hinausläuft. Weiterhin verändert der Versuch der Beherrschung von Raum die Distanzierung insofern, als er die Verringerung der Friktion von Distanz erfordert (z.B. »die Aufhebung von Raum durch Zeit« im Kapitalismus).

Für sich allein genommen sagt das Raster räumlicher Gestaltung wenig aus. Räumliche Gestaltungsweisen entfalten ihre gesellschaftliche Wirksamkeit erst mittels der Struktur sozialer Beziehungen, in denen sie eine Rolle spielen. In den sozialen Beziehungen im Kapitalismus ist die Gestaltung des Raumes durchdrungen mit klassenspezifischen Bedeutungen. Das soll aber nicht bedeuten, daß sich die Art der räumlichen Praxis als Derivat des Kapitalismus ergibt. Räumliche Gestaltungsweisen nehmen bestimmte Bedeutungen an, und diese Bedeutungen werden auf spezifische Weise in Raum und Bewegung umgesetzt und zwar vermittelt durch klassen- und geschlechtsspezifische oder andere gesellschaftliche Praktiken.¹ Auf gesellschaftliche Beziehungen und Imperative im Kapitalismus angewandt, kann uns das Raster deshalb dabei helfen, einen Teil der Komplexität zu enträtseln, die heute für den Bereich räumlicher Gestaltung so bestimmend ist. Mein Ziel bei der Aufstellung des Rasters war es nun nicht, eine systematische Untersuchung der darin aufgeführten Kategorien in Angriff zu nehmen, obwohl solch eine Untersuchung von erheblichem Interesse wäre (und ich, zum Zweck der Illustration, einige kontroverse Standpunkte in das Raster miteinbezogen habe). Mein Ziel ist es, einen Weg zur Charakterisierung der radikalen Verschiebungen zu finden, die sich im klassenspezifischen Gehalt und der Art räumlicher Gestaltungsweisen in den letzten zwei Jahrzehnten vollzogen haben. Unter den Bedingungen flexibler Akkumulation bestand beispielsweise ein erheblicher Druck zur Reorganisation der städtischen Innenräume. Die Vitalität des Stadtkerns wurde erneut betont, Themen wie städtische Lebensqualität, Gentrifizierung (gemeint ist die Umwandlung heruntergekommener Stadtteile in Luxuswohngegenden mit der dazugehörigen Infrastruktur, Konsumpalästen und verfeinertes Entertainment; d.Ü.) und größere gesellschaftliche Kontrolle über öffentliche wie private Räume innerhalb der Stadt haben an Bedeutung gewonnen. Aber der urbane Prozeß mußte es auch mit wachsender Verarmung und Arbeitslosigkeit aufnehmen und zwar unter Rahmenbedingungen, die keine Erhöhung des

Soziallohnese zuzulassen. Auch hier hat sich die Gestaltung des Raumes verschoben: Zum Teil hin zu wachsender Kontrolle durch eine Rückkehr zur Ghettoisierung (eine Praxis, die natürlich niemals ernsthaft zurückgedrängt, geschweige denn überwunden war), aber auch zum Entstehen neuer Räume, in denen die Obdachlosen, die Schizophrenen und die ausgestoßenen Geisteskranken herumhängen, und in denen die Verarmten neue wie auch längst erprobte Überlebensstrategien praktizieren. Wie können wir in all diesen Verschiebungen und in der konfliktschwangeren räumlichen Umsetzung von Klassegegensätzen einen Sinn finden? Wie kann man sich darüber hinaus der Frage nach der *räumlichen Befähigung* (spatial empowerment) der marginalisierten, unterdrückten und verarmten Bevölkerungsschichten zuwenden, die es in allen städtischen Zonen in wachsendem Maße gibt?

Klassenpraktiken und die Konstruktion von Community²

Verschiedene Klassen haben vollkommen verschiedene Ideen von Territorium und *Community* (dieser Begriff wurde im Englischen belassen, weil es keinen adäquaten deutschen Begriff dafür gibt. Gemeint ist sowohl der räumliche Aspekt eines Wohnviertels, als auch die gemeinsame soziale Lage und ein mehr oder weniger ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner; d.Ü.). Diese elementare Tatsache wird oft von den Theoretikern übersehen, die *a priori* annehmen, daß es so etwas wie eine idealtypische und universale Tendenz aller menschlichen Wesen gibt, eine menschliche Community etwa derselben Art herzustellen, was auch immer die politischen und ökonomischen Umstände sein mögen. Betrachtet man aber die Tätigkeit von Klassen hinsichtlich der Herstellung von Community unter den heutigen Bedingungen von Urbanisierung, dann wird deutlich, wie im wesentlichen gleiche räumliche Gestaltungsweisen vollkommen verschiedene klassenspezifische Bedeutungen haben können. Sehen wir uns z.B. die klassenspezifischen Handlungsweisen näher an, durch die sich im urbanen Zusammenhang typischerweise Communities herausbilden. Wir treffen hier auf all die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Einschätzungen, Wahrnehmungen und Handlungen, auf die Bourdieu abhebt. Auffallend ist aber in der Tat der Gegensatz zwischen der Herausbildung von Communities in machtlosen Schichten der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen und solchen, die Macht und Wohlstand haben. Für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, denen normalerweise die Mittel zur Überwindung und daher zur Kontrolle von Raum fehlen, stellt sich Raum meist als Falle dar. Weil das Eigentum selbst an grundlegenden Reproduktionsmitteln (wie etwa an Wohnungen) beschränkt ist, besteht der wichtigste Weg zur Beherrschung von Raum in seiner kontinuierlichen Aneignung. Tauschwerte sind rar, deshalb ist das Streben nach Gebrauchswerten für das tägliche Überleben zentral für soziales Handeln. Das hat häufige materielle und zwischenmenschliche Transaktionen und die Herausbildung sehr kleiner Communities zur Folge. Innerhalb solcher Nachbarschaftsräume teilt man sich Gebrauchswerte mittels einer Art Mischung von gegenseitiger Hilfe und gegenseitiger Ausplünderung; auf diese Weise bilden sich enge, aber oft sehr konfliktreiche zwischenmenschliche soziale Bindungen im öffentlichen wie im privaten Bereich heraus. Das Ergebnis ist häufig ein intensives Zugehörigkeitsgefühl zu Kiez und »Scholle« und ein genaues Gefühl für Grenzen, weil die Kontrolle über Raum nur durch aktive Aneignung gesichert werden kann.

Erfolgreiche Kontrolle setzt voraus, unerwünschte Elemente ausschließen zu können. Innerhalb eines solchen Prozesses der Herstellung von Community werden häufig feinabgestimmte ethnische, religiöse, rassische und den Status betreffende Diskriminierungen ins Spiel gebracht. Darüber hinaus nimmt die politische Organisation eine besondere Form an, in der sich im allgemeinen eine Kultur des politischen Widerstandes und der Feindseligkeit gegen die üblichen Kanäle politischer Vereinnahmung ausdrückt. Der Staat wird eher als Träger repressiver Kontrolle (durch Polizei, Erziehung etc.) denn als kontrollierbare und Vorteile bringende Instanz erfahren (s. Willis 1979). Politische Organisationen, deren Selbstverständnis auf Partizipation beruhen, sind, wie Crenson (1983) feststellt, schwach entwickelt, und bürgerliche Politik wird als irrelevant für die Versorgung mit dem für das tägliche Überleben Notwendigen angesehen. Dennoch interveniert der Staat in solche Communities, weil sie wichtige Schutzräume für die Reservearmee der Arbeitslosen sind; weil sie Räume von Deprivation darstellen, in denen alle Arten ansteckender Krankheiten (von der Prostitution bis zur Tuberkulose) gedeihen können, Räume, die genau deshalb als gefährlich erscheinen, weil sie außerhalb der normalen Prozesse gesellschaftlicher Inkorporierung liegen.

Vergleichen wir im weiteren diesen Prozeß mit den Praktiken wohlhabender Gruppen, die durch Mobilität und Eigentum an grundlegenden Reproduktionsmitteln (Häuser, Autos, etc.) über den Raum bestimmen können. Ohnehin im Überfluß mit Tauschwerten für die Lebenserhaltung gesegnet, ist ihr Überleben in gar keiner Weise von durch die Community zur Verfügung gestellten Gebrauchswerten abhängig. Die Herstellung von Community ist folglich im wesentlichen auf die Erhaltung oder Vermehrung von Tauschwerten gerichtet. Gebrauchswerte beziehen sich auf die Zugänglichkeit, den Geschmack, den Stil, die ästhetische Wahrnehmung und das symbolische und kulturelle Kapital, das mit dem Besitz einer bestimmten Art von »in-Wert-gesetzter« bebauter Umgebung Hand in Hand geht. Zwischenmenschliche Beziehungen auf der Ebene der Straße sind nicht notwendig, und die Kontrolle über den Raum muß nicht durch kontinuierliche Aneignung abgesichert werden. Geld ist das Zugangsmittel zur Community, deren Exklusivität auf anderen Feldern geringer sein kann (die Segregation nach Wohngebieten in bezug auf ethnische und selbst rassische Zugehörigkeit tendiert dazu, um so schwächer zu werden, je weiter hinauf man die Einkommensskala geht). Abgrenzungen sind diffus und flexibel und hängen im wesentlichen von dem räumlichen Feld externer Effekte ab, die individuelle Eigentumsrechte berühren können. Die Organisationen der Community achten auf solche externen Effekte. Der Staat wird als grundsätzlich nützliche und kontrollierbare Instanz angesehen, die Sicherheit garantiert und dabei hilft, Unerwünschtes draußen zu halten, sieht man einmal von ungewöhnlichen Umständen (dem Bau »schädlicher« Einrichtungen wie z.B. Autobahnen etc.) ab.

Verschiedene räumliche Gestaltungsweisen und Prozesse der Herstellung von Community – gekoppelt mit distinkten kulturellen Handlungsweisen und ideologischen Neigungen – entstehen aus verschiedenen materiellen Umständen. Unter Bedingungen ökonomischer Unterdrückung und soziopolitischer Beherrschung entstehen ganz andere Arten der Raumgestaltung und der Formierung von Communities als unter anderen Klassenbedingungen.

Informalisierung, die Produktion symbolischen Kapitals und die Mobilisierung des Spektakels

Flexible Akkumulation hat zutiefst die Klassenstrukturen und die politischen Entwicklungsmöglichkeiten beeinflusst; dadurch modifizierten sich die Prozesse der Community-Bildung, währenddessen die klassenspezifische Bedeutung räumlicher Gestaltung erneut unterstrichen wurde. Ich werde einen kurzen Blick auf drei Aspekte dieser Transformation werfen.

Verarmung und Informalisierung

In den Vereinigten Staaten ist die Anzahl der städtischen Armen seit 1972 gewachsen. Auch hat sich die Zusammensetzung dieses armen Bevölkerungsteils geändert. Arbeiter, die durch Deindustrialisierungsprozesse auf die Straße gesetzt wurden, und eine Flut von Menschen aus den von Depression betroffenen ländlichen oder regionalen Wirtschaftsräumen oder aus Ländern der Dritten Welt sind zu der Masse derer hinzu gekommen, die Marx das »Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee« (MEW 23, S. 673; d.Ü.) genannt hat. Diese Menschen bleiben in den Städten sich selbst überlassen. In manchen Fällen wurden ganze städtische Communities, die fast ausschließlich von einem lokalen Arbeitgeber abhängig waren, durch die Schließung einer einzigen Fabrik in die Verarmung gestürzt. In anderen Fällen wurden besonders verwundbare Gruppen, wie z.B. alleinerziehende Frauen, tiefer in den Sumpf der Armut gezogen: Auf diese Weise entstanden Zonen, in denen Phänomene wie die Feminisierung der Armut vorherrschen. Finanzielle Zwänge, die durch den Neokonservatismus von einer ökonomischen Notwendigkeit zu einer politischen Tugend gemacht wurden, haben gleichzeitig den Fluß öffentlicher Hilfsleistungen und damit die lebensnotwendige Unterstützung für die Masse der Armen und Arbeitslosen unterbunden.

Man braucht eine Weile, um zu lernen, in der städtischen Umwelt fast ohne Einkommen zu überleben und zurechtzukommen. Die Balance zwischen Konkurrenz, gegenseitiger Ausplünderung und wechselseitiger Hilfe in armen Bevölkerungsgruppen hat sich folgerichtig verschoben. Paradoxe Weise hat die wachsende Armut dazu geführt, daß einige der positiveren Umgangsweisen mit solchen Situationen an Einfluß verloren haben. Doch gab es noch eine andere dramatische Antwort – das Anwachsen dessen, was in amerikanischen Städten als informeller Sektor bekannt ist (mit dem Schwerpunkt auf illegalen Praktiken wie Drogenhandel, Prostitution und legaler Produktion von und Handel mit Dienstleistungen). Die meisten Beobachter (s. Castells und Portes 1987) stimmen darüber überein, daß sich Ausmaß und Form dieser Praktiken nach 1972 erweitert haben. Dieselben Phänomene können allerdings auch in europäischen Städten beobachtet werden; auf diese Weise nähert sich der urbane Prozeß in der entwickelten kapitalistischen Welt insgesamt dem in der Dritten Welt an (Radcliff und Mingione 1985). Der Typus und die Form der Informalisierung kann sehr verschieden sein und hängt von vielen Faktoren ab: dem Vorhandensein lokaler Absatzmärkte für Waren und Dienstleistungen, der Ausbildung und den Fähigkeiten der Reservearmee an Arbeitskräften, der Beziehung zwischen den Geschlechtern (denn Frauen spielen eine bemerkenswerte Rolle bei der Organisation des informellen Sektors), der Geschäftstüchtigkeit von Kleinunterneh-

mern und der Bereitschaft von regulierenden und kontrollierenden Einrichtungen wie z.B. den Gewerkschaften, Praktiken zu tolerieren, die oft jenseits der Gesetze liegen. – Communities mit niedrigem Einkommen stellen in erster Linie ein gewaltiges Reservoir an Arbeitskräften dar, das heute unter dem enormen Druck steht, sich – fast egal, wie – seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Die Laxheit seitens der Regierung und die Schwäche der Gewerkschaften ermöglichte die Herausbildung neuer Produktionstypen von Gütern und Dienstleistungen – manchmal organisiert von außerhalb der Community, manchmal aber auch von Unternehmern aus der Community selber. Heimarbeit hat sich sehr stark verbreitet und erlaubt es z.B. Frauen, Kindererziehung und produktive Arbeit am selben Ort zu leisten, während die Unternehmer dadurch Unkosten (Fabrikanlage, Beleuchtung, etc.) einsparen können. Sweatshops und die informelle Versorgung mit Dienstleistungen wurden in den 70er Jahren zu wesentlichen Bestandteilen der Ökonomien von New York und Los Angeles; heute sind sie wichtig für alle Städte in den USA. Parallel dazu wurde die traditionelle gegenseitige Hilfeleistung in Communities mit niedrigem Einkommen mehr und mehr kommodifiziert. Babysitten, Wäschewaschen, Putzen, Reparieren und andere Gelegenheitsarbeiten, die früher mehr als Gefälligkeiten untereinander ausgetauscht wurden, werden jetzt ge- und verkauft, und das manchmal sogar auf unternehmerischer Basis. Als Folge davon sind die gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb armer Communities sehr viel geschäftsmäßiger geworden, mit all den Konsequenzen exzessiver und manchmal auch außerordentlicher Ausbeutung (besonders von Frauen) im Arbeitsprozeß. Der Zufluß von Einkommen in solche Communities ist gewachsen, aber auf Kosten des traditionellen Systems gegenseitiger Hilfeleistung und mit dem Resultat einer Verstärkung gesellschaftlicher Hierarchien innerhalb der Communities selbst. Aber auch der Abfluß von Werten aus solchen Communities ist erheblich gewachsen. Viele haben die lokale Dynamik urbaner Entwicklung deshalb überrascht wahrgenommen, treten für die Tolerierung, Akzeptierung und sogar die Ermutigung der Informalisierung ein und verleihen so dem neokonservativen Argument Glaubwürdigkeit, private unternehmerische Tätigkeit sei immer der richtige Weg zu ökonomischem Wachstum und Erfolg – als ob das die Probleme aller Armen und nicht nur die einiger weniger Auserwählter lösen könnte. Dennoch: Das Wachstum der Informalisierung – und das Entstehen unregulierter urbaner Räume, innerhalb derer solche Praktiken toleriert werden – ist ein Phänomen, das mit dem neuen Regime flexibler Akkumulation in absoluter Übereinstimmung steht.

Die Produktion symbolischen Kapitals

Die frenetische Jagd der Reichen nach für den Konsum bestimmten Dollars hat dazu geführt, daß unter dem Regime flexibler Akkumulation der Produktdiversifizierung viel größerer Nachdruck verliehen wurde. Als Konsequenz davon haben die Hersteller begonnen, die Sphären verschiedener Geschmacks- und ästhetischer Vorlieben mit einer Intensität zu erforschen, die unter dem fordistischen Regime standardisierter Akkumulation durch Massenproduktion so nicht notwendig war. Dabei haben sie einem wichtigen Aspekt der Kapitalakkumulation erneut Nachdruck verliehen: Der Produktion und dem Konsum dessen, was Bourdieu (1976,

S. 171-197; 1982) »symbolisches Kapital« nennt. Das hat wichtige Konsequenzen für die Herausbildung und den Wandel der Stadtteile gehabt, in denen höhere Einkommensgruppen leben. »Symbolisches Kapital« wird als »Ansammlung von Luxusgütern definiert, die den Geschmack und die Besonderheit des Eigentümers bezeugen.« Solches Kapital ist natürlich eine verwandelte Form von Geldkapital, aber »es hat seine eigentliche Wirkung in dem Maße, und nur in dem Maße, in dem es die Tatsache verbirgt, daß es seinen Ursprung in »materiellen« Formen des Kapitals hat, die letztlich auch die Quelle seiner Wirkung sind.« Der Fetischismus dabei ist offensichtlich, aber er wird hier absichtlich entfaltet, um mittels der Sphären von Kultur und Geschmack die tatsächliche Basis ökonomischer Unterscheidungen zu verbergen. Wie »die größten ideologischen Erfolge diejenigen ohne Worte sind, die nichts weiter als kompliziertere Stille erfordern«, so dient auch die Produktion symbolischen Kapitals ideologischen Funktionen, weil die Mechanismen, durch die es »zur Reproduktion der bestehenden Ordnung und der endlosen Fortsetzung von Herrschaft beiträgt, verborgen bleiben« (Bourdieu, 1976, 188).

Es ist aufschlußreich, Bourdieus theoretische Deutungen auf die Herausbildung von Communities höherer Klassen und ihr architektonisches Umfeld zu beziehen. Sie sagen viel aus über die materiellen Prozesse der Gentrifizierung (s.o.), die Wiederherstellung von »Geschichte« (real, imaginiert oder einfach als Nachahmung neu erschaffen) und von »Community« (wiederum real, imaginiert oder einfach von den Produzenten zum Verkauf verpackt), und auch über den Bedarf an schmückender Dekoration und Verzierung, die wie Codes und Symbole gesellschaftlicher Unterscheidung funktionieren können (vgl. Simmel 1922; Firey 1945; Jäger 1986). Es ist nicht meine Absicht zu behaupten, solche Phänomene seien in irgendeiner Weise neuen Datums – sie sind von Anfang an wesentliche Merkmale kapitalistischer Urbanisierung gewesen, und natürlich spiegeln sich in ihnen nicht wenige Unterscheidungsmerkmale älterer Gesellschaftsordnungen wider. Aber seit 1972 haben sie sehr an Bedeutung gewonnen, zum Teil durch das Übergreifen auf Bevölkerungsschichten, denen sie bis dahin vorenthalten waren. Flexible Akkumulation erlaubt eine profitable Antwort auf die kulturelle Unzufriedenheit der 60er Jahre, die eine Ablehnung der genormten Akkumulation und Massenkultur beinhaltet, die zu wenig Gelegenheiten zur Erlangung symbolischen Kapitals bot. In dem Maße, in der die politisch-ökonomische Krise Forschungen im Bereich der Produktdiversifizierung anregte, konnte der unterdrückte Marktwunsch nach dem Erwerb symbolischen Kapitals durch die Produktion einer architektonischen Umwelt begegnet werden (Smith und Lefaivre 1984). Und die postmoderne Architektur machte sich auf, genau diese Art von Bedarf zu befriedigen.

»Für die Mittelklassenbewohner der Suburbs«, so sehen es Venturi u.a. (1972, 154), »die nicht in einer Vorkriegsvilla, sondern in deren sich in ihrer Umgebung verlierenden kleineren Version leben, muß Identität durch die symbolische Bearbeitung der Form des Hauses entstehen entweder durch Stilisierungen seitens der Baugesellschaft (z.B. mit Zwischenstockwerken versehener Kolonialstil) oder durch das nachträgliche Anbringen symbolischer Ornamente seitens des Besitzers.«

Symbolisches Kapital kann aber durch Geschmacksveränderungen eine Auf- oder Abwertung erfahren. Wenn symbolisches Kapital die versteckte Möglichkeit zur Machtausübung enthält, dann sind die Machtbeziehungen selber anfällig für Geschmacksveränderung. Weil die Konkurrenz zwischen Produzenten und das Wettstreiten zwischen Konsumenten den Geschmack zu

einer unsicheren Angelegenheit machen, bekommt das Ringen um Mode im städtischen Umfeld eine gewisse Wichtigkeit (siehe z.B. Zukins (1982) Studie über das Wohnen in Fabriketagen). Die Fähigkeit zur Machtausübung wie auch die zur Verwandlung symbolischen Kapitals in Geldkapital wird so in die kulturelle Politik des urbanen Prozesses eingebettet. Aber das impliziert auch, daß die Beherrschung von Raum innerhalb des urbanen Prozesses unter einem Regime flexibler Akkumulation eine noch viel wesentlichere kulturelle Seite hat. Jegliche Beherrschung birgt die Möglichkeit gewaltsamer Reaktion seitens der Beherrschten in sich, so daß auch hier ein latenter Konfliktbereich für explizite Artikulation eröffnet wurde.

Die Mobilisierung des Spektakels

»Brot und Spiele« hieß im alten Rom die Formel zur gesellschaftlichen Pazifizierung des unruhigen Plebs. Über das Paris des Deuxième Regime beispielsweise, wo Spiele und das städtische Spektakel in einer von Klassenkonflikt gespaltenen Gesellschaft zum Mittel der sozialen Kontrolle wurden, wurde die Formel bis in die kapitalistische Kultur weitergegeben (Clark 1985).

Seit 1972 besteht das urbane Spektakel nicht mehr in Veranstaltungen der Gegenkultur, Antikriegsdemonstrationen, Straßenaufständen und innerstädtischen Revolutionen der 60er Jahre. Es wurde zum Symbol wie zum Instrument kommunaler Vereinheitlichung unter bürgerlicher Kontrolle gemacht, und das unter Bedingungen wachsender Arbeitslosigkeit und Verarmung und einer Zunahme der objektiven Bedingungen von Klassenpolarisierung. Im Verlauf dieses Prozesses wurde der modernistische Hang zur Monumentalität – die Verbindung von Dauerhaftigkeit, Autorität und Macht der bestehenden kapitalistischen Ordnung – von einem »offiziellen« postmodernen Stil herausgefordert; dieser entdeckt eine Architektur von Spiel und Spektakel mit ihrem Sinn für Kurzlebigkeit, Zurschaustellung und flüchtigem Vergnügen, die aber Beteiligung ermöglichen. Die Zurschaustellung der Ware wurde zu einem zentralen Bestandteil des Spektakels, und an intimen und geschützten Orten wie dem Baltimore's Harbor Place, der Boston's Faneuil Hall und einer Unzahl von Einkaufspromenaden, die in ganz Amerika aus dem Boden schossen, strömten Menschenmengen zusammen, um die Waren wie das Publikum anzustarren. Sogar ganze Baukomplexe rückten in den Mittelpunkt des urbanen Spektakels und der Zurschaustellung. Dieses Phänomen verdient eine genauere Prüfung, als ich sie hier leisten kann. Natürlich paßt es mit den urbanen Strategien zusammen, die, als Kompensation für die Deindustrialisierung, Jagd auf die Dollars der Konsumenten machen. Sein zweifellos kommerzieller Erfolg beruht zum Teil auf der Art und Weise, auf die sich an geschützten Orten, sicher vor Gewalt oder politischer Agitation, der Kaufakt mit der Freude am Spektakel verbinden kann. Baltimore's Harbor Place verbindet all die bürgerlichen Tugenden, die Benjamin (1972, S. 158-165) den Arkaden im Paris des neunzehnten Jahrhunderts zuschreibt, mit dem Gefühl von Festlichkeit, das Weltausstellungen anhaftet – »Wallfahrtsorte zum Fetisch Ware.« Debord (1978) geht noch weiter:

»Das Spektakel ist die entwickelte moderne Ergänzung zum Geld, in dem die Totalität der Warenwelt als ganze erscheint, als allgemeines Äquivalent dafür, was die ganze Gesellschaft sein und tun kann.«

Das geht so weit, daß das Spektakel zum »gemeinsamen Boden des getäuschten Anblicks wie

des falschen Bewußtseins wird«, so daß es sich auch »als Mittel zur Vereinheitlichung« präsentieren kann (Debord 1978). Bürgermeister Schaefer und die städtische Klassenallianz hinter ihm in Baltimore machen von dem Spektakel des Harbor Place bewußt in diesem Sinne Gebrauch, nämlich als Symbol der angeblichen Einheit in der klassen- wie rassenmäßig gespaltenen Stadt. Der Profisport und Veranstaltungen wie die Olympischen Spiele in Los Angeles erfüllen eine ähnliche Funktion in einer ansonsten fragmentierten städtischen Gesellschaft. Unter einem Regime flexibler Akkumulation stellt urbanes Leben sich so mehr und mehr als »immense Anhäufung von Spektakeln« dar. Amerikanische Innenstädte verbinden nicht länger ausschließlich einen monumentalen Eindruck von Macht, Autorität und geballter Herrschaft. Stattdessen bringen sie die Idee von Spiel und Spektakel zum Ausdruck. Es ist dieses Gebiet des Spektakels, auf dem der Umschwung zu postmoderner städtischer Kultur, der die flexible Akkumulation begleitet hat, zum Teil gestaltet wird, und im Kontext solcher vermittelnder Vorstellungen müssen sich die Gegensätze von Klassenbewußtsein und Klassenpraxis entfalten.³ Debord (1978) zufolge ist aber das Spektakel

»nie eine sicher und endgültig plazierte Vorstellungswelt; es ist immer die Darstellung der Welt in Konkurrenz mit anderen, und sie trifft immer auf den Widerstand verschiedener, manchmal beharrlicher Formen gesellschaftlicher Praxis.«

Urbaner Druck und flexible Akkumulation

Die flexible Akkumulation hat ernstzunehmende Auswirkungen auf alle urbanen Ökonomien gehabt. Der wachsende Unternehmergeist vieler Stadtverwaltungen (besonders solcher, die die »öffentlich-private Partnerschaft« betonten) tendierte dazu, diese Auswirkungen, und damit auch die sie begleitenden neokonservativen und postmodernen kulturellen Trends, zu verstärken. Der Verbrauch immer knapperer Ressourcen zum Anziehen wirtschaftlicher Entwicklung bedeutet, daß der soziale Konsum der Armen vernachlässigt wurde, um Bedingungen zu schaffen, die die Reichen und Mächtigen in der Stadt halten sollten. Diese Weichenstellung signalisierte Präsident Nixon, als er 1973 die urbane Krise als überstanden erklärte. Das bedeutet freilich nichts anderes als die Umwandlung urbaner Spannungen in neue Formen.

Auch interne Anpassungsprozesse der Städte spielten ihre Rolle bei der Ermöglichung und Förderung flexibler Akkumulation. Arme Bevölkerungsgruppen mußten sehr viel mehr Unternehmergeist entwickeln und sich beispielsweise »informelle« ökonomische Methoden aneignen, um zu überleben. Der wachsende Kampf ums Überleben unter Bedingungen wachsender Verarmung brachte eine Erosion traditioneller Mechanismen gegenseitiger Hilfe in städtischen Communities mit sich, die kaum in der Lage waren, Räume zu dominieren und zudem oft keinerlei Macht hatten, was normale Prozesse politischer Integration angeht. Die Fähigkeit zur Beherrschung von Raum durch kommunale Solidarität und sich wechselseitig unterstützende Formen der Aneignung nahm genau in dem Moment ab, als viele Räume für Angriffe und Besetzung durch andere anfällig wurden. Es entstand eine Spannung zwischen der wachsenden Arbeitslosigkeit in traditionellen Berufen einerseits und dem Beschäftigungswachstum, das durch das Wiederaufleben der Innenstädte ausgelöst wurde und das auf Dienstleistungen im

finanziellen Bereich und der Organisierung des Spektakels basierte. Eine neue und relativ wohlhabende Generation von Selbständigen und leitenden Angestellten, geprägt von den 60er Jahren mit ihrer kulturellen Unzufriedenheit gegenüber dem Modernismus, begann damit, ganze Bereiche der Innenstädte zu dominieren und war dabei auf der Suche nach Produktdiversifizierung auf dem Feld des Wohnens, der Lebensqualität und der Verfügung über symbolisches Kapital. Für die Produzenten dieses Wohnfeldes wurden die Wiederbelebung von »Geschichte« und »Community« zu wichtigen Verkaufstricks. Auf diese Weise wurde der Wechsel zum postmodernen Stil institutionalisiert.

Solch eine Situation birgt ernsthafte gesellschaftliche und räumliche Spannungen in sich. Wachsende Polarisierung zwischen den Klassen ist potentiell gefährlich (symbolisiert wird sie durch die unglaubliche Woge städtischer Armut, von denen die Inseln deutlich sichtbaren, erstaunlichen Reichtums umringt werden); und geht man davon aus, welche Möglichkeiten der Herausbildung von »Community« den Armen zur Verfügung stehen, so öffnet auch das die Türen für wachsende rassische, ethnische, religiöse oder einfach die »Scholle« betreffende Spannungen. Grundlegend verschiedene Klassenmechanismen zur Bestimmung der Räumlichkeit der Community geraten miteinander in Konflikt, und lösen so eine Art von Guerillakrieg darüber aus, wem verschiedene Teil der Stadt gehören und wer sie kontrolliert. Die Bedrohung durch Gewalt in den Städten scheint von großer Bedeutung zu sein, wenn auch nicht von solch massiver Art wie in den 60er Jahren. Ähnlich gefährlich ist der Zusammenbruch der Prozesse, die den Armen die Herausbildung einer Community gegenseitiger Hilfe ermöglichen, weil das eine Zunahme der individuellen Anomie, der Entfremdung und all der sich daraus ableitenden Mechanismen mit sich bringt. Die wenigen, die es durch Tätigkeiten im informellen Sektor »schaffen«, können die vielen anderen, die auf der Strecke bleiben, nicht wiedergutmachen. Am anderen Ende der sozialen Skala fügt das Streben nach symbolischem Kapital den politisch ökonomischen Spannungen eine kulturelle Dimension hinzu. Die politisch-ökonomischen Spannungen heizen die Feindschaft zwischen den Klassen an und veranlassen so den Staat zu Interventionen, die die armen Bevölkerungsgruppen noch weiter entfremden. (Ich denke da z.B. an die Art, in der herumhängende Jugendliche in Gegenden schikaniert werden, die einen Prozeß der Gentrifizierung durchlaufen.) Die Mobilisierung des Spektakels hat ihre einigenden Effekte, ist aber dennoch ein zerbrechliches und unsicheres Instrument; sie enthält ihre eigenen spezifischen Entfremdungsmechanismen, die so weit gehen, den Konsumenten dazu zu zwingen, »ein Konsument von Illusionen« zu werden. Kontrollierte Spektakel und Festivitäten sind eine Sache, aber auch Aufstände und Revolutionen können zu »Festivals des Volkes« werden.

Es gibt noch einen weiteren Widerspruch. Gesteigerte interstädtische Konkurrenz führt zu in sozialer Hinsicht kostspieligen Investitionen, die das Problem der Überakkumulation, das anfangs zum Übergang zu flexibler Akkumulation führte, eher vergrößern als verkleinern (s. Harvey i.E.). Einfach gesagt: Wie viele erfolgreiche Mehrzweckhallen, Sportstadien, Disney-Worlds und Hafenanlagen kann es geben? Konkurrenz oder alternative Innovationen anderswo machen Erfolge oft kurzlebig oder strittig. Überinvestition in allen Bereichen, von der Einkaufspromenade zur kulturellen Einrichtung, machen die im städtischen Raum eingeschlossenen Werte hochgradig anfällig für Entwertung. Wo die Wiederbelebung der Innen-

städte auf blühender Beschäftigung im Finanz- und Immobilienbereich beruht, in dem Menschen täglich Kredit- und Immobiliengeschäfte für andere Menschen machen, die im Finanz- und Immobilienbereich arbeiten, ist sie abhängig von einer enormen Schuldenexpansion von seiten der Individuen, Gemeinden und Regierung. Wenn diese Kredite faul werden, werden die Auswirkungen sehr viel zerstörerischer sein, als das die Sprengung von Pruitt-Igoe je symbolisieren konnte. Die Epidemie von Bankenzusammenbrüchen in Texas, Colorado und sogar Kalifornien (viele davon sind der Überinvestition im Immobilienbereich zuzuschreiben) läßt vermuten, daß es bei der Wiederbelebung von Städten schwerwiegende Überinvestitionen gab. Kurz gesagt: Flexible Akkumulation ist sowohl verbunden mit einem hochgradig instabilen Verteilungsmuster urbaner Investitionen, wie mit der zunehmenden gesellschaftlichen und räumlichen Polarisierung städtischer Klassenantagonismen.

Politische Antworten

»Jede herrschende Ordnung weist die Tendenz auf«, so schreibt Bourdieu (1976, S. 324), »ihren spezifischen Willkürcharakter zu naturalisieren«. »Der bedeutendste und bestkaschierte Mechanismus zum Erreichen dieser Wirkung bildet ohne allen Zweifel die Dialektik von objektiven Chancen und (subjektiven) Bestrebungen – eine Dialektik, mittels derer sich, als Sinn für die Grenzen oder Realitätssinn, die Unterwerfung unter die herrschende Ordnung vollzieht...« Wissen (wahrgenommenes wie imaginiertes) wird dabei »zum integralen Bestandteil der Fähigkeit der Gesellschaft, sich selber zu reproduzieren«. Die »symbolische Macht, Prinzipien der Konstruktion von Realität, vor allem von gesellschaftlicher Realität, durchzusetzen, (bildet) eine entscheidende Dimension politischer Macht« (ders. 1976, S. 327).

Das ist eine Schlüsselerkenntnis. Sie hilft zu erklären, warum selbst der kritischste Theoretiker letztendlich das »Festhalten an der bestehenden Ordnung« reproduziert. Sie erklärt Tafuris (1976) Schlußfolgerung (die auf der Geschichte von Avantgardismus und Moderne in der Architektur basiert), wonach jegliche radikale Transformation von Kultur und deshalb jede radikale und verändernde architektonische Praxis unmöglich ist, bevor nicht die gesellschaftlichen Beziehungen einer radikalen Veränderung unterzogen wurden. Diese Einsicht zwingt zur Skepsis gegenüber denjenigen, die in jüngster Zeit die Postmoderne (oder den radikalen Individualismus oder einen anderen Aspekt zeitgemäßer Praxis) als radikalen und befreienden Bruch mit der Vergangenheit hervorgehoben haben. Es gibt deutliche Beweise dafür, daß die Postmoderne nichts anderes ist, als das kulturelle Mäntelchen flexibler Akkumulation. »Kreative Zerstörung« – dieses Kernstück kapitalistischer Moderne – ist so zentral für das tägliche Leben, wie sie immer war. Darum besteht die Schwierigkeit darin, politische Antworten auf die invariablen und unveränderlichen Wahrheiten des Kapitalismus im allgemeinen zu finden, gleichzeitig aber auf die besonderen Erscheinungsformen des Kapitalismus unter den Bedingungen flexibler Akkumulation zu reagieren. Von diesem Standpunkt aus möchte ich einige bescheidene Vorschläge diskutieren.

Zunächst gilt es, die Spielräume des gegenwärtigen Prozesses zu untersuchen, in denen man Ansatzpunkte für Widerstand und die Selbstbefähigung sehen kann. Zusammen mit Dezentra-

lisierung und Entflechtung schafft das kulturelle Interesse an der Qualität von Umgebung und Raum ein politisches Klima, in dem lokale, kommunale und regionale Politik sich auf neue Weise entfalten kann, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, an dem die kulturelle Kontinuität aller Orte durch flexible Akkumulation ernsthaft bedroht wird. Ausgehend von dieser Art von Spannung vertritt Frampton (1985) eine regionale Architektur des Widerstandes gegen die homogenisierenden Kräfte des globalen Kapitalismus und bemüht sich Rossi (1984) um eine Architektur, die die Kontinuität nachbarschaftlicher Tradition und kollektiver Erinnerung ausdrückt.⁴ Augenscheinlich sind die kulturellen Leitsätze der Postmoderne offen für eine radikale Interpretation zugunsten eines Machtzuwachses der Armen und Unterprivilegierten. Aber im Vergleich zu der »kreativen Zerstörung«, mit der die flexible Akkumulation typischerweise das Gefüge der Stadt verunstaltet, sind das kleine Fische.

Flexible Akkumulation ebnet auch neue Wege für sozialen Wandel. Räumliche Zerstreung bringt, was das anlocken neuer Produktionen angeht, eine viel größere geographische Chancengleichheit, selbst für die kleinsten und entlegensten Städte. Die Position innerhalb der städtischen Hierarchie verliert an Bedeutung, und große Städte haben die ihnen eigene politisch ökonomische Fähigkeit zur Machtausübung verloren. Kleine Städte, denen das Anlocken neuer Aktivitäten gelungen ist, haben ihre Position oft bemerkenswert verbessert. Aber auch hier weht der frostige Wind der Konkurrenz. Es erweist sich als schwierig, die Produktionen zu halten, selbst wenn sie erst seit kurzer Zeit in der Stadt sind. Dadurch gewinnen wie verlieren gleichermaßen viele Städte. Auch die Veränderungen auf den Arbeitsmärkten haben einerseits traditionelle Gewerkschaftsmacht unterbunden, andererseits Gelegenheiten zu Migration, Beschäftigung und selbständiger Arbeit für Bevölkerungsschichten eröffnet, denen sie früher vorenthalten wurden (Wenn auch unter sehr viel stärkerer Konkurrenz, was zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen für Frauen, neuen Migranten und ghettoisierten Minderheiten geführt hat). Flexible Akkumulation eröffnet die Möglichkeit zu kooperativen Formen der Arbeitsorganisation bei minimaler Kontrolle durch die Arbeiter. Piore und Sabel (1985) heben dieses Argument hervor und beschreiben es als ein entscheidendes Moment in der Geschichte des Kapitalismus, in dem völlig neue und sehr viel demokratischere Formen industrieller Organisation eingeführt werden könnten. Diese Art der Organisation kann sich auch dann herausbilden, wenn sich im »informellen Sektor« kooperative und durch Arbeiter kontrollierte Bestrebungen konsolidieren.

Kurz gesagt lassen die Bedingungen flexibler Akkumulation die Kontrolle seitens der Arbeiter wie auch der Community als praktikable Alternative zum Kapitalismus erscheinen. Die politische Ideologie auf der Linken hat sich deshalb zugunsten eines »durchführbaren« dezentralisierten Sozialismus verschoben, der sich sehr viel stärker von Sozialdemokratie und Anarchismus als von traditionellem Marxismus inspirieren läßt. Das korrespondiert mit den energischen Angriffen von außen und der internen Kritik, denen die Mechanismen der zentralen Planung in den sozialistischen Ländern ausgesetzt sind (z.B. Nove 1983). Die politische Praxis der Linken hat sich in eine ganz ähnliche Richtung entwickelt. Sozialistische Stadtverwaltungen in England, wirtschaftliche Demokratie und kommunale Selbstverwaltung in den Vereinigten Staaten und lokale Mobilisierung durch die »Grünen« in Westdeutschland machen diesen Trend deutlich. Es gibt augenscheinlich viel, was auf lokaler wie auf regionaler Ebene

getan werden kann, um lokale Interessen zu verteidigen und ihnen Einfluß zu verleihen. Community-Organisationen und Religionsgemeinschaften unterstützen Betriebsaufkäufe ('plant buy-outs') aktiv, wehren sich gegen Fabrikschließungen oder unterstützen die Mechanismen gegenseitiger Hilfe im traditionellen Solidarzusammenhang armer Communities auf andere Weise. Auch Institutionen können davon überzeugt werden, Bemühungen um mehr Einfluß und Kontrolle seitens der Bevölkerungsgruppen, die sie umfassen, zu unterstützen. Ein freundlich gesonnener Staatsapparat kann Wege zur Unterstützung von Kooperativen finden (durch die Versorgung mit Dienstleistungen, die Bereitstellung von Räumen und im Produktionsbereich) und kann vielleicht auch die Herausbildung neuer Berufsbilder fördern, indem er auf lokaler Ebene vorhandene Begabungen nutzt. Druck kann auch auf finanzielle Institutionen ausgeübt werden, so daß sie kommunale Neuinvestitionen, die Bemühungen von Kooperativen und die Entwicklung von Stadtvierteln unterstützen. Sogar Spektakel können mit politischer Zielsetzung organisiert werden. Planer können versuchen sicherzustellen, daß die Umwandlung der Nachbarschaft kollektive Erinnerung eher erhält als zerstört. Es wäre weitaus besser, wenn eine verlassene Fabrik in ein kommunales Zentrum verwandelt würde, wo die kollektive Erinnerung derer, die dort gelebt und gearbeitet haben, erhalten wird, anstatt sie in Boutiquen und Apartementhäuser zu verwandeln, die die Aneignung der Geschichte eines Bevölkerungsteils durch einen anderen erlauben.

Aber es gibt akute Gefahren. Theorie wie Praxis verstärken Prozesse der Fragmentierung und der Verdinglichung. Wenn, wie heute, die globale Flexibilität des Kapitalismus größer denn je ist, ist es schädlich, Häuser, Viertel, Städte, Regionen und selbst Nationen als »Dinge für sich« zu betrachten. So zu denken bedeutet, sich der hochgradig zentralisierten Macht flexibler Akkumulation immer ungeschützter auszusetzen. Denn es ist geographisch unbegründet und naiv, die Eigenschaften eines globalen Prozesses zu ignorieren, wie die unterschiedlichen Qualitäten des Ortes und der Community. Praxisformen, die sich nur aus der zweiten Annahme ableiten, führen zu einer Politik der Anpassung und Unterordnung, anstatt zu einer des aktiven Widerstandes und der sozialistischen Veränderung.

Und dennoch muß eine globale Strategie des Widerstandes und der Veränderung mit den realen Gegebenheiten der Community beginnen. Das Problem besteht in der Formierung einer zentralisierten Politik, die es mit der zunehmend zentralisierten Macht flexibler Akkumulation aufnimmt, gleichzeitig aber der Basis des lokalen Widerstands treu bleibt. Die »Grünen« in der BRD und die »Rainbow Coalition« in den USA scheinen sich den damit verbundenen Fragen zu stellen. Die Schwierigkeit besteht darin, diese jungen Ideologien mit einer eher traditionellen oppositionellen Politik zu verbinden, die sich als Antwort auf ein früheres Akkumulationsregime herausgebildet hat, ohne jedoch radikalen Individualismus, Neokonservatismus oder Postmoderne als Zeichen der Befreiung in sich aufzunehmen. Für progressive Kräfte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gibt es hier ein weites Betätigungsfeld für die schwierige politische und intellektuelle Arbeit der Schaffung einer geeinteren oppositionellen Kraft im Zuge des Malstroms sozialen Wandels, den die flexible Akkumulation freigesetzt hat.

Das alles betrifft in erster Linie die Politik des Widerstandes. Was ist aber mit der Politik einer radikaleren Veränderung? Der Kapitalismus ist zwar immer in einem Vorstadium des Sozialismus, etwas so Verwegenes wie der Übergang zum Sozialismus steht aber heute wohl kaum

bei irgendjemandem auf der Tagesordnung. Warum das so ist, dafür gibt uns vielleicht Bourdieu (1976, S. 331) einen Anhaltspunkt:

»Denn die Krise, die das Undiskutierte zur Diskussion, das Unformulierte zu seiner Formulierung führt, hat zur Bedingung ihrer Möglichkeit die objektive Krise, die, indem sie das unmittelbare Angepaßtsein der subjektiven an die objektiven Strukturen aufbricht, praktisch die Evidenzen zerstört und darin einen Teil davon in Frage stellt, was ungeprüft hingenommen worden war«.

Nur unter den Bedingungen der Krise können wir radikal neue Gedanken denken, denn dann wird es unmöglich, »unsere Eigenmächtigkeit zu naturalisieren«. Alle wichtigen sozialen Revolutionen wurden mitten aus dem Zusammenbruch der Regierungsfähigkeit der Bourgeoisie heraus geboren. Das wackelige Gebäude des modernen Kapitalismus hat enorm viele Risse, von denen nicht wenige aus den der flexiblen Akkumulation inwohnenden Spannungen entstanden sind. Das globale Finanzsystem – die zentrale Macht im gegenwärtigen Akkumulationsregime – befindet sich in Aufruhr und ist mit einem Übermaß an Schulden belastet, das zukünftigen Beschäftigten derartige Lasten aufbürdet, daß ein Ausweg nur schwer vorstellbar ist – sieht man einmal ab von massiven Zahlungseinstellungen, galoppierender Inflation oder repressiver Deflation ab. Die Unberechenbarkeit wie die Macht der von der flexiblen Akkumulation entfesselten kreativen Zerstörung fordert einen schrecklichen Tribut, oft von vielen Teilen der Bevölkerung, und erzeugt so heftige geopolitische Rivalitäten, die (wie in den 30er Jahren) leicht außer Kontrolle geraten könnten. Sie könnten den Westen als zusammenhängende politische und ökonomische Einheit auseinanderbrechen lassen (Handels- und Finanz»kriege« sind nun schon seit einige Zeit Teil unserer täglichen Nachrichtenkost). Das kapitalistische System ist zwar krisenanfällig, befindet sich aber nicht in einer Krise, und wenige von uns haben Lust, sich das Leben in einer Krise vorzustellen. Tatsächlich ist das System so wackelig, daß es als Erschütterung verstanden wird, über diese Tatsache auch nur zu reden.

Das bringt mich zu einem zweiten zentralen Gesichtspunkt. Objektiv mag die Krise eine notwendige Bedingung für wichtige gesellschaftliche Veränderungen sein – sie ist aber nie eine ausreichende. Letzteres hängt ab vom Aufstieg einer politischen Kraft, die in der Lage ist, das Machtvakuum auszufüllen und kreativ damit umzugehen. In der Tat macht das Wesen dieser politischen Kraft den Unterschied zwischen einem Übergang zum Sozialismus oder zur Barbarei aus, um die von Marx geprägten Gegensätze zu verwenden. Damit die heute Machtlosen das mitbestimmen können, müssen sie zunächst über »die materiellen und symbolischen Mittel verfügen, um die Definition der sozialen Welt, die ihnen vermittels der die sozialen (...) regulierenden logischen Strukturen aufgezwungen wird, zurückzuweisen ...« (Bourdieu 1976, S. 331). Wie Willis 1979 zeigt, entwickeln aber die Machtlosen ihre eigenen Mittel symbolischer Repräsentation, die in vieler Hinsicht ihre soziale Welt genauer darstellen als die, die ihnen von Erziehern aufgezwungen würden. »Ausgestiegene« und oppositionelle Subkulturen der Innenstädte mit den ihnen eigenen Sprachformen sind genauso weitverbreitet und lebendig, wie sie es immer waren. Hinsichtlich weltweiter Prozesse, die die Masse der Bevölkerung von der Macht ausschließen, wirkt diese Sprache aber eher anpassend als verändernd, wenn auch vielleicht nur deshalb, weil sie die Sprache derer ist, für die sich der Raum als Falle darstellt.

Kritische Theorie kann hier eine Rolle spielen. Aber nur dann, wenn sie auch selbstkritisch ist.

Zunächst entsteht alle kritische Theorie als die Praxis einer Gruppe »organischer Intellektueller« (um mit Gramsci zu reden), und ihre Qualitäten hängen deshalb von der Klasse und Umgebung ab, die die Lebensbedingungen der Praktiker bestimmen. Akademiker und freiberuflich Tätige sind davon nicht ausgenommen. Unsere kritische Theorie hat deshalb bestimmte Qualitäten, die sie von der kritischen Theorie, wie sie sich in der kulturellen und politischen Praxis der Arbeiterklasse ausdrückt, unterscheidet. Reale Macht für die heute Machtlosen muß durch Kampf von unten gewonnen und darf ihnen nicht aus Großzügigkeit von oben gegeben werden. Die Art der Opposition von Klassen und Unterklassen gegen flexible Akkumulation muß deshalb ernst genommen werden. In jeder Hinsicht besteht das Problem darin, Praxisformen zur Definition einer Sprache der Territorial- und Klassenallianzen zu finden, von der aus sich globalere oppositionelle Strategien gegen die flexible Akkumulation herausbilden können.

Selbst diese Art der kritischen Theorie kann die Antworten nicht enthalten. Aber sie kann zumindest die Fragen stellen, und auf diese Weise einen Teil der materiellen Realitäten enthüllen, mit denen jeder Übergangsprozeß fertig werden muß. Sicher ist das nur ein kleiner Beitrag. Aber bedeutende Veränderungen müssen aus der Ansammlung solcher kleiner Beiträge geformt werden. Eine kritische Einschätzung des derzeitigen Regimes flexibler Akkumulation, der kulturellen Praxisformen der Postmoderne und der Umformung physischen und sozialen Raumes durch Urbanisierung erscheint – zusammen mit einer Reflektion der Ideologien, mit Hilfe derer wir solche Prozesse verstehen – als ein kleiner, aber notwendiger, vorbereitender Schritt hin zur Wiederherstellung einer Bewegung globaler Opposition gegenüber einer offensichtlich kranken und instabilen kapitalistischen Hegemonie.

(Übersetzung aus dem Englischen durch Patricia Ton)

Anmerkungen

- 1 Jede vollständige Darstellung der Bildung von Communities und der Herstellung sozialer Räume in urbaner Umgebung muß auch den geschlechtsspezifischen, rassischen, ethnischen und religiösen Gehalt räumlicher Gestaltungsweisen in Betracht ziehen. Bezogen auf den geschlechtsspezifischen Aspekt ist in den Arbeiten von Stimpson (1981); Rose (1984); Shlay und Di Gregorio (1985); und Smith (1987) ein Anfang gemacht worden.
- 2 Hier bin ich der Forschungsarbeit von Phillip Schmandt zu tiefstem Dank verpflichtet.
- 3 Ich kann nicht widerstehen, darauf aufmerksam zu machen, auf welche Weise Barthes (1975) zu der gleichen Zeit dem Begriff des »Vergnügens« (jouissance) philosophische Anerkennung verschaffte, zu der auch das Erforschen der Stadt als ein Theater, ein Spektakel voller Spiel-Räume in der Theorie wie auch in der Praxis urbaner Gestaltung populärer wurde. Ich habe auch den Verdacht, daß die Würdigung des urbanen Gefüges als ein mit Vergnügen zu lesender und zu interpretierender »Text« etwas mit den steuerlichen Vorteilen zu tun hatte, die den Grund- und Wohnungsspekulanten daraus erwuchsen, daß ganze Stadtbezirke unter Denkmalschutz gestellt wurden.

- 4 Es ist erwähnenswert, daß Rossi (1984) seine Theorie architektonischer Praxis auf die Ideen verschiedener Geographen gründet, insbesondere die von Vidal de la Blache, und der Bedeutung von Nachbarschaften als Rahmen für die Kontinuität der Lebensweisen («genres de vie») und Orte der kollektiven Erinnerung Beachtung schenkt. Aus meiner Sicht hat Rossi den falschen Geographen gewählt, denn Vidal sträubte sich notorisch dagegen – zumindest bis fast an sein Lebensende und seiner befruchtenden aber wenig beachteten Geographie de L'Est –, die dynamischen Transformationen sozialer und physischer Landschaften zu erforschen, die sich unter den gesellschaftlichen Bedingungen des Kapitalismus vollziehen.

Literatur

- Aglietta, M. (1974): *A Theory of Regulation*, London (NLB)
- Armstrong, P./Glyn, A./Harrison, J. (1984): *Capitalism since World War II*, London (Fontana)
- Barthes, R. (1975): *The Pleasure of the Text*, New York (Hill and Wang)
- Benjamin, W. (1973): *Charles Baudelaire: A Lyric Poet in the Era of High Capitalism*, London (NLB); dt.: Gesamtausgabe, Ffm 1972
- Berman, M. (1982): *All That is Solid Melts Into Air*, New York (Simon and Schuster)
- Bouinot, J. (Ed.) (1987): *L'Action Economique des Grandes Villes en France et a l'Etranger*, Paris (Economica)
- Bourdieu, P. (1976): *Entwurf einer Theorie der Praxis*, Ffm
- Bourdieu, P. (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Ffm
- Bradbury, M./McFarlane, J. (1976): *Modernism*, Harmondsworth, Middlesex (Pelican)
- Castells, M./Portes, A. (1986): »Worth underneath: the origins, dynamics, and effects of the informal economy«, *Conference on the Comparative Study of the Informal Sector*, Baltimore (Johns Hopkins University)
- Clark, T.J. (1985): *The Painting of Modern Life: Paris in the Art of Manet and his Followers*, New York (Knopf)
- Clavel, P./Forester, J./Goldsmith, W. (1980): *Urban and Regional Planning in an Age of Austerity*, New York (Pergamon)
- Crenson, M. (1983): *Neighborhood Politics*, Cambridge, Mass. (Harvard University Press.)
- Debord, G. (1983): *Society of the Spectacle Detroit*, (Black and Red Books); dt.: *Die Gesellschaft des Spektakels*, Hamburg 1978
- Eagleton, T. (1987): »Awakening from Modernity«, in: *Times Literary Supplement*, February 20th, 1987
- Fainstain, S./Fainstain, N./Hill, R./Judd, D./Smith, M. (1986): *Restructuring the City*, New York (Longman)
- Firey, W. (1945): »Sentiment and symbolism as ecological variables«, in: *American Sociological Review*, 10, 145-60
- Frampton, K. (1985): »Critical regionalism: speculations on an architecture of resistance«, in: Johnson, C. (Ed.), *The City in Conflict*, London (Mansell)
- Frisby, D. (1986): *Fragments of Modernity*, Oxford (Polity Press.)
- Giddens, A. (1984): *The Constitution of Society*, Oxford (Polity Press.)
- Hanson, R. (Ed.) (1983): *Re-thinking Urban Policy: Urban Development in an Advanced Economy*, Washington, D.C. (National Academy of Sciences)
- Harvey, D. (1985a): *The Urbanization of Capital*, Oxford (Basil Blackwell)
- Harvey, D. (1985b): *Consciousness and the Urban Experience*, Oxford (Basil Blackwell)
- Harvey, D. (im Erscheinen): »The geographical and geopolitical consequences of the transition from fordist to flexible accumulation« in: Sternlieb, G. (Ed.), *America's New Economic Geography*, Rutgers, (Rutgers University Press.)

- Harvey, D./Scott, A. (im Erscheinen): »The practice of human geography, theory and specificity in the transition from fordism to flexible accumulation«, in: Macmillan, W. (Ed.) *Remodelling Geography*, Oxford (Basil Blackwell)
- Huysen, A. (1984): »Mapping the Post-modern«, in: *New German Critique*, 33, 5-52
- Jacobs, J. (1961): *The Life and Death of Great American Cities*, New York (Vintage)
- Jager, M. (1986): »Class definition and the esthetics of gentrification«, in: Smith, N. and Williams, P. (Eds.), *The Gentrification of the City*, London (Allen and Unwin)
- Jameson, F. (1984a): »The politics of theory: ideological positions in the post-modernism debate«, in: *New German Critique* 33, 53-65
- Jameson, F. (1984b): »Post-modernism, or, the cultural logic of late capitalism«, in: *New Left Review*, 146, 53-92
- Jencks, C. (1984): *The Language of Post-Modern Architecture*, London (Academy Editions)
- Lefebvre, H. (1974): *La Production de l'Espace*, Paris (Anthropos)
- Markusen, A. (1986): »Defense spending: a successful industrial policy«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 10, 105-22
- Marx, K. (1967): *Capital* (volume 1), New York (International Publishers); dt.: *Das Kapital*, 1. Band, Berlin 1962
- Marx, K. (1973): *Grundrisse*, Harmondsworth, Middlesex (Penguin); dt.: *Grundrisse*, Berlin 1976 (MEGA) II, 1.11.2
- Nove, A. (1983): *The Economics of Feasible Socialism*, London (Allen and Unwin)
- Piore, M./Sabel, C. (1984): *The Second Industrial Divide*, New York, (Basic Books), dt.: *Das Ende der Massenproduktion*, Berlin 1985
- Redclift, N./Mingiore, E. (eds.) (1985): *Beyond Unemployment: Household, Gender, and Subsistence*, Oxford, (Basil Blackwell)
- Rose, D. (1984): »Rethinking gentrification; beyond the uneven development of marxist urban theory,« in: *Society and Space*, 2, S. 47-74
- Rossi, A. (1984): *Architecture and the City*, Cambridge, Mass. (MIT Press)
- Shlay, A./Di Gregorio, D. (1985): »Same city, different worlds: examining gender and work-based differences in perceptions of neighborhood desirability,« in: *Urban Affairs Quarterly*, 21, s. 66-86
- Simmel, G. (1978): *The Philosophy of Money*, London (Routledge and Kegan Paul); dt.: *Philosophie des Geldes*, München und Leipzig 1922
- Scott, A./Storper, M. (eds.) (1986): *Production, Work, Territory: The Geographical Anatomy of Industrial capitalism*, London (Allen and Unwin)
- Smith, N. (1984): *Uneven Development: Nature, Capital, and the Production of Space*, Oxford (Basil Blackwell)
- Smith, N. (1987): »Of Yuppies and housing; gentrification, social restructuring, and the urban dream,« in: *Society and Space* (im Erscheinen)
- Smith, N./Levaivre, M. (1984): »A class analysis of gentrification«, in: Palen, J. and London, B. (eds.), *Gentrification, Displacement and Neighborhood Revitalization*, Albany (State University of New York Press)
- Stimpson, C. (ed) (1981): *Warren and the City*, Chicago (Chicago University Press)
- Szelenyi, I. (ed.) (1984): *Cities in Recession: Critical Responses to the Urban Policies of the New Right*, Beverly Hills (Sage)
- Tabb, W. (1982): *The Long Default*, New York (Monthly Review Press)
- Tafuri, M. (1974): *Architecture and Utopia*, Cambridge, Mass. (MIT Press)
- Venturi, R./Scott-Brown, d./Izenour, S. (1972): *Learning from Las Vegas* Cambridge, Mass. (MIT Press)
- Willis, P. (1977): *Learning to Labor*, Farnborough (Saxon House); dt.: *Spaß am Widerstand*, Ffm 1979
- Zukin, S. (1982): *Loft Living: Culture and Capital in Urban Change*, Baltimore (John Hopkins University Press)

Roger Keil David Harvey und das Projekt einer materialistischen Stadttheorie

David Harvey gehört seit fast zwei Jahrzehnten zu den einflußreichsten Theoretikern der »Neuen Stadtforschung«*. Bekannt geworden als Autor eines Lehrbuchs der positivistischen Geographie (Harvey, 1969), wurde er zum enfant terrible dieser traditionalistischen Disziplin, als er in *Social Justice and the City* (1973 erstmals einen marxistischen Ansatz wählte (cf. Badcock, 1984). Dieses Buch ist dann auch in der Folge wegen seiner explosiven Wirkung innerhalb der Geographie oft als sein wichtigstes angesehen worden. Verglichen mit späteren Schriften Harveys war *Social Justice and the City* eine zögerliche Annäherung an eine materialistische Position in der Geographie. Seine Entwicklung von einer liberal-humanistischen zu einer marxistischen Perspektive, die er noch als mögliche Varianten einer Lösung der sozialen Frage im räumlichen System der Stadt nebeneinander stehen läßt, organisiert die Struktur des Buches. Harveys Positionen ähnelten denen des französischen Marxisten Lefebvre, hoben sich jedoch von der strukturalistisch-althusserianischen Vorgehensweise Manuel Castells' ab, der in den 70er Jahren die Standards in der marxistischen Stadttheorie setzte (cf. Castells, 1977)¹. Über das folgende Jahrzehnt jedoch, bis zur Veröffentlichung von *The Limits to Capital* (1982), etablierte sich Harvey als Vordenker einer »neo-orthodoxen« (Katz, 1986) politischen Ökonomie der Stadt und des Raums. In einer Reihe von Artikeln entwickelte er eine auf einer kritischen Interpretation der Marxschen Theorie der Grundrente basierende Position mit dem Ziel, den historischen Materialismus mit einer räumlichen Dimension auszustatten.

The Limits to Capital, von ihm selbst als festgehaltene »Leseerfahrung« seines Marxstudiums apostrophiert, trägt die verschiedenen Versuche Harveys zusammen, mit einigen »empty boxes« in der Urbanisierungstheorie zu Rande zu kommen. Das Resultat ist eine stringente materialistische politische Ökonomie des Raums, in der die grundlegenden Kategorien der Marxschen Theorie expliziert mit Harveys Interpretation der Bedeutung räumlicher Konfigurationen für die Gesellschaftstheorie verknüpft werden.²

Im Vorfeld von *The Limits to Capital* hatte Harvey eigne Kategorien entwickelt, mit denen er sich einer umfassenden Theorie der Urbanisierung näherte. Studien zur Rolle des Finanzkapitals (1974 mit Chatterjee), zur Geographie der kapitalistischen Akkumulation (1975a), zur Urbanisierung in den USA (1975b), zur Rolle des Klassenkampfes in der baulichen Umwelt (1977), zum »städtischen Prozeß«³ unter kapitalistischen Bedingungen (1978) und zur räumlichen Krisenregulierung (»spatial fix«, 1981) legten Harveys wichtigste Konzepte dar. Im Laufe dieser Entwicklung wandte sich Harvey von der Verwendung marxistischer Konzepte für Geogra-

* Ich danke Joachim Hirsch, Margit Mayer und Walter Prigge für ihre kritischen Kommentare zu einer früheren Version dieses Papiers.

phie und Geschichte des Urbanisierungsprozesses zu der Vorstellung, daß der Verstädterungsprozeß selbst als zentrale Komponente der Kapitalakkumulation fungiert. Darin folgt er Lefebvre, der das Überleben des Kapitalismus im 20. Jahrhundert auf dessen Fähigkeit zurückführt, den Raum als aktives Medium seiner Erhaltung und Konsolidierung zu nutzen (Lefebvre, 1976). Hier besteht eine Beziehung zu Imperialismus- und Neokolonialismustheorien, die ebenfalls unter der Prämisse operieren, daß »das Überleben des Kapitalismus... nur durch die Transformation von Raumbeziehungen und die Entstehung spezifischer geographischer Strukturen« (z.B. Zentrum und Peripherie) gewährleistet werde (1985c: 142).

1985 erschienen zwei Bände Harveys zur Geschichte der kapitalistischen Urbanisierung: *The Urbanization of Capital* (1985a) und *Consciousness and the Urban Experience* (1985b). In diesen Sammlungen von — zum Teil bereits anderswo publizierten — Essays beschäftigt sich Harvey mit dem am Ende von *The Limits to Capital* gestellten Problem, wie die Theorie der Urbanisierung und die (erlebte) historische Geographie dieses Prozesses konzeptionell zu verknüpfen seien. Im ersten Band (1985a) präzisiert er seine Vorstellungen zum städtischen Prozeß als materiellem Vorgang, während er sich im zweiten Band (1985b) mit der Produktion und Urbanisierung des Bewußtseins auseinandersetzt. Insbesondere Themen aus dem zweiten Band nimmt er schließlich in seinem jüngsten, in diesem Heft abgedruckten Aufsatz zur flexiblen Akkumulation durch Urbanisierung und zur Funktion der Postmoderne nochmals auf.

Auf den folgenden Seiten soll nun versucht werden, einige der Kerngedanken Harveys vor allem aus seinen neueren Veröffentlichungen, nachzuzeichnen. Es ist dabei beabsichtigt, die Lücke, die durch die bisher dürftige Veröffentlichungssituation von Harveys Arbeiten in deutscher Sprache (vgl. dazu die Sammelbände von Mayer/Roth/Brandes 1978 und von Kramer/Neef 1985) entstanden ist, ein wenig zu schließen. Schon das Volumen des Harveyschen Werkes verbietet aber den Anspruch auf Vollständigkeit der Betrachtung im hier gestellten Rahmen. Trotz meiner Bemühungen um eine repräsentative und an aktuellen Theorieproblemen gemessene Auswahl von Themen, wird sich daher ein selektiver Zugriff nicht vermeiden lassen.

Raum/Zeit/Akkumulation

Für die meisten Vertreter der neuen Stadttheorie in den 70er Jahren war es vordringlich, sich von den hegemonialen humanökologischen Positionen der Chicago School of Sociology und ihren Epigonen zu lösen, deren »Fetischismus des Raums« den Blick auf die sozialen Verhältnisse zu versperren drohte. Autoren wie Castells (1977)⁴ betonten die Abhängigkeit räumlicher Strukturen von sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Prozessen. »Das Städtische« ist aus dieser Perspektive ideologisches Konstrukt, das lediglich als Ensemble von Prozessen der »kollektiven Konsumtion« Forschungsgegenstand sein kann. Saunders (1981) wandte sich gänzlich gegen die Vorstellung eine Integration von Raum und Gesellschaft als realem Objekt gesellschaftswissenschaftlicher Analyse und plädierte für eine nicht-räumliche Stadtsoziologie. In den letzten Jahren gewannen jedoch solche Positionen in der Stadttheorie an Boden, die die Frage des Verhältnisses von Raum und Gesellschaft differenzierter angin-

gen.⁵ Es begann sich die Einsicht durchzusetzen, daß die »historische Periodizität der kapitalistischen Entwicklung mit der Abfolge von Räumlichkeiten und geographischen Landschaften einhergeht« (Soja, 1984: 28).

Für den Geographen Harvey stand das Problem der *theoretischen* Vermittlung des *historischen* Verhältnisses von Raum und Zeit oder Räumlichkeit und Periodizität also der historischen Geographie, von Haus aus im Mittelpunkt. Sein Interesse galt dabei der Bedeutung des Raums für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß: Die Aufeinanderfolge der sozialen Produktionsformen in der Geschichte — auf Basis der ökonomischen und politischen Revolutionierung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse — schuf mit einer neuen Periode auch jeweils eine neue Räumlichkeit. Der Marxsche Satz, daß die Menschen ihre Geschichte zwar selbst machen, nicht jedoch aus freien Stücken, erhält aus dieser Sicht eine neue Dimension:

»Our historical geography is always ours to make. But the conditions under which we seek to make that historical geography are always highly structured and constrained« (Harvey, 1985a: 223).

Der Akkumulationsprozeß des Kapitals ist immer untrennbar ein raum/zeitlicher: Für das Kapital entstehen daraus gewisse Schranken, beispielsweise in der Anwendung der Ware Arbeitskraft. Die zeitlichen Hindernisse zur totalen Ausbeutung dieser besonderen Ware (cf. Storper/Walker, 1983) sind hinlänglich bekannt. Sie bestehen sowohl in der absoluten Länge des Lebens, in der Produktionszeit (Erziehung) und der täglichen Reproduktionsnotwendigkeit ihres Trägers, des Menschen. Selten werden jedoch die räumlichen Limitationen genannt. Diese bestehen in der Besonderheit eines jeden lokalen Arbeitsmarkts, der auch im Zeitalter der Globalisierung kapitalistischer Produktion erhalten bleiben muß: Auf der weltweiten Suche nach oder bei der Schaffung von spezifischen Produktionsbedingungen vertraut das Kapital auf räumlich segmentierte und qualitativ differente Arbeitsmärkte. So willkommen diese Konfigurationen den Akkumulationsinteressen des Kapitals zu bestimmten Zeitpunkten jedoch sein mögen, so sehr stehen sie ihnen in einer anderen Periode im Wege und müssen zerstört oder restrukturiert werden (cf. Harvey, 1985a: 127 ff; Scott/Storper, 1986). Im raum/zeitlichen Prozeß der Akkumulation schafft sich das Kapital sein Gegenbild in einer physischen Landschaft:

»The very production of this landscape, so vital to accumulation, is in the end antithetical to the tearing down of spatial barriers and the annihilation of space by time« (Harvey, 1985a: 43).

Dieser Widerspruch führt zu einem ständigen Kampf um die zweckmäßigste räumliche Ausformung des Akkumulationsprozesses, zum Kampf zwischen einem »übelieferten« und einem »geplanten« Raum (Lipietz, zitiert in Soja, 1985: 113). Für begrenzte Zeiträume stellt sich eine »strukturierte Kohärenz« her, in der sich der Zusammenhalt der sozialen Form manifestiert: die Verbindung der herrschenden Form der Technologie sowohl der Produktion als auch der Konsumtion mit den herrschenden Klassenverhältnissen in einem stadtreionalen Kontext (Harvey, 1985a: 126). Der temporären Stabilität der »strukturierten Kohärenz« wirkt in jedem Zeit-Raum die Dynamik der historischen Geographie des Kapitalismus entgegen. Sie präsentiert sich als veränderbares und selbst in den Prozeß eingreifendes »Objekt theoretischer Untersuchung« und als »Nexus politischer Aktion« (Harvey, 1985a: 64).

Für Harvey ist der Raum eine Schlüsselkategorie im Prozeß der kapitalistischen Akkumulation. Er nimmt Levebvres Frage auf, welche Systematik sich hinter dem Bedeutungswachstum

von Spekulation, Bauwirtschaft und Immobiliensektor in der »neokapitalistischen« Gesellschaft verbirgt (Lefebvre, 1972). Lefebvre hatte vermutet, daß es sich bei den mit der Grundrente (also mit der Distribution des Raums) verbundenen Sektoren der Ökonomie um einen Regelkreis dreht, der parallel zur Industriepolitik verläuft« und dessen Rolle wichtiger wird (Lefebvre, 1972: 169 f.): In Lefebvres Vorstellung wird die Phase der Industriellen Revolution im 20. Jahrhundert von der Phase der Urbanen Revolution überwunden:

»Im gleichen Maße wie der Hauptregelkreis – laufende industrielle Produktion 'beweglicher' Güter – an Schwung verliert, nehmen die Investitionen auf dem sekundären, dem Immobiliensektor zu« (Lefebvre, 1972: 170).

Die Entwicklung von der industriellen zur urbanen Phase etabliert auch den städtischen Raum, das urbane Ensemble, als das Herzstück der gesellschaftlichen Dynamik. Die Stadt, die nichts und doch alles schafft, die bauliche Umwelt, rückt in den Mittelpunkt der Geschichte (Lefebvre, 1972: 127): Während Lefebvre dies vornehmlich als säkulare Tendenz versteht, betont Harvey zunächst, daß der Charakter der Investitionen in den sekundären Kapitalkreislauf, i.e. in die bauliche Umwelt, primär krisenbedingt, also zyklisch ist. Jede der globalen Krisen des Kapitalismus sei von massiven Kapitalbewegungen in die bauliche Umwelt begleitet gewesen, in einem verzweifelten letzten Versuch, der Überakkumulation Herr zu werden. Als Beispiel nennt er den Boom in der Immobilienwirtschaft vieler entwickelter kapitalistischer Länder von 1969-1973 (Harvey, 1985a: 20)⁶.

Harveys Überlegungen gehen von dem widersprüchlichen Charakter des »spatial fix« aus. Die Limitationen der kapitalistischen Akkumulation in Raum und Zeit können demnach vorübergehend aufgefangen werden, indem »Raum durch die Produktion von Raum überwunden wird«, wenn überschüssiges Kapital in die bauliche Umwelt investiert wird. Dadurch werden jedoch die Widersprüche des Akkumulationsprozesses nur verlagert, nicht gelöst. Sie werden vielmehr über eine größere Breite verteilt (Harvey, 1985a: 60). Die räumliche »Lösung« führt also zu neuen, größeren Widersprüchen im nächsten Zyklus, in der nächsten Krise. Damit erstellt Harvey ähnlich Lefebvre ein säkulares Entwicklungsmodell der kapitalistischen Produktionsweise, das an die Produktion und Zerstörung räumlicher Verhältnisse gekoppelt ist. In dem Maße wie der städtische Raum – ganz wie der darin stattfindende Massenkonsum, der auch den Raum massenhaft konsumiert – zum wichtigsten Faktor des Überlebens des Kapitalismus wird, wird er zum »Lokus für die kontrollierte Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse« (Harvey, 1985a: 88). Und weiter:

»Durch die Urbanisierung des Kapitals selbst werden Surplusse mobilisiert, produziert, absorbiert und angeeignet, und durch städtischen Zerfall und Degradierung werden sie entwertet und zerstört« (1985a: 222).

Spatial Fix und Postmoderne

Die zunehmende Bedeutung des sekundären Kapitalkreislaufs hat Verschiebungen im Gefüge der Klassenstruktur und des Staates zur Folge. Fortwährende Vergesellschaftung der Produktion, Bedeutungszuwachs des Finanzkapitals⁷, Imperialismus als Lebenslogik des Kapitals, sind Aspekte der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise selbst (Harvey, 1985a: 85).

Neue Produktions- und Konsumtionsmodi werden von der expansiven Dynamik des Kapitalismus hervorgebracht. Damit wandelt sich der Prozeß der Verstärkung in fundamentaler Weise: Einst Ausdruck für die Produktionsnotwendigkeiten der kapitalistischen Klasse, wird er zunehmend zum Symbol der Macht des Finanzkapitals und des Staates über den gesamten gesellschaftlichen Produktionsprozeß (Harvey, 1985a: 88). Die Bedeutung des Staates und des Finanzkapitals nimmt zu, weil die anarchische Konkurrenz zwischen den produktiven Kapitalen den Kapitalismus immer häufiger lahmlegt und die Schaffung bestimmter struktureller Voraussetzungen zur Akkumulation (z.B. bauliche Umwelt) behindert. Koordination des produktiven und des Bankkapitals im Finanzkapital und dessen politische Organisation im Staat werden zu den entscheidenden Voraussetzungen der Fortdauer des Akkumulationsprozesses. Sowohl auf der Ebene der Klassenformation und der Bündnisse zwischen Klassen als auch auf der politischen Ebene der Konstitution des Staates haben wir es dabei mit zunehmend krisenhaften und widersprüchlichen Strukturen zu tun, deren Instabilität das kapitalimmanente Feld politischer Auseinandersetzungen definiert (cf. Harvey, 1982, Kapitel 10).

Die hier skizzierte Dynamik der Kapitalakkumulation schuf einen neuen Urbanisierungstyp: Indem der Konsumismus zum tragenden Pfeiler der keynesianischen Ökonomie wurde, entwickelte sich die Stadt vom »workshop for production« zum »consumption artifact« (Harvey, 1975: 139)⁸. In der Stadt als Konsumtionszentrum sind beide Besonderheiten des keynesianischen Kapitalismus präsent: die Atomisierung der gesellschaftlichen Reproduktion (Einfamilienhaus, Automobil etc.) und die Organisation und Bereitstellung der baulichen Umwelt für die Konsumtion, die die wachsende Durchstaatlichung der Gesellschaft begründet. Die private Konsumtion ist das Kernstück der keynesianisch/fordistischen Formation, während die Schaffung der dafür notwendigen baulichen Umwelt durch den Kapitalfluß in den sekundären Kreislauf – unter der Ägide des Finanzkapitals und des Staates – gewährleistet wird. In der Landschaft der fordistischen Stadt manifestiert sich der gesellschaftliche Vormarsch der Finanzform des Kapitals in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern (Harvey, 1985a: 88). Besonderheit dieser Entwicklung ist, daß die Durchsetzung der Finanzform des Kapitals nicht lediglich eine andere bauliche Umwelt schafft als die herkömmliche industrielle Form, sondern vielmehr, daß die Produktion des Raumes selbst zur Substanz der Akkumulation des Kapitals wird. Die Schaffung baulicher Umwelt für die Konsumtion wird so zur Existenzvoraussetzung des Kapitalismus – wie das für die Parallelisierung von gesellschaftlicher Produktion und privater Konsumtion auch behauptet wird (cf. Aglietta, 1979; Hirsch/Roth, 1986). Die Tendenz zur »Wertrealisierung ohne Produktion«, die letztlich eine Sterilisierung des kapitalistischen Systems zur Folge hat, findet in der gesellschaftlichen Produktion des Raum für den Zweck der Konsumtion und in der Explosion des privaten Konsums ihre Entsprechung. Erscheint die keynesianische Stadt dabei als Inkarnation des »postindustriellen« Kapitalismus (Harvey, 1985a: 211), so ist sie doch nur denkbar als Resultat der Massenproduktion, des Hyperindustrialismus. Im Verständnis der Komplementarität von Massenproduktion und Massenkonsum ist daher die Kritik am ideologischen Konstrukt der postindustriellen Stadt impliziert. Die Entwicklung zum »consumption artifact« hat das Weiterbestehen des produktiven Sektors zur Voraussetzung. Weder der Kapitalismus noch die kapitalistische Stadt können überleben, wenn sie ihre Aktivitäten von der Produktion des Werts abkoppeln, lediglich finan-

zielle Manöver durchführen, ohne die Produktion zu erhöhen oder umzustrukturieren (Harvey, 1982: 320; 1985a: 88).

In seinem jüngsten Aufsatz (1987) erweitert Harvey seine Betrachtungen der Dialektik von Urbanisierungsprozeß und Kapitalakkumulation auf den Typus der »postmodernen Stadt«: Materielle Basis für die aktuelle Restrukturierung von Städten und Regionen ist ein neues, auf flexiblen Formen beruhendes Akkumulationsregime.⁹ Die Bewegung des Kapitals im Raum folgt den Bedürfnissen der industriellen Organisation: Die Postmoderne erscheint dann als das kulturelle Gewand flexibler Akkumulation. Die keynesianische Stadtstruktur zerfällt - ebenso wie das Regime der vereinheitlichten fordistischen Massenproduktion - in flexibilisierte sozial-räumliche Einheiten, die den Reproduktionsbedürfnissen der neuen Ära funktional zugeordnet sind. Unterstützt von staatlichen Maßnahmen wie Innenstadtgentrifizierung und institutionalisierte Bündnisse von Staat und privater Wirtschaft wird die postmoderne Stadtlandschaft zunehmend von den Bedürfnissen eines Luxuskonsumismus geprägt, während die Marginalisierten den Rückzug ins Ghetto antreten (Harvey, 1987). Wo früher die Gleichmacherei des Automobils und des Einfamilienhauses gesellschaftlich akzeptiertes Prinzip einer Massenkonsumtionsökonomie war, werden jetzt Konsumtionspaläste für selektierte Märkte und eine präntiöse Herrschaftskultur zu den Symbolen einer neuen Urbanität. In diesem Ambiente wird »symbolisches Kapital« (Bourdieu) zum Schlüsselement. Davis hat dieses Phänomen als »Überkonsumismus« bezeichnet, womit er »die zunehmende gesellschaftliche Subvention neuer Mittelschichten durch die ständige Degradierung neugeschaffener Arbeitsplätze und die Auflösung der üblichen Standards des fordistischen Massenkonsums« meint (Davis, 1986: 94).¹⁰ Das Spektakel, der »Spiele« - Anteil in der römischen Herrschaftsformel wird zum Drehpunkt der neuen Stadt; der Kultur wächst eine noch größere Bedeutung zu, als sie für die Beherrschung des Raumes im Urbanisierungsprozeß ohnehin schon hatte (Harvey, 1987). Die »Towers of Power« in den Innenstadtbezirken der Postmoderne stehen nicht länger nur als Symbole der finanziellen Macht sondern auch als spekulative Fetische einer gebrauchswertorientierten Nutzung des städtischen Raums im Wege.¹¹

Die aktuelle Restrukturierung der Städte hat historische Vorgänger. Die Rationalität der modernistisch-kapitalistischen Entwicklung kam sich mit der Zeit stets selbst ins Gehege. Neue Wellen von »kreativer Zerstörung« wurden in immer schnellerer Folge notwendig. Auch die Haussmann'sche Modernisierung von Paris schuf lediglich eine limitierte bauliche Umwelt, deren spezifische Rationalität spätere Nutzung verbat (1985b). Aspekte der postmodernen Restrukturierung der baulichen Umwelt sind ebenso historisierend wie die Fassaden ihrer Architektur: Die Deindustrialisierung von Paris im 19. Jahrhundert, die den Stadtkern der Luxusindustrie öffnete oder die Beseitigung überschüssigen Kapitals sowie überzähliger - und potentiell revoltierender - Bevölkerung aus den Städten sind Themen, die die postmoderne Urbanisierung früherer Epochen der Verstädterung entlehnt (cf. Harvey, 1985b: 119). Harvey mißtraut daher auch simplifizierenden Versuchen, die kapitalistische Entwicklung in Stufen einzuteilen. In einer Mahnung zur Vorsicht, auch gegenüber seinen eigenen Tendenzen zur Periodisierung des Urbanisierungsprozesses, stellt er heraus, daß dessen Elemente zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort in spezifischer Weise kombiniert werden. Eine Periodisierung nach dem Muster: Die merkantilistische Stadt mobilisiert Mehrwert, die industrielle Stadt produziert,

und die keynesianische Stadt absorbiert das Surplus, ist daher problematisch. Gerade in der aktuellen, post-keynesianischen Ära ist vorherrschend: eine Mischung aller möglichen Strategien der Kapitalakkumulation durch Urbanisierung (cf. Harvey, 1985a: 221 f.)¹². Festzuhalten bleibt an diesem Punkte, daß Harvey den Urbanisierungsprozeß (und damit den gesellschaftlichen Prozeß selbst) als zeit/räumlichen begreift. Es entstehen dabei »eigenartige geographische Konfigurationen physischer und sozialer Beziehungen«, die wiederum in komplexe Formen städtischen Lebens übersetzt werden (Harvey, 1985b: 265). Der Urbanisierungsprozeß ist gleichzeitig Grundlage für die Perpetuierung des Kapitalismus und Ausdruck seiner inneren Widersprüche (Harvey, 1985b: 273).

So vielversprechend und inspirierend Harveys Versuch ist, in der oben skizzierten Weise Stadttheorie und historische Geographie zu integrieren, so wenig ist dieses Ziel bisher erreicht. Es bedarf hier detaillierter Studien gegenwärtiger Verstädterungsprozesse, also Untersuchungen städtischer Regionen, die Harveys theoretisch erarbeiteten Hypothesen unter aktuelleren Bedingungen als dem Paris des 19. Jahrhunderts, der Fallstudie in *Consciousness and the Urban Experience* (1985b), und in umfangreicher Form als in Harveys jüngstem Aufsatz (1987) auf den Prüfstand stellen. Dies ist um so notwendiger, als die durch Flexibilisierung erreichte Fragmentierung des Urbanisierungsprozesses eine Mustergeschichtsschreibung der Verstädterung im Stile der Forschungen zu Manchester oder Chicago nicht zuläßt. Der Ruf nach mehr empirischer Forschung genügt freilich nicht. Vielmehr müßte die Integration verschiedener Ansätze in der Sozialwissenschaft, die die Stadtforschung befruchten können, fortgesetzt werden. Insbesondere in der Diskussion um die Entstehung der »World City« (vgl. z.B. Friedmann, 1986), in neueren Ansätzen zum Studium gegenwärtiger Restrukturierungsprozesse in städtischen Regionen (vgl. z.B. Soja, 1986; et.al. 1983) und in der Literatur, die sich mit globalen Urbanisierungstendenzen beschäftigt (vgl. z.B. Portes/Walton, 1980; Timberlake, 1985) finden sich erste Ansätze dazu.¹³

Grundrente/Akkumulation/Klassenkampf

Im Kern von Harveys ökonomischer Analyse der kapitalistischen Stadt findet sich seine Interpretation der Grundrente.¹⁴ Insbesondere interessiert ihn die von Marx nicht völlig geklärte Frage, warum die Grundrente im Kapitalismus weiter existiert, obwohl radikale bürgerliche Ökonomen sie als parasitär ansahen. Harvey zeigt, daß dem Bodenmarkt und damit der grundbesitzenden Klasse¹⁵ eine regulative Funktion zukommt, ohne die der Kapitalismus nicht funktionieren könnte (Harvey, 1982: 331). Damit wird die Grundrente – ohne selbst Wert zu produzieren – zum Faktor im Akkumulationsprozeß. Hergestellt ist ein komplexes soziales Verhältnis: »Das Kapital organisiert den Raum, aber der Raum hilft, das Kapital zu organisieren« (Katz, 1986: 68). Während das an den Boden gebundene Kapital als historische Voraussetzung und als Bedingung der Produktion an der Dynamisierung der Krisen im Kapitalismus beteiligt ist, werden andererseits während der Krise Investitionen in den sekundären Kapitalkreislauf zur Abschöpfung überflüssigen Kapitals aus der Sphäre der Produktion genutzt. Mit dem »spatial fix« werden dem Kapital temporär Ventile geöffnet, die allerdings im Gegenzug

die Malaise der Überproduktionskrise nur vergrößern, weil sie die Krise auf größerer räumlicher Basis reproduzieren. Die geographische Landschaft der Kapitalakkumulation, geplant und ausgelegt, um die Umlaufzeit des Kapitals zu senken, erscheint als rationale geographische Konfiguration, die nicht lediglich Ensemble von Häusern, Straßen, etc. ist, sondern Produktionsverhältnisse verkörpert (cf. Harvey, 1985a: 32-61).

Harveys Theorie der Grundrente und der baulichen Umwelt wurde mit dem Argument kritisiert, sie entspringe zu einseitig einem »Kapitallogikansatz« (Katz, 1986). Diese Position ist repräsentativ für eine oft an Harvey geübte Kritik, die ihm mechanistisches Denken vorwirft, wenn es um die Analyse sozialer Prozesse im Raum geht: Man gewänne den Eindruck, alles würde immer so geregelt, wie das Kapital es gerade brauche. Richtig ist, daß Harvey Positionen ablehnt, die dem Klassenkampf eine von strukturellen Restriktionen relativ unbeeinträchtigte Rolle zumessen. Ihm geht es vielmehr darum zu zeigen, wie die Mechanik des Akkumulationsprozesses historisch zur Perpetuierung des Kapitalismus geführt hat, gerade indem Klassenkämpfe darin integriert werden konnten. Ökonomische Klassenkämpfe im Bereich der Produktion und der Reproduktion haben dabei bestenfalls modifizierende Wirkung: »Das Kapital mag in solchen Prozessen allgegenwärtig sein, aber es ist weder allwissend noch allmächtig« (Harvey, 1985b: 57). Forderungen der Arbeiterklasse nach mehr Kontrolle über den Arbeitsprozeß und die Reproduktionsbedingungen werden vom Kapital in der Regel mit »Lösungen« beantwortet, die seinen Fortbestand sichern:

»As labor seeks more control over the collective conditions of its existence, so capital seeks to establish collectivized forms of consumption and individual homeownership« (Harvey, 1985b: 57).

Als Beispiel für einen solchen Vereinnahmungsprozeß, der auf einem Klassenkompromiß beruht, nennt Harvey den »Genius des Fordismus«. Er erlaubte es der kapitalistischen Klasse, sich systematisch den Klassenkämpfen am Ort der Produktion zu entziehen und lieferte, durch die ihn begleitenden dramatischen Verschiebungen im Urbanisierungsprozeß, die räumliche Grundlage für eine weitere Reproduktion des Kapitals gleich mit (1985b: 254).

Harvey unterscheidet zunächst zwischen Klassenkampf (Produktion) und verlagertem Klassenkampf (Reproduktion). Später differenziert er dieses dichotomische Modell, indem er neben kollektiver Aktion im Raum und klassenbewußter politischer Aktivität individuelle politische Handlungen als niedrigste Ebene politischer Aktivität hinzufügt (1985b: 60). Angestrebt ist dabei die Beseitigung der Trennungen zwischen den Bereichen und die Verlagerung ökonomischer Kämpfe in die politische Arena (1982: 449). Die Dynamik des Kapitalismus selbst hebt demnach die (seit Engels' Wohnungsfrage) als klassisch empfundene Trennung zwischen Produktion und Reproduktion auf, indem die Schaffung neuer Konsumtionsweisen und neuer Bedürfnisse zur Überlebenslogik des Kapitals wird – auch wenn die Dichotomie zwischen beiden Sektoren als besonders scharfe erscheint (1985a: 87). Harveys Argumentation zielt daher nicht auf eine Ausbreitung von Kämpfen im ökonomischen Bereich, sei es im Betrieb oder im Stadtviertel, sondern auf eine Integration dieser Kämpfe auf der politischen Ebene, d.h. auf der Ebene der staatlichen Macht.¹⁶

Globale Restrukturierung und städtische Politik

In *The Urbanization of Capital* (1985a) versucht Harvey einem offensichtlichen Defizit seiner Theorie zu begegnen – der Vermittlung von ökonomischen Prozessen durch die politische Sphäre in der Stadt. Als Ausgangspunkt dienen ihm dabei die vom aktuellen ökonomischen Restrukturierungsprozeß geschaffenen neuen Bedingungen. In einer restrukturierten globalen Ökonomie werden städtischen Regionen neue Bedeutungen innerhalb der städtischen Hierarchie zugemessen (cf. Logan/Molotch, 1987: 257 ff.). Während einerseits dieser Einordnungsprozeß selbst aktives Handeln von städtischen Wachstumskoalitionen voraussetzt, welche die abstrakte Dynamik des globalen Kapitals regional verträglich zu machen versuchen, schaffen andererseits die neuen sozialräumlichen Konfigurationen einen veränderten Schauplatz für städtische Politik. – Harvey benennt vier Bereiche, in denen Städte im gegenwärtigen Restrukturierungsprozeß um ihre Position in der innerstädtischen Hierarchie kämpfen müssen: internationale Arbeitsteilung, globaler Wettbewerb in der räumlichen Teilung der Konsumtion, Konkurrenz um Kommandofunktionen in der Weltökonomie und um redistributive Zahlungen aus der Staatskasse.

Das individuelle Wettbewerbsergebnis wird dabei ganz entscheidend davon abhängen, welche spezifische Struktur der lokale Arbeitsmarkt aufweist (oder welchen Veränderungen er sich zu unterwerfen bereit ist). Dabei kann es relevant sein, wie flexibel die am lokalen Markt orientierten Sektoren sind, wie stark neue Technologien in vorhandenen Branchen Eingang finden, welche innerstädtischen Standortvorteile für einzelne Bereiche der Ökonomie vorhanden sind etc. (Harvey, 1985: 138). Die interne Diversifizierung, die Polarisierung und Segmentierung der städtischen Arbeits- und Konsumtionsmärkte, der Stadtstruktur und letztlich der politischen Sphäre werden zur Existenzvoraussetzung für das Bestehen im internationalen Wettbewerb. Territoriale Arbeitsteilung ist schließlich kein regionales Problem mehr, sondern die Konkretisierung der abstrakten Bedürfnisse des internationalisierten Kapitals auf Stadt-Teil-Ebene. Auf dieser Ebene erscheint die Genesis eines neuen Akkumulationsregimes als interne Restrukturierung urbaner Regionen. Widersprüche entstehen hier zunächst zwischen lokalen Kapitalinteressen und denen des internationalen Kapitals. Diese Widersprüche werden zum Verhandlungsgegenstand städtischer Politik, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung. Die allgemeine Stabilität des Kapitalismus ist von seiner lokalen Integrationsfähigkeit abhängig (Harvey, 1982: 442 f.; 1985a: 223). Städtische Politik ist daher mit der Herstellung einer strukturierten Kohärenz befaßt, also mit einem Ensemble von Arbeitsmärkten und Reproduktionszusammenhängen auf der Basis einer lokal spezifischen Kombination von Technologien. – Ein ähnliches Modell hat Mike Davis kürzlich in einer historischen Studie von Los Angeles vorgeschlagen. Darin plädiert er für eine Anwendung des Konzepts des »Akkumulationsregimes« auf subnationaler Ebene, um »raum-spezifische Subsumtionsweisen der Arbeit und der Organisation von Klassenkämpfen identifizieren zu können« (Davis, ohne Datum: 60). Die spezifische ökonomische Basis einer Stadt, ihre soziale Formation und ihr »System räumlicher Organisation, das Produktion, Konsumtion und politische Herrschaft koordiniert,« können somit im speziellen Fall zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden und den ortsspezifischen Handlungsspielraum politischer Akteure definieren helfen (ibid.: 61).

Bei Anwendung solcher Modelle besteht allerdings die Gefahr, die Konkurrenz zwischen Stadregionen als den wesentlichen räumlichen Widerspruch zu sehen. Doch die Tendenz zur Herstellung einer strukturierten Kohärenz führt nicht zu einer monolithischen Funktionalität von städtischen Räumen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung, sondern zu neuen innerstädtischen Widersprüchen: Teile eines einzelnen spezifischen städtischen Arbeitsmarktes können hochkarätige Kontroll- und Managementaufgaben innerhalb der globalen Ökonomie wahrnehmen, während andere Sektoren am gleichen Ort in den Strudel einer Peripherisierung der Arbeit gezogen werden (Sassen-Koob, 1984). Die Subsumtion immer größerer Teile der Arbeiterklasse in den Metropolen unter Produktionsbedingungen, die man dort als ausgestorben betrachtet hatte (sweatshops, Tagelöhner), geht einher mit einer enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität – durch den massiven Einsatz neuer Technologien in allen Produktionsbereichen (cf. Castells, 1985). Der Restrukturierungsprozeß erscheint hier also als räumlich definierter Mechanismus zur Steigerung des absoluten und relativen Mehrwerts. Im gleichen Maße werden die fordistischen Reproduktionsstrukturen zugunsten einer Diversifizierung des gesellschaftlichen Konsums abgebaut. Diese Verschiebung ist gekennzeichnet durch einen Rückzug hinter das »sozialdemokratische Minimum« in der gesellschaftlichen Konsumtion (Katznelson, zitiert in: Ross/Trachte, 1983: 407) und durch die Herausbildung neuer Mittelklassen für den Luxuskonsum (Davis, 1986). So gesehen liefern die Konzepte von Harvey und Davis eine Hilfe zum Verständnis der sozio-ökonomischen Restrukturierung der Städte als (lokalen) politischen Prozeß.¹⁶

Klasse, Territorium und lokale Politik

Aufgabe lokaler Politik ist nicht nur die Integration einer Stadregion in die globale Ökonomie sondern ebenso die Vermittlung und Beherrschung innerstädtischer Widersprüche. In früheren Schriften operierte Harvey mit einem simplen, dichotomischen Begriff von Klasse und »community« (Gemeinde im Stadtteil). In *Consciousness and the Urban Experience* differenziert er diese Begriffe und setzt sie in ein neues Verhältnis. »Community«, so meint er, habe eine klassenspezifische Bedeutung (1985b: 162). Die »Gemeinde« der nationalen und internationalen Bourgeoisie verfügt naturgemäß über größere territoriale Macht als die oft bornierten und limitierten Gemeinden der Arbeiterklasse (1985b: 166). Revolutionen, Krisen und sozio-ökonomische Restrukturierung setzen die Grenzen der Begriffe Klasse und »community« in territorialer und sozialer Hinsicht in Bewegung. Im Prozeß der sozialräumlichen Restrukturierung entstehen neue soziale Einheiten, die mit neuen räumlichen Konfigurationen korrelieren. »Community« als typisch urbane gesellschaftliche Form ist daher kein unhistorisches Organisationsprinzip, sondern wird durch Klassenverhältnisse definiert und modifiziert. Ihr Charakter ist widersprüchlich: Einerseits ist zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Klassenverhältnisse deren Mystifizierung mit Hilfe einer »operativen geographischen Konzeption von 'community' notwendig« (Harvey, 1985a: 148). Andererseits kann die städtische Gemeinde auch von der Arbeiterklasse als »offensive Waffe im Klassenkampf« eingesetzt werden (Harvey, 1978). Entscheidend für Harveys Verständnis städtischer Raum/Klassenstruktur ist dabei die Vorstel-

lung, daß unterschiedliche »communities« über ganz verschiedene Ressourcen verfügen, um Raum überwinden und beherrschen zu können. Ihre Mobilität ist Faktor ihrer jeweiligen Klassenbindung und der andauernden Klassenkämpfe im Raum (Harvey, 1987; Logan/Molotch, 1987). Die Dependenz bestimmter Orte von übergeordneten Strukturen scheint mit der Mobilität des Kapitals zu wachsen, denn das räumlich-soziale Netz des Kapitalismus wird durch Dispersion und Flexibilisierung fester gefügt. Harvey erkennt zudem, daß Prozesse der Vergesellschaftung und Bewußtseinsbildung in der urbanen Gesellschaft komplexer sind als daß sie sich in einem dichotomischen Modell ausdrücken ließen. Klasse und städtische Gemeinde sind letztlich – neben Familie und Staat z.B. – nur zwei von mehreren primären Orten der Bewußtseinsinformation (1985b: 252). Die Urbanisierung des Bewußtseins, also der Prozeß der Bewußtseinsinformation durch Urbanisierung, ist ständigen Restrukturierungsschüben ausgesetzt (1985b: 252). Die spezifische Art und Weise, in der Individuen in diesem Prozeß verschiedene Konzeptionen internalisieren, tragen zur Konfusion in der ideologischen und politischen Sphäre bei (1985b: 262). Dies verhindert in den meisten Fällen städtischer sozialer und politischer Auseinandersetzungen klare Identitäten der Akteure.

Mit einem solchen soziologischen Modell der Struktur und des politischen Milieus der Stadt will Harvey den »Ouvrierismus« überwinden, der einigen seiner früheren Schriften eigen war – wo er die städtische Bevölkerung auf eine undifferenzierte Arbeiterklasse zu reduzieren tendierte.¹⁷ Allerdings bleibt noch einiges zu tun übrig, um die aktuellen städtischen Restrukturierungsprozesse in ein umfassenderes Modell zu integrieren und den politischen Charakter der Restrukturierung zu verstehen. Es genügt nicht zu zeigen, daß die Kommodifizierung von traditionellen Strukturen gegenseitiger Hilfe in und den Wertabfluß aus vielen verarmenden Stadtteilen mit dem neuen Regime der flexiblen Akkumulation konsistent ist. Vielmehr müssen gerade die Funktionen einzelner sozialräumlicher Fragmente im städtischen Gesamtzusammenhang in ihrem Bezug auf die globale Ökonomie bestimmt werden. Der Prozeß der Informalisierung ist zudem äußerst differenziert und die Kreation neuer Vergesellschaftungsformen ambivalent – wie die Untersuchung von »mediating structures« und »public-private-partnerships« in den USA beweist (cf. Mayer, 1986). Wegen der äußerst schwierig zu sezieren- den und kaum zu verallgemeinernden lokalen Ausformung der Dynamik globaler ökonomischer Restrukturierungsprozesse ist die Formulierung von politischen Programmen gegenüber der Stadt eine härtere Nuß, als es bei Harvey (1987) erscheinen mag.

Harveys politische Formulierungen sind in Abgrenzung zu einer Reihe von maßgeblichen Theoretikern auf dem Gebiet der Urbanistik entstanden. Fast verwundert stellt er fest, daß viele Autoren auf der Linken gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt der marxistischen Theorie den Rücken kehren – wo die Krise des Kapitalismus sich doch mit gigantischen Umwälzungen der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Beziehungen bemerkbar macht (1985b: 267). Explizit ist darum seine Opposition zu Theoretikern wie Saunders (1981), Mollenkopf (1983) oder Castells (1983), die – aus unterschiedlichen Gründen – davon überzeugt sind, daß es nutzlos sei, eine rein materialistische, in der marxistischen Tradition stehende Interpretation städtischer Konflikte zu versuchen (1985a: 125). Deutlicher noch als die genannten Autoren grenzen sich seit neuestem Autoren aus dem Bereich der »New Urban Ecology« (Feagin, 1986) vom Marxismus in der Stadttheorie ab. Gottdiener (1985) postuliert beispielsweise, daß die Idiosyn-

krasie der aktuellen Urbanisierungstendenzen (vor allem der polynuklearen Strukturen in den USA) von der marxistischen Theorie nicht erfaßt werden können. Harveys Verdienst ist es sicherlich, die gegenwärtige Restrukturierung der politischen Form des fordistisch-keynesianischen Vergesellschaftungsmodus (cf. Hirsch/Roth, 1986) mit einer elaborierten und umfassenden Theorie der Urbanisierung, deren Kategorien er aus dem Marxismus entwickelt hat, zu verbinden. Allerdings scheint bei vielen seiner Kritiker, auch bei solchen, die seinen Ansatz akzeptieren (z.B. Logan/Molotch, 1987), das Mißverständnis vorzuherrschen, bei Harveys »Orthodoxie« handle es sich nicht um eine politische Entscheidung für einen gewissen Standpunkt, sondern um einen Mangel, den es zu beseitigen gelte. Folglich besteht eine Spannung zwischen Harveys Standpunkt und denjenigen Positionen auf der Linken, die den historischen und theoretischen Ablösungsprozeß von der marxistischen Orthodoxie und die Öffnung gegenüber neuen gesellschaftlichen Konfliktfeldern und Deutungsmustern begrüßen (cf. Hirsch/Roth, 1986: 10-45; 168-240).

Harvey ordnete dem lokalen politischen Sektor eine spezifische Rolle im aktuellen Restrukturierungsprozeß zu. Er geht ähnlich wie Lefebvre (1972) davon aus, daß »soziale, ökonomische und politische Prozesse auf der städtischen Analyseebene eine besondere Bedeutung haben« (1985a: 163). Dort liegt die Schnittstelle von täglichem Handeln und globalen Prozessen (vgl. Rodenstein 1986). Es ist dies zugleich auch eine Kritik an raumlosen Konzeptionen in der marxistischen Tradition. Zudem ist in Harveys Augen die Formation sozial-räumlicher Konfigurationen in städtischen Regionen instrumental für das Verständnis der Formation des Staates. Räumliche Beziehungen und geographische Entwicklungen innerhalb der Evolution einer Akkumulationsperiode erklären seiner Meinung nach die Entstehung bestimmter Staatsfunktionen (lokal, regional, national, supra-national; 1985c: 143 f.). Globale Klassenauseinandersetzungen lösen sich in die verschiedensten interterritorialen Konflikte auf. Die Notwendigkeit zur Bildung und Auflösung von Staatsapparaten im Kapitalismus ist daher im Kontext der Bildung und Auflösung geographischer Klassenbündnisse zu sehen (1985c: 152). Der Staat, der in diesem Prozeß der Formation einer strukturierten Kohärenz mit spezifischen eigenen Interessen ausgestattet ist, wird zum »Schlüssel für den Ausdruck der Tendenz, regionale Klassenbündnisse zu schaffen« (1985c: 152). Der Vorstellung, daß städtische Politik mit der Regulation und Integration der strukturierten Kohärenz befaßt ist, ist die Kritik solcher lokalen Politikmodelle implizit, die den Handlungsspielraum städtischer Politik auf den Bereich der kollektiven Konsumtion beschränkt sehen (cf. Harvey, 1985a: 125 ff.). Darüber hinaus ist damit gesagt, daß – obwohl die Funktionen des lokalen Staates an die Bedürfnisse des kapitalistischen Systems gebunden sind – die Zuständigkeiten lokaler Politik nicht einseitig von der globalen Ebene definiert werden. Sie sind selbst Gegenstand lokaler politischer Klassenkämpfe: Worum es in der kommunalen Politik überhaupt gehen soll, ist ebenso umkämpft wie die eigentliche lokale Politik selbst (cf. Fincher, 1981). Der lokale Raum hat folglich eine gewisse Autonomie. Er ist ein Treibhaus innerkapitalistischer Innovation,¹⁸ an der die gesamte städtische Gesellschaft – auch die städtischen sozialen Bewegungen – beteiligt ist (sind). Diese Situation ist explosiv:

»The urban region either submits to the forces that created it or becomes the hearth of a revolutionary movement« (1985a: 162).

Das unfertige Projekt einer materialistischen Stadttheorie

Harvey genügt seinem eigenen Anspruch, die »Oberflächenphänomene« städtischer Restrukturierung in allen Bereichen des urbanen Lebens (Wohnungsfrage, Gesundheitsfürsorge, soziale Dienstleistungen, Erziehung, Umwelt, etc.) an die ihnen »unterliegenden und oft obskuren Bedürfnisse der Kapitalakkumulation und der Perpetuierung der herrschenden Klassenverhältnisse in der Produktion« zu knüpfen. Er erkennt die Spannungen, die durch die städtische Restrukturierung zugunsten flexibler Formen der Akkumulation im urbanen Kontext entstehen. Obwohl er beteuert, daß die gegenwärtigen Verschiebungen innerhalb des kapitalistischen Systems ebenso prä-sozialistisch wie post-modern sind, ist er der Auffassung, daß sich das kapitalistische System insgesamt nicht in der Krise befindet. Die Handlungsspielräume progressiver städtischer Politik sind entsprechend limitiert (Harvey, 1987). Der städtische politische Raum bleibt für Harvey in erster Linie die Hochburg derjenigen Kräfte, die die Perpetuierung der kapitalistischen Verhältnisse verfolgen. Dies gilt um so mehr, als der Kapitalismus durch die Produktion von Raum am Leben erhalten wird (1985b: 265). Allerdings macht die Zersplitterung des politischen Bewußtseins, welche durch die Segregation des städtischen Raums nach den Grenzen der flexiblen Akkumulation noch verstärkt wird, die Verschiebung vom »fragmentierten Pluralismus zu einer mehr klassenorientierten Politik« in der amerikanischen Stadt zu einem schwierigen Projekt (Harvey, 1985: 225).

Sicherlich gibt es eine Reihe von Defiziten in Harveys Ansatz, vor allem im Bereich der Vermittlung zwischen ökonomischen Prozessen und politischer Formkrise, im Bereich der Schnittstelle zwischen institutionalisierter Staatsmacht und sozialen Bewegungen oder in bezug auf das Verhältnis zwischen dem lokalen Staat und sublokalen Strukturen. Als umfassender Ansatz eines weitergehenden Projekts materialistischer Stadttheorie ist David Harveys Werk jedoch das Überzeugendste, was die Disziplin derzeit zu bieten hat.

Anmerkungen

- 1 Zur kontroversen Problematik von Gegenstand und Aufgabe einer spezifisch stadtorientierten Sozialwissenschaft cf. Castells, 1977; Pickvance, 1976; Kraemer/Neef, 1985; Lefebvre, 1972; Harvey, 1973; Zukin, 1980, Saunders, 1981.
- 2 Als Grundlage einer materialistischen Stadtforschung gelten im allgemeinen Engels' Texte *Zur Lage der arbeitenden Klassen in England* und *Zur Wohnungsfrage*. Marx selbst hatte der Frage des Raumes aus unterschiedlichen Gründen wenig Bedeutung zugemessen. Ein Hauptgrund war die Relevanz der Zeit als Medium der Messung der Arbeitszeit, also der Grundlage der Mechanik der Ausbeutung selbst, für die bürgerliche Ökonomie. Auch mag eine bewußte Zurückweisung der Hegel'schen Position maßgebend gewesen sein. Hegel hatte Kolonialismus und Imperialismus als externe Lösungen für interne Widersprüche der kapitalistischen Länder für möglich gehalten (Harvey, 1985a: 52; zur Rolle des »spatial fix« bei Harvey siehe unten). Auch war Marx die Glorifizierung des territorialen Nationalstaates durch Hegel suspekt, weswegen er den Primat der revolutionären Zeit über den Raum favorisierte, um den Klassenkonflikt zu entmystifizieren (cf. Soja, 1985: 105-107). Harvey selbst versucht, die zeitliche Dimension im Denken von Marx mit der Imperialismustheorie Lenins zu verbinden (Harvey, 1985c). Zum Problem der Stadt »im marxistischen Denken« cf. Lefebvre, 1975.

- 3 Der Begriff »urban process« bereitet ebenso Schwierigkeiten in der Übersetzung wie »built environment« (bauliche Umwelt), »spatial fix« und »community« (städtische Gemeinde). Die hier vorgeschlagenen Übersetzungen sind nur Annäherungen an die englischen Termini.
- 4 Für eine deutlich unterschiedliche marxistische Position cf. Lefebvre, 1972. Siehe auch Castells' Revision seiner ursprünglichen Position: 1983, 1984.
- 5 Für einen Überblick aktueller Positionen cf. Gregory/Urry, 1985. Für die westdeutsche Diskussion cf. Prigge, 1986.
- 6 Der Begriff der Krise spielt eine zentrale Rolle in Harveys Verständnis des kapitalistischen Akkumulations/Urbanisierungsprozesses. In *The Limits to Capital* (1982) erstellt er eine Krisentypologie. Vgl. auch 1985a: 11-13.
- 7 Finanzkapital wird hier verstanden als Einheit von Banken-, Handels- und Industriekapital, wobei davon auszugehen ist, daß es sich dabei um eine spannungsreiche und widersprüchliche Verbindung handelt. Das gleiche gilt für die Klasse, die das verbindende strategische Zentrum von Finanz und Produktion darstellt. Auch hier haben wir es mit einer sehr instabilen Konfiguration zu tun. Die Rolle des Staates als »Herz des strategischen Kontrollzentrums für die Zirkulation des zinstragenden Kapitals« ist herausragend (Harvey, 1982: 319 ff.). Das Vorhandensein eines funktionierenden Kapitalmarkts und des Staates als Financier sind die unmittelbaren Voraussetzungen des Kapitalflusses in den sekundären Kreislauf (Harvey, 1985 a: 7).
- 8 Zur Beschreibung der Konsequenzen dieser Dynamik für den Vergesellschaftungs- und Bewußtseinsbildungsprozeß siehe Harvey 1985b: 254 ff.
- 9 Harveys Rekurs auf Konzepte der Marxschen politischen Ökonomie stattet ihn mit einer traditionell marxistischen Terminologie und mit einer Reihe von Kategorien aus, die im Verbund mit seinen eigenen Konzepten als der paradigmatische Werkzeugkoffer der politökonomisch orientierten Stadttheorie gelten können. Konzepte aus anderen Bereichen der sozial- oder wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wie »flexible Akkumulation« und »Akkumulationsregime« verwendet Harvey meist »in Anlehnung« an, selten deckungsgleich mit den Urhebern diese Begriffe.
- 10 Harvey und Davis beziehen sich beide auf neueste amerikanische Entwicklungen. Vgl. auch Jameson, 1984; Davis, 1985.
- 11 Zum Konzept von Tauschwert und Gebrauchswert im städtischen Kontext cf. Logan/Molotch, 1987.
- 12 Die Betonung der komplexen Struktur von Urbanisierungsstrategien ist deshalb von Bedeutung, weil marxistische Theoretiker oft der simplifizierenden Periodisierung bezichtigt werden. Vgl. Gottdiener (1985: 76) überzogene Kritik an Gordon. Zum Problem der Periodisierung vgl. Jessop, 1983.
- 13 Vgl. für die westdeutsche Situation cf. Friedrichs/Häussermann/Siebel, 1986; Blanke/Evers/Wollmann, 1986.
- 14 Für einen Überblick über die theoretische Debatte cf. Fine, 1979; Edel, 1976; Gottdiener, 1985; Harvey, 1982: 330 ff.; Brede/Dietrich/Kohaupt, 1976.
- 15 Kritiker Harveys haben auf das Fehlen einer solchen Klasse in den USA hingewiesen (Gottdiener, 1985: 160 ff.).
- 16 Zum Konzept der Restrukturierung cf. Soja, 1984; Smith/Feagin, 1987.
- 17 Eine Tendenz, die ich im Gegensatz zu Kritikern Harveys wie Gottdiener (1987) im Falle der herrschenden Klassen nicht entdecken kann.
- 18 Harvey unterscheidet gegenwärtig vier Dimensionen dieses Prozesses: 1) die traditionelle Wachstumsmaschinerie; 2) die Stadt als Innovationszentrum; 3) die Stadt als kollektive Einheit im internationalen Wettbewerb; 4) die Stadt als aktive Komponente in der Restrukturierung geopolitischer Zusammenhänge (1985a).

Literatur

- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Accumulation*. London: Verso
- Badcock, Blair (1984): *Unfairly Structured Cities*. Oxford: Basil Blackwell
- Blanke, B./A. Evers/H. Wollmann (Hg.) (1986): *Die Zweite Stadt, Leviathan-Sonderheft 7*
- Brede, Helmut/Barbara Dietrich/Bernhard Kohaupt (1976): *Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage*. Frankfurt: Suhrkamp
- Castells, Manuel (1985): »High Technology, Economic Restructuring, and the Urban-Regional Process in the United States«, in: M. Castells (Hg.), *High Technology, Space and Society*. Beverly Hills: Sage
- Ders. (1984): »Space and Society: Managing the New Historical Relationships«, in: M.P. Smith (Hg.), *Cities in Transformation*. Beverly Hills: Sage
- Ders. (1983): *The City and the Grassroots*. Berkeley and Los Angeles: University of California Press
- Ders. (1977): *Die kapitalistische Stadt*. Berlin
- Davis, Mike (1986): *Phoenix im Sturzflug*. Berlin: Rotbuch
- Ders. (1985): »Urban Renaissance and the Spirit of Postmodernism«, in: *New Left Review* Nr. 151 (Mai/Juni): 106-113
- Ders. (ohne Datum): »Sunshine and the Open Shop: The Urbanization of Los Angeles – 1880-1930«, unveröffentl. Manuskript (vgl. ders. (1987): Chinatown, Part Two? The 'Internationalization' of Downtown Los Angeles, in: *New Left Review*, No. 164 (1987), S. 65-86
- Dunleavy, P. (1980): *Urban Political Analysis*. London: Macmillan
- Edel, Matthew (1977): »Rent Theory and Labor Strategy«, *Review of Radical Political Economics* 9: 1-15
- Feagin, Joe R. (1986): »Toward a new Urban Ecology«, in: *Contemporary Sociology* 15,4: 531-533
- Fine, Ben (1979): »On Marx's theory of Agricultural Rent«, in: *Economy and Society* 8: 243-250
- Fincher, Ruth (1981): »Analysis of the Local Level Capitalist State«, in: *Antipode* 13,2: 25-31
- Friedmann, John (1986): »The World City Hypothesis«, in: *Development and Change* 17: 69-83
- Friedrichs, J./Hartmut Häussermann/Walter Siebel (Hg.) (1986): *Süd-Nord-Gefälle in der BRD? – Sozialwissenschaftliche Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Gottdiener, Mark (1987): »Urbanization, Consciousness and the limits of capital logic«, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 11,1: 125-131
- Ders. (1985): *The Social Production of Urban Space*. Austin: University of Texas Press
- Gregory, Derek/John Urry (Hg.) (1985): *Social Relations and Spatial Structures*. London: Macmillan
- Harvey, David (1987): »Flexible Accumulation through Urbanization«, in: *Prokla* 69
- Ders. (1985): *The Urbanization of Capital*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press
- Ders. (1985b): *Consciousness and the Urban Experience*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press
- Ders. (1985c): »The Geopolitics of Capitalism«, in: *Gregory/Urry*: 128-163
- Ders. (1982): *The Limits of Capital*. Oxford: Basil Blackwell
- Ders. (1981): »The Spatial Fix – Hegel, von Thünen, and Marx«, in: *Antipode* 13,2: 1-12
- Ders. (1978): »The Urban Process Under Capitalism«, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 2,1: 101-131
- Ders. (1977): »Labor, Capital and Class Struggle Around the Built Environment in Advanced Capitalist Societies«, *Politics and Society* 6: 265-295
- Ders. (1975a): »The Geography of Capitalist Accumulation: A Reconstruction of the Marxian Theory«, in: *Antipode* 7,2: 9-21
- Ders. (1975b): »The Political Economy of Urbanization in Advanced Capitalist Societies: The Case of the United States«, in: G. Gappert/H.M. Rose (Hg.) *The Social Economy of Cities*. Beverly Hills, Sage: 119-163
- Ders. (1973): *Social Justice and the City*. London: Edward Arnold
- Ders. (1969): *Explanation in Geography*. London: Edward Arnold
- Ders./L. Chatterjee (1974): »Absolute Rent and the Structuring of Space by Financial and Governmental Institutions«, in: *Antipode* 6: 22-36

- Hirsch, Joachim/Roland Roth (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus: Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg: VSA
- Jameson, Frederic (1984): »The Cultural Logic of Late Capital«, in: *New Left Review* Nr. 146 (Juli/August): 53-92
- Jessop, Bob (1983): »Accumulation Strategies, State Forms, and Hegemonic Projects«, in: *Kapitalistische* Nr. 10/11: 89-111
- Katz, Steven (1986): »Towards A Sociological Definition of Rent: Notes on David Harvey's The Limits to Capital«, in: *Antipode* 18,1: 64-78
- Kraemer, J./R. Neef (Hg.) (1985): *Krise und Konflikt in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus*. Basel: Birkhäuser
- Lefebvre, Henri (1976): *The Survival of Capitalism*. London: Alison and Busby
- Ders. (1975): *Die Stadt im marxistischen Denken*. Ravensburg
- Ders. (1972): *Die Revolution der Städte*. München
- Logan, John R./Harvey L. Molotch (1987): *Urban Fortunes: The Political Economy of Place*. Berkeley und Los Angeles: University of California Press
- Mayer, Margit (1986): *Soziale Bewegungen in der Stadt: Eine vergleichende Untersuchung von Veränderungsprozessen im Verhältnis zwischen städtischen Bewegungen und Staat in den Vereinigten Staaten von Amerika und der BRD*. Habilitationsschrift, Frankfurt am Main
- Dies./Roland Roth/Volkhard Brandes (Hg.) (1978): *Stadtkrise und soziale Bewegungen: Texte zur internationalen Entwicklung*. Köln/Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt
- Mollenkopf, John (1983): *The Contested City*. Princeton: Princeton University Press, 1983
- Pickvance, Chris G. (1976): *Urban Sociology*. London
- Portes, Alejandro/John Walton (1981): *Labor, Class and the International System*. New York: Academic Press
- Prigge, Walter (1986): *Zeit, Raum und Architektur: Zur Geschichte der Räume*. Köln: Deutscher Gemeindeverlag
- Rodenstein, Marianne (1986): »Zum Verhältnis von Stadt und Staat in der derzeitigen Krise«, Vortrag gehalten am FB Gesellschaftswissenschaften an der JWG Universität Frankfurt am Main
- Ross, Robert/Kent Trachte (1983): »Global Cities, Global Classes: The Peripheralization of Labor in New York City«, in: *Review* 6,3: 393-431
- Sassen-Koob, Saskia (1984): »The New Labour Demand in Global Cities«, in: Michael Peter Smith (Hg.), *Cities in Transformation*. Beverly Hills: Sage: 139-171
- Saunders, Peter (1981): *Social Theory and the Urban Question*. New York: Holmes and Meier
- Scott, Allen J./Michael Storper (Hg.) (1986): *Production, Work, Territory: The Geographical Anatomy of Industrial Capitalism*. Boston: Allen und Unwin
- Smith, Michael P./Joe Feagin (Hg.) (1987): *The Capitalist City: Global Restructuring and Community Politics*
- Soja, Edward W. (1985): »The spatiality of Social Life: Towards a Transformative Rethorization«, in: *Gregory/Urry*: 90-127
- Ders. (1984): »L.A.'s the Place: Economic Restructuring and the Internationalization of the Los Angeles Region«, Vortrag gehalten beim Annual Meeting of the American Sociological Association, 27.-31. August 1984, San Antonio
- Ders./Rebecca Morales/Götz Wolff (1983): »Urban Restructuring: An Analysis of Social and Spatial Change in Los Angeles«, in: *Economic Geography* 59,2: 195-230
- Storper, Michael/Richard Walker (1983): »The Theory of Labor and the Theory of Location«, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 7,1: 1-43
- Timberlake, Michael (Hg.) (1985): *Urbanization in the World Economy*. New York: Academic Press
- Zukin, Sharon (1980): »The Cutting Edge: a Decade of the New Urban Sociology«, in: *Theory and Society* 9

Ursula Wolf

Brauchen wir eine ökologische Ethik?

Es ist heute viel davon die Rede, daß wir, wenn die Menschheit sich nicht selbst zerstören soll, eine neue Ethik brauchen. Die zwei großen Probleme, die die Existenz der Menschheit grundsätzlich gefährden, sind die atomare Bedrohung und die Umweltkrise. Mein Thema hier ist das zweite dieser Probleme. Gerade was dieses Problem betrifft, ist die Vorstellung verbreitet, daß seine Lösung nur durch einen Wandel in unseren ethischen Einstellungen zustandekommen könnte: Die Zerstörung der Natur lasse sich nur noch aufhalten, wenn wir von unserer bisherigen anthropozentrischen Ethik, die alle moralischen Verpflichtungen auf menschliche Bedürfnisse zurückführt, übergehen zum Standpunkt einer biozentrischen oder ökologischen Ethik, die allem Lebendigen oder – noch allgemeiner – allem Natürlichen bzw. der Natur oder Biosphäre im ganzen ein Eigenrecht zuerkennt. Gegen diese Forderung steht die These der Vertreter der bisherigen anthropozentrischen Ethik, wonach nicht nur diese Ethik völlig ausreichend sei, um die ökologischen Probleme zu erfassen, sondern darüber hinaus die sog. neue Ethik einen gefährlichen Rückfall in Irrationalismus und Mystizismus bedeute. Um einen Einstieg in diese Kontroverse zu gewinnen, müssen wir zunächst Klarheit darüber gewinnen, was auf der einen und der anderen Seite genauer gemeint ist. Es liegt nahe sich zu fragen, wie die beiden Begriffe, um die es hier geht, der Begriff der Ethik und der Begriff der Ökologie, zu verstehen sind.

Für den Begriff der Ökologie läßt sich diese Frage rasch klären. Der Terminus »Ökologie« ist ursprünglich in der Biologie aufgekommen und bezeichnet dort die Wissenschaft von den Beziehungen zwischen Organismus und Außenwelt. Wo in der politischen Auseinandersetzung von der ökologischen Problematik die Rede ist, sind damit jedoch nicht Probleme in der deskriptiven Wissenschaft der Ökologie gemeint, sondern die praktischen Probleme, mit denen wir als Auswirkungen unseres Umgangs mit der Natur konfrontiert sind (vgl. Passmore 1980, S. 43 ff.). Ich werde daher im folgenden den Ausdruck »ökologische Probleme«, in diesem informellen und gängigen Sinn verwenden. Diese Probleme können von verschiedener Struktur sein, was deswegen von Anfang an zu beachten ist, weil darin die Möglichkeit liegt, daß sich die Frage nach dem Zusammenhang von Ökologie und Ethik je nach Typ des Problems verschieden stellt und daher nicht als ausgemacht gelten kann, daß wir zu einer einheitlichen Antwort kommen. Was die Einteilung der Probleme angeht, werde ich mich ebenfalls an die weithin übliche Unterscheidung von drei Bereichen halten: 1. Verknappung von Ressourcen (Nahrung, Rohstoffe, Energie etc.); 2. Umweltverschmutzung (Nebenwirkungen der Industrie, die teils sofort, teils langfristig, teils mit Sicherheit, teils mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit schädlich für den Menschen und/oder die übrige Natur sind); 3. Veränderung und Zerstörung von Natur (Ausrottung natürlicher Arten, aber auch Erzeugung und Veränderung von Arten (Gentechnik), Reduktion unberührter Landschaften).

Die Frage wäre also jetzt, ob und inwiefern diese Probleme jeweils ethische Probleme sind und ob sie ethische Probleme einer so neuen Art sind, daß sie eine grundlegend neue Ethik erfordern. Ehe ich mich dieser Frage zuwenden kann, muß ich jedoch den zweiten thematischen Begriff, den der Ethik, erläutern. Hier ist eine ausführlichere Überlegung vonnöten, weil die angemessene Bestimmung dieses Begriffs strittig ist, weil aber seine Definition gerade mit darüber entscheiden wird, wie die Frage nach einer ökologischen Ethik zu beantworten ist.

I. Ethik und Moral

Zur Bedeutung der beiden Wörter

Das Wort »Ethik« meint in seiner ursprünglichen Bedeutung »Lehre vom richtigen Verhalten«. In der griechischen Philosophie ist daher das Thema der Ethik die Frage, wie man leben sollte oder wie zu leben gut oder ratsam ist. Der Bezugspunkt dieser Frage ist das gute oder glückliche individuelle Leben. Kant hat die Verhaltensregeln, die auf diese Frage antworten, als Imperative der Klugheit bezeichnet (wofür man in der heutigen Literatur manchmal auch den Ausdruck »prudentielle Regeln« findet) und sie den moralischen Imperativen oder Normen entgegengestellt. In der heutigen Philosophie ebenso wie in der alltäglichen Rede wird das Wort »Ethik« häufig in diesem engeren Sinn, also gleichbedeutend mit dem Wort »Moral« verwendet (außerdem als Titel der Disziplin, die sich mit der Moral befaßt, also im Sinn von »Moralphilosophie« – diesen technischen Sinn kann ich hier außer acht lassen). Moralische Normen werden meist dadurch charakterisiert, daß sie einen besonderen Verbindlichkeits- oder Verpflichtungscharakter haben. Hingegen gehört es wesentlich zu unserer heutigen Moralkonzeption, die ich als Aufklärungsmoral oder liberale Moral bezeichnen werde, daß die Wahl und Befolgung ethischer Regeln im weiten Sinn, d.h. die Fragen des guten Lebens, der Autonomie des Individuums überlassen bleiben und nicht Gegenstand moralischer Verpflichtungen sein sollen, solange keine Konflikte zwischen Individuen entstehen.

Die Frage, die zur Zeit in der Moralphilosophie kontrovers diskutiert wird, ist die engere Frage, ob wir angesichts der ökologischen Probleme eine neue Moral brauchen. Das zeigt sich deutlich an dem Vokabular, mit dem die Kontroverse geführt wird. Die Vertreter der »neuen« Moral reden von einem Eigenrecht der Natur, davon, daß wir Verpflichtungen nicht nur gegen Menschen, sondern gegen alles Lebendige oder Natürliche haben. Außerdem gibt es einen guten Grund, die Frage in diesem engeren Sinne zu stellen. Denn wenn wir heute der Auffassung sind, daß Fragen des guten Lebens dem Individuum zu überlassen sind, wenn aber andererseits die ökologischen Probleme dringlich sind, dann wäre es von Vorteil, wenn sich die Art unseres Umgangs mit der Natur als moralische Frage betrachten ließe; denn dann wären hier bestimmte Verhaltensregeln verpflichtend und könnten so allgemein gefordert werden. Ich gehe daher zunächst von der Frage der Moral aus, wobei sich jedoch zeigen wird, daß sich Moral und Ethik nicht so scharf trennen lassen, wie das manchmal angenommen wird.

Allgemeiner Begriff von Moral und die Form traditionaler Moralen

Häufig wird der Begriff der Moral einfach durch das definiert, was wir hier und heute unter Moral verstehen, etwa so, daß moralisch handelt, wer auf einem universalistischen Standpunkt steht oder allen gleiche Rücksicht zukommen läßt oder alle als Träger moralischer Rechte achtet. Diese Angaben sind jedoch als allgemeine Definition des Moralbegriffs ungeeignet; sie machen unsere Moral zu *der* Moral und übersehen, daß es in anderen Gesellschaften und Kulturen Moralen anderen Inhalts gegeben hat und gibt (vgl. Tugendhat 1984, S. 82). Wir müssen also den Moralbegriff allgemeiner und so fassen, daß dem Phänomen verschiedener Moralen Rechnung getragen wird. Es gibt hier grundsätzlich zwei Weisen, auf die man vorgehen könnte. Die eine bestünde darin, die Moral von ihren Inhalten her zu definieren. Diese Zugangsweise hat den Nachteil, daß sie leicht in die gerade erwähnte Gefahr gerät, daß wir hier unsere eigene inhaltliche Konzeption voraussetzen und *per definitionem* zur richtigen erheben. Daher scheint die andere Möglichkeit, daß wir uns statt dessen an der Form oder Art und Weise orientieren, in der moralische Inhalte vorkommen, den Vorzug zu verdienen. Ich beginne also mit diesem Weg, werde jedoch zeigen, daß er der Ergänzung durch inhaltliche Gesichtspunkte bedarf und daß dadurch zugleich die moderne Trennung von Moral und gutem Leben fragwürdig wird.

Ich habe oben bereits informell einen über die Form definierten Moralbegriff verwendet, als ich sagte, daß das Moralische gewöhnlich durch seinen Verbindlichkeits- oder Verpflichtungscharakter bestimmt wird. Wie dieser Verpflichtungscharakter zu verstehen ist, ist seinerseits umstritten. Wenn wir hier vom Phänomen der Verschiedenheit von Moralen ausgehen, dann liegt eine soziale Interpretation nahe. Ich orientiere mich daher in der Darstellung an Tugendhats Moraltheorie, der diese Zugangsweise so weit ausgearbeitet hat, daß sie zumindest in sich kohärent die verschiedenen Problemaspekte berücksichtigt (vgl. Tugendhat 1984, S. 145 ff.): Die Moral einer Gruppe ist in dem sozialen Normensystem enthalten, welches durch die Ausübung von sozialem Druck in Kraft gehalten wird, d.h. der Verpflichtungscharakter besteht darin, daß die moralischen Normen sozial sanktioniert sind. Anders als bei Rechtsnormen bestehen diese Sanktionen nicht in äußeren Strafen, sondern in psychologischen Reaktionen, die denjenigen, der die Normen verletzt, in seinem Personenkern treffen, indem sie ihn als schlechten Menschen hinstellen und ihm Gefühle der Scham und Schuld verursachen. Die Form der Moral ist also das Zusammen von sozialem Druck und individuellen Affekten. Dieses findet sich nicht bei beliebigen sozialen Konventionen, sondern nur dort, wo Normen auf eine spezifische Weise begründet sind. Der Bezugspunkt, aus dem sich sowohl der Inhalt konkreter Normen als auch die Legitimität des sozialen Drucks und die individuelle Motivation ergibt, ist das gemeinsame Selbstverständnis der Gruppe, ihre gemeinsame Identitätsvorstellung. Diese liegt in einer Wertvorstellung, die angibt, was eine Person wesentlich zu einem guten oder schätzenswerten Menschen, nicht nur in dieser oder jener Hinsicht, sondern einfachhin macht. In traditionellen Gesellschaften gründet diese Wertvorstellung in Mythen, die von allen Mitgliedern geglaubt werden. Die moralischen Normen sind also begründet relativ zu diesen Glaubensmeinungen, die bestimmen, welche Verhaltensweisen für die Gruppenidentität wesentliche sind. Zu diesen wesentlichen Identitätsaspekten gehören in traditionellen Moralen

auch solche der bloß individuellen Lebensgestaltung, und nicht nur Fragen des Verhaltens zwischen Personen.

Der Übergang von traditionellen Moralens zur modernen Moral

Wenn wir diese formale Definition zugrundelegen, stellt sich der Übergang von traditionellen Moralens zur modernen Moral so dar: Mit der Aufklärung entfällt der Glaube an mythische Weltbilder, womit sich auch jede Basis für die Rechtfertigung moralischer Normen aufzulösen scheint. Individuen und Gruppen haben zwar nach wie vor Konzeptionen des guten Lebens bzw. Wert- und Identitätsvorstellungen, aber diese haben jetzt mangels Begründung nur noch den Status subjektiver Vorstellungen und lassen sich daher nicht mehr verbindlich machen. Die Frage wäre dann, ob hier nicht doch noch ein gemeinsamer Rest bleibt, aus dem sich moralische Normen ableiten lassen. Und wenn Wertüberzeugungen jetzt nur noch subjektiv sind und sich nicht mehr für alle begründen lassen, liegt es nahe, diesen Rest in empirischen Tatsachen zu suchen, in Tatsachen, deren Bestehen jeder zugeben würde.

Vertragstheorien

Der einfachste Weg ist der, den Vertragstheorien der Moral beschreiten, die mit geringen und unstrittigen Voraussetzungen auskommen, nämlich daß wir erstens alle ein subjektives Interesse daran haben, daß andere auf uns Rücksicht nehmen, und daß wir zweitens nicht zu einer Einigung über Lebenskonzeptionen kommen können, jedoch bei allen die Fähigkeit zu einer zweckrationalen Überlegung über die Maximierung der eigenen Interessen unterstellen können. Für alle begründet und daher verbindlich zu machen wären dann diejenigen Normen, durch die jeder, wenn sie insgesamt befolgt werden, mehr gewinnt, als er dadurch, daß auch er sie befolgen muß, an Verzicht in Kauf nehmen muß. Die Probleme dieser Position liegen auf der Hand: Die Befolgung der Normen wäre hier nur dann rational, wenn man sicher sein kann, daß auch die meisten anderen sie befolgen, was die Einführung eines Zwangsrechts und totaler Überwachung erfordern würde. Das aber ist offensichtlich nicht, was wir unter Moral verstehen. D.h. bei diesem Ansatz fehlt der Aspekt der affektiven Motivation der Individuen. Ferner ist nicht zu erwarten, daß eine rein zweckrationale Kalkulation zu derjenigen inhaltlichen Moralkonzeption führen würde, die herauspringen soll, also zu einer Moral der gleichen Rücksicht auf alle. Denn es ist nicht ersichtlich, welchen Grund die faktisch Privilegierten haben sollten, sich auf Gleichheit zu einigen, solange es für die Schwächeren immer noch zweckrational besser ist, ungerechte Regelungen von Interessenkonflikten zu haben, als willkürlicher Macht ausgeliefert zu sein. Diejenigen Tatsachen, von denen die Vertragstheorie ausgeht, reichen also offensichtlich nicht aus, um zur Moral zu kommen.

Vernunfttheorien

Es bietet sich dann die Möglichkeit an, daß wir die eine dieser Prämissen, die Annahme der Rationalität, in einem stärkeren Sinn verstehen. Die Ausgangssituation besteht ja nicht einfach darin, daß die Individuen zweckrational überlegen, sondern daß sie miteinander zu einer

Einigung zu kommen versuchen. Man könnte dann mit Habermas sagen, daß in dieser Fähigkeit zur Kommunikation faktisch immer schon grundlegende Moralprinzipien enthalten sind, die daher jeder anerkennen muß, wenn er nicht mit sich selbst in Widerspruch geraten will (vgl. Habermas 1983). Damit wird jedoch ein starker Vernunftbegriff unterstellt, der anders als die Annahme der Zweckrationalität nicht allgemein akzeptiert ist. Außerdem hat auch diese Position Schwierigkeiten, dem Motivationsaspekt der Moral gerecht zu werden, denn die Erfahrung des Selbstwiderspruchs faßt nicht das Spezifische der moralischen Affekte¹. Gehen wir von der formalen Definition der Moral aus, dann liegt das Grundsatzproblem dieses ebenso wie des vertragstheoretischen Ansatzes darin, daß sie die Entwicklung der modernen Konzeption nicht an den allgemeinen Begriff der Moral anschließen. Warum die moderne Moral sich nur noch auf Interessenkonflikte und nicht mehr auf das gute Leben bezieht, wird auf diese Weise nicht erklärt. Vielmehr bleibt das eine bloße Setzung, die sich nur pragmatischen Gründen verdankt, nämlich der Tatsache, daß bei Interessenkonflikten Normen unerläßlich sind. Bei der Vertragstheorie ist diese Setzung expliziter, wenn auch unbegründeter Ausgangspunkt. Innerhalb der transzendentalpragmatischen Normenbegründung bleibt ihr Stellenwert unklar, und man fragt sich, ob es nicht einfach ein glücklicher Zufall ist, daß der Bereich lösungsbedürftiger praktischer Konflikte und die Reichweite des rationalen Begründungsverfahrens zusammenfallen.

Theorien vom Wert der Person

Ein dritter Vorschlag findet sich bei Tugendhat, der nun direkt an seinen allgemeinen Moralbegriff anknüpft (vgl. Tugendhat 1984, S. 156 ff.). Personen haben auch nach der Auflösung mythisch begründeter Selbstverständnisse noch die Eigentümlichkeit, daß sie nach Vorstellungen vom guten Leben oder einer Identitätskonzeption ihr Leben führen und bewerten; d.h. sie haben ein Selbstwertbedürfnis, und Selbstwert ist wesentlich sozial vermittelt. Ohne begründbare inhaltliche Wertkonzeption bleibt dafür nur noch die Basis, daß man überhaupt an einem System wechselseitiger Anerkennung beteiligt sein will. Daß jemand gut als Mensch, in den wesentlichen Seiten seines Personseins ist, kann daher nur noch heißen, daß er an diesem System teilnimmt und alle als Personen ernstnimmt, daß er also ein moralischer Mensch gemäß unserer modernen Konzeption einer universalistisch-egalitären Moral ist. Die Voraussetzung, auf die sich diese Position stützt, das Vorhandensein eines Selbstwertbedürfnisses und sein sozialer Charakter, ist nun sicher eine empirische Tatsache. Hingegen sind die weiteren Schritte problematisch, denn die Konsequenz, daß für moderne Menschen der einzig wesentliche Bestandteil ihres Personseins bzw. Selbstwertgefühls darin besteht, nach einer Moral der gleichen Rücksicht auf alle zu leben, entspricht sicher nicht mehr den Tatsachen². Sehen wir uns die faktischen Wertvorstellungen gerade in liberalen Gesellschaften an, so gehört zu dem, was ihre Mitglieder an sich selbst und anderen als wesentlich schätzen, z.B. auch Selbständigkeit, Entfaltung der eigenen Fähigkeiten, Klugheit, Engagement u.a. Nach der liberalen Doktrin sind das gerade nicht-moralische Werte, also Werte, deren Realisierung nicht verpflichtend sein sollte. In Wirklichkeit jedoch ist insbesondere die Schätzung persönlicher Autonomie wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses, innerhalb dessen die liberale Moral steht und aller-

erst verständlich wird, und wenn wir die formale Definition der Moral zugrundelegen, müßten solche wesentlichen Hinsichten des Personseins Gegenstand moralischer Verpflichtungen sein. Das ist im übrigen auch faktisch der Fall, denn auch in liberalen Gesellschaften beschränkt sich sozialer Druck nicht auf Normen der gleichen Rücksicht auf alle. Er beschränkt sich faktisch nicht einmal auf die für das liberale Selbstverständnis weiteren wesentlichen Hinsichten, denn die liberale Idee, daß das gute Leben allein Sache des Individuums ist, widerspricht der menschlichen Psychologie, die Identität durch Abgrenzung gewinnt. So zerfallen auch liberale Gesellschaften in Subgruppen mit konkreten Identitäten, innerhalb derer Druck auch auf die individuelle Lebensführung ausgeübt wird. Und man wird in der Realität kaum Personen finden, die völlig frei von moralischer Verachtung (»moralisch« jetzt nach der formalen Definition) für Personen sind, die ihr Leben nach entgegengesetzten Wertvorstellungen führen. Dafür, daß solche konkreteren Wertvorstellungen innerhalb der Gruppe als verpflichtend akzeptiert werden und affektiv motivieren, scheint weder der Glaube an mythische o.ä. Begründungen noch das Vorhandensein einer Begründung in dem anderen Sinn einer Rückführung auf allgemeine empirische Tatsachen der menschlichen Existenz erforderlich. Denn offensichtlich haben Menschen auch ohne solche Begründungen Überzeugungen darüber, was für ihr Leben wesentlich oder wichtig ist.

Inhaltliche Bestimmung des Moralbegriffs

Es spricht natürlich grundsätzlich nichts dagegen, den Moralbegriff formal zu definieren und jedes Normensystem einer Gruppe, das die entsprechenden Bedingungen erfüllt, als eine Moral zu bezeichnen. Es zeigt sich jedoch, daß wir, ausgehend von dieser Definition, nicht in der Lage sind, unsere heutige inhaltliche Moralkonzeption einzuführen. Das gelingt vielmehr nur, wenn wir eine engere Bedeutung ausgrenzen. Innerhalb der Moral im weitesten Sinn sind ohnehin Differenzierungen erforderlich. Das wird unmittelbar deutlich, wenn wir uns aus der Ichperspektive mit der Frage konfrontieren, welche Werte für uns selbst wesentlich sind und welche Normen wir daher akzeptieren wollen. Hier kommen wir nur weiter, wenn wir Bereiche des guten Lebens unterscheiden und die Frage für diese Bereiche getrennt stellen, weil sich hier je nach Bereich auch die Überlegungskriterien unterscheiden werden. Einer der wesentlichen oder zentralen Bereiche der Lebensführung betrifft die Frage, wie man sich zu anderen verhalten will, und es entspricht auch unserer alltäglichen Verwendung des Moralbegriffs, daß wir ihn auf diesen engeren Bereich des Umgangs mit anderen beschränken. Diese inhaltliche Ausgrenzung der moralischen Normen setzt unsere moderne Moralkonzeption nicht voraus; sie läßt sich in allen, auch in traditionellen Gesellschaften vornehmen, weil es in allen Gesellschaften Normen gibt, die das Verhalten zu anderen bestimmen. Ich würde jedoch weiter behaupten, daß das moralische Grundprinzip hier in allen Gesellschaften dasselbe ist: Wo immer wir keine Willkürherrschaft, sondern moralische Verhältnisse haben, gilt das Prinzip, daß niemandem grundlos Leiden zugefügt werden darf oder daß jeder ein Recht auf Rücksicht hat. Die motivationale Basis dieser Geltung liegt in altruistischen Affekten, insbesondere in der Fähigkeit zum Mitleid. Die soziale Geltung zeigt sich daran, daß in jeder Gesellschaft die Zufügung von Leiden, ob sie nun direkt durch ein Individuum geschieht oder eine Folge der

politischen Verteilung von Macht und Gütern ist, der Rechtfertigung bedarf.

Dieser inhaltlich definierte Moralbegriff (und ich werde im folgenden das Wort »Moral« immer in diesem Sinn verwenden) kann durchaus der Tatsache gerecht werden, daß die meisten Moralen partikularistische und inegalitäre sind. Moralische Normen sind ebenso wie die anderen Arten sozial verbindlicher Normen (womit ich fortan die moralischen Normen im weiten, nur formalen Sinn bezeichne) *prima facie*-Normen, d.h. sie lassen Ausnahmen zu, jedoch nicht in beliebiger Weise, sondern genau dort, wo verschiedene Normen in Konflikt geraten, wo also die Ausnahme durch eine andere Norm gerechtfertigt werden kann. Wenn daher aus dem Selbstverständnis bzw. der Wertkonzeption einer Gruppe verbindliche Normen folgen, die die geringere Berücksichtigung von Mitgliedern mit den den Eigenschaften legitimieren oder den gänzlichen Ausschluß anderer Gruppen aus der moralischen Berücksichtigung, dann ergibt sich eine partikularistische Moral. Dieses Ergebnis kann nur zustandekommen, wenn die übrigen verbindlichen Werte im Selbstverständnis einer Gruppe das gleiche oder ein größeres Gewicht haben als die moralischen, weil die Entscheidung von Wertkonflikten eine Gewichtungungsfrage ist. Das heißt, daß sich, was die Moral betrifft, verschiedene Gesellschaften weniger durch ihre inhaltliche Bestimmung als vielmehr durch die Gewichtung des moralischen Werts innerhalb der Gesamtheit ihrer verbindlichen Werte unterscheiden.

Alternative Beschreibung des Zustandekommens der Aufklärungsmoral

Den Übergang zur modernen Moral könnte man jetzt so beschreiben: Im Gefolge der Aufklärung wird alles, was sich nicht streng rational begründen läßt, in Zweifel gezogen. Dazu gehören insbesondere Wertvorstellungen, die sich traditional auf mythische Gründe stützen, die man niemandem beweisen kann. Faktisch sind solche Wertvorstellungen etwas, was einer zwingenden Begründung nicht fähig ist und nicht bedarf. Wie die weitere Entwicklung gezeigt hat, brauchen Menschen solche Wertvorstellungen und sind von ihnen überzeugt, auch wo der Glaube an ihre Begründbarkeit fehlt. Das zeigt sich auch daran, daß die Auflösung von Wertkonzeptionen in der Aufklärung nur in eins damit zustandekommt, daß die Vernunft selbst zum höchsten Ideal oder Wert wird, an den man glaubt. Wenn das, was am höchsten geschätzt wird, die Vernunft ist, dann ergibt das auf der praktischen Seite, daß wir Bedingungen schätzen müssen, unter denen alle sich als vernünftige Wesen entfalten können, also einen Zustand, wie er mit Kants Begriff vom »Reich der Zwecke« intendiert ist, Bedingungen der Freiheit und Gleichheit. Nun ist das Selbstverständnis der Aufklärung nicht weniger einseitig und unbegründet wie jedes andere. Es erhebt die Vernunft zum zentralen Wert und nimmt dadurch eine Gewichtung der Wertbereiche vor, die ebenfalls zu einer Beschränkung der Reichweite moralischer Werte führt.

Nach meiner deskriptiven Ausgrenzung betrifft die Moral das Verhalten zu anderen oder, auf der Motivationsebene, den Bereich altruistischer Affekte. Affekte wie Liebe, Sorge, Mitleid erklären, wie nicht nur das eigene Leben, sondern auch das Leben und Wohl anderer ein Wert für uns sein kann, etwas, woran uns liegt. Sehen wir von unseren anderen Werten ab, die mit diesem Wert konfliktieren können, dann ergibt sich als umfassende Moralkonzeption, daß wir alle Wesen, die Gegenstand altruistischer Affekte sein können, d.h. alle empfindungs-

leidensfähigen Wesen, so behandeln, wie wir handeln, wo wir diese Affekte haben. Das bedeutet gegenüber selbständigen Wesen, die ihr eigenes Leben führen, daß wir Rücksicht auf sie nehmen und ihnen in Notsituationen helfen. Dem entspricht auf der affektiven Ebene das Mitleid, weil gegenüber solchen Wesen eine positive Förderung ihres Wohls nicht erforderlich ist, sondern von ihnen eher als Eingriff empfunden werden würde. Es bedeutet gegenüber unselbständigen und auf dauernde Hilfe angewiesenen Wesen darüber hinaus, daß wir für sie sorgen und uns um ihr Wohl kümmern, was auf der affektiven Ebene der Liebe (im Sinne der Liebe der Eltern zu ihren Kindern) entspricht. Man könnte sagen, daß das Mitleid einfach eine Seite dieses auf das ganze Sein des anderen bezogenen Affekts der Liebe ist, eben diejenige Seite, die gegenüber selbständigen Wesen genügt.

Die Gewichtung von Werten, die das Selbstverständnis der Aufklärung vornimmt, bedeutet trotz der Prominenz, die in ihm Ideale wie Freiheit und Gleichheit haben, nicht, daß wir hier ein primär moralisches Selbstverständnis hätten, in dem also das Moralische der höchste Wert wäre. Daß der höchste Wert die Vernunft ist, hat zur Folge, daß diejenigen Bereiche der Moral, die nicht mit dieser Wertsetzung zusammenfallen, im Konfliktfall außer Kraft gesetzt werden. So kennt die Aufklärungsmoral keine moralischen Verpflichtungen gegen Tiere, weil diese keine Vernunft besitzen, und Verpflichtungen gegen nicht-vernünftige menschliche Wesen, deren Leugnung allzu kontraintuitiv wäre, werden von ihr über künstliche und nicht sehr plausible Hilfskonstruktionen gewonnen. Eine im eigentlichen Sinn universalistische Moral hätten wir daher nur innerhalb eines Selbstverständnisses, das die verschiedenen Wertbereiche so gewichtet, daß der moralische Wert der höchste und zentrale ist, der im Konflikt mit anderen Werten immer den Ausschlag geben muß. Auch solche Selbstverständnisse gibt es, etwa im Ideal der Nächstenliebe oder eines radikal verstandenen Humanismus. Nach solchen Selbstverständnissen ist das, was wir an uns selbst am höchsten schätzen, nicht die Fähigkeit zur Vernunft, sondern die Fähigkeit zu Liebe und Mitgefühl. Aber diese Konzeption ist wie jede andere, die einen einzigen Wert zum höchsten erhebt, einseitig, während die zentralen Bestandteile des Personseins, auf die wir Schätzungen aufbauen, mehrere sind. Und daher besteht wenig Aussicht, daß sie je zum gemeinsamen Selbstverständnis aller Menschen werden könnte.

Moralische Gründe, Wertüberzeugungen und prudentielle Gründe

Nach der Einführung einer Unterscheidung zwischen Moral im engeren Sinn und ethischen Verbindlichkeiten im weiteren Sinn bleibt jetzt noch zu erläutern, daß ethische Überlegungen sich nicht auf die Frage wesentlicher Wertungen beschränken. Daß die meisten Individuen und Gruppen solche wertenden Selbstkonzeptionen haben, ist eine Beschreibung der faktischen Situation. Aber es scheint sogar denkbar, daß wir das Selbstverhältnis auf ganz andere Weise verstehen könnten, orientiert nicht an der Frage, was den Wert einer Person ausmacht, sondern an der Frage, mit welcher Lebensweise wir uns als so und so konstituierte Wesen am wohlsten fühlen würden. Ich muß hier offenlassen, ob und wie es möglich wäre, die eine Frage restlos in die andere zu überführen. Auf jeden Fall beziehen sich viele ethischen Überlegungen auf die schwächere zweite Frage, die einfach eine Frage nach Ratschlägen (prudentielle Frage) ist, wie man befriedigend leben kann. Mit solchen Ratschlägen ist kein Anspruch sozialer Verbindlich-

keit verknüpft. Sie beziehen sich außerdem auf das Individuum in seiner konkreten Situation und scheinen daher wenig für allgemeine Argumentationen geeignet. Es gibt jedoch durchaus auch hier relativ allgemeine Überlegungen, die ich unter dem Begriff des Eigeninteresses zusammenfassen werde. Zum einen gibt es Bedingungen oder Voraussetzungen, die für jede Weise eines guten Lebens erforderlich sind, unabhängig davon, worin eine Person dieses inhaltlich sieht. Zweitens gibt es wohl Grundbestandteile des guten Lebens selbst, die sich aus der allgemeinen Konstitution der menschlichen Existenz ergeben, d.h. grundlegende Arten von Wünschen, die bei allen Menschen vorkommen, wenn auch in verschiedener inhaltlicher Ausprägung. Das eröffnet die Möglichkeit, einseitige Lebenskonzeptionen zu kritisieren, indem man die Person darauf hinweist, daß ihr Leben erfüllter sein könnte, wenn sie auch andere Seiten des Lebens stärker ausbilden würde. Da jede Lebenskonzeption eine Auswahl und Rangordnung möglicher Wünsche vornehmen muß, um realisierbar zu sein, bleibt hier die Reichweite allgemeiner Überlegungen jedoch begrenzt.

Diese langen Vorüberlegungen schienen mir wichtig, um Klarheit darüber zu gewinnen, auf welche Weise wir angesichts praktischer Probleme überhaupt moralisch und ethisch argumentieren können. Es lassen sich drei solche Weisen festhalten¹. Wir berufen uns auf das Moralische im engeren Sinn. Das verspricht deswegen Wirksamkeit, weil, sofern Menschen sozial existieren, das Moralische in allen Gesellschaften eine hohe Bewertung hat und daher hier der soziale und internalisierte Druck allgemein stark sein wird. Hinzu kommt, daß zumindest diejenige Gewichtung, die das Moralische innerhalb liberaler Wertvorstellungen hat, zwar nicht in der Praxis, aber doch verbal heute fast überall akzeptiert wird, so daß diejenigen, die hier gegen ihr verbales Bekenntnis handeln, unter Rechtfertigungszwang geraten, diesem aber nicht nachkommen können, weil sie wissen, daß sie andere von ihren partikulären Wertvorstellungen nicht werden überzeugen können². Wir berufen uns auf nicht-moralische Wertvorstellungen, die relativ verbreitet sind oder in einer Gruppe bestehen und als verbindlich gelten. Das hat den Vorteil, daß solche Wertkonzeptionen meist stark motivierend sind, aber den Nachteil, daß hier keine für alle überzeugenden Gründe zur Verfügung stehen³. Wir appellieren an das Eigeninteresse, wo es manchmal gute Gründe gibt, die zugleich motivieren, während manchmal die motivierende Kraft der Gründe fehlt. Dazu komme ich noch konkreter.

Ich werde im folgenden die verschiedenen praktischen Probleme unter beiden Perspektiven erörtern, also jeweils fragen, was auf der einen Seite die Gründe sind, die uns faktisch hier und jetzt in Argumentationen zur Verfügung stehen, und was auf der anderen Seite die tieferen Motive sind, die das Wirksamwerden allgemein akzeptabler Gründe verhindern, und wo diese Motive sich kritisieren lassen. Ich werde die Überlegungen zu den konkreten ökologischen Problemen so einteilen, daß ich mich an den Unterschieden in der Struktur der praktischen Probleme orientiere. Ich beginne mit denjenigen Problemen, für deren Beseitigung sich auf den ersten Blick am leichtesten argumentieren läßt, weil ihre Lösung im Eigeninteresse der Individuen bzw. des Kollektivs ist. Die zweite Stufe bilden Probleme, von denen nicht sicher ist, daß sie uns selbst betreffen, die aber künftige Generationen betreffen werden. Zu einer dritten Ebene schließlich kommen wir, wenn wir zu den ökologischen Problemen auch solche rechnen, die weder für uns noch für unsere Nachkommen eindeutig zu praktischen Schwierigkeiten führen, sondern Probleme der Natur selbst sind³.

II. Typen der Argumentation über ökologische Probleme

1. Ökologische Probleme mit Bezug auf unser Eigeninteresse

Unter allen drei Gruppen ökologischer Probleme, die ich eingangs genannt habe, können Probleme derjenigen Art auftreten, deren Beseitigung oder Verhinderung in unserem eigenen Interesse ist. Für die erste Gruppe, die Verknappung von Ressourcen, scheint das allerdings vorläufig nur regional zu gelten. Wenn in einer bestimmten Region z.B. durch zu intensive Nutzung der Boden unfruchtbar wird, kann dort Nahrungsknappheit entstehen. Da aber vorläufig weltweit betrachtet weder hier noch an anderen Ressourcen Knappheit besteht, läßt sich das regionale Problem durch Importe lösen, sofern dafür die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Sofern nicht, handelt es sich um ein ökonomisches Problem, das eine Folge der Ungerechtigkeit der weltweiten ökonomischen Strukturen ist (vgl. Huber 1982, S. 147 ff.). Solche nur scheinbar ökologischen Probleme, die in Wirklichkeit Probleme der Verteilungsgerechtigkeit sind, gehören nicht zu meinem Thema, weshalb ich sie im folgenden ausklammern werde. Echte ökologische Probleme unter der Perspektive unseres Eigeninteresses finden wir am deutlichsten in der zweiten Gruppe. Wenn wir z.B. jetzt Luft und Wasser mit Giften belasten, kann das unserer eigenen Gesundheit schaden. Ich beschränke mich vorläufig auf diese Phänomene, weil ich auf die dritte Gruppe, die Reduktion oder Zerstörung von Natur, ohnehin im Zusammenhang meiner dritten Argumentationsebene detaillierter eingehen muß.

Kurzfristiges und langfristiges Eigeninteresse

Das gerade erwähnte Beispiel der Gesundheitsschädlichkeit von Umweltverschmutzung kann sich auf das unmittelbare oder auf das langfristige Eigeninteresse beziehen. Einen Grund, auf die Veränderung der Situation hinzuwirken, der nicht nur ein vernünftiger, d.h. zweckrational begründbarer ist, sondern zugleich motivierend ist, haben hier diejenigen, die bereits faktisch an negativen Folgen leiden. Das sind jedoch bei weitem nicht alle, und was diese anderen betrifft, müßten wir daher an das langfristige Eigeninteresse appellieren. Hier aber stoßen wir auf ein Phänomen, das wir alle aus eigener Erfahrung kennen, daß nämlich vernünftige langfristige Gründe nur schwach oder gar nicht motivierend sind. Ich erläutere dieses Phänomen der Einfachheit halber anhand eines nichtökologischen Problems auf der Ebene des Individuums. Es läßt sich empirisch belegen, daß Rauchen der Gesundheit schadet. Das aber bewegt wenige dazu, diese Gewohnheit aufzugeben. Motivierend ist dagegen das unmittelbare Interesse: Die meisten Leute, denen das Rauchen akut nicht mehr bekommt, hören auf. Hume hatte hier zweifellos recht, daß die Vernunft selbst keine motivierende Kraft hat, sondern nur im Dienst der Affekte operiert. Man müßte also nach geeigneten Affekten suchen, die schon in der Gegenwart motivieren können. Was sich anbietet, ist die Angst vor Krankheiten, die sich dadurch aktivieren ließe, daß man die möglichen Folgen ständig und intensiv imaginiert. Hiergegen läßt sich aber mit der aristotelisch-spinozischen Affektenlehre einwenden, daß negative Affekte allein für die Handlungsmotivation wenig tauglich sind, weil sie den Lebensvollzug hemmen und so das Wollen lähmen. Sie sind motivierend nur auf dem Hintergrund positiver affektiv ver-

ankerter Wunsche. Der Wunsch, gesund zu bleiben, hat jedoch keine affektive Stärke, weil Gesundheit im Sinn der Abwesenheit von Krankheiten nur eine Vorbedingung der gewünschten Lebensweise ist, nur ein als gegeben unterstellter Normalzustand, der erst dann eigens geschätzt wird, wenn er abhanden gekommen ist. Hinzu kommt, daß der Zusammenhang zwischen Rauchen und bestimmten Krankheiten eine Sache von Wahrscheinlichkeitsgesetzen ist. Das bietet nicht nur die Möglichkeit von Rationalisierungen, indem man sich sagt, daß zwar andere an negativen Folgen leiden werden, aber man selbst verschont bleiben wird. Vielmehr gehört es auch zu den Grundlagen der Theorie rationaler Entscheidung, in Kosten-Nutzen-Kalkülen die Unerwünschtheit von Folgen niedriger zu gewichten, wenn deren Eintreten nicht sicher, sondern nur von einer gewissen Wahrscheinlichkeit ist. Das Gewicht wird daher nur für solche Personen hoch sein, für die die Unerwünschtheit der potentiellen Folgen von vornherein sehr hoch ist. Daß das vorkommen kann, läßt sich jetzt nur noch so erklären, daß die betreffende Person die Gesundheit nicht nur im gewöhnlichen Sinn wünscht, sondern sie als Bestandteil ihrer Lebenskonzeption hoch bewertet, wie das z.B. in der verbreiteten Hochschätzung von Fitness oder von körperlicher Sensitivität der Fall ist.

Was ich jetzt für das langfristige individuelle Eigeninteresse gezeigt habe, gilt natürlich ebenso auf der kollektiven Ebene. Das scheint mir deswegen nicht ganz unwichtig, weil es deutlich macht, daß die vielbeschworene Unfähigkeit zu einer der Größenordnung der Probleme angemessenen Angst (vgl. z.B. Anders 1956, S. 264 ff., mit Bezug auf die Gefahr des Atomkriegs) nicht der eigentliche Grund ist, der eine Lösung der Probleme verhindert. Auch wenn wir uns die potentiellen Folgen der Umweltverschmutzung ständig in den schwärzesten Farben vor Augen führen würden und dadurch zu einer Erweiterung der Angstfähigkeit kämen, würde das nichts helfen, weil Angst nur auf dem Hintergrund motivierender Wertvorstellungen zum Handeln führt. Wenn wir die Angst so sehr steigern könnten, daß sie den weltweiten Gefahren angemessen ist, hätte das den nicht gerade erwünschten Effekt, daß sich jetzt das Wollen nur noch durch so starke Wertüberzeugungen in Bewegung setzen ließe, daß diese von der Intensität eines wilden Fanatismus sein müßten.

Wie läßt sich dann mit Bezug auf das langfristige Eigeninteresse so argumentieren, daß die Argumente zugleich motivierend sind? Motivierend werden solche Argumente erstens dort sein, wo nicht nur eine unklare Wahrscheinlichkeit besteht, sondern sich eine Gefahr sicher voraussagen läßt. Das ist eine Frage der Tatsachen, auf die ich noch komme. Zweitens könnten wir versuchen, doch an unmittelbare Wünsche anzuknüpfen. So könnte jemand, wenn seine Gesundheit nicht lädiert ist, es unangenehm finden, verschmutzte Luft zu atmen und ständig eine Dunstglocke über der Stadt zu sehen. Man könnte annehmen, daß die meisten Menschen es im Prinzip vorziehen würden, in einer unverschmutzten Umgebung zu leben. Im Prinzip, d.h. einmal davon abgesehen, daß sie dafür vielleicht auf anderes verzichten müssen. Da auch solche Verzichte unmittelbar unangenehm sind, bleibt hier eine Frage der Gewichtung der verschiedenen unmittelbaren Wünsche, die bei verschiedenen Personen zu verschiedenen Ergebnissen führen kann. Drittens könnte man daher zu zeigen versuchen, daß eine Veränderung nicht nur zur Vermeidung eines Unangenehmen führt, sondern daß sie neue Wege für ein befriedigenderes Leben bietet. Diese positive Aussicht scheint stärker zu motivieren als das potentielle Bestehen einer künftigen Gefahr. Während man diese Strategien allgemein verwenden

den könnte, fehlt einer vierten, die motivational besonders wirksam wäre, eine gegenüber allen vertretbare argumentative Basis. Sie bestünde im Appell an Wertüberzeugungen, an die Personen glauben. Alle diese Möglichkeiten werden uns im folgenden noch weiter beschäftigen.

Individuelles und kollektives Eigeninteresse

Ich habe bisher von einer entscheidenden Komplikation der Problematik abstrahiert. Die ökologischen Probleme sind nicht durch das Handeln eines Individuums erzeugt, und sie lassen sich daher auch nicht dadurch vermeiden, daß ein Individuum sein Verhalten ändert. Manche Probleme ließen sich vielleicht beseitigen, wenn alle Individuen anders handeln würden, doch selbst das würde häufig nicht ausreichen, weil die Ursachen ebenso oder mehr bei der Industrie zu suchen sind als im Privatverhalten der Individuen. Auf einer ersten Ebene haben wir hier ein zusätzliches Argument, das auch bei denen greifen kann, die selbst nicht unmittelbar an den Folgen von Umweltschäden leiden und auch selbst nicht in einer unangenehmen Umgebung leben. Wir könnten nämlich moralisch argumentieren, indem wir auf die Leiden der Opfer von Umweltkatastrophen hinweisen oder auf die Ungerechtigkeit hinweisen, die darin liegt, daß man anderen ein Leben unter unerfreulichen Bedingungen zumutet, unter denen man selbst nicht leben wollte. Aber auch diese moralische Argumentation trägt nicht sehr weit. Denn auch hier gilt, daß sich die Situation derer, die leiden, nicht ändern würde, wenn nur ein Individuum seine Lebensweise umstellt. Wenn eine einzelne Person auf privates Autofahren verzichten würde, wäre die Auswirkung auf die Luftqualität so minimal, daß sie nicht bemerkbar wäre. Insofern wäre Handeln aus Motiven des Eigeninteresses ebenso wie der Moral hier nur dann rational bzw. sinnvoll, wenn man annehmen kann, daß wenn nicht alle, so doch die meisten anderen ihr Verhalten auf dieselbe Weise ändern würden. Auch wenn eine Lösung der ökologischen Probleme im kollektiven Eigeninteresse ist, bleibt hier eine Lücke zwischen dem, was für das Kollektiv zu tun rational wäre, und dem, was aus der individuellen Perspektive rational ist. Wie könnte man diese Lücke schließen?

Vielleicht könnte man sagen, daß ihre Vernachlässigung dort rational ist, wo mit großer Wahrscheinlichkeit der kollektive Untergang droht. Hier scheint es rationaler, daß jeder so viel für eine Veränderung der Situation tut, wie ihm möglich ist, statt abzuwarten, bis alle mitmachen und es zu spät ist (vgl. Tugendhat 1986, S. 89 f.). Ich kann offenlassen, ob diese Überlegung zwingend ist. Denn was die ökologischen Probleme angeht, ist trotz allen Prophezeiungen des Weltuntergangs die Gefahr realistisch betrachtet nicht so groß, daß sie noch zu unseren Lebzeiten oder in der näheren Zukunft zum Ende der Menschheit führen würde (vgl. dazu die nüchterne Darstellung bei Huber 1982, S. 146 ff.). Das übliche Verfahren, die benannte Lücke auszufüllen, besteht darin, daß wir Regelungen einführen, auf deren Befolgung sich alle verpflichten. Sie werden das mit Bezug auf Regelungen tun, von denen sich zeigen läßt, daß sie zur Sicherung des kollektiven Interesses unverzichtbar sind, und die zugleich unter gerechten Verfahren zustandekommen, so daß individuelle Verzichte nicht einseitig auferlegt werden. Es gehört zu unserem Moralverständnis, daß die Befolgung solcher kollektiv zweckmäßiger und gerecht erzeugter Regelungen moralisch verpflichtend ist. Die moralische Motivation also wäre das, was das fehlende Motiv aus der individuellen Perspektive zur Verfügung

stellen könnte. Das Problem ist jedoch, daß für diesen Bereich der Moral die motivationale Basis schwach ist. Man kann die Art der Verpflichtung, um die es hier geht, aus dem Prinzip ableiten, daß man Versprechen und Vereinbarungen halten sollte. Dieses Prinzip scheint motivational fundiert innerhalb kleiner Gruppen, deren Mitglieder sich alle kennen. Wer sich hier parasitär verhält, muß damit rechnen, daß die anderen ihm die Anerkennung und Kooperation verweigern. Aber diese Motiv wird sehr schwach, wo wir es mit Versprechen gegenüber einer nicht überschaubaren Einheit zu tun haben.

Das ist eines der Probleme, an dem Vorschläge für eine Erneuerung der Moral ansetzen, die hier allerdings keine spezifisch ökologische wäre. Daß Individuen sich gegenüber der Allgemeinheit verantwortlich fühlen, ist dort der Fall, wo sie sich mit der Gemeinschaft identifizieren, und die Basis solcher Identifikationen sind gemeinsame Wertvorstellungen. Eine solche Wiederherstellung der Verankerung der politischen Moral in einem gemeinsamen Selbstverständnis, wie sie unter dem Stichwort »communitarianism« gefordert wird (vertreten z.B. von Unger 1976; Sandel 1982), ist jedoch für komplexe moderne Gesellschaften unrealistisch. Hinzu kommt, daß die ökologischen Probleme grenzübergreifend sind und sich daher nicht innerhalb einzelner Staaten lösen lassen. Wenn das Kollektiv hier aber die Menschheit ist, dann ist noch weniger zu erwarten, daß sich hier einheitliche Wertvorstellungen ausbilden könnten. Selbst ein abstrakter Rahmen eines gemeinsamen menschlichen Selbstverständnisses ist hier faktisch nicht allgemein vorhanden, und auch wo er vielleicht vorhanden ist, etwa in der schon erwähnten Weise, daß sich Personen als Teilnehmer einer Struktur universaler Anerkennung verstehen, oder in der Weise, daß sie sich mit den formalen Bedingungen einer vernünftigen gemeinsamen Identitätsbildung identifizieren (vgl Habermas 1976, S. 107), läßt sich beobachten, daß solche abstrakt-formalen Selbstverständnisse individuelles Handeln kaum motivieren. Wenn hier weder die Moral genügend motiviert, noch auf allen gemeinsame Wertüberzeugungen zu hoffen ist, dann bleibt nur noch der Ausweg, daß wir Gründe des guten Lebens finden, die jeder Person eine Veränderung ihres Verhaltens zur Natur ratsam erscheinen lassen, unabhängig davon, wie andere sich verhalten. Ich werde unten versuchen, einen solchen Grund zu formulieren.

Interessenkonflikte und Risiken

Während angesichts extremer Umweltgefahren Einigkeit darüber unterstellt werden kann, was im kollektiven Interesse ist, sind die wirklichen Probleme häufig so beschaffen, daß schon die Beantwortung dieser Vorfrage umstritten ist. Wie schon erwähnt, kann man sicher annehmen, daß es im Prinzip im Interesse jeder Person ist, in einer Umwelt zu leben, die ihre Gesundheit nicht gefährdet, und stärker noch, in der zu sein nicht allzu unangenehm ist, weil unser Wohlbefinden u.a. entscheidend von der Qualität unserer Umwelt abhängt (vgl. Höffe 1981, S. 140). Aber auch wenn dieses Interesse an einer gesunden und erfreulichen Umwelt allgemein und fundamental ist, so ist es doch nur eines neben anderen Interessen, die ebenso allgemein und fundamental sind, wie z.B. das Interesse an ökonomischem Wohlstand oder das Interesse an den Erleichterungen, die die Benutzung der modernen Technik für das alltägliche Leben bringt. Wo diese Interessen in Konflikt treten, reicht die liberale Vorstellung, daß der Staat bei Interes-

senkonflikten für eine gerechte Verteilung der Freiheiten und Beschränkungen und Lasten zu sorgen hat, nicht aus. Man kann nicht energischen Umweltschutz, wie er für die Reduktion der bereits vorhandenen Umweltschäden erforderlich wäre, und starke ökonomische und technische Entwicklung zugleich haben. Die Entscheidung für Regelungen und politische Strategien ist hier nicht wertfrei möglich, sondern nimmt eine Rangordnung zwischen konfligierenden Werten vor. Und daß der Umweltschutz hier der höchste Wert sein sollte, ist alles andere als selbstverständlich. Es wird häufig darauf hingewiesen, daß diese Werthierarchie eine elitäre Vorstellung sei, die sich die Mitglieder besser gestellter Schichten leisten könnten, weil die ökonomischen Kosten eines massiven Umweltschutzes gerade die Ärmeren zu tragen hätten (z.B. Faramelli 1973), die materiellen Wohlstand höher gewichten würden als Reinheit der Umwelt. Ebenso kann man sich fragen, ob tatsächlich die Mehrheit der Menschen technische Lebenserleichterungen so gering gewichten, daß sie ohne weiteres zugunsten der Umweltqualität auf sie zu verzichten bereit wären, oder ob das nicht nur die Präferenzordnung einiger Intellektueller ist, die den Alltagskram verachten (vgl. Passmore, S. 94).

Wenn jedoch das Leben in einer erfreulichen Umwelt für alle Menschen und unabhängig davon, wie sie ihr Leben konkret gestalten, zu den elementaren Voraussetzungen des Wohlbefindens gehört, dann wird man immerhin soviel sagen können, daß dieses Interesse in einem bestimmten Mindestmaß geschützt werden muß. Man könnte das so ausdrücken, daß ein Interesse dieser Art ein Recht begründet, welches man hier als das Recht auf eine gesunde oder annehmbare Umwelt bezeichnen kann⁴. Denn die moralische Rücksicht erfordert, daß alle zumindest mit den Grundbedingungen für ein befriedigendes Leben ausgestattet sind. Wo es um solche Grundbedingungen geht, darf daher das individuelle Interesse erstens nicht beliebigen Strategien geopfert werden und zweitens muß es, wo es mit anderen grundlegenden Rechten kollidiert, mit einigem Gewicht in die abwägende Entscheidung einbezogen werden. Da solche Konflikte zwischen grundlegenden Rechten auftreten, scheint hier nur noch übrigzubleiben, daß wir Mehrheitsentscheidungen unter gerechten Verfahren treffen. Das bleibt allerdings unbefriedigend, weil hier jeweils diejenigen, die andere Werthierarchien haben, nicht nur auf die Erfüllung eines punktuellen Wunsches verzichten müssen, sondern die ganze von ihnen gewünschte Lebensform nicht realisierbar sein wird. Für dieses Problem weiß ich keine Lösung.

Es gibt allerdings Fälle, in denen sich Forderungen des Umweltschutzes stärker machen lassen, dort nämlich, wo industrielle Unternehmungen nicht nur Folgen haben, die das Wohlbefinden der Individuen beeinträchtigen, sondern wo diese Folgen schwere Gesundheitsschäden oder den Tod bewirken können. Denn auch wenn es nach unserer Moralkonzeption dem Individuum unbenommen ist, sich selbst zu ruinieren bzw. das Risiko langfristiger Selbstschädigung einzugehen, so halten wir es für moralisch unzulässig, anderen Gefahren für Leib und Leben gegen ihren Willen aufzuzwingen. Fragen wir uns, was hieraus konkret zu folgern wäre, so zeigt sich schnell, daß wir hier auf ein undurchsichtiges Gebiet geraten, in dem unsere alltäglichen Meinungen und unsere politische Praxis voll von Widersprüchen und irrationalen Einstellungen sind. Eine Klärung dieser Phänomene wäre kein eigenes Thema, so daß ich diese Problematik hier nur streifen kann.⁵ Es gibt sicher kein Leben ohne Risiken, und wir alle begeben uns täglich bewußt oder unbewußt in Situationen, die Gefahren enthalten. Und das ist nicht

spezifisch für das Leben in einer technisierten Umwelt, sondern war schon immer so. Was sich geändert hat, ist nur die Art der Gefahren. In manchen Hinsichten hat uns, was von Kritikern der Technik gern übersehen wird, der wissenschaftlich-technische Fortschritt in die Lage versetzt, Gefahren, die früher das menschliche Leben bedrohten, zu beseitigen oder zu bekämpfen. Wobei dann allerdings neuartige Gefahren entstehen. Neuartige Gefahren rufen meist stärkere affektive Reaktionen hervor als vertraute, an die man sich gewöhnt hat, auch wenn sie objektiv nicht größer sind, ebenso werden potentielle Gefahren dort als bedrohlicher empfunden, wo Menschen im ständigen Anblick der Gefahrenquelle leben. Ferner dann, wenn die Gefahr die einer größeren Katastrophe ist, der eine größere Anzahl von Menschen auf einmal zum Opfer fallen würde, während Gefahren, die unbestimmte und vereinzelte Opfer fordern, oft geringer eingeschätzt werden, auch wenn die Summe der Opfer über die Zeit hinweg ebenso groß oder größer ist. Naturkatastrophen werden leichter hingegenommen als Katastrophen, die durch menschliches Handeln verursacht sind. Die Gefahr der letzteren wird wiederum dort geringer bewertet, wo sie im Kontext einer Praxis auftreten, die allgemein akzeptiert ist, deren Nutzen für alle sichtbar ist und an der sich alle oder viele selbst beteiligen, während sie auf größere Ablehnung stößt, wo die Praxis nur im Interesse von Mächtigen ist und den anderen aufgezwungen wird.

Es müßte nun im Interesse des Kollektivs sein, alle Risiken, die sich durch menschliches Handeln verringern oder beseitigen lassen, zu vermindern, auch diejenigen, die längst akzeptiert und kaum noch wahrgenommen werden. Wenn es kein Leben ohne Risiken gibt, dann bleiben hier die Kriterien, mit denen man entscheiden könnte, welcher Aufwand hier eingegangen werden sollte, unbestimmt. Was bleibt, ist ein moralisches Argument, daß wir Personen nicht Gefahren für Leib und Leben zumuten dürfen, die sie nicht auf sich zu nehmen bereit sind. Dem ließe sich in manchen Fällen durch Sicherheitsmaßnahmen Rechnung tragen, die dazu führen, daß die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der Gefahr extrem gering wird. Da es keine Technik ohne Störanfälligkeit gibt, würde dadurch das Risiko allerdings nie gleich Null werden. Dieses Lösung befriedigt daher v. a. dort nicht, wo die Gefahr die einer größeren Katastrophe wäre, wie das bei Reaktorunfällen geschehen kann. Hier wäre dann die einzig wirkliche Lösung die Beseitigung der Gefahrenquellen selbst.

2. Die ökologische Problematik mit Bezug auf künftige Generationen

Wie schon erwähnt, ist das Problem der Verknappung von Ressourcen für uns mehr ein ökonomisches als ein ökologisches Problem. Hingegen kann es in der fernerer Zukunft durchaus zum ökologischen Problem werden, und ebenso könnte die Umweltbelastung, mit der wir vorläufig noch leben können, Spätfolgen haben, die schwer zu bewältigen sind. Hieraus läßt sich moralisch für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und eine weitsichtige Schonung der Umwelt argumentieren. Wenn unsere Moralkonzeption darin besteht, daß allen gleichermaßen Rücksicht gewährt werden soll, so gehören zu den »alle« auch die Mitglieder künftiger Generationen, denen wir daher ebenso wie uns selbst ein Recht auf hinreichende Lebensmittel und eine annehmbare Umwelt einräumen müssen (vgl. Patzig 1984, S. 72). Dieses moralische Argument wird hier zugleich motivational wirksam sein, wo es um die nächstfolgenden Gene-

rationen geht, weil die Sorge um das Wohl der Kinder und Enkelkinder allgemein ein starkes Motiv ist. Andererseits werden auch hier moralische Argumentation und Motivation nicht viel ausrichten, weil die Gesamtheit der jetzt erwachsenen Menschen kein gemeinsam planendes und handelndes Subjekt ist. Ich lasse dieses bereits erörterte Problem beiseite und beschränke mich auf die speziellen Fragen, die mit Bezug auf künftige Generationen auftreten.

Eine erste Schwierigkeit besteht darin, daß die moralische Motivation abnimmt, wo es nicht mehr um die Sorge für unmittelbare Nachkommen geht, sondern um Rücksicht auf unbestimmte Wesen, die in fernen Zeiten leben werden. Hinzu kommt, daß diese Unbestimmtheit zugleich unserem Wissen Grenzen setzt. Wir können ungefähr vorhersehen, was die Interessen, Probleme und Problemlösungsfähigkeiten der nächstfolgenden Generation sein werden, während uns für die ferne Zukunft dieses Wissen fehlt (vgl. Feinberg 1974, S. 65). Man könnte sich allerdings fragen, ob das eine echte praktische Schwierigkeit ist. Was sich moralisch fordern läßt, ist ohnehin nicht, daß man jeden einzelnen konkreten Wunsch, den jemand hat, in Rechnung stellt, sondern daß man den anderen als Person mit Interessen und Wünschen respektiert. Was daher mit Bezug auf entfernte Generationen gefordert ist, ist nur, daß sie die grundlegenden menschlichen Wunschtypen überhaupt noch mit hinreichenden Spielräumen der konkreten Ausfüllung realisieren können. Und solange wir die Erde der jeweils nachfolgenden Generation in einem annehmbaren Zustand hinterlassen würden und diese wiederum dasselbe täte, würde damit, so scheint es, auch weiter entfernten Generationen Rechnung getragen.

Gleichwohl bleibt hier ein prinzipielles Problem. Die Erde ist endlich, und daher ist die Belastbarkeit der Umwelt mit Schadstoffen begrenzt, und ebenso ist die Menge der Ressourcen begrenzt. Um dieser Begrenztheit Rechnung zu tragen, scheint es nach Meinung mancher Autoren schon kurzfristig erforderlich, ein weiteres Bevölkerungswachstum zu verhindern, und manche sehen in diesem Wachstum sogar *das* ökologische Problem (vgl. Campell 1987, S. 218 ff.). Ich lasse das dahingestellt. Es scheint, was die Begrenztheit angeht, grundsätzlich auch denkbar, daß Menschen entfernter Generationen ganz neue Möglichkeiten der künstlichen Erzeugung von Ressourcen und der Umwandlung schädlicher Stoffe entwickeln könnten. Es gibt hier nur eine Grenze, die sich nicht überwinden läßt: Technisches Handeln bringt irreversible Umwandlung anderer Energieformen in Wärme mit sich, was in einem geschlossenen System früher oder später zum Wärmetod führt, d.h. zu klimatischen Bedingungen, unter denen kein Leben mehr möglich ist (vgl. Randers/Meadows 1973, S. 256 ff.). Da die Erde kein wirklich geschlossenes System ist, gehen allerdings auch hier die Meinungen auseinander. Diejenigen, die sich an diesem Phänomen orientieren, fordern jedenfalls Nullwachstum aller physischen Aktivitäten (ebenda, S. 271 ff.). Fragen wir uns, was hinter dieser Forderung steht und ob sie sinnvoll ist. Ich beginne mit der Hypothese, der Wärmetod sei im Prinzip vermeidbar. Das muß zum einen unwahrscheinlich scheinen, wenn wir andererseits die Erde für so geschlossen halten sollen, daß die Umwandlung von kinetischer Energie in Wärme zum Wärmetod des Systems führt. Denn diese Umwandlung findet permanent statt, wo es Leben und Bewegung gibt, und wenn es weniger menschliches Leben gäbe, wäre daher die Folge nur, daß sich der Wärmetod etwas länger hinauszögern ließe.

Wenn auf der anderen Seite gar nicht sicher sein sollte, daß die Erde so weit geschlossen ist, daß ihr der Wärmetod früher oder später in jedem Fall droht, dann wissen wir vorläufig nichts

Konkretes darüber, unter welchen Bedingungen das Biosystem zusammenbrechen würde und unter welchen nicht, und dann wäre es im übrigen hier wie für die übrigen ökologischen Probleme im Prinzip denkbar, daß es in ferner Zukunft neue Möglichkeiten geben könnte, die Nicht-Geschlossenheit des Systems zur Verhinderung des Wärmetods zu nutzen. Nehmen wir andererseits an, der Wärmetod sei so oder so unvermeidlich und sein Eintreten nur eine Frage des Früher oder Später, so fragt man sich, warum wir auf jeden Fall alles tun müßten, um ihn so lange wie möglich hinauszuschieben. Sicher werden diejenigen, die kurz vor dem Zusammenbruch des Systems leben, leiden. Aber wenn das früher oder später unvermeidlich ist, scheint es unter moralischen Gesichtspunkten keinen relevanten Grund zu geben, aus dem wir dieses Leiden erst der spätestmöglichen Generation zumuten könnten.

Was hinter solchen Vorstellungen steht, kann daher nur die Idee sein, daß die Menschheit existieren sollte, wenn möglich für immer, und wenn nicht möglich, dann so lange es irgend geht. Hier haben wir eine weitere Variante einer neuen Moral vor uns, die entschieden z.B. von Hans Jonas vertreten wird. Während die Moral im üblichen Sinn Verpflichtungen gegen jetzige und künftige Menschen enthält, *sofern* sie existieren (werden), ist nach Jonas der grundlegende moralische Imperativ der, »daß eine Menschheit sei« (Jonas 1979, S. 91). Moralische Verpflichtungen gibt es jedoch ihrem Sinn nach nur gegenüber Wesen, auf deren Leiden oder Wollen man Rücksicht nehmen kann, und das kann man nur gegenüber Wesen, sofern sie existieren. Wenn die Menschheit heute beschließen würde, ab sofort auf ihre Fortpflanzung zu verzichten, läßt sich dagegen moralisch nichts einwenden (so auch Patzig 1984, S. 75). Daß die Menschheit weiterexistiert, ist vielmehr etwas, was (fast) alle wollen, also ein gemeinsames Interesse. Dieses Interesse zum höchsten Ziel zu erklären, enthält jedoch eine Rangordnung der Werte, die nicht unbedingt viele überzeugen wird. Denn diese Wertkonzeption müßte die Konsequenz enthalten, daß wir, wenn sich dadurch der Wärmetod auch nur etwas verzögern ließe, auf alles in unserem Leben verzichten müßten, was nicht absolut notwendig ist, oder zugunsten der längeren Existenz der Menschheit ökonomische Not besser nicht beheben sollten. Diese Konsequenz scheint wenig plausibel, und daher scheint mir die Forderung der Existenz der Menschheit nicht nur keine moralische zu sein, sondern auch keine ethische Konzeption darzustellen, deren allgemeine Verbreitung eine Lösung der ökologischen Probleme fördern würde.

3. Ökologische Probleme mit Bezug auf die Natur

Die menschliche Benutzung der Natur hat nicht nur Auswirkungen, die gegen das Interesse der jetzt und später existierenden Menschheit sind. Die Schadstoffbelastungen von Wasser, Luft, Boden beeinträchtigen auch Leben und Gedeihen von Tieren und Pflanzen; die zunehmende Ausdehnung der Menschheit entzieht ihnen Nahrungsquellen und Lebensräume, viele natürliche Arten sind bereits ganz ausgestorben und weitere vom Aussterben bedroht; die letzten Reste von unberührter Natur oder Wildnis sind im Verschwinden begriffen. Kaum jemand bestreitet ernsthaft, daß diese Entwicklung beklagenswert ist. Umstritten ist hingegen, warum sie es ist. So, wie gerade beschrieben, würde es sich um Probleme der Natur selbst handeln. In vielen Fällen allerdings lassen sich die Probleme auf menschliche Interessen beziehen, was die einfachste Erklärung für Bestrebungen des Naturschutzes wäre. Gerade dieser Problembereich

jedoch ist das eigentliche Feld derjenigen neuen Moral, die sich als spezifisch ökologische versteht, so daß wir prüfen müssen, ob es hier nicht vielleicht doch Möglichkeiten einer Ausdehnung der Moral gibt.

Prudentielle und gewöhnliche moralische Argumente

Zunächst gibt es auch hier allgemein vertretbare Gründe des Eigeninteresses und der gewöhnlichen Moral, auf die wir uns berufen könnten. Zum einen lassen sich zweckrationale Gründe anführen. Je mehr unbelassene Natur noch vorhanden ist, um so größer wird die Regenerationsfähigkeit der Umwelt sein. Die Erhaltung genetischer Vielfalt ist ratsam, weil Monokulturen von Krankheiten befallen werden können, die sie ganz ausrotten könnten, so daß wir darauf angewiesen sind, auf andere Spezies zurückzugreifen (darauf verweist Passmore 1980, S. 102). Solche zweckrationalen Argumente greifen sicher nicht in allen Fällen. Zum Eigeninteresse sollten jedoch nicht nur notwendige Lebensvoraussetzungen gehören, sondern auch die grundlegenden Arten von Wünschen, die man bei verschiedenen Menschen voraussetzen kann, auch wenn sie dann in je verschiedener Ausprägung auftreten werden. Nun lassen sich grundsätzlich zwei Weisen des menschlichen Verhaltens zur Natur unterscheiden. Wir benutzen die Natur auf der einen Seite als Mittel zur Befriedigung unserer materiellen Bedürfnisse, was Verbrauch und Umformung bedeutet. Andererseits erfahren wir die Natur als das, woraus wir selbst hervorgegangen sind und worin wir sind; darauf bauen kontemplativ-ästhetische Einstellungen zur Natur auf, die sie belassen, wie sie ist, und die desto mehr Freude bieten, je reicher die Natur ist. Daß die Möglichkeit eines solchen Naturgenusses besteht, würden wohl im Prinzip die meisten wünschen, »im Prinzip«, d.h. abgesehen von eventuellen konfligierenden Wünschen, die jemand für ebenso wichtig oder wichtiger hält. Immerhin würde daraus so viel folgen, daß dieses Interesse in moralisch legitimen politischen Strategien nicht ganz vernachlässigt werden darf, sondern auf jeden Fall in einem Mindestmaß geschützt werden muß. Man kann zusätzlich mit unseren Verpflichtungen gegen künftige Generationen argumentieren, für die sich die Reduktion der natürlichen Vielfalt noch deutlicher bemerkbar machen wird als für uns selbst. Die Maßnahmen, die wir hier ergreifen müßten, wären von zwei Arten: Erstens läßt sich die Natur, soweit überhaupt noch vorhanden, nur erhalten, wenn die Menschheit sich nicht mehr weiter ausdehnt, oder besser noch, ihre Anzahl zu verringern versucht. Zweitens müßten sparsamer Umgang mit Ressourcen und Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung verstärkt werden, wenn unser Ziel die Verhinderung von Schäden nicht nur für die Menschheit, sondern für die ganze Natur ist. Das bedeutet zugleich, daß wir die Gründe für ein ökologisch achtsames Verhalten verstärken können, indem wir auf dieses zusätzliche Ziel verweisen.

Nun ist hier erstens der Appell an das kollektive Eigeninteresse und an unsere Verpflichtungen gegenüber künftigen Generationen nicht so unangreifbar wie in den bisherigen Fällen. Man könnte bestreiten, daß alle Menschen faktisch den Wunsch nach einem Leben in einer möglichst reichen Natur haben, und man könnte darauf hinweisen, daß ja auch die menschliche Kulturleistungen natürliche, da von einer bestimmten natürlichen Spezies geschaffene sind, und daß wir unsere kontemplativ-ästhetischen Bedürfnisse auch an ihnen befriedigen könnten. Zweitens bleibt, selbst wenn die Argumente des Eigeninteresses allgemein greifen würden, die

Frage, ob sie mit einer entsprechenden Motivation zusammentreffen, ohne die sich eine Veränderung nicht erwarten läßt. Wie sich mehrfach gezeigt hat, ist handlungsmotivierend u.a. das unmittelbare egoistische und altruistische Interesse. Aber auch wenn hier, wo nicht alle, so doch sicher viele, darunter leiden, wenn in ihrer Umgebung nichts Grünes ist, so leiden doch die wenigsten darunter, daß sie nicht in einer Wildnis mit möglichst vielen natürlichen Arten leben. Wenn das unmittelbare Interesse hier kein Motiv liefert, dann bleibt als andere mögliche Motivation die Überzeugung von Wertvorstellungen. Sollte aber die Vorstellung vom Werte der Existenz einer reichen Natur nicht an allgemein vorhandene unmittelbare Wünsche anknüpfen, dann bleibt die Frage, wie wir uns auf diesen Wert berufen können, während sich bisher, wo wir an allgemeine Wünsche anknüpfen konnten, immer nur die Gewichtungfrage stellte, aber eine minimale Berücksichtigung sich fordern ließ. Wenn wir andererseits gleichwohl die Intuition haben, daß die Vielfalt der Natur nicht weiter zerstört werden sollte, welche Argumente stehen uns dann zur Verfügung, um diese Intuition zu untermauern?

Kritik an erweiterten Moralkonzeptionen

Die erste Strategie wäre die einer moralischen Argumentation. Sie liegt deswegen nahe, weil ja auch für die Moral im üblichen Sinn die unmittelbaren Motive, die in Affekten wie Mitleid und Sorge bestehen, nicht überall vorhanden sind, wo moralische Verpflichtungen bestehen. Moralisches Handeln bedeutet, daß man allgemein so handelt, wie wenn man diese Affekte hätte, auch dort, wo man sie nicht empfindet. Dort ist dann das andere Motiv der Identifikation mit einer Wertkonzeption wirksam, und auch wenn das Moralische in verschiedenen Wertkonzeptionen verschieden gewichtet sein kann, können wir unterstellen, daß es in jeder Konzeption ein nicht zu geringes Gewicht hat. Wenn sich also zeigen ließe, daß wir moralische Verpflichtungen auch gegenüber der Natur haben, dann würde das in der Tat eine argumentative und motivationale Basis bereitstellen, auf der sich die Erhaltung der Natur fordern läßt. Und diese Basis würde zugleich motivationale Lücken ausfüllen, die sich daraus ergeben, daß sich mit dem langfristigen Eigeninteresse zwar argumentieren läßt, daß es jedoch keine motivierende Kraft hat. Vorschläge für eine Erweiterung oder Erneuerung der Moral treten in einer Reihe von Varianten auf, von denen ich nur die wichtigsten durchgehe⁶. Die Gründe und Motive für ökologisch bewußtes Handeln würden bereits beträchtlich zunehmen, wenn wir nicht nur, wie es meiner obigen Definition der Moral entspricht, Menschen und Tiere als Gegenstände moralischer Rücksicht sehen würden, sondern auch Pflanzen. Man könnte versuchen, diese Erweiterung mit Überlegungen zu stützen, die an das übliche Moralverständnis anknüpfen. Pflanzen haben zwar kein Bewußtsein und daher keine subjektiven Bedürfnisse und Affekte, aber sie haben doch objektive Bedürfnisse, z.B. insofern sie Nahrung brauchen, um zu leben⁷. Aber wenn zugegeben wird, daß Pflanzen kein subjektives Leiden und Wollen haben, ist die Frage zulässig, was denn für diese Wesen selbst schlimm wäre, wenn man mit ihnen dieses oder jenes tut. Daß sich diese Frage nicht beantworten läßt, zeigt, daß die Berücksichtigung dieser Wesen, auch wenn es dafür andere Gründe geben mag, jedenfalls nicht eine Sache der Moral wäre, weil deren Gegenstandsbereich die leidensfähigen Wesen sind. Häufig wird die Ausdehnung unserer Rücksichtnahme auf Pflanzen auf andere Weise motiviert, nämlich durch

eine Einstellung der Ehrfurcht vor dem Leben, wie sie etwa Albert Schweitzer vertritt. Hinter dieser Einstellung steht die Überzeugung, daß alles Leben heilig ist; sie enthält, wie Schweitzer selbst sagt, eine »Weltanschauung«, die »ethische Mystik« ist (Schweitzer 1982, S. 157 ff.). Das aber heißt, daß wir es hier mit einer ethischen Position zu tun haben, die auf religiösen Überzeugungen beruht. Diese ethische Position ist so geartet, daß in ihr das Moralische dank zusätzlicher Motive ein besonderes Gewicht hat. Man könnte sie auch so interpretieren, daß die Moral eine größere Reichweite gewinnt. Denn sofern das Lebendige als heilig erfahren wird, gibt es hier eine Instanz sei es eines Schöpfers, sei es einer Weltseele, gegen die man moralische Verpflichtungen haben kann. Nur ist diese Erweiterung der Moral keine, die sich auf Meinungen, Affekte usw. berufen kann, die wir bei allen Menschen unterstellen können, und daher besteht keine Aussicht, daß wir sie allen nahebringen könnten.

Ähnliches gilt für noch umfassendere moralische Positionen, die eine Ausdehnung nicht nur auf Pflanzen, sondern auf alles Natürliche vornehmen. Denn die Vorstellungen, daß wir moralische Verpflichtungen auch gegen Flüsse, Steine, die Elemente haben könnten (so Meyer-Abich 1984, S. 188 f.) oder daß Gegenstand der Moral die Natur im ganzen sei (so Goodpaster 1979, S. 29 ff.), lassen sich überhaupt nur im Kontext einer religiösen ethischen Konzeption verstehen. Dasselbe gilt aber auch für eine andere Überlegung, die auf den ersten Blick keine religiösen Prämissen enthält. Sie besagt, daß wir die Natur nicht nur als Mittel betrachten, sondern als etwas in sich Wertvolles sehen müssen; was aber in sich wertvoll sei, verdiene moralische Rücksicht (so z.B. Spaemann 1980, S. 197 f.). Diese Argumentation leidet jedoch entweder an einer begrifflichen Konfusion, oder sie muß religiöse Annahmen machen. Denn fragen wir uns, was es heißt, daß etwas in sich wertvoll ist. Wenn das als Gegensatz dazu gemeint ist, daß etwas nur ein Mittel ist, dann läßt es sich als Hinweis auf unsere schon erwähnten nicht-instrumentellen Verhaltensweisen zur Natur interpretieren, auf unsere ästhetisch-kontemplativen Bedürfnisse. Dann heißt »wertvoll in sich« aber nur, daß die Natur für uns nicht nur Mittel zu unseren sonstigen Zwecken ist, sondern daß der Umgang mit der Natur selbst einer unserer Zwecke ist. Also immer noch: unserer Zwecke, womit dieser Wert der Natur für uns nicht unabhängig vom Menschen in ihr liegt, sondern nur relativ zu menschlichen Wünschen besteht (darauf verweist auch Birnbacher 1980, S. 131). Entsprechend könnte es hier moralische Verpflichtungen nur in dem Sinn geben, daß wir Rücksicht auf diese menschlichen Wünsche nehmen. Was daher letztlich und nicht mehr nur relativ wertvoll in sich wäre, wäre das Leben individueller Menschen und Tiere. Diese absolute Rede von einem inhärenten Wert läßt sich dadurch erklären, daß für ein solches Wesen selbst sein eigenes Leben ein Wert ist, sofern es dieses zu erhalten und sich in ihm wohlfühlen strebt und es in seinem subjektiven Befinden als gut oder schlecht erfährt. Dieser absolute Wertbegriff ist also an den eines empfindenden Subjekts gebunden und läßt sich nicht auf andere Naturdinge anwenden, die kein subjektives Bewußtsein haben. Wenn daher jemand behauptet, daß es objektive Werte in den Dingen gibt, die unabhängig von subjektiven Bewertungen existieren, dann ist das nur verständlich vor dem Hintergrund religiöser Annahmen, wonach z.B. alle Dinge als geschaffene einen Wert haben oder wonach sie alle Anteil an der Weltseele und dadurch eine gewisse Bewußtheit haben, auch wenn wir sie nicht beobachten können⁸.

Alle jetzt erörterten Argumente führen also entweder nicht über die Moral im üblichen Sinn

hinaus, oder sie lassen sich nicht gegenüber allen vertreten, weil sie religiöse Prämissen in Anspruch nehmen müssen. Und selbst wenn man bei allen Menschen religiöse Neigungen in einem weiten und vagen Sinn annehmen könnte, bliebe doch das, woran verschiedene Leute glauben, verschieden. Man muß sich im übrigen fragen, ob derjenige Glaube, der ökologische Bemühungen am besten stützen könnte, in jeder Hinsicht wünschenswert wäre. Er besteht in einer ethischen Konzeption, innerhalb derer die Bewahrung des Natürlichen als Heiligem der höchste Wert ist. Die Konsequenz müßten konservative Verhaltensmaximen sein, und diese könnten zur Vernachlässigung anderer Werte, etwa auch der moralischen im gewöhnlichen Sinn führen.

Vertiefung der »gewöhnlichen« Gründe

Ich wende mich jetzt der zweiten Argumentationsstrategie zu, die in dem Versuch besteht, allgemein vorhandene ethische Motive für eine Erhaltung der natürlichen Vielfalt auszumachen. Solche Überlegungen finden sich in der kritischen Theorie, dort allerdings meist in moralischem Gewand; sie lassen sich jedoch auch schwächer verstehen. Ich habe oben angedeutet, daß man bezweifeln kann, daß der Wunsch, es möge eine möglichst reiche Natur existieren, allgemein vorhanden ist. Aber auch wenn das so ist, so gibt es die Möglichkeit, Wünsche ebenso wie das Fehlen von Wünschen zu kritisieren. Die faktische Abwesenheit eines Wunsches kann sich dadurch erklären lassen, daß dieser Wunsch verdrängt oder verschüttet wurde. Verdrängte Wünsche machen sich allerdings immer noch indirekt bemerkbar. Die weitergehende Möglichkeit besteht darin, daß die Menschen sich im Verlauf der Geschichte bestimmte Bedürfnisse so grundsätzlich abgewöhnt haben, daß diese überhaupt nicht mehr empfunden werden. Und für die Fähigkeit zur Freude an der Natur ist das sicher weitestgehend der Fall. Nun haben Menschen verschiedene Fähigkeiten und Bedürfnisse, und die Frage wäre daher, ob hier der Verlust eines Bedürfnisses unbedingt ein gutes Leben verunmöglicht. Die Vertreter der Kritischen Theorie führen diese Argumentation mit moralischen Mitteln: Die Befreiung der Menschen sei nur möglich, wenn wir die Natur befreien (Marcuse 1973, S. 72), weil die Geschichte der Unterjochung der Natur zugleich die Geschichte der Unterjochung des Menschen sei (Horkheimer 1985, S. 104). Moralische Verhältnisse zwischen Menschen lassen sich daher, so die These, nur herstellen, wenn wir auch die Natur in den Bereich der Moral einbeziehen und sie als Subjekt eigenen Rechts anerkennen (Marcuse 1973, S. 74). Diese moralische Argumentation scheint mir nicht sehr plausibel. Wenn z.B. Marcuse von »Herrschaft« über die Natur, »Vergewaltigung« der Natur redet und darin ein mit der Versklavung von Menschen gleichrangiges Übel sieht (Marcuse 1973, S. 74 f.), so scheint mir das nicht nur eine bedenkliche Verharmlosung moralischen Unrechts zu enthalten. Die Aussage erscheint darüber hinaus wenig sinnvoll, weil man nur solche Wesen beherrschen und vergewaltigen kann, die einen Willen haben, also Menschen und Tiere. Und da es moralisches Unrecht in allen, auch vorindustriellen Gesellschaften gegeben hat, kann man auch den Erklärungszusammenhang zwischen Vernachlässigung der Natur und sozialer Unmoral bezweifeln. Wenn hier etwas erklärt wird, dann nicht das Daß, sondern allenfalls das Wie, das die Unterdrückung von Menschen in modernen Gesellschaften annimmt.

Gleichwohl enthalten diese Überlegungen einen richtigen Kern. Er läßt sich fassen, wenn wir sie nicht als moralische nehmen, sondern als Ratschläge des guten Lebens, wie sie zum Teil auch formuliert werden. Der Verlust der Fähigkeit zur Freude an der Natur bedeutet einen Verlust der sinnlich-ästhetischen Erlebnisfähigkeiten des Menschen (Marcuse 1973, S. 74, 76). Eine Wiedergewinnung dieser Fähigkeiten läßt sich jedem deswegen empfehlen, weil sie eine wichtige Quelle des Selbstgefühls und eines befriedigenden Lebens sind. So gewendet, ist das vielleicht noch kein sehr starkes Argument. Unsere sinnlich-ästhetischen Vermögen ließen sich ja auch dadurch wiedererwecken, daß wir uns detailliert mit Kunst befassen. Insofern ist die Rede von einem ästhetischen Verhältnis zur Natur eher irreführend, weil sie verdeckt, daß es sich hier um etwas Fundamentaleres handelt. Wie ich oben sagte, baut die ästhetische Einstellung zur Natur auf elementare Erfahrungen auf, auf die Erfahrung der eigenen Natürlichkeit, der Herkunft aus der Natur und des Seins in der Natur. Solche Erfahrungen lassen sich zwar vielleicht in der Kunst zur Sprache bringen, aber wer sie nicht in sich selbst findet, wird sie auch in der Kunst nicht wiederfinden. Und anders als der Kunstgenuß scheinen diese Erfahrungen nicht nur eine Quelle der Lebensfreude neben anderen, sondern die Bewußtheit und Differenziertheit dieser untersten Schicht unserer Existenz könnte die Bedingung für eine vielfältige und gehaltvolle Entfaltung auch derjenigen unserer Fähigkeiten sein, die weiter von denen der übrigen Natur entfernt sind. Ob das in der Tat so ist, läßt sich letztlich nur dadurch verifizieren, daß man entsprechend zu leben versucht. Aber auch die schon vorhandenen Erfahrungen scheinen für diese Überlegung zu sprechen. Man müßte jetzt genauer erklären, auf welche Weise die Möglichkeit der Erfahrung der eigenen Lebendigkeit mit der Existenz einer vielfältigen äußeren Natur zusammenhängt. Ich begnüge mich hier mit der Andeutung, daß die innere Komplexität sich nicht direkt als solche wahrnehmen und artikulieren läßt, sondern sich Erlebnisse und Gefühle nur durch Korrelation mit äußeren Gegebenheiten explizit fassen lassen (man denke z.B. an die Korrelation von Seelenstimmungen und Naturstimmungen). Wenn das so ist, dann würde mit dem Verschwinden der noch vorhandenen Reste natürlicher Vielfalt nach und nach auch die Möglichkeit der Wahrnehmung und Entfaltung der Komplexität des inneren Lebens verlorengehen.

Diese Argumentation hat den Vorteil, daß sie sich auf Zusammenhänge beruft, die sich vielleicht für jeden als einsichtig erweisen könnten. Die Gründe, die sie anführt, scheinen mir die weitestgehenden Gründe zu sein, die bei allen Menschen greifen und alle erörterten Arten ökologischer Forderungen untermauern könnten. Sie dürften zugleich Gründe im Sinne von Motiven sein, weil sie sich nicht auf die Vermeidung langfristiger Schäden beziehen, sondern an bereits vorhandene negative Erfahrungen wie Gefühle der Leere anknüpfen und Wege zu einem erfüllteren Leben in Aussicht stellen. Dieses Motiv ist im übrigen relativ unabhängig davon, ob das kollektive Handeln bereits von ihm bestimmt ist, weil es besagt, daß ein bewußter Umgang mit der inneren und äußeren Natur das individuelle Wohlbefinden fördern wird. Wenn alle Individuen je für sich ein solches Naturbewußtsein hätten, und d.h. eine Einstellung, die einen umsichtigen Umgang mit der natürlichen Umwelt impliziert, dann könnte man also eine Verbesserung der kollektiven Situation erwarten. Allerdings bliebe dann immer noch das Problem der Zähigkeit der bestehenden politischen Strukturen, die sich schwerer verändern lassen als individuelle Bewußtseinseinstellungen. Und da wir mit Bezug auf die ökologische Proble-

Einsicht
Gründe
Motive

wasalis de Impetative in
 gesch. der Struktur einig schreiben

als gegeben.
 dann
 ist das

matik bereits einen weitgehenden Bewußtseinswandel beobachten können, ist die Frage der politischen Durchsetzung und Umsetzung wohl die anstehende Frage, während man die Frage von Ökologie und Ethik fast schon für ein wenig obsolet halten könnte. Sicher wäre hier der Druck auf politische Umsetzung stärker, wenn wir nicht nur prudentielle Gründe angeben könnten, sondern uns auf eine sozial verbindliche Wertkonzeption berufen könnten. Aber wie gezeigt, besteht keine Aussicht, ein gemeinsames Selbstverständnis der Ehrfurcht vor der Natur o.ä. einzuführen, weil es religiöse Annahmen macht, die nicht alle teilen. Eine solche religiöse Konzeption hätte in der Tat stärkere praktische Konsequenzen, weil sie die Bewahrung des Natürlichen zum höchsten Wert erhebt und als Glaubensüberzeugung eine besonders hohe motivierende Kraft enthält. Hingegen bleibt in meiner prudentiellen Argumentation der bewußte Umgang mit dem Natürlichen nur ein Aspekt des guten Lebens neben anderen, wenn auch ein sehr elementarer. Und daraus folgt nur, daß wir ihm, wenn wir auf gute Weise leben wollen, in einem Mindestmaß Rechnung tragen müssen. Welches Gewicht wir ihm in unserer Konzeption des guten Lebens im ganzen einräumen wollen, bleibt eine Frage der Abwägung, die zunächst jede Person für sich selbst beantworten muß, die aber auch kollektive Entscheidungen nicht vermeiden können.

Grenzprobleme

Ich komme abschließend noch kurz zu einer letzten und schwierigen Frage. Daraus, daß wir an der Existenz natürlicher Vielfalt interessiert sein müßten, folgt nicht direkt, daß wir nicht die derzeitige Beschaffenheit von Arten ändern dürften, wie es durch Gentechnik mehr und mehr möglich zu werden scheint. Und, stärker noch, meine ganze Argumentation würde offenbar den Boden verlieren, wenn es eines Tages möglich werden sollte, die ökologischen Probleme auf einfache und radikale Weise zu beseitigen, indem wir die menschliche Spezies selbst so verändern, daß sie die Probleme nicht mehr wahrnimmt, d.h. sowohl physisch an die Bedingungen einer verschmutzten und künstlichen Umwelt angepaßt ist als auch solche Bedingungen nicht mehr als unangenehm erlebt. Was zunächst die genetische Veränderung anderer Spezies angeht, so kann man sagen, daß diese an eine Praxis anschließt, der sich die Menschheit schon immer bedient, indem sie z.B. Tier- und Pflanzenarten domestiziert bzw. kultiviert hat oder Kreuzungen zwischen verschiedenen Spezies herzustellen versuchte. Der Schrecken, mit dem viele Menschen auf die Möglichkeiten der Gentechnik reagieren, wird hier wohl einfach dadurch gesteigert, daß das Ausmaß der technischen Möglichkeiten eine neue Dimension annimmt. Berechtigt ist der Schrecken natürlich insofern, als wir die Folgen eines breiten Einsatzes dieser Technik und damit die mit ihr verbundenen Risiken noch zu wenig durchschauen. Und solange das so ist, gibt es starke Gründe des kollektiven Interesses und der Moral, vorsichtig mit ihr umzugehen.

Nun könnte man, was die Veränderung unserer eigenen Natur betrifft, vielleicht ähnlich sagen, daß sie nur mit neuen Mitteln fortsetzt, was wir, wenn auch in schwächerem Ausmaß, schon immer tun. Die genetische Beschaffenheit der Menschheit wird z.B. durch Bevölkerungspolitik ebenso wie private Entscheidungen darüber beeinflußt, wer wie viele Nachkommen haben will, und die »Natur« des Menschen wird durch die soziale Entwicklung verändert, etwa

durch die Wertvorstellungen, die in der Erziehung vermittelt werden (vgl. Glover 1984, S. 27, 53). Die Erziehung wäre in der Tat der einfachste Weg, künftige Generationen an die ökologischen Probleme zu gewöhnen. Warum ihnen unser Bedauern über die Reduktion der natürlichen Umwelt weitergeben, statt ihnen die Welt, wie sie jetzt ist, als erfreulich hinzustellen, sie zum Genuß des Anblicks von Plastikbäumen anzuhalten?⁹ Wenn die obigen Argumente für die Erhaltung einer natürlichen Umwelt zutreffen, wird dieser Weg über die Erziehung jedoch auf Dauer keinen Erfolg haben, solange die Wesen, die wir erziehen, Organismen derselben Art sind wie wir selbst. Sie werden dann zwar vielleicht nicht wissen, was ihnen fehlt, aber ihr Leben nicht als erfüllt erfahren. Blicke also die Möglichkeit, die genetische Beschaffenheit des Menschen so umzugestalten, daß er physisch und psychisch an Bedingungen angepaßt ist, die für uns selbst schädlich oder unerfreulich sind. Das könnte man nun erstens grundsätzlich anstößig finden, weil diese neuen Wesen nicht mehr an dem teilhätten, was uns für eine menschliche Existenz wesentlich zu sein scheint. Dieses Bedenken hat entweder religiöse Motive, wenn es entsteht, weil man der Überzeugung ist, daß die Menschheit so, wie sie ist, etwas Wertvolles ist. Oder es gründet sich darauf, daß wir alle wollen, daß die Menschheit in ihrer jetzigen Beschaffenheit weiterexistiert und unsere Aktivitäten und Projekte weiterführt, was von den neuen Wesen kaum zu erwarten wäre. Und dieses kollektive Wollen können wir unterstellen, weil das, was wir tun, seinen Sinn im Kontext einer generationenübergreifenden Praxis gewinnt. Bleibt die Frage, ob wir hier nicht egoistisch sind und die moralische Überlegung beachten müßten, daß es diesen mit allem zufriedenen neuen Wesen besser gehen würde als Menschen mit unserer Ausstattung. Hier muß man sich fragen, ob dieses ganze Gedankenexperiment nicht reine Spekulation bleibt. Solange die Wesen, die wir hervorbringen, lebendige fühlende Organismen bleiben, werden sie sich nicht unter beliebigen Bedingungen wohlfühlen. Wenn wir sie andererseits der Fähigkeit zu differenzierten positiven wie negativen Empfindungen berauben und ihnen ein Gefühl ständiger Zufriedenheit einpflanzen, würden sie vermutlich schnell zugrundegehen. Denn Glück und Zufriedenheit bieten keinen Überlebensvorteil (vgl. Cambell 1987, S. 224), und insbesondere mit der komplizierten Welt, die wir ihnen hinterlassen, würden diese Wesen kaum zurechtkommen.

Das heißt nicht, daß partielle genetische Veränderungen mit Bezug auf unsere eigene Spezies, etwa zur Verhinderung erblicher Krankheiten, prinzipiell abzulehnen wären. Sie sind sicher bedenklich, solange die Risiken nicht hinreichend bekannt sind und Probleme der Zuständigkeit für Entscheidungen oder der Verantwortlichkeit ungeklärt sind. Wo wir hier jedoch eine Grenze ziehen sollten, welche Veränderungen wir noch für partiell und für prinzipiell zulässig halten wollen und welche nicht, ist dagegen eine offene Frage, über die sich wahrscheinlich sinnvoller diskutieren läßt, wenn unser Wissen über die Möglichkeiten konkreter sein wird. Das prinzipielle Problem, auf das wir hier früher oder später stoßen könnten, ergibt sich daraus, daß unsere Kriterien der Wünschbarkeit von Veränderungen die von Wesen mit unserer Konstitution sind, während sich ab einem bestimmten Grad der Veränderung auch diese Kriterien selbst ändern könnten, womit wir den Boden, auf dem wir über mögliche Eingriffe urteilen, verlieren würden.

Anmerkungen

- 1 Daß sein Ansatz die Frage der moralischen Motivation nicht direkt beantworten kann, sieht Habermas (1983, S. 118 f.) selbst.
- 2 Diese Kritik habe ich detaillierter ausgeführt in Wolf 1984, S. 213 ff.
- 3 Eine ähnliche, wenn auch noch weiter verfeinerte Einteilung schlägt Höffe (1981, S. 147 ff.) vor.
- 4 Den Begriff des Rechts auf eine »gesunde Umwelt« verwendet Höffe (1981, S. 153), den des Rechts auf eine »annehmbare (livable, decent) Umwelt« gebraucht Blackstone (1974, S. 32 f.).
- 5 Aufschlußreich hierzu Tugendhat 1986, S. 92 ff.; Hondrich 1987.
- 6 Für eine genauere Auflistung der Varianten siehe Frankena 1979, S. 5 f.
- 7 Diese Argumentation findet sich bei Ricken 1987, II. Ähnlich Taylor 1986.
- 8 Daß hier religiöse Einstellungen vorausgesetzt werden, wird von vielen Vertretern dieser Position selbst so gesehen, z.B. bei Spaemann 1980, S. 198, oder Rock 1980, S. 101 f.
- 9 Diese Frage stellt Tribe 1980.

Literatur

- Anders, G. (1956), *Die Antiquiertheit des Menschen*, 1. Bd., München
- Barbour, I.G. (Hrsg.) (1973): *Western Man and Environmental Ethics*, Reading u.a.
- Birnbacher, D. (Hrsg.) (1980): *Ökologie und Ethik*, Stuttgart
- Ders. (1980): »Sind wir für die Natur verantwortlich?«, in: *Birnbacher (Hrsg.) (1980)*, S. 103-139
- Blackstone, W.T. (Hrsg.) (1974): *Philosophy and Environmental Crisis*, Athens
- Ders. (1974): »Ethics and Ecology«, in: *Blackstone (Hrsg.) (1974)*, S. 16-42
- Campbell, B. (1987): *Ökologie des Menschen. Unsere Stellung in der Natur von der Vorzeit bis heute*, Berlin
- Elster, H.J. u.a. (Hrsg.) (1984): *Umweltschutz. Herausforderung unserer Generation*, Mainz
- Faramelli, N.J. (1973): »Ecological Responsibility and Economic Justice«, in: *Barbour, Hrsg.*, S. 188-203
- Feinberg, J. (1974): »The Rights of Animals and Unborn Generations«, in: *Blackstone, Hrsg.* S. 43-68
- Frankena, W.K. (1979): »Ethics and the Environment«, in: *Goodpaster/Sayre (Hrsg.)*, S. 3-20
- Glover, J. (1984): *What Sort of People Should There Be?*, Harmondsworth
- Goodpaster, K.E. (1979): »From Egoism to Environmentalism«, in: *Goodpaster/Sayre (Hrsg.)*, S. 21-35
- Goodpaster, K.E./Sayre, K.M. (Hrsg.) (1979): *Ethics and Problems of the 21st Century*, Notre Dame
- Habermas, J. (1976): *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*, Frankfurt a.M.
- Ders. (1983): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt
- Höffe, O. (1981): *Sittlich-politische Diskurse*, Frankfurt/M.
- Hondrich, K.O. (1987): »Ein unsichtbarer Gast sitzt mit am Tisch«, *Der Spiegel* Nr. 21, Hamburg
- Horkheimer, M. (1985): *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*, Frankfurt/M.
- Huber, J. (1982): *Die verlorene Unschuld der Ökologie*, Frankfurt/M.
- Jonas, H. (1979): *Das Prinzip Verantwortung*, Frankfurt/M.
- Marcuse, H. (1973): *Konterrevolution und Revolte*; Frankfurt/M.
- Meyer-Abich, K.M. (1984): *Wege zum Frieden mit der Natur*, München/Wien
- Passmore, J. (1980): *Man's Responsibility for Nature*, London
- Patzig, G. (1984): »Ökologische Ethik – innerhalb der Grenzen bloßer Vernunft«, in: *Elster (Hrsg.)*, S. 63-81

-
- Randers, J./Meadows, D. (1973): »The Carrying Capacity of Our Global Environment: A Look at the Ethical Alternatives«, in: *Barbour* (Hrsg.): S. 251-276
- Ricken, F. (1987): »Anthropozentrismus oder Biozentrismus? Begründungsprobleme der ökologischen Ethik«, *Theologie und Philosophie* (62) Heft 1, S. 1-21
- Rock, M. (1980): »Theologie der Natur und ihre anthropologisch-ethischen Konsequenzen«, in: *Birnbacher* (Hrsg.), S. 72-102
- Sandel, M.J. (1982): *Liberalism and the Limits of Justice*, Cambridge
- Schweitzer, A. (1982): *Die Ehrfurcht vor dem Leben*, München
- Spaemann, R. (1980): »Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik«, in: *Birnbacher* (Hrsg.), S. 180-206
- Taylor, P.W. (1986): *Respect for Nature*, Princeton
- Tribe, L.H. (1980): »Was spricht gegen Plastikbäume?«, in: *Birnbacher*, Hrsg. S. 20-71
- Tugendhat, E. (1984): *Probleme der Ethik*, Stuttgart
- Ders. (1986): *Nachdenken über die Atomkriegsgefahr und warum man sie nicht sieht*, Berlin
- Unger, R.M. (1976): *Knowledge and Politics*, New York/London
- Wolf, U. (1984): *Das Problem des moralischen Sollens*, Berlin

Zu den Autoren

Hansgeorg Conert lehrt Politische Wissenschaften an der Universität Bremen

Mária Huber ist Soziologin und arbeitet in Heidelberg als wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Projekt zum Vergleich der Sozialpolitik verschiedener osteuropäischer Länder

Thomas Voß lebt in Kiel und arbeitet an einer Dissertation über die Geschichte der polnischen Minderheit in der Weimarer Republik


Walter Süß ist Sozialwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin über die politische Soziologie des »realen Sozialismus«

Reimar Stuckenbrock und *Michael Gumbert* sind Politologen und arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiter an der Berghofstiftung für Konfliktforschung in Berlin

David Harvey lehrt Geographie an der University of Oxford

Roger Keil ist Sozialwissenschaftler an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt und arbeitet z.Zt. in Los Angeles über »Global Cities«

Schwerpunktheft




Heft 12/1987 (Dezember) **Arbeitszeitpolitische Zwischenbilanz – Was haben die bisherigen Arbeitszeitverkürzungen gebracht?**

Im Vordergrund dieser Zwischenbilanz steht die Frage, wie die in verschiedenen Tarifbereichen seit 1984 durchgesetzten Verkürzungen der Arbeitszeit zu bewerten sind.

Dabei wird aufgezeigt,

- welche Beschäftigungseffekte die Arbeitszeitverkürzungen gebracht haben;
- welche neuen Arbeitszeitmuster entstanden sind;
- inwieweit Arbeitszeitverkürzungen einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität geleistet haben;
- welche Strategie flexibler Arbeitszeitgestaltung die Unternehmen entwickelt haben und wie diese zu bewerten sind.

Ebenso wichtig wie der kritische Rückblick ist aber auch die Frage, wie sich die Arbeitszeit weiter entwickeln soll, wie die Rahmenbedingungen hierfür zu bewerten sind und mit welchen Problemen zu rechnen ist. Die damit befaßten Beiträge werden auch internationale Erfahrungen über die Auseinandersetzungen mit der Arbeitszeitgestaltung verarbeiten.



Heft 2/1987 (Februar) **Riskante Technologien und Gewerkschaften**

Durch spektakuläre Vorfälle ist in den letzten Jahren das Ausmaß möglicher Gefährdungen durch riskante Techniken, vor allem durch Kernenergie und chemische Produktion ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Arbeitnehmer sind bei

Störfällen, aber auch was langfristige unter-schwellige Risiken angeht, besonders stark betroffen. Eine intensive Diskussion von Schutzkonzepten und Alternativen zu riskanten Technologien ist auch unter be-schäftigungspolitischen Gesichtspunkten dringend notwendig.

In dem Schwerpunktheft sollen zusammen mit Experten aus Wissenschaft und Praxis die möglichen Risiken exemplarisch be-schrieben werden. Darüber hinaus will es die grundsätzliche Diskussion über Bedarf und Möglichkeiten zuletzt auch gewerk-schaftlichen Handelns anregen.



Vorschau:

Heft 4/88: Osteuropa

Heft 6/88: Öffentlicher Dienst

Bestell-Gutschein

Ich bestelle

— Expl. Schwerpunktheft

**Arbeitszeitpolitische
Zwischenbilanz**, 8,00 DM

— Expl. Schwerpunktheft

Riskante Technologien ..., 8,00 DM

kostenloses Ansichtsexemplar der
WSI-Mitteilungen (bitte ankreuzen)

Die Zeitschrift erscheint monatlich.
Einzelheft 8,00 DM.

Name _____

Vorname _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte ausschneiden und senden an:

Bund-Verlag
Postfach · 900840 · 5000 Köln 90

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:

Nr. 24 Rassismus

Nr. 25/26 Entwicklungspolitik gewendet

das neue Heft:

Nr. 27 Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Kulturelle

Beziehungen

in Vorbereitung:

Nr. 28 Ländliche Strukturen

Nr. 29 "Arbeit, Alltag, Feste"

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:

LN-Vertrieb

Gneisenaustraße 2

D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift

Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-

Abo Einzelpersonen DM 30,-

Abo Institutionen DM 60,-